13/1999 3

Editorial

von Holm Sundhaussen, Berlin

C eit dem Umbruch in Osteuropa sind zehn Jahre ver-Igangen. Eine erste Bilanz dieses letzten Jahrzehnts im 20. Jahrhundert bildet den Themenschwerpunkt des vorliegenden Hefts. Nicht nur Osteuropa selbst, auch die Ost- und Südosteuropaforschung ist in den Strudel des Umbruchs geraten. Einerseits mußte sie ihren Beitrag zur Umstrukturierung der Wissenschaftslandschaft, zum Abbau nicht mehr finanzierbarer Kapazitäten und zur effizienteren Nutzung knapper Ressourcen leisten. Andererseits wurde ihr Fortbestand angesichts überspannter und völlig unrealistischer Erwartungen in die Schnelligkeit und Radikalität des Transformationsprozesses in den postsozialistischen Ländern in Frage gestellt. Da es keine instistutionalisierte Westeuropaforschung gibt, sollte es künftig auch keine institutionalisiserte Osteuropaforschung mehr geben. Oder allenfalls in drastisch reduzierter Form. Diese Argumentation war aus zwei Gründen absurd. Zum einen: Westeuropa, das sind wir. Und mit nichts beschäftigen wir uns intensiver als mit uns selbst. Wir nennen es nicht "Westeuropaforschung", sondern verkaufen unser Selbstinteresse mit den Epitheta "allgemein", "universal" etc. Am Sachverhalt ändert dies nichts. Zum anderen: Schon zur Zeit des Umbruchs war erkennbar, daß die vermeintliche Einheit des "sozialistischen Lagers" einer neu-alten Vielfalt und "Unübersichtlichkeit" Platz machen und daß dieser Differenzierungsprozeß nicht weniger, sondern mehr Forschungsaufwand erfordern würde.

Dennoch wurde Mitte der 90er Jahre der am Osteuropa-Institut der FU angebotene, einzigartige Magisterstudiengang Balkanologie abgeschafft. Zu einem Zeitpunkt, als der Krieg in Bosnien tobte und jedem Beobachter klar war, daß der Balkan über einen langen Zeitraum hinweg auf der Agenda der europäischen und deutschen Politik stehen würde. Die damit eröffnete Kette von Fehlentscheidungen wurde fortgesetzt. Die für die Strukturplanung der FU verantwortliche Kommission (EPK) ließ sich nicht davon überzeugen, daß es einen Unterschied macht, ob man sich mit zwei Staaten und einer Amtssprache (wie im Falle Nordamerikas) oder mit zwei Dutzend Staaten mit einer entsprechenden Anzahl von Amtssprachen und einem vom "Westen" grundlegend abweichenden Entwicklungspfad (wie im Falle Osteuropas) beschäftigt. Die künftigen Strukturen der Regionalforschung wurden stattdessen nach einem schematischen Einheitsschlüssel festgezurrt.

Dabei spielten auch grundsätzliche Vorbehalte gegen Regionalstudien eine Rolle. Zwar sind die "area studies" in den USA in anbetracht des Systemzusammenbruchs im Osten, des vemeintlichen "Endes der Geschichte" und der Globalisierungserwartungen temporär in die Krise geraten, dennoch bleiben sie sinnvoll und unverzichtbar. Die Nachfrage nach interkultureller Kompetenz nimmt wei-

ter zu. Und Regionalstudien sind eine Möglichkeit, sie zu befriedigen.

Ende Juni dieses Jahres, kurz nachdem der internationale "Stabilitätspakt für Südosteuropa" ins Leben gerufen worden war, hat der Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW), Dieter Simon, in einem Rundumschlag das "Schweigen der Lämmer" beklagt. Anlaß waren die zwei Kriege in Jugoslawien/Kosovo. Simon warf der Wissenschaft ihre "Abwesenheit" im Diskurs über die Kriege vor: "Die Studenten: reglos. Die Assistenten: unsichtbar. Die Professoren: stumm." Simons Rede war v.a. deshalb bemerkenswert, weil sie dokumentierte, wie sehr sich die Akademie von der Berliner Hochschullandschaft abgekapselt hat.

Gleichzeitig gab Simon die Gründung einer "Balkan-Initiative" bekannt, die von den Präsidenten der Berliner Hochschulen mit unterzeichnet wurde. Fast genau zehn Jahre, nachdem Milošević durch Änderung der serbischen Verfassung die sensible Machtbalance des zweiten jugoslawischen Staats aus den Angeln gehoben hatte, und acht Jahre nach Beginn der Kriege im früheren Jugoslawien – nun eine "Balkan-Initiative"! Die FU, die über alle Jahre hinweg die Kapazitäten für eine Beschäftigung mit der Region abgebaut hat, ist der späten Initiative beigetreten. Auch die Hochschulrektorenkonferenz hat in Zusammenarbeit mit den großen Institutionen der Wissenschaftsförderung in der Bundesrepublik eine Südosteuropa-Koordinierungsrunde gestartet. Selbst der Berliner Senat will sich auf dem Balkan engagieren, wobei es weniger um Hilfe als um die Requirierung von Aufträgen für die Berliner Wirtschaft beim Wiederaufbau der Region geht. Das ist legitim, ob es hinreichend ist, wird sich erweisen.

An der FU hat sich mittlerweile eine Südosteuropa-Arbeitsgemeinschaft formiert. Sie will die noch verbliebenen Ressourcen bündeln, soweit es die Primärverpflichtungen der beteiligten Hochschullehrerinnen und -lehrer zulassen. Auf diese Weise soll ein Teil des zerschlagenen Porzellans wieder hergestellt werden. Ziel der multidisziplinären AG ist es, das Lehrangebot zu Südosteuropa zu koordinieren, gemeinsame Veranstaltungen (Ringvorlesungen, Tagungen, ev. Sommerkurse u.ä.) durchzuführen und ggf. ein Zusatz- (oder Aufbau-)studium mit Zertifikat einzurichten.

Das Zwischenergebnis bei der Umstrukturierung der Osteuropaforschung – und -lehre fällt also ebenso widersprüchlich aus wie die Transformationsprozesse in Osteuropa selbst. Alles ist im Fluß, vieles wurde versäumt, manches befindet sich im Aufbau.

Holm Sundhaussen ist Univ.-Professor für Südosteuropäische Geschichte und Institutsratsvorsitzender des Osteuropa-Instituts der FU Berlin.

Klaus Westen (1929-1999)

Am 12. Juli 1999 starb Herr Prof. Dr. iur. Klaus Westen, emeritierter ordentlicher Professor am Osteuropa-Institut und am Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin.

Herr Prof. Westen hat mehr als 20 Jahre lang am Osteuropa-Insititut als Direktor der Abteilung Recht gewirkt, in den Jahren 1974 bis 1976 auch als Vorsitzender des Institutsrats. Er widmete sich der Erforschung der Rechtssysteme der mittel- und osteuropäischen Staaten, vor allem Rußlands und der ehemaligen DDR. Er war Mitherausgeber führender Ostrechtszeitschriften und Sammelwerke sowie der Rechtswissenschaftlichen Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts. Die deutsche Ostrechtswissenschaft verdankt Klaus Westen wichtige wissenschaftliche Beiträge. Unter den zahlreichen Veröffentlichungen, mit denen er sich schon früher einen Namen gemacht hat, verdient eine große vergleichende Darstellung des Zivilrechts der beiden deutschen Staaten besondere Erwähnung; sie stellt ein Standardwerk auf dem Felde des Systemvergleichs unterschiedlicher Rechtsordnungen dar. Nach dem Ende der sozialistischen Regierungssysteme fand Klaus Westen in der Transformation der Rechtsordnungen in Mittel- und Osteuropa eine neue wissenschaftliche Aufgabe.

Doktoranden, ehemalige Mitarbeiter und Wissenschaftler am Osteuropa-Institut betrauern in Prof. Westen einen hervorragenden Vertreter der deutschen Ostrechtswissenschaft und einen allzeit fairen, freundlichen Kollegen.

Berlin, den 15. Juli 1999

Herwig Roggeman

Transformationsforschung als Paradigmentest

von Helmut Wiesenthal, Berlin

Die Unwahrscheinlichkeit holistischer Reformen

Für die Sozialwissenschaften bilden die Fälle der Systemtransformation nach dem Ende des Sozialismus einen außerordentlich attraktiven Untersuchungsgegenstand, dem sich zahlreiche Forscher und Institute mit großem Engagement zuwendeten. Beobachten wir doch den historisch beispiellosen Vorgang absichtsvoller Gesellschaftstransformationen, die der Marxschen Vorstellung einer kompletten *Systemsubstitution* (seinerzeit: des Kapitalismus durch den Sozialismus) zumindest dem Anspruch nach entsprechen.

Projekte dieser Größenordnung stehen in krassem Widerspruch zu allem, was in Sozialtheorie und Sozialwissenschaften in Bezug auf umfassende Gesellschaftsreformen als *state of the art* gilt. Die Reformstaaten Osteuropas haben mit dem Umbau ihrer sozialen, politischen und wirtschaftlichen Ordnung ein Vorhaben in Angriff genommen, für das es bis 1990 weder Vorbilder noch wissenschaftlichen Kredit gab. Im Gegenteil: Gemeingut nahezu aller Zweige der Sozialwissenschaften war und ist eine Art Negativparadigma der Unmöglichkeit holistischer Reformen. Dessen erkenntnistheoretische Grundlagen waren bereits in den 60er Jahren dieses Jahrhunderts komplett.

Das Paradigma der Unmöglichkeit holistischer Reformen bildete sich im Schnittfeld von Public Policy-Analysen, empirischer Entscheidungs- und Implementationsforschung sowie der Debatte über die "Unregierbarkeit" moderner Staaten. Der erkenntnis- und sozialtheoretische Rahmen ist durch den kritischen Rationalismus Karl Poppers und die soziologische Systemtheorie Niklas Luhmanns abgesteckt. Die Quintessenz der theoretischen und empirischen Befunde, die es nahelegen, von einem "Unmöglichkeitstheorem holistischer Politik" zu sprechen, findet prägnanten Ausdruck in so bekannten Floskeln wie "the science of muddling through" (Charles Lindblom), dem "garbage can model of decision-making" (James March und Johan P. Olsen), der Angewiesenheit auf "piecemeal technology" (Karl Popper), der "Utopie der Nulloption" (Claus Offe) oder der "Tragik der toten Hände" (Niklas Luhmann). Die (mutmaßlichen) Ursachen eines notwendigen Scheiterns umfassender Systemreformen sind in quasi-axiomatischen Feststellungen formuliert worden. Diese gelten (1) den engen Grenzen individueller Informations- und Entscheidungsrationalität (Stichwort bounded rationality), (2) den besonderen Rationalitätsproblemen korporativer Akteure (Stichwort collective action dilemma), (3) der Problematik kollektiver Entscheidungen (Stichwort social choice) und (4) der Unmöglichkeit der Konstruktion eines gleichermaßen inklusiven wie instruktiven Konzepts der Systemrationalität.

Werden die Implikationen dieses Defizitkatalogs schon für konsolidierte Demokratien als gravierend eingeschätzt, so nehmen sie noch größere Dimensionen an, sobald die besonderen Bedingungen des Transitionsstarts im Sozialismus ins Spiel kommen. Immerhin sind diese nicht nur von enormen Ressourcenproblemen, sondern auch von starken Eigeninteressen vieler Politiker, dem Wertepluralismus der politischen Eliten und erheblichen Weltbilddifferenzen in der Bevölkerung geprägt.

Die speziellen Probleme der Systemtransformation

Das Scheitern der Transformationsprojekte war um so mehr zu befürchten, als der Verlauf der Systemtransformation von den Pfaden abweicht, auf denen einst die konsolidierten Demokratien des Westens ihre heutige Gestalt annahmen: entweder durch die nachholende Demokratisierung von Staaten mit bereits etablierter Marktwirtschaft und oder im Wege des "freundlichen Oktroy" durch die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs. Demgegenüber zeichnen sich die aktuellen Transformationsprozesse u.a. durch die folgenden Probleme und Erfolgshindernisse aus.

1. Das Dilemma der Gleichzeitigkeit

Eine zielgerechte Verkoppelung von Maßnahmen der Demokratisierung mit solchen, die der Einführung einer Marktwirtschaft mit freien Preisen und privaten Wirtschaftssubjekten dienen, wurde (v.a. von Jon Elster und Claus Offe) für extrem unwahrscheinlich gehalten. Vielmehr sei mit Reformblockaden und hohen Transaktionskosten, wenn nicht gar einer Zielverfehlung zu rechnen, wenn demokratische Bürgerrechte und marktwirtschaftliche Formen der Einkommensverteilung zur selben Zeit oder in der Reihenfolge Demokratie – Markt eingeführt werden. Wegen der "demokratischen" Responsivität des politischen Systems drohe die Vertagung oder gar die Absetzung von unverzichtbaren Teilen des ökonomischen Reformprogramms.

2. Die begrenzte institutionelle "Lernkapazität" der Gesellschaft

Die simultane Implementation einer Vielzahl von interdependenten Institutionen schien die Adaptionsfähigkeit
der Gesellschaft zu überfordern. Anhaltspunkt einer Überforderung sind wiederum Erfahrungen in konsolidierten
Demokratien, wo allenfalls kleine Portionen an institutioneller Innovation möglich sind und selbst bescheidene Reformprojekte an institutioneller Trägheit und den
vested interests zu scheitern drohen. Wegen der in umfangreichen Reformplänen unvermeidlich enthaltenen
Fehlannahmen ist das Risiko des Scheiterns aufgrund ungenügender "Lernfähigkeit" noch als deutlich höher anzusehen.

3. Die Unzulänglichkeit dezisionistischer Institutionenbildung

Ob und wie neue Institutionen Akzeptanz finden, hängt, so die These, wesentlich von der Art ihrer Auswahl und Einführung ab. Soziale Normen und Spielregeln, die erkennbar das Resultat einer dezisionistischen Setzung sind, werden den Schein des künstlich Konstruierten schwer wieder los. Da man in ihnen ein Resultat politischer Willkür sehen kann, leidet ihre Geltung nicht selten unter einem Überschuß von Kontingenz. Wenn aber die Bürger annehmen, "das hätte man auch anders und besser regeln können", werden neue Institutionen kaum auf genügend Akzeptanz stoßen.

4. Das kulturelle Voraussetzungsdefizit neuer Institutionen

Mehrere Kerninstitutionen von Marktwirtschaft und Wettbewerbsdemokratie bauen auf kollektiven Werten und individuellen Kompetenzen auf, die in Transitionsgesellschaften nicht selbstverständlich gegeben sind, sondern sich vielmehr erst im Verlaufe der Reformen ausbilden können. Tatsächlich behaupten verschiedene Abhandlungen zur politischen Kultur des Postsozialismus ein Defizit an Bürgertugenden und *civic traditions*. Die sog. *socialist legacies* und Indikatoren "zivilisatorischer Inkompetenz" (Piotr Sztompka) bezeichnen diesen Mangel an einem institutionenadäquaten Kontext.

5. Funktionsdefizite und Effektivitätsmängel der neuen Institutionen

Gegen nicht wenige der in westeuropäischen Gesellschaften etablierten Institutionen wurde der Verdacht gravierender Effektivitätsmängel erhoben. Verweisen nicht etliche von ihnen auf ungelöste Strukturprobleme der Institutionen des "disorganized capitalism" (Claus Offe)? Der Verdacht trifft insbesondere die Institutionen der sozialen Sicherung, der Arbeitsmarktpolitik sowie der staatlichen Wachstums- und Strukturpolitik, deren Funktionsbedingungen sich durch die Zunahme global-ökonomischer Interdependenzen verschlechtert haben.

6. Die hohen sozialen Kosten der institutionellen Innovation

Während die institutionellen Reformen, welche die Entwicklung der konsolidierten Demokratien des Westens begleiteten, kumulative Fortschritte bedeuteten, setzen die aktuellen Transformationsprozesse eine gewisse Opferbereitschaft der Bevölkerung voraus. Der Aufbau der neuen institutionellen Ordnung liefert keine unmittelbaren Wohlstandsgewinne für "alle", sondern ist mit individuellen Risiken und Kosten belastet (was sich in der U-Kurve der Sozialproduktentwicklung ausdrückt). Aber angesichts des verbreiteten Wunsches, mit dem Wohlstandsniveau des "Westens" gleichzuziehen, besteht nur begrenzte Bereitschaft zur Hinnahme einer längeren Entsagungsphase.

7. Kontra-intentionale Effekte simultaner Innovationen

Die gleichzeitige Einführung eines kompetitiven Parteiensystems und autonomer Interessensverbände zeitigte ein unerwartetes Ergebnis. Während Parteien von der hohen Aufmerksamkeit für Wahlen sowie von ihrer *gatekeeper*-Funktion für öffentliche Ämter profitieren, mangelte es den Verbänden nicht nur an Ressourcen und Beteiligungsanreizen, sondern auch an Kooperationsbereitschaft und Gehör auf seiten der staatlichen Akteure. Gegenüber den selbstbewußten Parlamenten bleibt die "funktionale" Interessenvermittlung unterentwickelt; die Möglichkeiten einer gewissen Entstaatlichung der gesellschaftlichen Regulation sind erst einmal gering.

Unerwartete Daten – unbeeindruckte Theorien?

Was ist nach einer Dekade praktischer Transformationen von dem so solide begründeten Theorem des notwendigen Scheiterns zu halten? Offenkundig nicht sehr viel. Regelmäßige Zeitungslektüre reicht aus, um sich von der Inkorrektheit der "systematischen" Skepsis zu überzeugen. Zweifellos sind die Transformationsländer mit einer Fülle von Problemen, erwartbaren wie unerwarteten, geschlagen. Doch steht außer Frage, daß sie auch erhebliche Erfolge verbuchen. Die Transformationsresultate bestätigen weder das generelle "Unmöglichkeitstheorem" holistischer Politik noch das spezielle "Dilemma der Gleichzeitigkeit". Vielerorts wurden die Reformen in einer Weise realisiert, die es erlaubt, die ursprünglichen Ziele in den bewirkten Ergebnissen wiederzuerkennen.

Angesichts dieses Sachverhalts stellt sich für eine auf systematische Erklärungen zielende Sozialwissenschaft die Frage nach der Gültigkeit der Annahmen, die dem "Unmöglichkeitstheorem" und anderen Hindernisprognosen unterliegen. Antworten sind in zwei Richtungen zu suchen. Zum einen scheint es notwendig, nach jenen Besonderheiten in den Transformationsbedingungen der sozialistischen Länder Ausschau zu halten, die von den theoretischen Annahmen abweichen. Zum anderen wäre den politischen Entscheidungen nachzuspüren, in denen die oben erwähnten Hindernisse und Probleme tendenziell erfolgreich bearbeitet wurden. Immerhin haben die Sozialwissenschaften Zugang zu einen Fundus empirischer Daten gewonnen, der systematische Untersuchungen zu den Faktoren des Scheiterns respektive Gelingens komplexer politischer Reformvorhaben zuläßt.

Erstaunlicherweise findet die unerwartete Möglichkeit, Konstellationen und Faktoren politischen Gelingens zu studieren, im Mainstream der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung noch kaum Beachtung. Der Sachverhalt, daß die Systemtransformation ein ganzes Bündel sozial- bzw. politikwissenschaftlicher Theorien in Frage stellt, wurde erst von Außenseitern wahrgenommen. Noch besteht der Eindruck, als sei das Verhältnis von empirischer Wirklichkeit und theoretischer Wissenschaft weitaus weniger innig als man es sich anläßlich

mancher sozialwissenschaftlicher Themenmoden vorstellen mochte. Folglich blieb bislang auch die Frage weitgehend unbeachtet, inwieweit unterschiedliche Resultate der Transformation nicht nur auf ungleiche Ausgangs- und Randbedingungen, sondern auch auf Prozeßvariablen, z.B. die Sequenzialisierung von Maßnahmen, die Abfolge von Regimetypen bzw. Regierungskoalitionen oder das politische Geschick der Akteure, zurückzuführen sind. Heute besteht die Chance, mittels theorie-

orientierter Forschung zu komplexeren Theorien der politischen Steuerung und der Genese institutioneller Ordnungen zu gelangen. Darüber hinaus lockt vertieftes Wissen über die Grenzen des "politisch Machbaren" wie über die Voraussetzungen anspruchsvoller Reformpolitik.

Helmut Wiesenthal ist Univ.-Professor für Soziologie und Politikwissenschaft an der Humboldt Universität zu Berlin.

Osteuropa - wohin? Thesen

von Nikolai Genov, Sofia

Teute ist die Frage "Osteuropa – wohin?" nicht weniger aktuell, als sie vor zehn Jahren war. Doch ist sie in anderer Hinsicht aktuell, und zwar aus zwei Gründen. Erstens, man glaubt heute nicht mehr, daß es um einen kurzfristigen Wandel Osteuropas geht. Die Zeit der in der Region ablaufenden Transformationen wird heutzutage anders bestimmt, als die Zeit der am Anfang der neunziger Jahre erwarteten Transition. Jetzt wissen wir, daß die Bewältigung vieler Probleme der Transformation noch Jahre und Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird. Zweitens, der Raum der geschichtlichen Ereignisse wird heute viel differenzierter interpretiert. Osteuropa ist seit langem keine monolithische Einheit mehr, wie es vielen noch vor zehn Jahren schien. Am Ende der neunziger Jahre weiß man, daß Osteuropa so unterschiedliche Gruppen von Staaten einschließt wie das postsozialistische Mitteleuropa und Südosteuropa, die baltischen Staaten oder auch die anderen europäischen Teile der früheren Sowjetunion. Im Rahmen dieser Gruppen hat jede Gesellschaft wiederum ein eigenes, ausgeprägtes Profil entwickelt.

Von einer anderen Seite her gesehen, ist man heute sehr darum bemüht, die Stellung Osteuropas in der aktuellen Globalisierung genauer zu bestimmen. Das Thema selbst war Anfang der neunziger Jahre bekannt. Viele Begriffe und Herangehensweisen in der Diskussion um die Globalisierung sind aber erst in den letzten Jahren eingeführt und intensiv verwendet worden.

Diese neue raum-zeitliche Bestimmung der Prozesse in Osteuropa wirft schwierige Fragen an die Sozialwissenschaften auf, weil im Laufe der Transformation viele Erkenntnislücken offensichtlich geworden sind. Die meisten von ihnen sind durch praktische Herausforderungen hervorgerufen worden, da nach der Wiedervereinigung Deutschlands, nach dem Zerfall der Sowjetunion und den Kriegen in Jugoslawien Europa und die Welt anders sind und anders regiert werden sollten.

Aus diesen vielfältigen Zusammenhängen ergeben sich Problemstellungen, Einsichten, Forschungsperspektiven und praktische Konsequenzen, die sich in sieben Thesen zusammenfassen lassen:

1. Globalisierung ist auch Komplexitätssteigerung

Man kann generell annehmen, daß die globalen Tendenzen zur Universalisierung und Homogenisierung der sozialen Verhältnisse und Prozesse führen. Die Entwicklung Osteuropas nach 1989 kann man als eine Anpassung an solche Tendenzen interpretieren. Die nationalen technologischen Standards in der Region werden mit den globalen Standards für Material- und Energieverbrauch der Produktion wie der Sicherheit und Qualität der Industrieerzeugnisse abgestimmt. Die Neugestaltung des nationalen Finanzwesens der Länder in der Region folgt den international akzeptierten Organisations- und Effizienzkriterien. Die verabschiedeten Verfassungen sind nach den universellen Prinzipien der individuellen Menschenrechte konzipiert. Die wertnormativen Systeme der Gesellschaften in der Region entwickeln sich zweifellos in Richtung eines weltbürgerlichen Universalismus. Kurz gesagt, die allgemeine Ausrichtung der osteuropäischen Transformation weist auf die Aufnahme von institutionellen Mustern wie Denk- und Verhaltensweisen hin, die in der sich herausbildenden Weltgesellschaft tonangebend sind.

Das ist allerdings nur die eine Seite der Medaille. Die andere ist die schnell ablaufende Ausdifferenzierung von Akteuren, Verhältnissen und Prozessen, in Osteuropa ebenso wie weltweit. Die Veränderungen sind jedoch in Osteuropa von weitreichender Bedeutung, da in der Region die Ausdifferenzierung von Wirtschaft, Politik und Kultur im Rahmen jeder dieser Handlungssphären jahrzehntelang künstlich verlangsamt oder gestoppt wurde. Bis in die späten achtziger Jahre hat man vergeblich versucht, die technologisch wie wirtschaftlich bedingte Komplexitätssteigerung mit den – in Durkheims Begriffen – Organisationsmitteln einer politisch oktroyierten mechanischen Solidarität zu meistern.

Die Wende nach 1989 hat die rasche Ausdifferenzierung von Handlungsphären, Lebensformen und Lebenschancen in Osteuropa in Gang gebracht. Die moderne organische Solidarität setzt sich durch. Der Transfer von universalisierten Institutionen verläuft allerdings spezifisch in jedem Land der Region. Allgemein ist nur die Erfahrung,

daß breite Schichten weder kognitiv noch praktisch in der Lage sind, diesen dynamischen Widerspruch von parallel verlaufender Homogenisierung und Komplexitätssteigerung zu meistern. Spannungen und Konflikte sind als Folge dieses zivilisatorischen Defizits vorprogrammiert. Die Überraschungen und Enttäuschungen sind unausweichlich. Ihre Intensität kann im Laufe der Transformation abnehmen. Sie steigt aber immer dann, wenn wirtschaftliche Krisen, politische, militärische, ethnische oder religiöse Konfrontationen akut werden. So kann die regionale Anpassung an die laufende Globalisierung sowohl eine bessere Abstimmung als auch eine Verstimmung von Interessen bedeuten. Wegen nationaler und regionaler Instabilitäten ist Osteuropa diesen Spannungen besonders stark ausgesetzt und wird es auch für absehbare Zeit bleiben. Durch die Integration der Region in die Weltgesellschaft wird eine höhere Stufe von Transparenz und Effizienz durch Homogenisierung erreicht. Zugleich kommt auch eine qualitativ neue Unübersichtlichkeit zustande, die vor allem durch die rasche Komplexitätssteigerung bedingt ist. Mit diesem Widerspruch müssen die Osteuropäer auch weiterhin leben und zudem Fähigkeiten entwickeln, ihn in den Griff zu bekommen.

2. Die neue Arbeitsteilung ist die alte Arbeitsteilung

Mit wenigen Ausnahmen - Teile Ostdeutschlands, der Tschechischen Republik oder Schlesiens – hat Osteuropa in der Neuzeit immer zur kontinentalen Peripherie gehört. In einem breiteren technologischen, wirtschaftlichen wie auch geopolitischen Kontext gehörte es – trotz der Rolle Rußlands in bedeutenden geschichtlichen Ereignissen - im besten Falle zur globalen Semi-Peripherie. Während der dreißiger Jahre in der Sowjetunion und nach dem Zweiten Weltkrieg in der gesamten Region wurden gewaltige Anstrengungen unternommen, durch beschleunigte Industrialisierung aus dieser untergeordneten Position herauszukommen. Der Anspruch war zunächst, zum zweiten wettbewerbsfähigen Kern der industriellen Zivilisation zu werden. Manchen schwebte auch die Idee vor, Osteuropa zum Leader in der technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung zu verwandeln und so den ideologischen, politischen wie militärischen Vorsprung der Region weltweit zu sichern.

Dieser Anspruch ist gescheitert. In den achtziger Jahren produzierte man vergleichbare Industrieerzeugnisse in Osteuropa mit einem drei bis sechs mal höheren Rohstoff- und Energieaufwand als in Westeuropa. Im Wettbewerb der Informatisierung der Produktion und der Dienstleistungen hat Osteuropa im Laufe der achtziger Jahre hoffnungslos verloren. Trotzdem glaubten viele Anfang der neunziger Jahre, daß die rasche Privatisierung von Industriebetrieben, Dienstleistungen und landwirtschaftlichem Eigentum schnell zum Transfer von Hochtechnologie nach Osteuropa führen würde. Man glaubte auch, daß sich auf diese Weise das technologische Gefälle zwischen den beiden Teilen des Kontinents

abbauen ließe. Doch auch diese Hoffnung wurde enttäuscht. Die Privatisierung hat zu einer raschen Deindustriealisierung überall in Osteuropa geführt. Die technologischen Innovationen haben sich in den meisten Fällen verlangsamt. Progressive Industriezweige wie die Elektronik sind fast überall in der Region unter den Verlierern der Transformation. Das liegt an der überstürzten Auflösung der osteuropäischen Integrationsmechanismen, am allgemeinen Rückgang der Binneninvestitionen, an der Vernachlässigung von Forschung und Entwicklung durch die jeweiligen Staaten, aber auch an der Politik ausländischer Konkurrenten.

Als Resultat befindet sich Osteuropa heute wieder dort, wo es früher war. Die Stellung der Region in der internationalen Arbeitsteilung hat sich gemäß der überlieferten Tradition verfestigt. Manche Gebiete werden wieder der "globalen Stadt" mit ihrem Vorsprung in der technologischen Entwicklung und mit der hohen Qualität der Arbeitsplätze angehören. Die bei weitem breiteren Teile der Region werden aber wahrscheinlich ihre wenigen relativen Vorteile verlieren und sich dem "globalen Dorf" der vor allem rohstoffproduzierenden Niedriglohnländer anschließen. Das hat weitreichende Konsequenzen für die Entwicklung der sozialen Struktur und des Wohlstands, der Beschäftigung, Bildung, Wissenschaft und des Gesundheitswesens in diesen Teilen Osteuropas. Diese konfliktträchtige Perspektive läßt sich vielleicht nur durch eine zielstrebige technologische, wirtschaftliche wie politische Integration des ganzen Kontinents vermeiden. Werden politischer Wille und Schaffenskraft in Europa ausreichen, um das unter den Bedingungen einer globalen Konkurrenz und divergierender nationaler Interessen zu leisten? Die Antwort kann nur positiv ausfallen, wenn man im Auge behält, daß die Länder Europas gemeinsame Interessen in der globalen Konkurrenz haben.

3. Die Kommerzialisierung kennt keine Grenzen

Der Anschluß Osteuropas an die schnell voranschreitende Globalisierung geht vor allem über die Finanzkanäle. Der Prozeß wird durch zwei Umstände erleichtert. Erstens, eine grenzenlose Kommerzialisierung aller Tätigkeiten, einschließlich der Bildung, Kultur und des Gesundheitswesens, verläuft in allen Ländern der Region. Zweitens, die wichtigste regulierende Macht in den meisten von ihnen sind die Anweisungen der internationalen finanziellen Institutionen – des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Sie haben die Hauptrichtung ihrer Aktivitäten auf die monetäre Stabilisierung ausgerichtet. Das erklärt sowohl die Erfolge in dieser Hinsicht als auch die vielen Schwierigkeiten, auf welche die Wiederherstellung der natürlichen Balance zwischen Produktion und Handel in den meisten Ländern der Region stößt.

Die Problematik der grenzenlosen Kommerzialisierung hat noch eine weitere Dimension: Denn alle osteuropäischen Länder sind, wenn auch in verschieden hohem Ausmaß, auf Auslandskredite angewiesen. Es kann nicht anders sein, da ihre internen Kapazitäten, Kapital zu akkumulieren, recht begrenzt sind. Das eigentliche Problem mit diesen Krediten besteht darin, daß typischerweise ein Bruchteil von ihnen langfristige direkte Investitionen sind. Wie überall in der Welt besteht der größere Teil aus kurzfristiger Fluktuation des Finanzkapitals. Das Kapital verläßt ein Land in dem Moment, in dem die wirtschaftliche oder die politische Situation dort für die Erzielung schneller Gewinne nicht mehr vielversprechend ist.

Das ist ein universelles Problem der neuen globalen Unübersichtlichkeit und Unsicherheit der finanziellen Märkte, wie die Erfahrung aus Mexico (1994), Ostasien (1997), Rußland (1998) und Brasilien (1999) zeigt. Das eigentliche Problem besteht aber darin, daß die starken nationalen Wirtschaften und die starken multinationalen Konzerne durch diese Fluktuation der Kapitalmärkte weit weniger betroffen werden, als die kleinen, kapitalarmen und politisch instabilen nationalen Wirtschaften. Die meisten osteuropäischen Länder gehören zu dieser letzten Kategorie und werden bestimmt in absehbarer Zukunft ständig der Gefahr ausgesetzt sein, dem spekulativen Fließen von Kapital zum Opfer zu fallen. Die Alternative ist wiederum die weitreichende wirtschaftliche Integration des ganzen Kontinents, aber sie setzt die Stabilität der osteuropäischen nationalen Wirtschaften voraus. Das ist ein Dilemma, mit dem Osteuropa, aber auch Europa insgesamt, zu tun hat.

4. Der starke Staat ist der kleine Staat

Die radikale Erneuerung der osteuropäischen Gesellschaften besteht vor allem darin, ihre übermäßige Integration durch den Parteistaat zu brechen. Dadurch soll Wirtschaft und Kultur die Möglichkeit gegeben werden, eine eigene Dynamik zu entfalten. Im Laufe der Transformation hat man aber auch das andere Extrem überall in Osteuropa beobachtet. Wegen der einflußreichen Philosophie des Neoliberalismus oder wegen organisatorischer Schwächen hat sich der Staat überschnell von seinen institutionalisierten Verpflichtungen gegenüber der Wirtschaft, Wissenschaft, Technologieentwicklung, Bildung usw. distanziert. Dazu kam, daß für eine gewisse Periode der Staat der größte Eigentümer war, sich aber gleichzeitig von der Verwaltung und Kontrolle seines Eigentums zurückgezogen hatte. Das Resultat waren steigende Kriminalität und Schattenwirtschaft, die Desintegration von Forschung und Entwicklung, Verfallserscheinungen in der Bildung, im Gesundheitswesen und in den meisten anderen Handlungssphären.

Angesichts dieser schmerzhaften Erfahrung mußte man noch einmal lernen, was in den liberalen westlichen Gesellschaften eine Trivialität ist, nämlich die Notwendigkeit einer starken integrierenden Funktion des modernen Staates. Es geht also nicht darum, den Staat aus den nichtpolitischen Handlungssphären einfach zu verdrängen. Vielmehr geht es darum, die Methoden und Techniken der staatlichen Leitung der Gesellschaft an die neuen

Bedingungen der Privatisierung der Wirtschaft und der Pluralisierung der Kultur anzupassen. Eine solche rechtzeitige und gut konzipierte Anpassung ist existentiell wichtig, da die vieldimensionale Transformation der osteuropäischen Gesellschaften nicht anders als durch starkes staatliches Engagement rationell zu bewerkstelligen ist. Mehr noch, angesichts des noch auf lange Frist starken staatlichen Wirtschaftssektors, der hohen Arbeitslosigkeit und der weitreichenden Aufgaben des Staates in der Herstellung neuer internationaler Beziehungen der osteuropäischen Gesellschaften, kann die Rolle des Staates gar nicht vernachlässigt oder verdrängt werden. Die Aufgabe besteht bloß darin, den Staat "klein" im Sinne "frei von übermäßigen Funktionen", aber "stark" im Sinne der organisatorischen Effizienz zu gestalten und aufrechtzuerhalten. Trotz der voranschreitenden Globalisierung zeigen die Staaten nirgendwo in der Welt eine Tendenz zum Absterben. Es wäre zuviel erwartet, daß gerade die osteuropäischen Staaten in dieser Hinsicht die Vorreiterrolle übernehmen. Im Gegenteil, auf die brennende Notwendigkeit, überall in Osteuropa das Vertrauen in die sozialen Institutionen wiederherzustellen, kann ein effektiv funktionierender Staat am besten antworten.

5. Die wertnormative Universalisierung hat Alternativen

Es ist eine starke Tendenz im modernen sozialen Wandel, die nationalen wie regionalen wertnormativen Systeme auf das entstehende globale wertnormative System zu beziehen. Seinen Kern bildet der Glaube an die universellen Menschenrechte. Die neuen Verfassungen und politischen Institutionen der osteuropäischen Staaten verkörpern diesen Wertewandel von staatlich gesichertem Gemeinwohl zu individueller Initiative und Verantwortung. Dadurch entstehen die Vision und der institutionelle Rahmen einer weiterführenden Homogenisierung der Werte und Normen einer künftigen Weltgesellschaft. Man könnte erwarten, daß sich gerade in Osteuropa dieser Prozeß schnell und erfolgreich entfalten wird, da er durch die frühere wirtschaftliche, politische wie kulturelle Abkapselung der Region künstlich gebremst worden ist.

Die Erfahrung aus dem letzten Jahrzehnt lehrt aber das Gegenteil. Zusammen mit der Entwicklung und Verfestigung der Werte und Normen, die auf der universellen Auffassung von Menschenrechten basieren, sind auch beträchtliche Abweichungen von diesen wertnormativen Prinzipien zustandgekommen. Die wichtigsten von ihnen sind mit dem Aufschwung des Nationalismus verbunden. Obwohl er in Osteuropa durch die offizielle Ideologie des Internationalismus nie vollkommen verdrängt werden konnte, wurde der Nationalismus nach dem Zweiten Weltkrieg in der Region überwiegend – genauso wie in Westeuropa – als Überbleibsel des aussterbenden Traditionalismus angesehen. Besonders nach 1968 haben aber die meisten osteuropäischen Regime gezielt versucht,

eine wertnormative Integration ihrer Gesellschaften mit Hilfe von nationalistischen Ideen zu bewirken. Rumänien war das krasseste Beispiel dieser Ideologie und Politik. Man konnte allerdings nur für eine gewisse Zeit die Formel ernstnehmen, daß der Nationalismus die letzte Nische der aussterbenden kommunistischen Ideologie und Praxis sei. Es geht in Wirklichkeit um eine fortdauernde wertnormative Verunsicherung, die durch die allgemeine Formel der universellen Menschenrechte offensichtlich nicht beseitigt werden kann. Besonders in den staatlich neu konsolidierten Nationen der früheren Sowjetunion und des früheren Jugoslawiens wird die Homogenisierung der wertnormativen Systeme auf der Basis der universellen Menschenrechte noch lange andauern, da der Nationalismus dort einflußreich ist und leicht politisch aktiviert werden kann.

Das gilt insbesondere deswegen, weil in der Region die Mobilität breiter Schichten nach unten in der sozialen Stratifikation fortdauert und ihre Position am unteren Rand der Stratifikationsskala verfestigt wird. Eine soziale Mobilität dieser Art stärkt die Bereitschaft, prekären Lebenslagen und Tendenzen mit partikularistischen Denkund Handlungsweisen zu begegnen. Das öffnet den Weg für den Nationalismus, den politischen oder religiösen Extremismus als Alternativen zum weltbürgerlichen Universalismus. Es wird wahrscheinlich noch lange dauern, bis die Gesellschaften in Osteuropa mit dieser Gefahr des Extremismus oder mit der Gefahr der weitreichenden Abwertung von Werten und Normen fertig werden. Die einzig vielversprechende Perspektive ist eine Wirtschaft, in der sich die von Moral und Gesetz geleitete unternehmerische Initiative und Verantwortung lohnen und eine Politik, in der aktive Teilnahme einen Sinn hat. Diese Perspektive wird allerdings in breiten Teilen Osteuropas durch verschiedenste Umstände unmöglich gemacht oder in Frage gestellt.

6. Die Differenzierung von Lebenslagen und Lebenschancen geht weiter

Den Demonstranten, die 1989 in Leipzig, Bukarest oder anderswo auf die Straße gingen, schwebte ein gemeinsamer Gedanke vor: Die bestehende soziale Ordnung war ineffizient, weil sie ungerecht war. Und sie sollte geändert werden in Richtung einer meritokratischen Gesellschaftsordnung, in der jede Aktivität nach den realen Resultaten beurteilt und belohnt werden sollte.

Die Spitze der Argumente war das Verlangen, die Privilegien für Funktionäre des Parteistaates abzuschaffen. Mit ihrer Ausnutzung der zentralisierten politischen Macht, um sich wirtschaftliches oder kulturelles Kapital zu schaffen, sollte Schluß gemacht werden. Man argumentierte aber auch anders. Der ideologisch wie politisch eingeführte und aufrechterhaltene Egalitarismus sollte ebenfalls abgeschafft werden. Die Differenzen der Entlohnung sollten den Differenzen der Leistung entsprechen, die ohne Zweifel beträchtlich waren.

Es gab divergierende Vorstellungen darüber, wie Effizienz und Gerechtigkeit, wie also die erwünschte meritokratische Sozialordnung, hergestellt werden sollte. Das Zauberwort hieß allerdings eindeutig "Konkurrenz", und zwar Herstellung von funktionierenden Konkurrenzverhältnissen überall im sozialen Leben – in der Wirtschaft, der Politik wie in der Kultur. Gerechte Gesellschaft sollte nicht mehr eine Gesellschaft heißen, in der der Staat starke Umverteilungsfunktionen übernimmt. Im Gegenteil – jedem Einzelnen sollte freier Raum für Initiative und Verantwortung zugesichert werden, jeder sollte nach seiner Leistung belohnt werden. Dies sollte das Leitprinzip der neuen, von Konkurrenz geleiteten Gerechtigkeit sein. So sollte die moderne Individualisierung ihre neuen moralischen Grundlagen und den neuen institutionellen Rahmen finden.

Es ging also um die Organisationsmuster der Leistungsgesellschaft, die seit langem bekannt und ausprobiert worden sind. Es ging später auch um Differenzen, die in der westlichen Welt geläufig sind, aber in Mittel- und Osteuropa neuentdeckt werden sollten. Es wurde allmählich klar, daß der Individualismus und Liberalismus des "amerikanischen Modells" der Leistungsgesellschaft nicht unbedingt mit dem Etatismus und Egalitarismus des "schwedischen Modells" identisch sind. Es wurde klar, daß es verschiedene Formen der meritokratischen Sozialordnung gibt, die verschiedene Formen von Effizienz und Gerechtigkeit in den entwickelten westeuropäischen und nordamerikanischen Leistungsgesellschaften prägen.

Das war nur die erste Portion der ernüchternden Erfahrung, die aus der Ferne kam. Die gesellschaftliche Entwicklung in Mittel- und Osteuropa selbst hat immer wieder für neue, ernüchternde Erfahrungen gesorgt. Mit nur wenigen Ausnahmen ist die Zukunft der Gesellschaften in der Region noch offen für solche Erfahrungen, da sie immer noch mit intensiven Risiken beladen ist. In manchen von ihnen ist die Herausbildung von oligarchischen Strukturen klar erkennbar. Sie werden sehr wahrscheinlich eine soziale Differenzierung lateinamerikanischen Typs verfestigen. Eine neue soziale Ordnung, die sich auf lange Frist auf einer solchen sozialstrukturellen Basis aufbaut, kann aber kein gutes Vorzeichen für eine nachhaltige wirtschaftliche, politische, kulturelle wie ökologische Entwicklung sein, da sie Korruption, politischen Klientelismus und zivile Verantwortungslosigkeit fördert.

Auch eine andere Variante sozialer Differenzierung ist entstanden, die die einzelnen Länder in der Region immer klarer voneinander trennt. In manchen Fällen sind die spezifischen technologischen, politischen oder kulturellen Voraussetzungen der Transformation einzelner Länder dafür verantwortlich (path dependence). Dazu zählen auch spezifische nationale Entscheidungen, z.B. auf dem Gebiet der Privatisierung, die in den einzelnen Ländern verschieden verlaufen ist. Eine ganze Menge anderer Faktoren wie lokale und internationale Spannungen oder geostrategische Prioritäten einflußreicher Länder haben auch dafür gesorgt, daß die am Anfang der Trans-

formation in einer relativ homogenen Gruppe auftretenden Länder Mittel- und Osteuropas dies im internationalen Wettbewerb immer differenzierter tun. So sind manche Länder aus der Region dabei, sich dem Club der stabil funktionierenden europäischen Gesellschaften anzuschließen. Für andere gilt aber mehr das, was David Lane vor kurzem als chaotic capitalism bezeichnet hatte. Mit dieser Entwicklung eröffnet sich die Perspektive einer fortdauernden regionalen Instabilität. Sie läßt sich wahrscheinlich nur durch langfristig konzipierte Maßnahmen überwinden. Die Rolle der Europäischen Union kann in dieser Hinsicht entscheidend sein.

7. Die Zeit der Sozialwissenschaften

Die Sozialwissenschaften wurden mehrfach beschuldigt, daß sie den Zusammenbruch der osteuropäischen sozialen Ordnung von 1989 nicht vorausgesehen hätten. Das mag ihre Prognosefähigkeit in Frage stellen, allerdings nicht stärker, als die Prognosefähigkeit der Politiker, Journalisten oder der Geheimdienste. Sie alle waren mit ihren Prognosen Ende der achtziger Jahre nicht erfolgreicher. Es geht also um allgemeine kognitive Defizite, die ohne eine Entwicklung der Sozialwissenschaften nicht beseitigt werden können. Es geht darum, begriffliche Schemata weiter herauszuarbeiten, die imstande sind, systematische Erklärung und Prognose von Transformationsprozessen zu ermöglichen.

Unter den vielen paradigmatischen Gesichtspunkten, die dazu aktiviert werden können, sind sicherlich diejenigen vorzuziehen, die das Folgende zu leisten versprechen:

- Eine nachvollziehbare begriffliche Verbindung globaler, regionaler und lokaler (nationaler, subnationaler) Prozesse herauszuarbeiten;
- Diese Prozesse nach Ursprung, Verlauf und Auswirkungen mit den einzelnen Handlungssphären systematisch zu verknüpfen;
- Die Fähigkeit aufzuweisen, die Dynamik der Entstehung und des Handelns von Akteuren auf verschiedenen Strukturebenen der sozialen Wechselwirkung zu erklären und zu prognostizieren;
- Die Erforschung der historischen Raum-Zeitlichkeit von Transformationsprozessen mit Kapazitäten für theoretische Verallgemeinerung und Operationalisierbarkeit theoretischer Abstraktionen zu vereinen.

Die Verwirklichung dieses Programms zur Entwicklung der transformationsbezogenen Forschung in den Sozialwissenschaften setzt Interdisziplinarität, interparadigmatische Wechselbeziehungen und eine gezielte gegenseitige Befruchtung theoretischer wie empirischer Forschung voraus. Nur so läßt sich eine Sozialwissenschaft weiterentwickeln, die kognitiv vertretbar ist und im praktischen Handeln sich verwerten läßt.

Nikolai Genov ist Professor am Institut für Soziologie an der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften in Sofia.

Christine Hüper

Unternehmenskauf in Rußland

Der Kauf von Unternehmensanteilen, Unternehmen und sonstigem Staatsvermögen im russischen Zivil- und Privatisierungsrecht 1998, 279 S., kart., 68,- DM, 496,- ÖS, 62,- SFr ISBN 3-87061-634-2

Christian von Wistinghausen

Preisaufsicht mit Mitteln des Kartellrechts in der Russischen Föderation

1999, 211 S., kart., 48,- DM, 350,- ÖS, 44,50 SFr ISBN 3-87061-765-9

Herwig Roggemann (Hrsg.)

Die Verfassungen Mittel- und Osteuropas

Einführung und Verfassungstexte mit Übersichten und Schaubildern 1999, 1129 S., kart., 148,- DM, 1080,- ÖS, 132,- SFr ISBN 3-87061-557-5

Herwig Roggemann

Die Internationalen Strafgerichtshöfe

Einführung • Rechtsgrundlagen • Dokumente Zweite, neubearb. und erw. Auflage 1998, 420 S., kart.,

88,- DM, 642,- ÖS, 80,- SFr, ISBN 3-87061-531-1

Ergänzungsband:

Das Statut von Rom für den Ständigen Internationalen Strafgerichtshof (ICC)

1998, 102 S., kart., 21,80 DM, 159,- ÖS, 20,- SFr ISBN 3-87061-638-5

Thomas Bremer, Nebojša Popov, Heinz-Günther Stobbe (Hrsg.)

Serbiens Weg in den Krieg

Kollektive Erinnerung, nationale Formierung und ideologische Aufrüstung

1998, 526 S., kart., 98,– DM, 715,– ÖS, 89,– SFr ISBN 3-87061-694-6

Horst Fischer, Sascha Rolf Lüder (Hrsg.)

Völkerrechtliche Verbrechen vor dem Jugoslawien-Tribunal, nationalen Gerichten und dem **Internationalen Strafgerichtshof**

Beiträge zur Entwicklung einer effektiven internationalen Strafgerichtsbarkeit

1999, 442 S., kart., 79,- DM, 577,- ÖS, 72,- SFr ISBN 3-87061-844-2



BERLIN VERLAG Arno Spitz GmbH Pacelliallee 5 • 14195 Berlin • Tel. 030 /84 17 70-0 E-Mail: berlin-verlag.spitz@t-online.de

Economics of Transition: Quo Vadis?

von László Csaba, Budapest

In September 1990, just after – in Russia well during – I the collapse of the ancient regime a giant conference, sponsored by the European Science Foundation in Davos, Switzerland, attempted to address the fundamental issues raised by the forseeable, still unexpected desintegration of the Soviet empire, its economic, political, social and power structures and ideologies. More than anybody else, representatives of the economic disciplines felt embarrassed. Not only did they fail to forecast size and speed of the collapse, but also - at least many of us got the impression – the underlying idea seemed to have got lost. Knowledge accumulated on general rules and specific, national features of the functioning of command economy, its counterposition to the free market order, and the analyses of reform steps, always highlighting the inherent constraints of such endeavours, have simply become irrelevant, it seemed. Market and prosperity were seen within easy reach, and promises of quick and linear ways of recovery abounded, not only in policymaking circles, but also in the academic ones. It seemed that all we needed was to master "proper economics" in the western sense, above all implying introductory textbooks on macroeconomics and finance, maybe industrial management, too. The right tools will produce the right outcome - this was deeply felt and hoped of most. And indeed: shock therapy was making headways in the early Balcerowicz period. The Polish society was showing a remarkable degree of patience and co-operation, refuting the fashionable social science theories and depicting democracies as hotbeds of economic animals, acting always under short term welfare maximizing assumptions.

Michael Kaser's shocking prophecy

In this euphoric-doomsday mood – depending on the person and his convictions that were around – one of the dovens of East European Studies, Michael Kaser, shocked the scientific community with the following incredible prophecy. The decay of established institutions of the area will continue, perhaps even intensify, since those deciding on money will no longer see the Soviet threat, thus austerity – already practised over a decade in Britain at the time – is going to intensify, rendering elementary research functions impossible, culminating in the closing down of prestigious institutes and research centres, or as second best - merging them with general history/ economics/law/sociology/language/ international relations departments. Journals may or may not survive, publishing of books may or may not go on, depending on how enterprising the individual scholar is in fund-raising.

Meanwhile, at policymaking and business levels the need, and indeed, effective demand for marketable and competent country- and system-specific advice will grow. This new market niche will be filled by people having no prior

knowledge of the subject, but – by the same token – being more arrogant and less constrained in advancing "unconventional", i.e. radical policy advice. Revolutionary mood in the region will foster these, and the harm to be done might be equal to the harm caused by the crisis itself.

Not many of us gave credence to Kaser's prophetic words. I myself belonged to those who felt he might have extrapolated the truly depressing British academic conditions to the rest of the world, where social market economy was either already in place – Germany, Scandinavia, Holland – or was to be created in a couple of years – primarily in Central Europe, but perhaps also Russia has had her chance, it seemed. Thus it is still hard to believe how aptly Kaser put the bottom line of the 1990s.

With the benefit of hindsight, however, there is more to it. It is not only the disruptive elements which have been dominating the scene. In short, a double new challenge emerged, which later led to a rather ruthless selection in the established profession. First, more often in the former "East", the suction of politics and business world proved irresistable, while in the West demand for policy advice has been redirected to the newcomers, selected by their geographical proximity to large donors and policymaking centres, rather than their proven academic excellence (be that through citation indicies, by the number of their books written on the subject, or the length of their familiarity with the target zone countries). The second challenge was posed by the inevitable merger with the output, sometimes with the organisation, of mainstream departments in the respective areas. This proved to be particularly demanding in the economic field, where mainstream economic theory, being void of institutions and institutional analyses, has had precious little to offer directly to a pro-cess where re-molding political and economic institutions is the crux of the matter.

Past experience gave little guidance

On the other hand, area specialists used to possess knowledge peculiar to the undergone régime, thus past experience gave little guidance to coping with new issues. The renowned conservativism of academic circles, particularly in Russia, is a case in point.

Thus, as in any crisis, the economist looks for the benefit of it. This was a continuous strain, pressing newcomers to familiarise themselves with region-specific and institutional issues. And conversely, area specialists and the middle and elder generation in the region had to relearn the basics of their discipline, by and large in line with the mainstream. The interchange could be quite fruitful and not only in terms of designing by well functioning institutions and policies in several countries in Central Europe. Failures to introduce the market "overnight" triggered widespread reflection in academic economics. Though not mostly in theoretical departments, but in the

leading academic journals, like "American Economic Review", "The Economic Journal" or "The Journal of Economic Perspectives", the number of theoretical and policy papers reflecting directly or indirectly upon problems experienced in transforming countries has gradually, but constantly, been on the increase, all across the 1990s. European mainstream journals, from "Kyklos" to "Weltwirtschaftliches Archiv" and "European Economic Review" devote a constantly large share of their output to problems of countries, representing about one per cent of world trade and about 3 per cent of total EU-trade. This is significantly above the indices of the golden years, which is, after all, a promising sign. New journals, primarily "Post-Communist Economies" and "Economics of Transition" have gained reputation in terms of submissions and quotation alike. In terms of quotations, "Post-Soviet Affairs" ranks among the first 20 most quoted journals (according to the statistics of "Economic Journal", Feb 1999).

Many ideas have been overtaken by the events

Under this angle both the interest in and the performance of "economics of transition" have been improving. With the time passing the excesses and misunderstandings of the early period seem to have been overcome. Many ideas depicting transitory phenomena in Central and Eastern Europe, like high inflation, non-payment of bills, lack of bankruptcies or the inability to privatise "properly" have simply been overtaken by the events. Meanwhile, better understanding has emerged as to what kind of economic textbooks and literature in general should be consulted, if practically relevant issues are to be addressed. Studies of industrial organisation, particularly of corporate governance, of financial economics, including items on the regulation of banking and capital markets, proper accounting for governmental revenues, outlays and implicit debts, sound less revolutionary than the emotional debate over shock versus gradualism, or over the proper way to privatise. Still, these more standard approaches and questions determine the efficacy of the new market order. A certain rehabilitation of the idea of the spontaneous order, due to the repeated governmental failures in redesigning societies according to a master plan, seems also to have emerged. In this indirect way, even fallacies could prove to become an asset.

As it seems now, the once monolithic body of transition economics is to differentiate into three chunks, having precious little in common. Among the "frontrunner" reforming countries subjects similar to those in OECD economies are likely to dominate the scene, like problems of pension reform, health care reform, looking for financeable solutions for an ageing society, the problem of environmentally tolerable growth and the like. A special feature of this group or line will be the highly comprehensive issue of eastward enlargement of the EU, which entails a large number of peculiar institutional and regulatory tasks, that can not be derived from the general economic textbooks. Economics of transition and economics of enlargement are likely to overlap to a great extent.

In the second group of countries – transformation laggards in the parlance of the EBRD – the subject of analyses will be likely to focus on the obstacles and structures impeding speedier transformation towards a fully-fledged market order, in line with – or in conflict to – their path-dependent development. Here the job of applied, policy-related studies is likely to remain lastingly important, while the chance of discovering theoretical novelties will remain slim.

"Exotic cases": The Balkans

Last but not least, the study of transformation failures and non-transforming countries, from Belarus to Kazakhstan, remains a subject on its own right. The size and geographical place and the resultant security challenge posed by these countries for the EU will be likely to enforce continued, maybe even significantly improved financing conditions for those studying these "exotic" cases. Also, following the Kosovo war, funding for and interest in classic Balkan studies are likely to grow. Here it is not novel economic theories, but traditional description of various, sometimes pathological, processes that is likely to remain in the focus of attention. But in the majority of these cases the security aspect is likely to dominate economics, even if security is always a costly value. It always has an economic component which is growing with the complexity of societies and the structure of the postcold-war international order.

What kind of lesson can be drawn from this new division in transformation studies? One of the most important – but frequently overlooked - item is the need for interdisciplinarity. The closer we move to policy-relevant studies and consultancy, the more dangerous is the already discernible tendency towards institutional-organisational compartmentalisation. On the one hand, both financial constraints and the nature of disciplinary development call for even more specialisation in order to enable indepth new knowledge. On the other hand, one of the founding principles of the classical European university, from the 13th century and before, has been the insight into the uses of interaction among seemingly unrelated areas. Synergy is particularly important in the study of cases, where the borderline between the various respective academic disciplines is arbitrary, or rests on conventions rather than anything else. And although paradigmatic differences make interdisciplinary discourses difficult, this should not be used as a pretext for avoiding these. Hopefully, those deciding over the fate of research organisation are able to think in broader terms than in shortterm electoral and financial considerations. Wherever they do, from Princeton through the European University Institute to the United Nations University, the outcome proved to be convincing, in terms of academic output, financial soundness and policy relevance alike.

László Csaba is full professor at the Budapest University of Economics and did guest activities during the 1999 spring semester at the Osteuropa-Institut of the FU Berlin.

"Politische Kultur" und "Zivilgesellschaft" in der Transformationsforschung: Versuch einer Annäherung und Kritik

von Christian Boulanger, Berlin

"Under communism the nations of Eastern Europe never had a 'civil society'. A 'civil society' exists when individuals and groups are free to form organizations that function independently of the state, and that can mediate between citizens and the state. Because the lack of civil society was part of the very essence of the all-pervasive communist state, creating such a society and supporting organizations independent of the state – or NGOs – have been seen by donors as the connective tissue of democratic political culture – an intrinsically positive objective" (Hann, 1996:1).

"There is something inherently unsatisfactory about the international propagation by Western scholars of an ideal of social organization that seems to bear little relation to the current realities of their own countries; an ideal which, furthermore, developed in historical conditions that cannot be replicated in any other part of the world today. [The] term is riddled with contradictions and the current vogue predicated on a fundamental ethnocentricity" (Hann, 1996:1).

Die Begriffe "politische Kultur" und "Zivilgesellschaft" gehören zu den meistgebrauchten Vokabeln in der akademischen, populärwissenschaftlichen und journalistischen Literatur über die Transformationsprozesse in Osteuropa. Generell wird angenommen, daß es ohne die Verwurzelung einer demokratischen politischen Kultur und die Entwicklung einer vom Staat unabhängigen Zivilgesellschaft keine demokratische Konsolidierung geben kann. Diese Vorstellung leitet – wie das obenstehende Zitat deutlich macht – auch einen Großteil der westlichen Projekte zur Unterstützung des Aufbaus demokratischer Staats- und Gesellschaftsformen. Auf der anderen Seite gibt es Stimmen in der Forschung, die diese Konzepte mangels Begriffsschärfe in Frage stellen, oder ihre Anwendbarkeit als sozialwissenschaftliche Analysebegriffe ganz ablehnen. Ziel dieses kurzen Beitrages ist es, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, die Verwendung der Begriffe zu skizzieren, um dann, gestützt auf neuere Richtungen in der Literatur, eine modifizierte Konzeptionalisierung vorzuschlagen. Meine zentrale These ist, daß ohne die Beachtung der historischen Entwicklung, der diskursiven Konstruktion und sozio-politischen Einbettung von "politischen Kulturen" und "Zivilgesellschaften" diese Begriffe in ihren klassischen Formulierungen bei der Analyse der politischen, ökonomischen und sozialen Umwälzungen in Osteuropa zu Fehleinschätzungen führen können. Dabei wird es mir vor allem um die theoretische Ergiebigkeit der Begriffe gehen, und weniger um die Begriffs- und Ideengeschichte (Siehe hierfür Somers 1995a, Somers 1995b, Seligman, 1992; Cohen/Arato, 1992; Almond/Verba, 1980).

Politische Kultur

Ich beginne mit der früheren politischen Kulturforschung der 60er Jahre. Ihre Ursprünge finden sich vor allem in den Werken der amerikanischen Politikwissenschaftler Gabriel A. Almond und Sidney Verba, die den Begriff durch ihr Werk "The Civic Culture" popularisierten (Almond/Verba, 1963). Sie definierten "Politische Kultur" als ,,the particular distribution of patterns of orientation towards political objects among members of the nation". Um diese Orientierungsmuster zu operationalisieren, generierten sie bestimmte Variablen, wie z.B. "Vertrauen in politischen Organisationen" oder "Wertschätzung demokratischer Prinzipien". Sie meinten durch repräsentative Stichproben in der Bevölkerung mehrerer Länder anhand standardisierter Fragebögen, verschiedene Gesellschaften im Hinblick auf ihre "politische Kultur" miteinander vergleichen zu können.

Diese neue Betonung der "politischen Kultur" brachte in die Politikwissenschaft - bis dahin von formalen und normativen Analysen politischer Institutionen dominiert – eine neue empirische Dimension (Eckstein, 1996). Die "politische Kultur" sollte als vermittelnde Variable zwischen den sich in ähnlicher Weise abspielenden sozialen Makroprozessen der Industrialisierung und beobachtbaren unterschiedlichen politischen Entwicklungen fungieren. Man glaubte, einen Weg gefunden zu haben, die Verankerung formaler politischer Institutionen in der Bevölkerung messen und Hypothesen über ihre Stabilität aufstellen zu können. Die Stabilität einer Demokratie verknüpften Almond und Verba nicht nur, wie auch Seymore Lipset (Lipset, 1963), mit dem ökonomischen Wohlergehen der Gesellschaft und der politischen Legitimität der Regierung, sondern auch mit der Existenz einer civic culture: mit "zivilen", d.h. liberaldemokratisch-republikanischen Werthaltungen und Einstellungen in der Bevölkerung.

Die Methode und Theorie der *political culture* fand zahlreiche Anhänger und hatte bis in die achziger Jahre großen Einfluß, vor allem innerhalb der Modernisierungstheorie. Ein weiterer bekannter Theoretiker ist der Soziologe Ronald Inglehard, der mit Hilfe der Analyse von weltweiten Umfragen die These vom Einfluß post-materiellen Wertewandels auf die soziale und politische Entwicklung eines Landes vertritt (Inglehart, 1988; Inglehart, 1995).

An Methode und Theorie der "politischen Kultur" in dieser Tradition wurde aber schon bald, und wird immer noch, heftige Kritik geübt. Zunächst wurde die theoretische Tradition, in der das Werk Almond und Verbas entstanden war, entschieden angegriffen und schließlich weitgehend aufgegeben. Dies war der strukturfunktionalistische An-

satz Talcott Parsons, der im Anschluß an Durkheim die Integration von Gesellschaften über gemeinsame Werte und Normen postuliert hatte. Des weiteren bestand und besteht in der Forschung kein Konsens darüber, wie Indikatoren der politischen Kultur standardisiert werden könnten. Wie Max Kaase bemerkt hat, ist die Folge eine "theoretische und empirische Beliebigkeit" (Kaase, 1983: 167). Zentrale und bisher nicht gelöste Probleme bestehen auch in der Frage, "welche politischen Einstellungen denn konkret nun eigentlich eine oder die politische Kultur ausmachen" (Kaase, 193: 157).

Der Nexus zwischen Werten und Handeln ist auch problematisch. Gleiche Werteinstellungen können in verschiedener Umgebung die unterschiedlichsten Handlungsergebnisse produzieren (Swidler, 1986; Derné, 1994). Außerdem muß sich eine vergleichende Umfrageforschung, die in mehreren Ländern mit denselben Fragenkatalogen arbeitet, der Tatsache stellen, daß die gleichen Fragen in verschiedenen Kontexten unterschiedlich interpretiert werden können, was die Vergleichbarkeit der Antworten problematisch macht.

Noch schwerwiegender ist für mich aber die Tatsache, "daß häufig die Nation bzw. die Gesamtbevölkerung gar nicht sinnvoll als Träger der politischen Kultur ausgemacht werden können" (Kaase, 1983:161). Das Bild von der einheitlichen, statischen politischen Kultur "von unten" verbirgt die eigentlich trivial anmutende Tatsache, daß in einer Gesellschaft – selbst in den angeblich homogenisierten und "atomisierten" kommunistischen – viele verschiedene Subgruppen und -gesellschaften bestehen, deren Wertsysteme und deren Einfluß auf die politische Entwicklung sich radikal unterscheiden.

Der größte Fehler der ursprünglichen politischen Kulturforschung war es wohl, die entscheidende Bedeutung der politischen Eliten zu vernachlässigen. Ein kausaler Nexus zwischen "Kultur" und politischem System kann ohne die besondere Untersuchung der Eliten kaum aufgestellt werden. Manche Kommentatoren haben deshalb die Bedeutung von "kulturellen" Faktoren für die demokratische Entwicklung ganz in Frage gestellt (Di Palma, 1990; Di Palma, 1993; Holmes, 1996). Für Analysten, die die Existenz von stabilen Elitebündnissen und funktionierenden Staatsstrukturen für die Stabilität von Demokratien verantwortlich machen, sind demokratische Einstellungen der Bevölkerung eher die Konsequenz als die Ursache einer erfolgreichen Demokratie.

Diese Sichtweise scheint auf empirischer Seite durch den mangelnden Erfolg der ursprünglichen *political culture*-Forschung bestätigt zu werden. David Laitin kommentierte, daß die Methode keinen Fall von Erfolg oder Scheitern einer Demokratie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vorhersagen oder erklären konnte (Laitin, 1995). Ein aktuelles Beispiel sei hier auch genannt. In der Zeit von 1990 bis 1994 waren die Werte der Unzufriedenheit mit der Demokratie und der Befürwortung eines Einparteiensystems in Ungarn teilweise wesentlich höher als in

der Slowakei (Plasser/Ulram, 1996: 21–22). 1997 lagen die Ungaren in Umfragen immer noch nur einen Prozentpunkt niedriger als die Slowaken in der Akzeptanz von autoritären Regierungsformen (17%) (Plasser, et al., 1998: 194). In Ungarn entwickelte sich zur gleichen Zeit eine stabile, rechtsstaatliche Demokratie, während in der Slowakei Premierminister Vladimir Meciar und die nationalistischen Mehrheitsparteien einen neo-autoritären, intoleranten Führungsstil an den Tag legten. Auch wenn dies nur ein vereinzeltes Beispiel ist, würde ich nach dem bisher Gesagten doch schließen, daß die Prognosekraft von Umfrageergebnissen nach dem Almond/Verba-Muster für die demokratische Entwicklung eines Landes relativ gering ist.

Civil Society

Der "Zivilgesellschafts"-diskurs ist jünger als derjenige der "politischen Kultur". Er entstand bekanntlich in der Samiszdat-Literatur der osteuropäischen Intellektuellen und wurde von westlichen Kommentatoren aufgenommen und weitergeführt (Hann/Dunn, 1996; Hall, 1996). Die "Zivilgesellschaft" wurde als organischer, selbstorganisierender Bereich der Gesellschaft dem despotischen Staat gegenübergestellt, der die Gesellschaft "atomisiert" hatte und so unterdrücken konnte. Die Herausbildung der "Zivilgesellschaft" ist so zu verstehen als essentieller Bestandteil der allmählichen Demokratisierung vor den Umbrüchen von 1989 (Arato, 1981; Keane, 1988) und für die Konsolidierung der Demokratie danach (Diamond, 1996; Linz/Stepan, 1996: 7).

Auch beim Begriff der "Zivilgesellschaft" wird in theoretischer und empirischer Hinsicht Kritik geübt. Ein Einwand ist entstehungsgeschichtlich. Es wird bemängelt, daß das "Zivilgesellschafts"-konzept in einem ganz bestimmten historischen soziokulturellen Umfeld entstanden und entweder gar nicht oder nur unter Verlust seiner Erklärungskraft auf andere Zusammenhänge übertragbar sei (Seligman, 1992; Hall, 1996; Hann, 1996; Somers, 1995b). Andere sehen den Begriff als überflüssig an, weil er durch andere Konzepte der sozialwissenschaftlichen Theorie problemlos ersetzt werden könne (Kumar, 1993). Außerdem wird, ähnlich wie bei der politischen Kultur, die analytische Schwammigkeit und Normativität des Begriffs beklagt, der sich einer eindeutigen Definition und Abgrenzung entziehe. So sei unklar, wie "Zivilgesellschaft" sinnvollerweise von den Bereichen "Markt" und "Staat" abzutrennen sei (Edwards, 1998).

John Hall hat die empirische Grundproblematik der optimistischen "Zivilgesellschafts"-theorien auf den Punkt gebracht:

Communism did not fall, as many expected and some still believe, because of pressure from below, that is, from the forces of civil society; nor does that stunningly complete collapse ensure that the society that emerges will be civil (Hall, 1996: 1).

Das (Wieder)aufkommen von intolerantem Nationalismus in Osteuropa, aber auch in anderen Teilen der Welt

(Zakaria, 1997), hat die Kausalhypothese von Zivilgesellschaft und liberaler Demokratie deutlich geschwächt. Auch wenn nationalistische Bewegungen oftmals staatlich manipuliert werden, ist nämlich nicht zu leugnen, daß nationalistische Bewegungen auch an den grassroots organisiert werden (Latawski, 1995; Held, 1996). So bestand – um ein Beispiel aus einem anderen Bereich zu wählen - auch während der Weimarer Republik eine rege civil society im Sinne der Selbstorganisation der Gesellschaft, die aber mit zum Fall der Demokratie beitrug (Berman, 1997). Auf der anderen Seite wird behauptet, daß der Erhalt der Pseudo-Demokratie im heutigen Rußland damit zusammenhängen könnte, daß die gesellschaftliche Selbstorganisation so schwach ist. Diese Schwäche behindere die Formierung von extremistischen Bewegungen ebenso wie von genuin demokratischen (Hanson/Kopstein, 1997).

Auch die Verbindung der *civil society* mit dem freien Markt, die außerdem oft behauptet wird, ist mehr als fraglich. Man denke nur an Karl Polanyis Analyse der sozialen Bewegungen gegen die zerstörerischen Kräfte des *laisser-faire*-Liberalismus im England der Industriellen Revolution (Polanyi, 1992). Aber auch neuere Beobachtungen stützen diese Sichtweise. Nicht alle Schichten der Bevölkerung sind gleichermaßen am Markt als Ordnungsfaktor interessiert. Viele, wenn nicht die meisten Bürger in postkommunistischen Staaten sehen den Staat – durchaus verständlicherweise – weiterhin als zentralen Bezugspunkt für das eigene Wohlergehen an (z.B. Hann, 1995; McAuley, 1997).

Der letzte Kritikpunkt, den ich hier nennen will, trifft den Kern des Konzeptes der "Zivilgesellschaft". Besteht die Dichotomie Staat – "Zivilgesellschaft" überhaupt in den westlichen Ländern, die sich als ihr historischer Ursprung begreifen und das Konzept als "Exportschlager" anpreisen? Oder handelt es sich nicht eher um ein ideologisches Konstrukt, wie Hann betont, das aus dem individualistisch-liberalen Diskurs stammt (Hann, 1996)?

Sicher ist, daß für die Konstitution der "Zivilgesellschaft" der Staat zentral bleibt. Nicht nur indem er einen rechtlichen Rahmen bietet (dies wird auch von der *mainstream civil society*-Literatur anerkannt (Diamond, 1996: 228), sondern auch durch vielfache Begünstigungen, Subventionen und Bereitstellung von Infrastruktur. In praktischer Hinsicht stößt daher auch die Überbetonung des privaten Sektors durch westliche Hilfsprogramme teilweise auf Kritik (z.B. Sajó, 1997). Die "Zivilgesellschaft" ist sicher nicht alles. Ohne eine funktionierende Staatsgewalt können die "Kräfte der Gesellschaft" durchaus Negatives bewirken (Migdal, 1988; Holmes, 1996). Und zum Teil wird argumentiert, daß der Staat als Verfassungs- und Rechtsstaat im Falle des Fehlens einer *civil society* als Ersatz einspringen kann und muß (Preuß, 1995: 101–105).

Insgesamt muß man wohl schließen, daß der "Zivilgesellschafts"-diskurs, wie er in den achziger Jahren geformt wurde, kaum als sozialwissenschaftliche Theorie

universell angewendet werden kann. Er entstammt aus den speziellen Verhältnissen Ostmitteleuropas und verdankt, wie Margeret Somers argumentiert, seine rasche Übernahme durch westliche Kommentatoren seiner historischen Verankerung in der "anglo-american citizenship theory" (Somers, 1995a,b). Neuere Publikationen nehmen diese kritische Sichtweise auf (z.B. Fine/Rai, 1997).

Politische Kultur und Zivilgesellschaft als normative Diskurse und Handlungsmuster

Den oben genannten Kritikpunkten muß sich ein erneuerter Ansatz stellen, der "politische Kultur" und "Zivilgesellschaft" in eine sozialwissenschaftliche Analyse einbeziehen will. Was die politische Kulturforschung betrifft, gibt es viele Beispiele für eine relativ reine Weiterführung der Almond/Verba-Tradition, besonders im englischsprachigen Bereich (z.B. Gibson, 1996; Duch, 1995). Andere Autoren sind sich der Probleme dieser Forschung bewußt. Sie halten sich mit Hypothesen zurück und betonen, daß Datenbestände über die subjektiven Werteinstellungen der Bevölkerungen Osteuropas zusätzlich zu anderen Analysemethoden ausgewertet werden können und sollen (Mattusch, 1996b; Mattusch, 1996a; Mattusch, 1996b; Plasser/Pribersky, 1996; Plasser, et al., 1998).

Daß die Frage nach dem Ursprung von Werten und Einstellungen für die sozialwissenschaftliche Analyse oft wichtiger ist als diese selbst, wird von einer Richtung in der Literatur betont, die u.a. von Foucault beeinflußt ist, und die "politische Kultur" diskursanalytisch versteht (vgl. Somers, 1995a: 127–134; Somers, 1995b: 232). Andere verweisen eher auf die Ebene der Handlungen, wenn sie von "Kultur" sprechen. Sie betonen im Anschluß an Max Weber die Wichtigkeit von institutioneller Routinisierung (Hanson, 1997) oder interpretieren Kultur als ein "repertoire or 'tool kit' of habits, skills, and styles from which people construct 'strategies of action'" (Swidler, 1986).

Dies erscheint mir als eine Möglichkeit, den Begriff der politischen Kultur weiterhin sinnvoll zu verwenden. "Politische Kultur" ist einerseits ein diskursiv und institutionell konstruiertes "normatives Universum", das aus Symbolen, Welterklärungen, Ideologien, etc. konstitutiert ist und durch familiäre sowie institutionelle Sozialisation reproduziert wird - also das politische "Alltagswissen". Auf der anderen Seite äußert sie sich durch routinierte Handlungsmuster ("traditionelles Handeln" nach Max Weber). Und vor allen Dingen: Ein Begriff der "politischen Kultur" muß bestimmen können, auf welche Weise diese "politisch" ist (dazu auch Somers, 1995a: 122-3). Wenn man "Politik" als den Verteilungskampf um Macht, wirtschaftliche Güter und symbolische Ressourcen versteht, könnte man "politische Kultur" als die diesbezüglichen normativen Diskurse und sozialen Praktiken innerhalb einer angebbaren Gruppe von Personen verstehen.

Dieses Verständnis von "politischer Kultur" kann natürlich nicht so leicht wie Umfragedaten operationalisiert werden. Jedoch ist es meiner Meinung nach der weit bessere Zugang zum Phänomen der "politischen Kultur". Er weist in die Richtung der Anthropologie, muß sich aber nicht mit bloßer "dichter Beschreibung" (Geertz, 1973) begnügen, die mehr an Interpretation als an Verallgemeinerung interessiert ist. Der Vergleich von diskursiven Strukturen und sozialen Praktiken kann durchaus zur Aufstellung von kausalen Hypothesen genutzt werden.

Schwieriger ist es, das Konzept der "Zivilgesellschaft" für die sozialwissenschaftliche Analyse neu zu konzeptionaliseren. Es müßte auch hier die diskursiv-ideologische als auch die *habit*-Ebene miteinbezogen werden, um die kausale Verbindung mit der liberalen Demokratie und dem Markt zu "retten". Allerdings besteht dann die Gefahr eines stark präskriptiven Ansatzes: Wenn unter Zivilgesellschaft nur der tolerante, "zivile", "marktorientierte" Teil der sich selbst organisierenden Bürgerschaft gemeint ist, wie wird dann der andere Teil genannt – "Anti-Zivilgesellschaft" oder *uncivil society*? Wie man es dreht und wendet, man endet mit einem normativen Begriff.

Diese Einwände sprechen natürlich nicht dagegen, den Begriff der Zivilgesellschaft als politische Idee zu verstehen – und nichts in diesem Beitrag soll dahingehend ausgelegt werden, daß ich die Unterstützung einer bestimmten Form der "Zivilgesellschaft" in anderen Ländern im allgemeinen nicht für sinnvoll hielte. Jedoch denke ich, daß eine unkritische Verwendung dieses Begriffs als sozialwissenschaftliches Analyseinstrument mehr verschleiert, als sie erhellt. Vielleicht ist sie, wie es Krishan Kumar (1993) bemerkte, gar nicht einmal nötig.

Christian Boulanger studiert Geschichte und Rechtswissenschaften an der FU Berlin.

Literatur

Almond, Gabriel A. und Verba, Sidney (Hg.), The Civic Culture Revisited, Boston, 1980.

Almond, Gabriel A. und Verba, Sidney, The Civic Culture, Princeton, 1963.

Arato, Andrew, Civil Society against the state: Poland 1980–81, in: Telos (Spring, 1981), S. 19–48.

Berman, Sheri, Civil society and the collapse of the Weimar republic, in: World Politics, Bd. 49 (1997), S. 401–430.

Derné, Steve, Cultural Conceptions of Human Motivation and Their Significance for Culture Theory, in: Crane, Diana (Hg.), The Sociology of Culture, Oxford, 1994, S. 267–287.

Di Palma, Giuseppe, Democratic Transitions: Puzzles and Surprises from West to East, in: Weil, F. D. (Hg.), Democratization in Eastern and Western Europe (Research on Democracy and Society, Vol. 1), Greenwich, 1993, S. 27–50.

Di Palma, Giuseppe, To Craft Democracies. An Essay on Democratic Transitions, Berkeley, 1990.

Diamond, Larry, Towards Democratic Consolidation, in: Larry, Diamond a. M. (Hg.), The Global Resurgence of Democracy, Baltimore, 1996, S. 227–240.

Duch, Raymond M., Economic Chaos and the Fragility of Democratic Transition in Former Communist Regimes, in: Journal of Politics, Bd. 57 (1995), S. 121–158.

Eckstein, Harry, Culture as a Foundation Concept for the Social Sciences, in: Jour.of Theoretical Politics, Bd.8 (1996), S. 471–497. Edwards, Bob, Civil Society and Social Capital Beyond Putnam, in: American Behavioral Scientist, Bd. 42, 1, Sep. (1998), S.124–139. Fine, Robert und Rai, Shirin (Hg.), Civil society: democratic perspectives, London, 1997.

Geertz, Clifford, Thick Description: Toward an Interpretive Theory of Culture, in: Geertz, Clifford (Hg.), The Interpretation of Cultures, New York, 1973, S. 3–30.

Gibson, James L., A Mile Wide But an Inch Deep. The Structure of Democratic Commitments in the Former USSR, in: American Journal of Political Science, Bd. 40 (1996), S. 396–420.

Hall, John A., In Search of Civil Society, in: Hall, John A. (Hg.), Civil Society: Theory, History, Comparison, Cambridge, UK, 1996, S. 1–31.

Hann, Chris und Dunn, Elizabeth (Hg.), Civil Society: Challenging Western Models, London, 1996.

Hann, Chris, Introduction: Political society and civil anthropology, in: Hann, Chris und Dunn, Elizabeth (Hg.), Civil Society. Challenging Western Models, London, 1996.

Hann, Chris, Philosophers' Models on the Carpathian Lowland, in: Hall, John A. (Hg.), Civil Society: Theory, History, Comparison, Oxford, 1995, S. 158–182.

Hanson, Stephen E. und Kopstein, Jeffrey S., The Weimar/Russia Comparison, in: Post-Soviet Affairs, Bd. 13 (1997), S. 252–283.

Hanson, Stephen E., The Leninist Legacy, Institutional Change, and Post-Soviet Russia, in: Crawford, Beverly und Lijphart, Arend (Hg.), Liberalization and Leninist Legacies, Berkeley, 1997, S. 228–252.

Held, Joseph (Hg.), Populism in Eastern Europe: Racism, nationalism, and society, New York, 1996.

Holmes, Stephen, Cultural Legacies or State Collapse? Probing the Postcommunist Dilemma, in: Mandelbaum, Michael (Hg.), Post-Communism: Four Perspectives, New York, 1996, S. 22–76.

Inglehart, Ronald, Changing values, economic development, and political change, in: International Social Science Journal, Bd. 145 (Sept. 1995), S. 379–403.

Inglehart, Ronald, The Renaissance of Political Culture, in: American Political Science Review, Bd. 82 (Dez. 1988), S. 1203–1230.

Kaase, Max, Sinn oder Unsinn des Konzeptes 'Politischer Kultur' für die vergleichende Politikforschung, oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln, in: Kaase, Max und Klingemann, Hans-Dieter (Hg.), Wahlen und politisches System, Opladen, 1983, S. 144–171.

Keane, John, Civil Society and the State: New European Perspectives, London, 1988.

Kumar, Krishan, Civil society: an inquiry into the usefulness of an historical term, in: British Journal of Sociology, Bd. 44 (September, 1993), S. 375–402.

Laitin, David, The 'Civic Culture' at thirty, in: American Political Science Review, Bd. 89 (1995), S. 168–173.

Latawski, Paul (Hg.), Contemporary Nationalism in East Central Europe, New York, 1995.

Linz, Juan J. und Stepan, Alfred, Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe, Baltimore, 1996.

Lipset, Seymour M., Political Man. The Social Basis of Politics, Garden City, 1963.

Mattusch, Katrin, Aus wieviel Teilen besteht Osteuropa? Die differenzierende Wirkung politischer Kulturen, in: Roggemann, Her-

wig und Sundhaussen, Holm (Hg.), Ost- und Südosteuropa zwischen Tradition und Aufbruch, Wiesbaden, 1996b, S. 11–32.

Mattusch, Katrin, Wie konsolidiert sind die neuen Demokratien in Osteuropa? Vom Zusammenwirken von Strukturen, Elitenprägung und Bevölkerungseinstellungen, in: Balla, Balint und Sterbling, Anton (Hg.), Zusammenbruch des Sowjetsystems: Herausforderung für die Soziologie, Hamburg, 1996a, S. 179–209.

McAuley, Mary, Russia's politics of uncertainty, Cambridge, 1997. Migdal, Joel S., Strong societies and weak states. state-society relations and state capabilities in the Third World, Princeton, 1988. Plasser, Fritz und Pribersky, Andreas (Hg.), Political culture in East Central Europe, Aldershot, UK, 1996.

Plasser, Fritz und Ulram, Peter A., Mesuring Political Culture in East Central Europe. Political Trust and System Support, in: Plasser, Fritz und Ulram, Peter A. (Hg.), Political Culture in East Central Europe, Aldershot, UK, 1996, S. 3–33.

Plasser, Fritz, Ulram, Peter A., und Waldrauch, Harald, Democratic Consolidation in East-Central Europe, New York, 1998.

Polanyi, Karl, The Great Transformation, New York, 1992.

Preuß, Ulrich K., Patterns of Constitutional Evolution and Change in Eastern Europe, in: Hesse, Joachim J. und Johnson, Nevil (Hg.),

Constitutional Policy and Change in Europe, Oxford, UK, 1995, S. 95–128.

Sajó, András, Was macht der Westen falsch bei der Unterstützung der Rechtsreformen in Osteuropa, in: Kritische Justiz, Bd. 30 (1997), S. 495–503.

Seligman, Adam B., The Idea of Civil Society, New York, 1992. Somers, Margaret R., What's Political or Cultural about Political Culture and the Public Sphere? Toward an Historical Sociology of Concept Formation, in: Sociological Theory, Bd. 13 (1995a), S. 113–144.

Somers, Margaret R., Narrating and Naturalizing Civil Society and Citizenship Theory: The Place of Political Culture and the Public Sphere, in: Sociological Theory, Bd. 13 (1995b), S. 229–274.

Swidler, Ann, Culture in Action: Symbols and Strategies, in: American Sociological Review, Bd. 51 (1986), S. 273–286.

Wedel, Janine R., U.S. aid to Central and Eastern Europe, 1990–1994: an Analysis of Aid Models and Responses, in: East Central European Economies in Transition: Study Papers submitted to Joint Economic Committee, Congress of the United States, Washington, DC, 1993, S. 299–335.

Zakaria, Faareed, The Rise of Illiberal Democracy, in: Foreign Affairs, Bd. 76 (1997).

Die Prozesse der Transformation in Rußland nach 1991

von Valerij Afanas'ev, Moskau

Die Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht fand fast zeitgleich mit dem Zerfall der Sowjetunion statt. Ist diese Übereinstimmung rein zufällig oder steckt mehr dahinter? In Westeuropa entwickelten sich Prozesse der Integration, in Osteuropa umgekehrt Prozesse der Desintegration. In Westeuropa entschied man sich für eine Währung, in Osteuropa für eine Vielzahl von Währungen. Allein auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion sind fünfzehn neue Währungen entstanden. Welches sind die geschichtlichen Ursachen dafür? In diesem Beitrag möchte ich einige Aspekte der Reformen in Rußland benennen, welche die Transformationsprozesse in ganz Osteuropa prägten.

Ich erlaube mir, am Anfang Oswald Spengler zu zitieren, der die Situation des heutigen Rußlands vorausgesehen hat. "Da ist vor allem 'Moskau', geheimnisvoll und für abendländisches Denken und Fühlen völlig unberechenbar, der entscheidende Faktor für Europa seit 1812, als es staatlich noch zu diesem gehörte, seit 1917 für die ganze Welt" - schreibt Spengler im Jahre 1933. "Der Sieg der Bolschewisten bedeutet geschichtlich etwas ganz anderes als sozialpolitisch oder wirtschaftstheoretisch. Asien erobert Rußland zurück, nachdem 'Europa' es durch Peter den Großen annektiert hatte. Dieses Bolschewistenregiment ist kein Staat in unserem Sinne, wie es das petrinische Rußland gewesen war. Es besteht wie Kipčak, das Reich der 'goldenen Horde' in der Mongolenzeit, aus einer herrschenden Horde - kommunistische Partei genannt - mit Häuptlingen und einem allmächtigen Khan und einer etwa hundertmal so zahlreichen unterworfenen, wehrlosen Masse. Von echtem Marxismus ist da sehr wenig, außer in Namen und Programmen. In Wirklichkeit besteht ein tatarischer Absolutismus [...]. Sicher ist, daß sich tatsächlich nicht viel ändern würde, wenn man eines Tages aus Gründen der machtpolitischen Zweckmäßigkeit das kommunistische Prinzip fallen ließe. Die Namen würden anders werden; die Verwaltungszweige der Wirtschaftsorganisationen würden Konzerne heißen, die Kommissionen Aufsichtsräte, die Kommunisten selbst Aktienbesitzer. Im übrigen ist die westlich-kapitalistische Form längst vorhanden." Nach Meinung Spenglers war Rußland schon von Anfang an dabei, die mögliche Metamorphose zu vollziehen und trotzdem hat dieser Prozeß der russischen Gesellschaft viele Schwierigkeiten bereitet.

Reform der parteilichen Struktur

Während der Zeit des Kommunismus hatte die kommunistische Partei das Machtmonopol an sich gerissen und war zur konkurrenzlos herrschenden Elite geworden. In der Reformzeit der 90er sind so viele verschiedene Parteien entstanden, daß dies dazu führte, daß Präsident El'cin als Parteiloser auftreten mußte. Die vielen neuen Parteien fanden auch nur wenig Unterstützung bei der Bevölkerung. Außerdem wollen die demokratischen Kräfte jetzt nicht mehr als Partei auftreten, sondern als Bewegung. In Wirklichkeit gibt es aber zwei große Parteien in Rußland: Auf der einen Seite die Partei der demokratischen Reformen, sprich die herrschende politische Elite, und

auf der anderen Seite die Partei der Opposition, die mehr oder weniger anti-reformerisch wirkt. Dieses doppelparteiliche System erinnert an die Aufteilung der politischen Elite in Rußland in "Weiße" und "Rote", wie sie während des Bürgerkriegs 1917–1920 entstanden war.

Installierung der Demokratie

Demokratie, sprich Freiheit, wurde von allen politischen Gruppierungen von Anfang an akzeptiert. Keine Partei hat sich öffentlich gegen die Freiheit ausgesprochen. Aber das erste freigewählte russische Parlament hat gegen die Macht des Präsidenten verloren, weil es keine Panzer zur Verfügung hatte. Die Duma muß ihren Platz im politischen System Rußland besser kennen und auf die Grenzen der Befugnisse des Präsidenten achten. Die russische Führung muß sich entscheiden, welche Art von Demokratie es in Rußland geben soll, denn in westlichen Ländern gibt es verschiedene Demokratie-Modelle. Letztendlich hat man sich für die Form der Präsidialdemokratie entschieden, also mit einem Präsidenten an der Spitze. Einige wagen es heute, die Macht des Präsidenten mit der eines Zaren zu vergleichen. Die Wirklichkeit bestätigt dies, denn die wichtigsten Entscheidungen obliegen letztendlich immer dem Präsidenten.

Nationalismus

Seit 1991 spricht man immer mehr vom Nationalismus. Fast alle unabhängigen Republiken in Rußland sind aufgrund nationalistischer Ideen entstanden. In Rußland haben Žirinovskij und andere Politiker nationalistische Parolen aktiv angewandt. Besondere Beispiele dafür hat man im Baltikum, in der Ukraine und in Tschetschenien. Das Wachstum des Nationalismus in Osteuropa vollzog sich gleichzeitig mit der Überwindung der nationalen Grenzen in Westeuropa. Diese Tatsache bestätigt meine These, daß sich Ost- und Westeuropa unterschiedlich schnell entwickeln. In Westeuropa sind die Prozesse der Nationenbildung und die Entstehung der Nationen schon abgeschlossen, während sie in Osteuropa noch am Anfang stehen. Besonders hiervon betroffen ist natürlich die Russische Föderation, da auf ihrem Territorium mehr als hundert verschiedene Völker und Nationalitäten leben.

Außenpolitische Orientierung Rußlands

Die neue außenpolitische Orientierung Rußlands war von Anfang an fast ausschließlich europäisch. So auch die Ideen für ein "gemeinsames europäisches Haus" von Herrn Gorbačev. Aber im Laufe der Zeit hat sich herausgestellt, daß der Westen noch nicht bereit ist, Rußland in ein gemeinsames europäisches System einzuschließen, nur die Länder Ost- und Mitteleuropas und den westlichen Teil der ehemaligen Sowjetunion. Das wurde besonders durch den festen Entschluß westlicher Länder, die NATO-Erweiterung in Richtung Osten zu vollziehen, deutlich. Für viele pro-europäische und demokratieorientierte russi-

sche Politiker war klar, daß Rußland wieder allein bleiben würde und sich nur selbst helfen kann.

Militärreform

Am Anfang der Tranformationsprozesse in Osteuropa stand die Frage der Militärrefom in Rußland. Die Richtung der Reform war klar: Die Armee wurde – wenn auch unwillentlich - geschwächt. Diesen Prozeß hat Gorbačev begonnen, als er die Verträge über den Abbau von Mittelstreckenraketen mit den USA unterschrieb. Der Abzug der sowjetischen Truppen aus Deutschland und dem Baltikum, die Entstehung eigener Armeen in unabhängigen Republiken führten dazu, daß sich die Zahl der ehemaligen sowjetischen Armeen fast halbiert hat. Der ständige Geldmangel und die Korruption in der Armee führten zu Demoralisierung und schwächten die Einsatzkraft. Das hat der Krieg in Tschetschenien deutlich gezeigt. Dieser Prozeß wäre noch weiter fortgeschritten, hätte es keine NATO-Osterweiterung gegeben. Erst die feste Entschlossenheit des Westens, sein Vorhaben zu realisieren, hat zu einer neuen Veränderung in der russischen Armee geführt.

Ökonomische Reformen

Mit der "Schockterapie" sollte die gesamte russische Wirtschaft innerhalb von 500 Tagen umgestellt werden. Dies hatte aber nur negative Auswirkungen. Die Produktion verringerte sich um die Hälfte und der Rubel verlor ständig an Wert. Eine Stabilisierung konnte nur durch den Export von Öl und Gas erfolgen. Die staatlichen Schulden haben bereits astronomische Dimensionen angenommen, aber die Regierung versucht um jeden Preis, neue Kredite von der Weltbank zu bekommen. Die Staatskassen sind leer. Die Beamten bekommen ihre Löhne immer wieder mit Verzögerung ausgezahlt. Obwohl drastische Kürzungen in vielen Bereichen des Haushalts (Verteidigung, Bildung, Medizin) vorgenommen wurden, ist das Defizit nach wie vor groß. Deshalb tritt in den Debatten der Duma immer wieder die Frage nach dem Rücktritt der Regierung El'cin auf.

Sozialabbau

Was man heute in Deutschland unter einem Sozialstaat versteht, gehört in Rußland längst der Vergangenheit an. Privatisierung und Individualisierung im sozialen Leben ließen den Staat die Verantwortung und Sorge für seine Bürger fast gänzlich vergessen. Die Freiheit macht es möglich, daß jeder Einzelne seine Probleme selbst lösen muß. Schon seit einem Jahr werden immer öfter nicht nur die Löhne, sondern auch die Renten nicht ausgezahlt. Die allgemeinen Lebensbedingungen verschlechtern sich zunehmend, was zu ständig sinkenden Bevölkerungszahlen führt. Schon seit 1993 gibt es keinen Bevölkerungszuwachs mehr. Auch die immer weiter steigende Kriminalität führt dazu, daß die durchschnittliche Lebenserwar-

tung bei Männern zur Zeit nur 59 Jahre beträgt. Noch 1991 lag diese Zahl bei 65. Die medizinische Behandlung wird immer teurer, die Qualität der Lebensmittel immer schlechter.

Ausbildung

Die Lage der Wissenschaft kann man als Kriegszustand bezeichnen. Die Reformen der letzten zehn Jahre haben alle Gebiete des Staates verändert, und das Gebiet der Wissenschaft und Ausbildung konnte nicht außen vor bleiben. Heute hat die Hochschulbildung ihr ehemaliges Ansehen verloren. Diese Situation kann man mit Hilfe der Angaben über die Finanzierung der Ausbildung in der letzten Zeit beleuchten. Bis 1994 wurden die Aufwendungen für Ausbildung, wenn auch nicht in bedeutendem Umfang, so doch stetig erhöht. Im Vergleich zu 1993, als die staatlichen Aufwendungen für Ausbildung 12,1 Prozent betrugen, verringerten sich diese 1994 auf nur 11,7 Prozent. Man muß dabei in Betracht ziehen, daß diese Summen für Stipendien, Gehälter für Professoren und Lehrer, zur Entwicklung neuer Lehrbücher, Verbesserung der Lehrmethoden, Ausstattung von Laboren, PC-Klassen und vieles mehr verwendet werden. Von 1991 bis 1995 vollzog sich eine ständige Kürzung der realen Budgetausgaben für die Wissenschaft. Beispielsweise waren die Ausgaben 1994 praktisch um das zehnfache niedriger als in den Industrienationen, ja, sogar niedriger als in vielen Entwicklungsländern.

Die Rolle von Gorbačev

Wenn man von nationalen Interessen ausgeht, hat Gorbačev eine negative Rolle in der russischen Geschichte gespielt. Sein geschichtliches Verdienst ist die Auflösung des alten politischen Systems der Sowjetunion. Wenngleich die Auflösung der Sowjetunion wahrscheinlich nicht Gorbačevs Absicht war, so hat seine unbestimmte Haltung zu fast allen politischen Fragen doch sehr stark dazu beigetragen. Alle seine großen Maßnahmen endeten in einem Fiasko (Alkoholismus-Bekämpfung, der Kampf gegen Privatunternehmer, die Einführung der staatlichen Qualitätskontrolle in den Betrieben u.a.). Die Abwesenheit eigenen politischen Willens führte dazu, daß Gorbačev durch verschiedene Menschen und abstrakte Ideen beeinflußt wurde (die Idee des gemeinsamen europäischen Hauses, der humane Sozialismus, das "Neue Denken" u.a.). Andererseits war er ein Meister der Demagogie. Er sprach stundenlang und viele hatten den Eindruck, daß alles, was er sagte, wahr sei. Aber es kam nie zur Verwirklichung dieser schönen Ideen und guten Vorhaben. Deshalb waren viele Menschen irritiert. Offiziell hieß es, daß die kommunistische Partei führende politische Kraft bliebe. In der Praxis hat Gorbačev jedoch viel getan, um die Machtposition seiner Partei in der Gesellschaft zu zerstören (ein Beispiel hierfür ist die Ersetzung des Postens des Generalsekretärs durch den eines "Präsidenten"). Obwohl Herr Gorbačev noch lebt, ist er politisch gesehen schon längst tot. Für ihn stimmten bei den letzten Präsidentschaftwahlen 1996 nur 0,5% der wahlberechtigten Bevölkerung.

El'cins Politik

El'cins Politik ist die Fortsetzung der Politik Gorbačevs mit radikaleren Mitteln. Alles, was Gorbačev langsam reformieren wollte, erledigte El'cin mit einem Schlag sei es die Auflösung der Sowjetunion durch die Unterzeichnung der Beloveškijs-Verträge oder die Auflösung der Kommunistischen Partei per Erlaß. Der Kern dieser neuen Politik El'cins sind radikale Reformen im Innern und Äußeren, die Vertrauen schaffen und zur vollständigen Anerkennung Rußlands seitens der Industrienationen führen sollten. Aber die Zeit, die seit Beginn der Reformen vergangen ist, hat bereits deutlich gezeigt, daß die Anerkennung ausbleiben wird. Statt dessen sind völlig andere Trends entstanden, wie die neuen Ängste und alten Vorwürfe gegen Rußland (NATO-Osterweiterung, nichtkonvertibler Rubel, das Entstehen des Begriffs der "Russischen Mafia" und ähnliches). Und das alles geht zusammen mit dem katastrophalen Niedergang der wirtschaftlichen Produktion, der Krise der staatlichen Finanzen, der Korruption und der weiter steigenden Kriminalität.

Die Hoffnungen, daß Rußland zum gleichberechtigten Partner des Westen wird, haben meiner Meinung nach keine Grundlage. Dafür gibt es sowohl kulturgeschichtliche als auch geostrategische Gründe. Das herrschende politische Vakuum in Rußland bringt Zersetzung in allen Teilen des gesellschaftlichen Lebens. Die russische Politik sollte sich auf die Erhaltung der politischen und wirtschaftlichen Stabilität des Landes konzentrieren – das heißt, zuerst die Interessen seiner eigenen Bevölkerung zu berücksichtigen und nicht immer die Vorstellung über eine neue Utopie, sei sie kommunistisch oder kapitalistisch zu opfern.

Schlußbemerkung

Die politische, soziale und wirtschaftliche Instabilität der osteuropäischen Länder wirkt sich auf die Situation in Gesamteuropa aus. Deshalb müssen die Probleme der osteuropäischen Transformation und die realen Interessen einzelner Staaten von den führenden westeuropäischen Ländern grundsätzlich berücksichtigt werden, sonst kann diese Instabilität globale Maßstäbe annehmen.

Dr. Valerij Afanas'ev ist Dozent an der Fakultät für Politische Wissenschaften an der Internationalen Unabhängigen Universität für Ökologie und Politologie in Moskau.

Oswald Spengler, Jahre der Entscheidung. München 1965, S. 72.

Laufend topaktuell!

Handbuch Wirtschaft und Recht in Osteuropa

Eine gute Investition

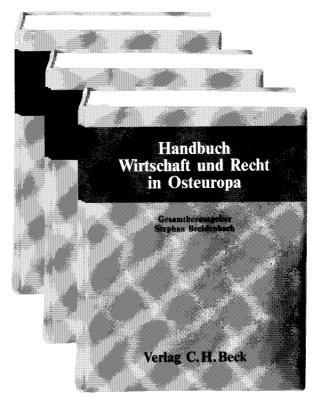
setzt immer gute Information voraus. Denn als Investor oder Berater sind Sie auf aktuelle und verläßliche Grundlagen für Ihre Entscheidungen angewiesen. Das Handbuch Wirtschaft und Recht in Osteuropa bietet Ihnen den Rat hervorragender Experten zu den Themen:

- Gründung von Unternehmen
 Joint-ventures und Beteiligungen
 Zivilrecht, insb. Grundstückserwerb
 Handelsvertretungen, Import/Export
 Wettbewerbs- und Kartellrecht
- Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Arbeitsrecht Steuerrecht und Jahresabschluß Devisenrecht, Investitionsschutz, Kapital- und Gewinntransfer Bank- und Börsenrecht Umweltrecht Rechtsschutz Konkursrecht.

Das Wirtschaftsrecht aus 11 Staaten

Im Textteil finden Sie auf über 4000 Seiten die wichtig-

sten Gesetzestexte der Reformstaaten. Fachgerecht übersetzt, übersichtlich gegliedert, rasch und zuverlässig



Herausgegeben von Prof. Dr. Stephan Breidenbach, Frankfurt/O., in Zusammenarbeit mit mehr als 80 erfahrenen Praktikern und Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland.

2. Auflage. Stand: Juli 1999

Rund 6288 Seiten. In 3 Plastikordnern DM 348,-ISBN 3-406-43166-6





Jetzt neu in Ihrem Osteuropa-Handbuch:

Rußland: Gesetz über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung; Gesetz über das Vollstreckungsverfahren.

Polen: Gesetz über den öffentlichen Handel mit Wertpapieren.

Slowenien: Gesetz über Übernahmen.

aktualisiert: Ihr »Schönfelder« für Osteuropa!

Ungarn: Gesetz über Zweigniederlassungen und Handelsrepräsentanzen von Unternehmen mit ausländischem Sitz in Ungarn. **Bosnien und Herzegowina:** Ordnung über Verträge über die Betriebsprüfung im Privatisierungsverfahren; Entscheidung über die Registrierung von langfristigen Verträgen; Entscheidung über Zollvergünstigungen für Waren für Projekte des Wiederaufbaus ... und vieles mehr!

Aktualisierungen der Gesetzestexte in den Länderteilen Rußland, Kroatien, Polen und Ukraine bringen das Werk auf den Rechtsstand April/Mai 1999.

FAX-COUPON Ja, ich bestelle

Expl. 3-406-43166-6 Handbuch Wirtschaft und Recht in Osteuropa

2. Auflage. Stand: Juli 1999. In 3 Plastikordnern DM 348,—Die Ergänzungslieferungen werden bis auf Widerruf geliefert.

Bitte bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder beim:

VERLAG C. H. BECK · 80791 MÜNCHEN

Fax: (089) 3 81 89-402 - Internet: www.beck.de - E-Mail: bestellung@beck.de

	Na	me	Firm
--	----	----	------

Straße

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Diese Bestellung kann innerhalb von 14 Tagen nach Absendung schriftlich bei Ihrer Buchhandlung oder beim Verlag C.H. Beck, 80791 München, widerrufen werden. Zur Wahrung dieser Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs innerhalb dieses Zeitraumes.

Datum/Unterschrift

110783/A 4444

Wissenschaftsgeschichte in Osteuropa Europa litterarum artiumque scientiam communicans

Multidisziplinäre Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin

Herausgegeben von Aloys Henning und Jutta Petersdorf

Inhalt:

Natalja Decker

Hans-Joachim Torke Zur Geschichte der rußländischen Geschichtswissenschaft
Aloys Henning Zur Frühgeschichte der medizinischen Bildung in Rußland:
Die Formierung der russischen Medizinalsprache bis 1761

in Rußland im 19. Jahrhundert

Ingrid Kästner Die Bedeutung deutschsprachiger Länder für die Ausbildung

der ersten russischen Ärztinnen

Bärbel Zaddach-Dudek A. P. Borodin – russischer Musiker und Naturwissenschaftler Jan Janko Die Geburt der tschechischen Naturwissenschaft: J. E. Purkinje

und seine deutschen Kollegen

Hubert Laitko Ernst Mach – Gelehrter in der multinationalen Donaumonarchie

Regine ZOTT Paul Walden – Wissenschaftler zwischen den Kulturen Annette Vogt Von Petersburg nach Moskau: Zur Geschichte der

russisch-sowjetischen Mathematik zwischen 1850 und 1975

Deutsche Einflüsse bei der Etablierung der Psychiatrie

Jochen Richter Lues – Lamas – Leninisten: Karl Wilmanns' Tagebuch einer Reise

durch Rußland im Sommer 1926

Jutta Petersdorf Soveršenno sekretno: Lenins Krankheit und Tod als Gegenstand

geheimer Parteidokumente

Wim van Meurs Die Sprachtheorie von Nikolaj Marr: Zwischen Wissenschaft

und Wahnsinn

Horst Kant Der Weg zu Stalins Bombe: Zur Organisation und Entwicklung

der physikalischen Wissenschaften von der Oktoberrevolution

bis zum Ende der 40er Jahre

Werner Meske Die Veränderungen von Wissenschaft und Technik in Mittel-

und Osteuropa im Verlaufe des Transformationsprozesses

Zur Bedeutung der Unternehmensentwicklung im Transformationsprozeß am Beispiel der Rußländischen Föderation

von Kathrin Pingel, Berlin

uch wenn sich die rußländische Transformation nicht **\Lambda**so deutlich auf einen Zeitpunkt als "Beginn" berufen kann, wie der Schwerpunkttitel dieses Heftes suggeriert, gibt es trotz einer Flut von Forschungsprojekten über die rußländische Ökonomie Bereiche, in denen nach wie vor Basisforschung zu leisten ist. Einer dieser Bereiche ist die Herausbildung neuer privater Unternehmen aus einer Perspektive, die nicht sofort in eine Polarisierung von fehlgeschlagenen Privatisierungsbemühungen versus heroischen Schumpeterschen Unternehmern versus einer auf Kriminalität und Barter beruhenden Ökonomie verfällt. Hier einen Beitrag zu leisten, war die Zielstellung eines von der Autorin im Zeitraum von 1996 bis 1998 bearbeiteten Forschungsprojektes, das sowohl vom Graduiertenkolleg des Osteuropa-Institutes als auch durch ein Individualstipendium der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert wurde und dessen Ergebnisse nun vorliegen.

Nižnij Novgorod als "Reformregion"

Den regionalen Schwerpunkt bildet die Region Nižnij Novgorod, die seit Anfang der 90er Jahre den Nimbus einer "Reformregion" mit einer außerordentlichen politökonomischen performance trägt. Ausgehend vom Faktum einer zunehmenden "Regionalisierung" sowohl des ökonomischen als auch des politischen und des sozialen Raumes der Rußländischen Föderation gilt die erste Frage einer Verortung der Region hinsichtlich unterschiedlicher Problemfelder wie der fiskalischen Situation, der sozialen Lage und der Integration mit anderen Regionen. Als positive Faktoren sind unter anderem zu nennen: Erstens die konsensuale und zielgerichtete Politikgestaltung in der Region zunächst unter der Führung des reformorientierten Gouverneurs Boris Nemcov, mittlerweile auch durch seinen Nachfolger Skljarov, die zu mehr Kohärenz und einem effektiveren Verwaltungshandeln führt, sowie zweitens die beginnende explizite Berücksichtigung neuer Unternehmen in legislativen, struktur- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen.

Dem stehen jedoch einige retardierende Faktoren gegenüber: An erster Stelle ist die konfiskatorische Steuerpolitik gegenüber den neuen Unternehmen zu nennen, während auf der anderen Seite Großbetriebe Steuerschulden und Schulden gegenüber den Sozialversicherungen akkumulieren. Folge ist eine "Steuervermeidungspolitik" in jedem Unternehmen. Das Verhältnis zwischen Staat (Administration) und Unternehmen folgt oft noch paternalistischen Mustern: Die Administration organisiert die "Selbstverwaltung" der Unternehmen, sie steuert die Kooperationen von Interessenverbänden usw.: *Not all good things go together.*

Theoretisch-methodisch basieren die Untersuchungen auf dem Ansatz eines heterogenen Geldwesens und somit der gleichzeitigen Existenz und engen Verflechtung von Geld-, Staats- und Familienwirtschaft. Die Untersuchung legt eine weitere Produktionsweise offen, die den Arbeitsbegriff einer "Piratenwirtschaft" erhält und als Kategorie weiter ausgebaut werden soll. Mittels einer Kombination von realwirtschaftlicher Fundierung, die offene, prägende und determinierte Unternehmen unterscheidet, und den vorliegenden Produktionsweisen wird eine Typologie von Unternehmen erstellt, die in ihrem Abstraktionsgrad sowohl Gültigkeit für die Rußländische Föderation erlangt als auch einen Beitrag zur theoretischen Transformationsdiskussion leistet.

Das äußerst heterogene Bild der neuen Unternehmen, das nicht zuletzt mittels einer solchen Typologie verfeinert wird, ist zuvorderst Konsequenz der makroökonomischen Bedingungen und der Probleme im Zuge der Privatisierung der Großunternehmen, deren fehlende harte Budgetrestriktion ihnen weiterhin ökonomisch nicht gerechtfertigte Wettbewerbsvorteile verschafft und deren Kosten von den neuen Unternehmen "eingetrieben" werden. Durch die spezifische Vermittlung der Großunternehmen, an denen der Staat nicht unwesentlich beteiligt ist, an die Finanzintermediären, insbesondere an die Finanz-Industrie-Gruppen, die unter anderem eine weichere Budgetrestriktion als unter Marktbedingungen beinhaltet, ergeben sich tendenziell negative Effekte beim Zugang zu formellen Finanzierungsressourcen für neugegründete rein privatwirtschaftlich organisierte (Klein- und Mittel-) Unternehmen. Ausweichreaktion dieser ist unter anderem die Teilhabe an der Schattenwirtschaft und die Bedienung der Korruptionskultur im Staatsapparat.

Unternehmenstheorien und ihr Erklärungspotential

Die Wirtschaftswissenschaft bietet eine größere Anzahl von Unternehmer-Theorien, die sich für das Ziel der Analyse als eher komplementär, aber nicht zur grundsätzlichen Verortung der vorgefundenen Realität in Nižnij Novgorod geeignet erweisen. Passender sind spezifische Ansätze der Gründungsforschung, und hierbei vor allem der Zugang zu den Gründungsmotiven über die Dichotomie von "Gründungen aus der Not heraus" versus "Gründungen aus dem Drang nach Selbstverwirklichung". Hinzu tritt die "Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung" Joseph A. Schumpeters, die die Unternehmerperson in ihrer Funktion als Motor zur "Durchsetzung neuer Kombinationen" begreift und ihr als zweites Element die Finanzierung durch den Bankier zur Seite stellt, ebenso wie

der am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der FU Berlin entwickelte monetär-keynesianische Ansatz, der ebenfalls die Gläubiger-Schuldner-Beziehungen in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Arbeitsteilung stellt und die Produktion durch Geldvorschüsse regulieren läßt. Schumpeter und "Monetär-Keynesianer" bilden den Idealtypus geldwirtschaftlicher Unternehmen und ihres Handelns ab. Die Untersuchung in Nižnij Novgorod kann diesen – wirtschaftspolitisch gewünschten – Idealtypus kaum ausfindig machen. Im Gegenteil, unter den geldwirtschaftlich organisierten Unternehmen findet sich in deutlich stärkerem Maße der Schumpetersche "statische Wirt", der quasi im "täglichen Trott" die Ressourcen bewirtschaftet und Entwicklung als ein Aufbrechen der Kreislaufwirtschaft nicht evoziert.

Unternehmensneugründungen im Handel, bei den Dienstleistungen und der Bauwirtschaft, zunehmend auch im Technologie- und Kommunikationsbereich leisten seit Beginn der wirtschaftlichen Transformation einen Beitrag zur Restrukturierung der Unternehmenslandschaft in Nižnij Novgorod. Im Hinblick auf die Verteilung günstiger Startpositionen für Unternehmensgründungen spielen viele Faktoren eine Rolle, die in ihrer Verwobenheit im Einzelfall als "glückliche Umstände", "günstige Gelegenheiten" oder auch "Zufall" zu bezeichnen wären, wobei "altem" systemspezifischem Kapital gerade im Zuge der unmittelbaren Gründung eine große Rolle zukommt. Die unterschiedlichen Richtungen der Entstehung der neuen Unternehmen geben Aufschluß über höchst verschiedene Biographien. Die idealisierten Eckpunkte sind die "Ökonomie des Wohlstands" und die Gründung als Selbstverwirklichung, sowie die "Ökonomie der Armut" und die Gründung zur Sicherung der Subsistenz. Beide Wege induzieren unterschiedliche Strategien, wobei erstere wahrscheinlicher den Weg eines prägenden geldwirtschaftlichen Unternehmens einschlagen. Die "Ökonomie der Not" findet dagegen ihre Ausdrucksform in kritischen Unternehmenslagen bei einem großen Anteil an Familienwirtschaften, die mit der eigenen Ressourcenbewirtschaftung und nicht geldwirtschaftlich gesteuerten Reziprozitätsstrukturen den einzigen Weg zur Sicherung der eigenen Reproduktion als "Wirte" sehen. Dagegen läßt sich die soziale Herkunft nicht zu einer signifikanten Korrelation mit den Unternehmenstypen verbinden. Ehemalige "Schattenwirtschaftler" sind technologisch erfolgreiche Unternehmer, und Wissenschaftler aus dem High-Tech-Bereich sind "nur" in familienwirtschaftlichen Strukturen tätig. Vor allem die Kategorisierung der "Schattenwirtschaftler" erweist sich als nicht trennscharf, da alle untersuchten Unternehmen Steuern hinterziehen oder für bestimmte Tätigkeiten keine Lizenz haben, usw.

Betriebliche Strategien und Innovationsfinanzierung

Bei der Analyse der betrieblichen Strategien zeigt sich, daß kein Unternehmen gänzlich frei in der Wahl seines Weges zum wirtschaftlichen Erfolg ist. Die untersuchten Unternehmen sind in ihren Handlungsoptionen durch ihre Traditionen, durch überkommene Ressourcenausstattungen und spezifische Kontextbedingungen beschränkt. Dies gilt auch für die Neugründungen. Andererseits sind fast alle Unternehmen in ihrer Entwicklungsperspektive trotz der zum Teil sehr restriktiven Rahmenbedingungen des Transformationsprozesses nicht eindeutig festgelegt. Während die Entwicklungschancen für offene Unternehmen stagnieren und demzufolge mehr "Wirte" auszumachen sind, potenzieren sich auf der anderen Seite die Möglichkeiten für prägende Unternehmen, die von der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der Administration profitieren, aber ganz besonders von den weiteren Entwicklungen der rußländischen Geldwirtschaft abhängig sind. Selbst in Hartwährungsländern stellt die Innovationsfinanzierung eines der schwierigsten und risikoreichsten Geschäftsfelder für Banken dar. Die seit Beginn der Transformation "erstarrten" determinierten Unternehmen haben ihre Existenz zum Teil der mangelnden Durchsetzung der Konkursgesetzgebung, zum Teil der Leistung von Transfers oder einer halbwegs funktionierenden Barter-Ökonomie zu verdanken.

Die mangelnden Finanzierungsmöglichkeiten für rußländische neue Unternehmen, die ihre Ursachen in bestimmten Marktkonstellationen und der Budgetfinanzierungspolitik der Regierung haben, veranlaßten internationale und bilaterale Institutionen dazu, spezielle Programme zur Behebung der Kreditrationierung aufzulegen. Die Osteuropäische Entwicklungsbank schlägt mit dem Programm des Russia Small Business Fund (RSBF) den Weg des financial institution building ein, um in diesem Zusammenhang ein Kreditprogramm für neue Unternehmen aufzulegen. Die Fallstudien aus Nižnij Novgorod zeigen, daß auch der RSBF nur eine kleine Gruppe von Unternehmen erreicht. Dennoch entfaltet das Programm vor allem seine Wirkung in den beteiligten Geschäftsbanken, die die Unternehmenskreditierung in ihre strategische Entwicklungsperspektive aufnehmen und zunehmend Kapazitäten entwickeln, um zunächst eine im Vergleich zu innovativen Unternehmen risikogeringere Grundfinanzierung "einzuüben", deren Erfolg über die Zeit bei gleichzeitig steigenden Refinanzierungsmitteln und Verbesserung der "Sicherheiten-Lage" der potentiellen Kreditnehmer dazu beitragen kann, daß sich Banken in der risikoreicheren Gründungs- oder Venture-Finanzierung engagieren.

Eine sukzessive "Abschaffung" der Produktionsweisen neben der Geldwirtschaft ist vorerst nicht zu erwarten und ihr sollte auch nicht das Wort geredet werden. Sie haben in der rußländischen Weichwährungswirtschaft ihre Berechtigung, und Versuche der geldwirtschaftlichen Integration aller Wirtschaftssubjekte würden mangels (Finanzierungs-)Masse, sowohl was die Tiefe des Kapitalmarktes betrifft als auch hinsichtlich der realistischerweise auf absehbare Zeit mobilisierbaren fiskalischen Ressourcen – vor allem für die soziale Sicherung – die Gesellschaft in den Ruin führen, denn sowohl Staats-(wenn auch nur sehr eingeschränkt) als auch Familien-

und Piratenwirtschaften sind substituierende Mechanismen für die fehlenden Sozialversicherungssysteme, die bei einer Durchsetzung der geldwirtschaftlichen Kohärenz, sprich der harten Budgetrestriktion, unter den gegebenen Bedingungen "viel zu tun hätten".

Eine sinnvolle Förderung insbesondere der technologisch prägenden Unternehmen in Nižnij Novgorod kann auf mehreren Wegen erfolgen. Eine explizite finanzielle Kredit-Förderung muß aufgrund der beschriebenen Konstellation der Geldwirtschaft und der mangelnden Ausstattung der Unternehmen mit beleihbarem Eigentum weitgehend ausgeschlossen werden. Unter den gegenwärtigen Bedingungen sind Ausbildungsprogramme und Gründungszentren, die sog. "Biznes-Inkubatoren", eher erfolgversprechende Wege.

Die Fallstudien aus Nižnij Novgorod zeigen, daß sich die neuen Unternehmen grundsätzlich ähnlich "gründen" wie solche in Westeuropa oder den USA. Von besonderen Spezifika wie den Effekten durch einen spezifischen Zugang zur "Erstausstattung" und gewissen sozialen Einstellungen sowie der Etablierung einer Piratenwirtschaft ist noch nicht absehbar, inwieweit sie transitorischen Charakter haben. Die im Vergleich zu anderen Ländern besonders schwerwiegenden Probleme der Finanzierung der Unternehmen sind nicht das Resultat eines "russischen Sonderweges", sondern haben ihre Ursache in der defekten Funktionsweise der rußländischen Geldwirtschaft, von der wiederum wahrscheinlich ist, daß sie einen persistenten Charakter annimmt.

"Legacies of the past"

Eindeutig betont die Analyse in Nižnij Novgorod die Dominanz der ökonomischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für unternehmerisches Tätigsein und wendet sich gegen ein Übergewicht der mentalen und sozialpsychologischen Erklärungen für das ökonomische Verhalten der analysierten Betriebe, egal, ob es sich um geld- oder familienwirtschaftliche Einheiten handelt. Dennoch weist vor allem das Verhältnis von Staat und Unternehmern auch diesbezüglich auf kräftige legacies of the past hin. Es ist weiterhin durch Ignoranz und Bevormundung, Behinderung bei gleichzeitiger Förderung sowie eine mehr oder minder breite gesellschaftliche Ablehnung eines Wirtschaftens aus Eigennutz geprägt.

Vor dem Hintergrund der Untersuchung in Nižnij Novgorod erscheint abschließend folgender Entwicklungspfad als wahrscheinlich: Die Ökonomie wird dominiert durch oligarchische Finanz-Industrie-Verflechtungen, in die der Staat über verschiedene Mechanismen, so auch über Eigentumsrechte, weiter involviert ist. Einige haben das Potential, Effizienz und Wachstumsdynamik zu erzeugen, wenn auch nur auf solchen Gebieten, die eine weltwirtschaftliche Integration auf eher niedriger Wertschöpfungsstufe zur Folge haben, und in der Regel auch erst unter Beteiligung ausländischer Investoren. Der Großteil jedoch wird durch rentenorientiertes Verhalten geprägt. Diese oligarchischen Strukturen lassen neben sich eine Marktökonomie zu, die vor allem durch Kleinund Mittelunternehmen im tertiären Sektor geprägt ist. Und es entwickeln sich einige "Enklaven", deren Potential auf einer Ansammlung international wettbewerbsfähiger geld- und familienwirtschaftlicher Klein- und Mittelunternehmen im High-Tech-Bereich beruht und die zunehmend andere sozioökonomische Reproduktionsbedingungen hervorbringen, die sich allein auf die "Enklave" beziehen und von der dort lebenden Bevölkerung auch gegen andere Ansprüche verteidigt werden. Wie das Spannungsverhältnis zwischen diesen Produktionsweisen gelöst wird bzw. zu wessen Gunsten oder Lasten sich die nationale Wirtschaft entwickelt, ist zu diesem Zeitpunkt nicht abzusehen.

Kathrin Pingel ist Lehrbeauftragte am Lateinamerika-Institut der FU Berlin.

<u>fibre</u>

HANDBUCH OSTEUROPA-KONTAKTE

Kontaktanschriften in Deutschland, Ostmittel-, Südost- und Osteuropa 3., aktualisierte, erweiterte Aufl. (September 1999) ISBN 3-929759-33-0 · 228 S. · DM 58,-

Allgemeine und nach Ländern gegliederte Kontaktanschriften aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Medien sowie der deutschen Minderheiten.

Neu in der Reihe »Klio in Polen« – Polnischdeutsche Übersetzungsreihe des DHI Warschau:

Ruta Sakowska:

MENSCHEN IM GHETTO Die jüdische Bevölkerung im besetzten Warschau 1939-1943

ISBN 3-929759-37-3 · 338 S., Abb., Karten · DM 48,-

Die Studie gibt einen komplexen Einblick in den Alltag der jüdischen Bevölkerung unter deutscher Besatzung. Schwerpunkte sind die gesellschaftlichen Strukturen im Ghetto, die jüdische Selbstverwaltung und Selbsthilfe sowie der zivile Widerstand gegen die NS-Politik der indirekten und direkten Vernichtung.

fibre Verlag · Martinistraße 37 · D-49080 Osnabrück Telefon 05 41/43 18 38 · Telefax 43 27 86 e-mail: fibre.verlag@ino.de

Osteuropa zwischen Integration und Differenz

Probleme europäischer Integration und kultureller Differenzierung

Herausgegeben von Holm Sundhaussen

Inhalt:

I. Aspekte der europäischen Integration

Włodzimierz Borodziej Polen acht Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts.

Eine Zwischenbilanz

Wladimir Handl Die Einbinndung der mittel-osteuropäischen Staaten

in die westeuropäischen Sicherheitssysteme. Beitrag oder Belastung

der Europäischen Sicherheit?

Iris Tschöpe Der Westen, die NATO und die russische Region Kaliningrad

als Bestandteil des Ostseeraumes

Kathrin PINGEL Die EU-Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten.

Herausforderungen an das Europa des 21. Jahrhunderts

II. Kulturelle Differenzierung

Alexandra MEY Leben und Tod der modernen Helden. Zur Sicht des Westens

im Schaffen Eduard Limonovs in den 90er Jahren

Kerstin Jule Reuter "Peter I." – Symbol gesellschaftlicher Reformen und/oder imperialer

Macht? Zur russischen Denkmalpolitik der 90er Jahre

Tatjana Eggeling Die Sowjetunion und "der Westen" – Imaginationen

des kapitalistischen Auslands in der sowjetischen Jugendpresse

Juliana Roth Ost und West in Europa. Barrieren für die Interkulturelle

Kommunikation im Integrationsprozeß

Hans-Christian Maner "Europäismus" in Rumänien in den 90er Jahren.

Entstehung einer neuen Ideologie

Peter Lang GmbH Europäischer Verlag der Wissenschaften Frankfurt am Main 1999

(ISBN 3-631-34981-5), 176 Seiten, ca. 65 DM

Sprachenpolitik in den ex-sowjetischen muslimischen Staaten: Kazachstan, Kyrgyzstan, Uzbekistan, Turkmenistan, Tadžikistan und Azerbajdžan – ein Projektbericht

von Brigitte Heuer und Barbara Kellner-Heinkele, Berlin

Im Ankunftsbereich des Taškenter Flughafens erinnert seit der Fertigstellung der langwierigen Sanierungsarbeiten im vergangenen Sommer nichts mehr an frühere Zeiten, der typisch sozialistische Desinfektionsmittelgeruch ist verschwunden, alles präsentiert sich hell, elegant, modern. Für die aufmerksamen BeobachterInnen sprachenpolitischer Neuerungen unter den Reisenden nicht ganz überraschend: Hinweisschilder nunmehr in drei Sprachen, nämlich in Usbekisch (in lateinischer Schrift), in Russisch und in Englisch. Derartige Phänomene, wie Alphabet- und Sprachwechsel, sind Untersuchungsthemen des von der German-Israel-Foundation (GIF), Jerusalem, geförderten Projektes "Language and Politics in Contemporary Central Asia. Ethnonationalism in the Ex-Soviet Muslim Republics".

Das Projekt beschäftigt sich mit Sprachenpolitiken und ihrer Implementation im postsowjetischen Zentralasien und der Kaukasusrepublik Azerbajdžan für den Zeitraum der vergangenen 12 Jahre. Es wird in bilateraler Kooperation von Prof. Barbara Kellner-Heinkele (Institut für Turkologie der Freien Universität Berlin) und Prof. Jacob M. Landau, Jerusalem (The Hebrew University, Department of Political Science) seit Frühjahr 1997 mit einer Laufzeit von drei Jahren durchgeführt. Ergänzend zu den GIF-Mitteln hat die Kommission für Forschung und Wissenschaftlichen Nachwuchs der Freien Universität Berlin in diesem Jahr dankenswerterweise eine kleine Fördersumme bereitgestellt, um die Weiterarbeit der Berliner Projektmitarbeiterin, Brigitte Heuer, wenigstens per Werkverträgen sicherzustellen.

Die ehemals sowietischen fünf zentralasiatischen Republiken Kazachstan, Kyrgyzstan, Uzbekistan, Turkmenistan und Tadžikistan sowie die Kaukasusrepublik Azerbajdžan haben - eigentlich eher nolens volens - im Jahre 1991 ihre Unabhängigkeit erklärt und befinden sich nun im schwierigen Prozeß des Ubergangs zu Demokratie und Marktwirtschaft; sie streben, auf unterschiedliche Weise, eine nachholende Modernisierung an. Ihre Regierungen sehen sich ebenfalls vor der Aufgabe, ihre Nationalstaatlichkeit zu festigen, die im Falle der zentralasiatischen Republiken kaum sieben Jahrzehnte alt ist und relativ künstlich geschaffen wurde. Die Bevölkerungen dieser Republiken weisen eine mehr oder minder große ethnische Inhomogenität und Dispersion auf. Der Sicherung ethnopolitischer Stabilität kommt im Bewußtsein der Regierungen dieser Staaten großer Stellenwert zu.

Sprachenfrage und nationale Identität

Die Sprachenfrage spielte und spielt in den öffentlichen Debatten dieser Länder um Fragen der "nationalen Identität", ihre Wiederbelebung bzw. Neukonstruktion sowie gleichzeitig um die Festigung eines alle Staatsbürger, unabhängig von ihrer ethnischen Zuordnung, integrierenden kazachstanischen, uzbekistanischen etc. Nationalgefühls in den multiethnischen Republiken eine besondere Rolle. In der Sowjetunion wurde die russische Sprache seit den 30er Jahren nicht nur als Kommunikationsmittel zwischen den Nationalitäten gefördert bzw. massiv propagiert, sondern auch als Instrument kultureller und ideologischer Integration im Sinne der propagierten "Annäherung" und letztlich "Verschmelzung" der Nationalitäten forciert, bis hin zur Reduktion der einheimischen Sprachen auf "Küchenkazachisch", ja sogar bis hin zum gänzlichen Verlust der Muttersprache bei Teilen der einheimischen Eliten (besonders ausgeprägt in Kazachstan und Kyrgyzstan). Diese Tendenz wurde durch die hohen Zuwanderungsquoten russischsprachiger Bevölkerungsgruppen, hauptsächlich in den urbanen Raum, noch verstärkt. Auf der Ebene der Schriftlichkeit haben die zentralasiatischen Völker in sowjetischer Zeit verschiedene Alphabetwechsel durchgemacht, die sie von ihrem kulturellen Erbe weitgehend entfernten, ja abtrennten.²

Politische Mobilisierung nach dem Einsetzen von Perestrojka und Glasnost in der zweiten Hälfte der 80er Jahre vollzog sich in den untersuchten Ländern, ausgehend von kulturellen Eliten, wesentlich über Fragen der nationalen und kulturellen Selbstbehauptung (und kaum über die Einforderung beispielsweise der civil society). Die Sprachenfrage spielte in diesen Debatten und Forderungen nach größerer kulturpolitischer Autonomie eine herausragende symbolische Rolle, wie die schon 1989, also vor den Souveränitäts- und Unabhängigkeitserklärungen, in jeder Republik verabschiedeten Sprachgesetze dokumentieren. Sie erhoben die Sprache der "Titularnation" zur Staatssprache³ und setzten unterschiedliche Fristen für den vollständigen Übergang zur Staatsprache in allen Bereichen des öffentlichen Lebens - eine Zielsetzung, die insbesondere in Kazachstan und Kyrgyzstan mit ihren hohen slawischen bzw. russischsprachigen Bevölkerungsanteilen nicht unerhebliche ethnopolitische Brisanz hat(te). Diese Fristen sind freilich später als unrealistisch revidiert worden.

Rückbesinnung und Neuorientierung

Nach der Erlangung der Unabhängigkeit, welche die betreffenden Staaten – im Gegensatz zu den baltischen Republiken – wenig aktiv angestrebt hatten, bedient(e) sich die politische Führung, die ganz überwiegend der alten

Nomenklatura entstammt, weiterhin nationaler nationalstaatlicher Rhetorik und Ziele als einer politischen Ressource, die ihr Legitimität verschafft, von den Schwierigkeiten und Härten der Transformationsperiode ablenkt bzw. durch die vorrangige Propagierung "nationaler Größe" und der "Rückkehr zu den kulturellen und historischen Wurzeln" den in einigen Republiken nur sehr zögerlich verfolgten Übergang zu Reformen im wirtschaftlichen und politischen Bereich verdeckt. Der Sprache als Symbol nationaler Unabhängigkeit und Selbstbestimmung kommt hier – zumindest rhetorisch – eine herausragende Rolle als Mittel der Identitätsstiftung zu. Der – freilich nicht in allen Republiken – geplante oder schon vollzogene Schriftwechsel (Übergang zu Lateinalphabeten) dokumentiert den intendierten Bruch mit der sowjetischen Vergangenheit und die Hinwendung zum Westen. Die Zurückdrängung des russisch-sowietischen Einflusses zeigt sich auch teilweise im Bestreben nach linguistischem Purismus, der insbesondere von sehr nationalistisch gesinnten Intellektuellen gefordert wird.

Die sowjetische Sprachenpolitik in ihren historischen Phasen ist verschiedentlich wissenschaftlich, auch komparativ, bearbeitet worden. Für die postsowjetische Zeit, die Periode seit dem Zerfall der Sowjetunion und der Unabhängigkeit, welche den Beginn unterschiedlicher Entwicklungswege in den Staaten der Untersuchungsregion markiert, liegen zwar einzelne Aufsätze zu einigen der im vorliegenden Forschungsprojekt untersuchten Länder und zu Teilaspekten vor, eine vergleichende Gesamtschau wurde jedoch bisher noch nicht geleistet.⁴

Zielsetzung des Projekts

Ziel des Projekts ist es, eine zusammenfassende, komparative Darstellung und Analyse der sprachenpolitischen Entwicklungen und ihrer ethnopolitischen Implikationen in den post-sowjetischen Staaten Zentralasiens einschließlich der Republik Azerbajdžan auf dem Hintergrund der politischen Gesamtentwicklungen dieser Länder seit dem Zerfall der Sowjetunion zu erarbeiten.

Als Teilziele lassen sich insbesondere benennen:

- Analyse der Sprachenpolitik seit Ende der 80er Jahre bis 1998, unter Berücksichtigung der spezifischen historischen, politischen, ethnosozialen und kulturellen Strukturen und Besonderheiten der Region: Insbesondere der Niederschlag der Sprachenpolitik in Verfassungen und Einzelgesetzen und ihre Modifikationen im Zeitverlauf; Planung und Zeithorizonte der anvisierten Umsetzung sprachenpolitischer Neuerungen und gegebenenfalls Revision von Konzepten; konkrete Auswirkungen der Sprachenpolitik auf Verwaltung, Wirtschaft, Bildungswesen, Medien und andere wichtige gesellschaftliche Bereiche.
- Analyse des Diskurses um Sprachenpolitik und seiner ideologischen Hintergründe, der unterschiedlichen Wahrnehmungen und Positionen der Eliten wie auch der Relevanz der Sprachenpolitik im Bewußtsein der Bevölkerung und deren Akzeptanz.

- Analyse der mit der jeweiligen Sprachenpolitik verbundenen finanziellen, technischen, kulturellen, sozialen und politischen Probleme, Restriktionen und Implementationsschwierigkeiten und der vorgeschlagenen Lösungsansätze.
- Untersuchung der Reaktionen auf sprachenpolitische Weichenstellungen, insbesondere der Haltung der sprachlich und kulturell partiell russifizierten Eliten sowie der Reaktionen und Optionen der ethnischen Minderheiten, v.a. der russischen und russischsprachigen Bevölkerungsgruppen, die sich beispielsweise in verstärkten Migrationstendenzen äußer(te)n (denen allerdings ein komplexes Bündel von Ursachen zugrunde liegt); Einschätzung soweit im Rahmen des Projektes leistbar der Auswirkungen der Sprachenpolitik im Alltagsleben der Bevölkerungen dieser Staaten.

Schwerpunkte des Projekts

Als Hauptuntersuchungsfelder haben sich im bisherigen Verlauf der Projektbearbeitung die folgenden Bereiche herauskristallisiert:

- 1. Sprachengesetze und einschlägige Verfassungstexte in den untersuchten Republiken, die zunächst unter dem Aspekt standen, den Status der russischen Sprache zugunsten der Sprache der Titularnation abzuwerten. In einigen Republiken (Kazachstan und Kyrgyzstan) kam es jedoch auch zu gegenläufigen Entwicklungen, die dem hohen russischen Bevölkerungsanteil (im Jahre 1989 in Kazachstan fast 38 %, in Kyrgyzstan 21,5 %) und der fortdauernden Bedeutung des Russischen als zwischennationales Kommunikationsmittel sowie als Sprache von Wissenschaft und Technik Rechnung tragen. Schwierigkeiten, den Gebrauch der Staatssprache im öffentlichen Leben tatsächlich durchzusetzen, beispielsweise finanzielle Restriktionen, aber auch nachlassender Elan und Verlagerung politischer Prioritäten zu anderen Politikzielen, führten zur Verschiebung der Termine für die endgültige Geltung der Staatssprache in allen gesellschaftlichen Bereichen.
- 2. Unterschiedlicher Gebrauch der Staatssprache als Unterrichtssprache: Vermehrt in Uzbekistan und Azerbajdžan, stagnierend in Kazachstan; Orientierung auf westliche Fremdsprachen zu Lasten des Russischen bzw. in neuerer Entwicklung auf Dreisprachigkeit (Titularsprache, Russisch, Englisch) im Vorschul-, Schul- und Hochschulbereich.
- 3. Alphabetwechsel: Von der Kyrilliza zu Lateinschriften in den Republiken Uzbekistan, Turkmenistan und Azerbajdžan bzw. beschlossen, aber nicht umgesetzt zu Arabisch in Tadžikistan. Auch hier führten die damit verknüpften immensen finanziellen und organisatorischen Probleme zur Verlangsamung des Umsetzungstempos und zur Verschiebung der Termine für den endgültigen Übergang zur Lateinschrift. In Kazachstan und Kyrgyzstan haben Diskussionen akademischer Zirkel um eine mögliche Schrift-

reform nur geringe politische Relevanz, Änderungen sind hier in absehbarer Zeit wohl nicht zu erwarten.

- 4. Unterschiedlich stark ausgeprägter linguistischer Purismus in Form terminologischer Reformen: Teils Entfernung von Wörtern russischer Herkunft, teils phonetische Adaptation solcher Termini in den entsprechenden Sprachen; ggf. Propagierung von Neuschöpfungen aus dem linguistischen Fundus der Turksprachen bzw. des Persischen oder Einführung von Internationalismen; Modernisierung der Titularsprachen im Hinblick auf neue Funktionsbereiche (Wissenschaft und Technik) ein Vorgang, der ebenfalls Neuschöpfungen und Adaptionen verlangt. Stark im Vordergrund stehen außerdem toponymische Änderungen, welche die Abkehr von der sowjetischen Vergangenheit manifestieren.
- 5. Analyse der Akzeptanz und Unterstützung der Sprachund Alphabetreform durch die Öffentlichkeit bzw. Analyse der Opposition gegen die Reformen und ihre Durchsetzung, Untersuchung der Argumentationen pro und contra und des politischen Drucks, der ausgeübt wird; Untersuchung des Einflusses interessierter und sprachlich präsenter Drittstaaten (Rußland, Türkei, Iran) auf den sprachenpolitischen Wandel. Offenheit und Differenziertheit der Diskussionen um Sprachenpolitik und ihre Auswirkungen sind abhängig vom Grad der Demokratisierung der betreffenden Staaten, die eine unterschiedlich restriktive Politik verfolgen.
- 6. Die Implementation der Sprachgesetze, der Schriftreform und des linguistischen Purismus vollzieht sich in der Praxis auf der politischen Ebene, im Verwaltungsbereich und in der Wirtschaft in Amts- bzw. Geschäftssprachen, im öffentlichen Leben (Aufschriften, Reklame), in den Medien, im Kultur-, Erziehungs- und Ausbildungswesen in recht unterschiedlichem Tempo. Insgesamt erweist sich jedenfalls, daß kaum etwas so heiß gegessen wird, wie es Anfang der 90er Jahre gekocht wurde.

Material- und Informationsbasis

Im Verlauf der Durchführung des Projekts haben die Projektleiter 1997 und 1998 alle Republiken der Untersuchungsregion besucht – mit Ausnahme des weiterhin politisch instabilen Tadžikistan, in dem periodisch bewaffnete Auseinandersetzungen im Gefolge des (formal 1997 durch ein Friedensabkommen beendeten) Bürgerkriegs aufflammen. Bei der ersten Reise wurde in jeder besuchten Republik ein(e) lokale(r) Forschungsassistent (in) vertraglich für das Projekt gewonnen, um nach vorgegebenen inhaltlichen Instruktionen Materialien für das Projekt zu sammeln (Presse, wissenschaftliche Artikel, amtliche Dokumente und Verlautbarungen, Statistiken, Schulbücher und Curricula u.a.), die sich im wesentlichen auf den Zeitraum 1987-98 beziehen. Weiterhin wurden im Rahmen dieser beiden Forschungsaufenthalte von den Projektleitern Interviews mit Politikern, Wissenschaftlern, Praktikern und im Kulturbereich Tätigen geführt,

welche mit Sprachenpolitik, terminologischen Reformen, Alphabetwechsel etc. befaßt sind.

Die Material- und Informationsbasis für das Projekt erwies sich als recht unterschiedlich. Aufgrund der - im Vergleich zu Uzbekistan und erst recht Turkmenistan – weniger rigiden autoritären Strukturen und damit einer breiteren Beteiligung der Öffentlichkeit an politischen Fragen, auch an sprachenpolitischen Weichenstellungen und Reformen, aber auch wegen der stärkeren politischen Implikationen ist der Umfang des aus Kazachstan und auch aus Kyrgyzstan vorliegenden Materials sehr viel größer und inhaltlich differenzierter, interessanter und ergiebiger, damit auch aufwendiger zu bearbeiten. Dies gilt auch für die Materialien aus Azerbajdžan. Diese Republik wurde in Abänderung des ursprünglichen Projektantrags mit Einverständnis der GIF erst später in die Untersuchung einbezogen, als absehbar war, daß die Sprachensitutation in der Republik Tadžikistan nur sehr eingeschränkt bearbeitet werden konnte. Dafür war die Materiallage in Azerbajdžan, wo den mit der Sprachenfrage und dem Übergang zum Lateinalphabet verknüpften Fragen große Bedeutung beigemessen wird, umso ergiebiger.

Es ist geplant, den Endbericht für das in Arbeit befindliche Forschungsvorhaben in Form einer Monographie "Politics of Language in the Ex-Soviet Muslim States" Ende 1999 in englischer Sprache zu veröffentlichen.

Brigitte Heuer ist Projektmitarbeiterin am Institut für Turkologie und Lehrbeauftragte am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

Barbara Kellner-Heinkele ist Univ.-Professorin am Institut für Turkologie der FU Berlin.

Präsident Nursultan Nazarbaev, Kazachstanskaja Pravda, 23.06.1992.

In den 20er Jahren erfolgte der Übergang vom arabischen Alphabet zu unterschiedlichen Lateinalphabeten, die Ende der 30er Jahre durch – wiederum für die einzelnen Turksprachen sowie das Tadžikische voneinander abweichende – kyrillische Alphabete ersetzt wurden.

In Azerbajdžan sowie in Georgien und Armenien enthielten schon die alten Sowjetverfassungen von 1936 einen entsprechenden Passus, dessen Beibehaltung in den neuen Verfassungen von 1978 durch politischen Druck "von unten" erreicht wurde.

Eine Übersicht sprachenpolitisch relevanter Verfassungsartikel, Gesetze und Verordnungen hat kürzlich das Open Society Institute/ Forced Migration Projects, Budapest, zusammengestellt und kommentiert: http://www.osi.hu/fmp/laws/.

Gescheiterte Konfliktprävention: Kosovo 1989–1998

von Stefan Troebst, Leipzig

nders als im Falle des Bosnienkriegs sind im AKosovo-Konflikt die Instrumente Frühwarnung und präventive Diplomatie unmittelbar zur Anwendung gekommen. Entsprechend war die Brisanz dieses stark asymmetrischen ethnopolitischen Konflikts der Staatengemeinschaft spätestens seit dem März 1989 bekannt, als der serbische Präsident Slobodan Milošević das Statut über Territorialautonomie für den Kosovo aufhob und die albanische Bevölkerungsmehrheit dort einer repressiven, besatzungsähnlichen Direktherrschaft Belgrads unterstellte. Auch waren vom Sommer 1992 an eine Reihe multilateraler Organisationen mit Versuchen zur Entschärfung der ethnopolitischen Zeitbombe Kosovo befaßt. Und schließlich haben mehrere internationale Gremien und Organisationen auch in der "heißen" Konfliktphase seit dem Frühjahr 1998 mehrfach mit dem Ziel der Konfliktberuhigung einzugreifen versucht. Genützt im Sinne einer Transformation oder gar Lösung des Konflikts, nicht nur eines Hinausschiebens seiner gewaltförmigen Phase, hat dies bekanntlich nichts. Um so dringlicher ist daher die Frage nach dem Warum hinter der gescheiterten Prävention.

Panićs Politik des Ausgleichs: das Bildungsabkommen

Unter den internationalen Organisationen war es die KSZE, die sich als erste des Themas Kosovo annahm. Im August 1992 wurden die "KSZE-Langzeitmissionen nach Kosovo, Sandžak und Vojvodina" entsandt, deren Aufgabe die Herbeiführung eines Dialogs zwischen der kosovoalbanischen Bevölkerung und den serbischen Behörden war. Der damalige jugoslawische Ministerpräsidenten Milan Panić, ein Opponent Miloševićs, verfolgte eine Politik des Ausgleichs im Kosovo und trat zu diesem Zweck mit dem kurz zuvor gewählten "Präsidenten" der Kosovoalbaner, Ibrahim Rugova, in Kontakt. Im September 1992 schlug Panić eine Übereinkunft über die Wiedereröffnung des albanischen Bildungswesens im Kosovo vor, das im Zuge der Aufhebung der Autonomie 1989 weitgehend geschlossen worden war. Ziel dabei war es, 270.000 albanischen Grundschülern, 60.000 Mittelschülern, 20.000 Studierenden und 20.000 Lehrern den Umzug aus den Kellern, Dachböden und Schuppen, in denen das "parallele" albanische Schulwesen des Kosovo stattfand, in ihre alten Schul- und Universitätsgebäude zu ermöglichen. Sowohl die KSZE-Mission als auch die mit ihr eng zusammenarbeitenden Genfer Konferenz über das ehemalige Jugoslawien von UN und EG machten sich nun die Vermittlung eines solchen Abkommens zur Aufgabe. Dabei hoffte man auf einen raschen Erfolg, der dann den Weg zu einer grundsätzlichen Regelung des Kosovo-Problems bahnen würde.

Dem bundesdeutschen Diplomaten Gert-Hinrich Ahrens, der die Working Group on Ethnic and National Communities and Minorities der Genfer Jugoslawienkonferenz leitete, gelang es am 14. Oktober 1992, den jugoslawischen Erziehungsminister und Vertreter der Kosovoalbaner zur Unterschrift unter eine Erklärung über die "Rückkehr zur normalen Arbeitsbedingungen für Schulen und andere Bildungseinrichtungen" im Kosovo zu bewegen. Dies war der Auftakt zu einer Gesprächsserie, welche indes bald durch die Verhaftung eines prominenten kosovoalbanischen Bildungspolitikers unterbrochen wude. Im Juni 1993 verweigerte Milošević dann eine Verlängerung des Mandats der KSZE-Mission, so daß diese im Folgemonat das Land verlassen mußte. Damit war sowohl die internationale Präsenz im Kosovo als auch die Beschäftigung der KSZE mit diesem Problemknoten auf Jahre hinaus unterbrochen.

Der Unterschied zwischen Bosnien und Kosovo

Der Kosovo-Konflikt unterschied sich vom Krisenherd Bosnien aber nicht nur durch relativ frühe Präventionsversuche seitens diplomatischer Akteure, sondern auch durch reibungsarmes Zusammenspiel zwischen internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen. Dies gilt in besonderem Maße für die Kosovo-Aktivitäten der katholischen Laienorganisation Comunitá di Sant'Egidio aus Rom, die gleich der KSZE und Genfer Jugoslawienkonferenz beim Problemkomplex Bildungswesen ansetzte. Dieser NRO gelang es am 1. September 1996, Milošević und Rugova zur Unterschrift unter eine gemeinsame Erklärung über die "Normalisierung des Bildungssystems für albanische Kinder und Jugendliche im Kosovo" zu bewegen. Mit der Erklärung setzten beide Seiten eine paritätisch besetzte Kommission ein und listeten diejenigen Grund-, Mittel- und Oberschulen sowie Fakultäten auf, die sämtlich wieder für albanische Schüler und Studierende zu öffnen waren. Das positive Echo seitens internationaler Organisationen war so groß, daß die Kosovo-Resolutionen von UN, OSZE, Europarat, EU, Kontaktgruppe, WEU u.a. der Jahre 1997 und 1998 durchgängig auf dieses Dokument Bezug nahmen, auch wenn es zu einer praktischen Umsetzung nie kam.

Zum Zeitpunkt dieser Vermittlungsinitiative hatten sich die Ausgangsbedingungen für eine konstruktive Bearbeitung des Kosovo-Konflikts seitens Dritter bereits dramatisch verschlechtert. Grund war die Wirkung des Dayton-Abkommens vom November 1995, in dem das Kosovo-Problem aufgrund der kategorischen Haltung Miloševićs ausgeklammert wurde. Dies bewirkte eine Radikalisierung großer Teile vor allem der jüngeren Kosovoalbaner, die sich in einer Abkehr von der bisherigen pazifistischen Taktik Rugovas und in einer Hinwendung zu

aggressiveren Aktionsformen äußerte. Zugleich trat vom Februar 1996 an die "Kosovo-Befreiungsarmee" UÇK mit Anschlägen in Erscheinung. Das Belgrader Regime reagierte darauf zunächst mit Polizeieinsätzen und Schauprozessen, von Weihnachten 1997 an dann aber auch mit einer massiven Erhöhung der Präsenz der Armee Jugoslawiens und von Spezialpolizeieinheiten des serbischen Innenministeriums.

Das internationale "Vernachlässigungsmuster"

Ungeachtet der seit Dayton rasch steigenden Spannung im Kosovo beschränkte sich die Staatengemeinschaft nahezu ausschließlich auf das gebetsmühlenartige Äußern "tiefer Besorgnis" über eben diese Entwicklung. Vorschläge, welche die EU bereits im Sommer des Krisenjahres 1997 bezüglich einer Deeskalation der Spannungen im Kosovo in Auftrag gegeben bzw. selbst erstellt hatte, schafften den Aufstieg aus Planungsgruppen und think tanks auf die eigentlichen Entscheidungsebenen nicht. Angesichts dieser Lethargie spricht der britische Politikwissenschaftler Richard Caplan von einem "Vernachlässigungsmuster", das die Kosovo-Politik der Staatengemeinschaft bis ins Jahr 1998 hinein durchzogen habe. Von einem aktiven Versuch zur Lösung des Kosovo-Problems konnte auch einer kosovoalbanischen Stimme aus dem Januar 1998 zufolge keine Rede sein, ist doch "bloße Besorgnis noch kein politisches Konzept". Daß ein solches Konzept in der Tat fehlte, wurde im Folgemonat deutlich, als der Aufbau der jugoslawischen Truppenkonzentration im Kosovo abgeschlossen war. Ein UCK-Hinterhalt am 28. Februar, dem vier serbische Polizisten zum Opfer fielen, bot dann den Anlaß zu einem massiven Einsatz von Armee und Sonderpolizei. Damit war der Rubikon überschritten – der bis zum Juni 1999 anhaltende Kosovo-Krieg begann.

War die Erfahrung diplomatischer Konfliktprävention während des Zerfallsphase Jugoslawiens entmutigend, so ist sie im Falle des Kosovo-Konflikts niederschmetternd: Die frühzeitig unternommenen, wenngleich zaghaften Versuche, eine Eskalation zu verhindern, blieben ebenso erfolglos wie die verspäteten und nur graduell energischeren Bemühungen, während der "heißen Phase" die Eskalationsspirale hinter die Gewaltschwelle zurückzudrehen. Wenn aus dem Kosovo-Krieg eine zentrale Lehre zu ziehen ist, dann diejenige, daß Frühwarnung ohne umgehendes Handeln wirkungslos ist. Ein Intervall von fast zehn Jahren zwischen Alarm und Aktion, wie im Falle Kosovo geschehen, führt bei den Konfliktparteien zu solchen Frontverhärtungen, daß Verhütungsmaßnahmen nicht mehr greifen.

Kurzfassung eines Beitrags mit dem Titel "Chronologie einer gescheiterten Prävention: Vom Konflikt zum Krieg in Kosovo 1989–1999", der demnächst in der Zeitschrift "Osteuropa" erscheint.

Stefan Troebst ist Univ.-Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig.

Mark Boguslawskij, Rolf Knieper (Hrsg.)

Wege zu neuem Recht

Materialien internationaler Konferenzen in Sankt Petersburg und Bremen

deutsche Ausgabe 1998, 349 S., kart., 78,– DM, 569,– ÖS, 71,– SFr, ISBN 3-87061-827-2 russische Ausgabe 1998, 365 S., kart., 78,– DM, 569,– ÖS, 71,– SFr, ISBN 3-87061-828-0

Georg Brunner, Boris Meissner (Hrsg.)

Das Recht der nationalen Minderheiten in Osteuropa

1999, 418 S., kart., 78,– DM, 569,– ÖS, 71,– SFr ISBN 3-87061-832-9

Heike Graf, Manfred Kerner (Hrsg.)

Handbuch Baltikum heute

1998, 516 S., kart., 148,– DM, 1080,– ÖS, 132,– SFr ISBN 3-87061-685-7

Wendelin Ettmayer,

Estland

Der Aufbruch nach Europa 1999, 169 S., kart., 49,- DM, 358,- ÖS, 45,50 SFr ISBN 3-87061-840-X

Helga Schultz (Hrsg.)

Bevölkerungstransfer und Systemwandel

Osteuropäische Grenzen nach dem Zweiten Weltkrieg

1999, 371 S., kart., 75,– DM, 548,-- ÖS, 68,– SFr ISBN 3-87061-807-8

Helga Schultz, Alan Nothnagle (Hrsg.)

Grenze der Hoffnung

Geschichte und Perspektiven der Grenzregion an der Oder

2. Auflage 1999, 289 S., kart., 58,-- DM, 423,-- ÖS, 53,-- SFr ISBN 3-87061-885-X

David Kouba

Die Europäisierung des tschechischen Fernsehrechts

1999, 250 S., kart., 58,– DM, 423,– ÖS, 52,50 SFr ISBN 3-87061-842-6

Marko Brus

Das slowenische Konzernrecht in seiner Herkunft aus dem deutschen Recht der verbundenen Unternehmen

1999, 336 S., kart., 78,– DM, 569,-- ÖS, 71,– SFr ISBN 3-87061-780-2



BERLIN VERLAG Arno Spitz GmbH Pacelliallee 5 • 14195 Berlin • Tel. 030 /84 17 70-0 E-Mail: berlin-verlag.spitz@t-online.de Internet: http://www.berlin-verlag.de

Serbische, kroatische und bosnische Autoren in deutschen Übersetzungen des letzten Jahrzehnts

von Vesna Cidilko, Berlin

ie jugoslawischen Nachfolgekriege haben das Interesse an den südslavischen Literaturen in Deutschland wachsen lassen. Da es im Moment aufgrund von Opportunismus und regimekonformem Verhalten der nationalen Kulturinstitutionen wie auch des größten Teils anerkannter Autoren in Kroatien, Bosnien und Serbien wenig Positives zu berichten gibt, was das geistige und kulturelle Leben anbelangt, fällt umso mehr ins Gewicht, daß es paradoxerweise eine positive Auswirkung der Zerstörung und des Krieges gibt: Die Tatsache, daß in den letzten zehn Jahren unvergleichlich mehr Literatur aus dem ehemaligen Jugoslawien übersetzt worden ist, als in den Jahrzehnten davor. Es ist eine Tatsache, daß die sogenannten "außerliterarischen Faktoren" – d.h. Bedingungen und Umstände, die nicht direkt mit dem literarischen Werk, etwa mit seiner ästhetischen, literarischen Qualität zu tun haben – die Rezeption eines Autors, einer Epoche, einer Literatur viel entscheidender bestimmen als die rein künstlerischen Werte. Diese "nicht-literarischen Faktoren" sind vor allem die sogenannten Mittler zwischen den Sprachen und Kulturen, in der Regel Kenner und Übersetzer der jeweiligen Literatur (wie etwa Karl Dedecius in Deutschland mit seiner "Polnischen Bibliothek"). Nicht minder wichtig sind die Verleger und die Verlage, die sich eines Autors oder einer Literatur annehmen. Vor allem aber zählen hierzu die politischen und historischen Ereignisse, die das Interesse an einer Kultursphäre, an einer Sprache, einem Autor, einer Literatur wecken: Und so hat sich auch in den meisten europäischen Ländern das Kriegsgeschehen in Bosnien und in Kroatien ausgewirkt. Eine ähnliche Entwicklung ist für die Zeitspanne um die Jahrhundertwende und zur Zeit der Balkankriege am Anfang dieses Jahrhunderts zu beobachten. Dennoch ist die in den letzten Jahren verstärkte Rezeption der Literaturen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens nicht allein durch die "politischen Rahmenbedingungen" geprägt. Es scheint sich vielmehr um drei Rezeptionsformen zu handeln, die im folgenden kurz umrissen werden sollen.

1. Danilo Kiš als "etablierter Autor"

Die südslavischen Literaturen, die oft als "kleine Literaturen" apostrophiert werden (vgl. hierzu M. Kundera) gehören zum europäischen Kulturerbe, haben Autoren hervorgebracht, die als solche auch außerhalb ihrer Muttersprache rezipiert und übersetzt werden. Für die Literaturen des ehemaligen Jugoslawiens ist eines der prägnantesten Beispiele Danilo Kiš (1935–1989). Kiš, ein "Homo poeticus" und ein "Homo politicus" in bestem Sinne, begabter Romancier und Essayist, Zeitzeuge, aber auch einer der "großen europäischen Schriftsteller der

Gegenwart ("Der Spiegel"), ist seit den achtziger Jahren auf deutsch zugänglich und inzwischen nahezu vollständig ins Deutsche übersetzt. Die Themenbreite seiner Romane, Essays und Kurzprosa reicht von Holocaust und Stalinismus über ästhetische Fragen der Literatur und Kunst bis hin zu den Schrecken der nationalistischen Verblendung, die in der jüngsten Zeit um sich greift. Kišs Ausführungen hierzu sollte man, so Ilma Rakusa in einer Buchbesprechung in der "Zeit" vom 03.12.1998, "zur Pflichtlektüre machen". Kišs Romane erschienen bereits seit den achtziger Jahren im Carl Hanser Verlag München in deutscher Übersetzung¹ – ein Verlag, der als Vermittler wichtiger südslavischer Autoren gewirkt hat und wirkt. Im Jahre 1990 erschien bei Hanser Die Dachkammer, danach 1994 in der Edition "Akzente" der Essayband Homo poeticus und aus dem Nachlaß des Autors die Kurzprosa Der Heimatlose (1996), wie auch Anatomiestunde (1998). Daneben wurde 1997 eine ganze Nummer des "Rowohlt-Literaturmagazins" Kiš gewidmet; auch die renommierte Zeitschrift "Sinn und Form" brachte einen Essay von László Végel über Kiš. Die Literaturzeitschrift "Schreibheft" machte Kiš 1995 zum Thema einer ihrer Nummern. Die starke Rezeption des Werkes von Danilo Kiš ist seit den achtziger Jahren ein Kontinuum, dank der Fürsorge und Planung eines großen Verlages, des glücklichen Zusammentreffens guter und engagierter Übersetzer (I. Ivanji, I. Rakusa, P. Urban und vor allem in jüngster Zeit K. Wolf-Grießhaber) - und dank der literarischen und künstlerischen Qualität der Texte, die allesamt als Lektüre zu empfehlen sind. Kišs Weitsichtigkeit und seine Kritik am paranoisch sich steigernden Nationalismus sind insbesondere im letzten Jahrzehnt für den Balkan eine wichtige, leider nur von wenigen vernommene Botschaft gewesen. Rezipiert und ins Deutsche übersetzt wurde Kiš jedoch primär wegen seines literarischen Werkes, und erst in zweiter Linie wegen politischer Konnotationen seines Schreibens und seiner Persönlichkeit – von der Thematisierung des Stalinismus in Ein Grabmal für Boris Dawidowitsch abgesehen.

2. Rezeption aufgrund der herausragenden Stellung in der einheimischen Literatur

Milorad Pavić und Aleksandar Tišma

Der Hintergrund der Rezeption des literarischen Werkes der serbischen Romanautoren Milorad Pavić und Aleksandar Tišma hat die anfangs apostrophierten politischen Umstände und Zerfall des jugoslawischen Staates nicht als Anlaß, wird jedoch damit, mit verschiedenen Intentionen, in Verbindung gebracht. Pavić (geb. 1929), von Haus aus Literaturwissenschaftler (Slavist), schreibt

seit den 60er Jahren Poesie und Prosa, und wurde in den 80er Jahren mit seinem Roman *Das Chasarische Wörterbuch* (dt. 1988 im Carl Hanser Verlag München), im Zuge des großen Interesses an den Romanen Umberto Ecos und nicht zuletzt infolge der herrschenden literarischen Mode der Postmoderne international bekannt. Pavić ist ein Vertreter der serbischen Postmoderne, und zwar "in extremis". Er schreibt nach wie vor in dieser Art.

Ein weiterer Roman Pavićs erschien 1995 bei Hanser, Die inwendige Seite des Windes oder Der Roman von Hero und Leander. Er rief empörte Reaktionen hervor: Die in Frankfurt/M. lebende und aus Kroatien stammende Soziologin Dunja Melčić machte Pavić nicht nur seinen Philologenberuf streitig, sondern bezeichnete die Übersetzung ins Deutsche als eine Unverschämtheit und das Buch selbst als "Geschichtsfälschung im Dienste des großserbischen Mythos". Richtig ist: Milorad Pavić hat sich wie seine serbischen Kollegen Brana Crnčević, Momo Kapor oder Dobrica Cosić und seine kroatischen Kollegen Ivan Aralica, Nedjeljko Fabrio u.a. zu einem Nationalisten gewandelt. In dem Roman wuchert jedoch eher die Postmoderne und die Borges'sche Phantastik, als die Verherrlichung des Serbentums und seiner Mythen. Über die literarischen Qualitäten des Werkes ließe sich wegen dieser zugespitzten postmodernistischen Manier durchaus streiten. Die offenbar fehlende literarische Sachkompetenz der Rezensentin führte nicht nur zu einer falschen Interpretation, sondern ging auch an den Gründen vorbei, warum Hanser dieses Buch übersetzen ließ. Der Verlag hatte mit Sicherheit nicht die Intention, den serbischen Nationalismus in Deutschland populär zu machen. Eher ist anzunehmen, daß primär die Stellung Pavićs in der serbischen Literatur und Kritik ausschlaggebend war: Milorad Pavić war eben laut offizieller Literaturkritik "der" serbische Autor, "der" Postmodernist.

Aus genau dem gleichen Grund, seiner führenden Position in der serbischen Literatur, wurde auch Aleksandar Tišma (geb. 1942), seit den ausgehenden 80er Jahren verstärkt übersetzt und ist heute wohl der bekannteste Romancier aus Jugoslawien. Es liegen somit (in der hervorragenden Übertragung von Barbara Antkowiak) alle wichtigen Romane und Erzählungen Tišmas auf deutsch vor: Das Buch Blam, Der Gebrauch des Menschen (dt. 1991), Die Schule der Gottlosigkeit, Der Kapo, Die wir lieben, um nur einige der Buchtitel zu nennen. Aleksandar Tišmas großes Thema ist die Gewalt, das anschauliche Beispiel hierfür der Zweite Weltkrieg und der Holocaust, die Judenverfolgung und die deutschen KZs. Der Autor schildert die Gewalt als sexuelle Gewalt, Mord und Totschlag auch im urbanen Dasein des Nachkriegsjugoslawiens. Schauplätze sind in der Regel die Städte in der Vojvodina, vor allem Novi Sad, wo Tišma lebt. Das Sexuelle ist die zweite große Obsession des Autors, die körperliche Liebe in allen ihren Formen, sehr oft als käufliche Liebe in seine Romanen und Erzählungen manifest.

Mit Multikulturalität und den jüngsten historisch-politischen Ereignissen haben Tišmas Prosa und seine Romane und Erzählungen nichts zu tun – trotz gelegentlicher Behauptungen dieser Art oder manchen Interviews. Der aus der Rezeptionsästhetik wohlbekannte Erwartungshorizont der Rezipienten schafft Unglaubliches und somit ist die (unbegründete) Einbeziehung Tišmas in diesem Kontext ein Produkt der intensiven Rezeption der politischen Geschehnisse auf dem Balkan. Die vor 1990/ 91 nahezu unvorstellbare Präsenz dieser "guten Literatur", um M. Reich-Ranicki zu paraphrasieren, in dessen "Literarischem Quartett" die erste Romanübersetzung wohlwollend besprochen wurde (was sicher auch als "nicht-literarischer Faktor" die Rezeption mitbeeinflußt hat), ist vor allem auf die "außerliterarischen Faktoren" zurückzuführen: großer Verlag, mit entsprechender Präsenzpolitik, Rezension in den Medien, Preisauszeichnungen des Autors im europäischen Ausland, bis hin zur Ordensverleihung seitens Frankreichs – und erst in zweiter Linie auf die literarische Qualität der Romane selbst. Sie war auch zuvor bereits evident.

3. Die Geschichte vom Krieg und der Literatur

Dževad Karahasan

Eine ganze Reihe anderer, in den letzten zehn Jahren entstandenen Übersetzungen der Werke serbischer, kroatischer und bosnischer Autoren haben ihre Entstehung in erster Linie dem Krieg auf dem Balkan zu verdanken. Ein typischer Fall hierfür ist der aus Bosnien stammende Autor Dževad Karahasan (geb. 1953), dessen Essayband Tagebuch der Aussiedlung 1994 mit dem Charles-Veillen-Preis ausgezeichnet wurde. Karahasans Romane und seine essayistische Prosa wären ohne den politischhistorischen Hintergrund, ohne den Krieg in Bosnien dem deutschen Leser kaum dermaßen vollständig und vor allem so schnell bekannt geworden. Eine Auflistung der übersetzten Bücher Karahasans belegt dies deutlich. Seine beiden Romane wurden im Rowohlt Verlag Berlin verlegt: Der östliche Diwan – der die mittelalterliche islamische Philosophie zum Thema hat, diese jedoch in eine Art Kriminalgeschichte kleidet - erschien 1993 auf deutsch. Der Roman Schahrijars Ring spielt in Sarajevo, Istanbul und Uruk und wurde 1997 in einer deutschen Version veröffentlicht. Er soll Ivo Andriés Verdammtem Hof nachempfunden sein. Außer den erwähnten Essays und Romanen liegen auf deutsch vor: Al Muktafa. Drama (1994); Königslegenden. Erzählungen (1996); Formen des Lebens (1998, zusammen mit H. Ganschachter); Das Konzert der Vögel. Mystische Komödie (dt./bosn. 1997). Karahasan wird im Jahre 2000 den Eröffnungsvortrag anläßlich der Preisverleihung beim "Internationalen Literaturfestival Berlin" als "ein bedeutender Schriftsteller" der Gegenwart halten. Auch dies ist ohne Bosnienkrieg kaum vorstellbar.

Bora Ćosić

Zuerst das kroatische und dann das Berliner Exil nach dem Ausbruch des Krieges auf dem Balkan hatten zur Folge, daß der bis 1992 in Belgrad lebende serbische Schriftsteller Bora Ćosić (geb. 1932 in Zagreb) u.a. folgende Bücher auf deutsch vorzuweisen hat. Es handelt sich hierbei um z.T. noch in den sechziger und siebziger Jahren geschriebene bzw. im Original veröffentlichte Romane, wie auch um die im Berliner Exil verfaßten: *Die Rolle meiner Familie in der Weltrevolution* (1994); *Musils Notizbuch. Ein Roman aus Triest* (1994); *Interview am Zürichsee* (1995); *Das barocke Auge* (Essays, 1997); *Bel Tempo* (1998). In der bereits erwähnten Zeitschrift für Literatur "Schreibheft" (49/1994) ist zu lesen, sein Humor erinnere an Hrabal, seine Experimentierlust an Joyce, er biete eine Enzyklopädie der mitteleuropäischen Welt schlechthin. Ćosićs neueste Prosa trägt den Titel *Ein Lebensabend in Berlin*.

34

Stevan Tontić

Auch die ergreifenden, während der Belagerung Sarajevos entstandenen Gedichte des Stevan Tontić (geb. 1946 im westlichen Teil Bosniens) unter dem Titel *Handschrift aus Sarajevo* veröffentlicht 1994 (2. Aufl. 1998), hätten ohne das Berliner Exil des Dichters, ohne den Krieg wohl kaum eine deutsche Ausgabe erlebt. Tontics manchmal unerträglich realistischen lyrischen Bilder und Schilderungen "... berühren durch ihre trockene und unpathetische Art, vor allem aber durch ihre intellektuelle Redlichkeit, die in der Kriegsliteratur Seltenheitswert hat" ("Deutsche Allgemeine Sonntagszeitung"). Und diese Bilder vom Tod und Alltag in der gemarterten Stadt gehören mit Sicherheit zum Besten, was die serbische Lyrik der Gegenwart vorzuweisen hat.

Ivo Andrić und Miroslav Krleža

Eine Wiederentdeckung erlebte der einzige jugoslawische Nobelpreisträger Ivo Andrić (1892–1975), dessen große Romane seit den fünfziger Jahren in deutscher Übersetzung erschienen sind und nach 1990 als eine Art Schlüssel des geschichtlichen, religiösen und ethnischen Hintergrundes der kriegerischen Gewalt in Bosnien gesehen wurden. So wurden seine Romane Wesire und Konsuln und Die Brücke über die Drina wieder gelesen und zitiert, aber auch neue Übersetzungen angefertigt, wie z.B. die Erzählungen im Band Liebe in einer kleinen Stadt. Jüdische Geschichten aus Bosnien (Suhrkamp-TB 1996).

Aus gleichen Gründen wurde Miroslav Krležas 1944 geschriebener Essay *Illyricum sacrum* erstmals aus dem Kroatischen ins Deutsche übersetzt (Wieser Verlag Klagenfurt 1996).

Weitere Autoren

Eine ganze Reihe weiterer Buchtitel liegen seit den letzten Jahren auf deutsch vor: Ursula Rütten (Hrsg.) *Belgrad, mein Belgrad*. Darin porträtieren sechs serbische und nicht-serbische Autoren, unter ihnen B. Novak, A. Ivanji und J. Ćirilov die serbische Hauptstadt. Eine der Autorinnen, Borka Pavićević ist Leiterin eines OFF-Theaters in Belgrad und arbeitet am in den 90er Jahren gegründeten "Zentrum für die kulturelle Dekontamination", das sich gegen die nationalistische und totalitäre Politik in Serbien zur Wehr setzt, primär auf dem Gebiet der Kul-

tur. Svetislav Basara *Der zerbrochene Spiegel* wurde 1994 in der neu gegründeten Reihe "Südslavische Erzähler" beim Kovač Verlag München veröffentlicht. Basara ist einer der Hauptvertreter der Postmoderne in der serbischen Literatur.

Dieser Richtung gehört auch David Albahari (geb. 1948 in Peć/Kosovo) an. Er lebt seit 1994 im kanadischen Exil. Albahari, der in den letzten Romanen das politische und geistige Klima Serbiens unmittelbar vor seinem Weggang ins Exil wie auch das eigene Exildasein in Kanada thematisiert, zählt heute zu den wichtigsten serbischen Romanautoren. Auf deutsch liegt von ihm vor *Beschreibung des Todes* (Wieser Verlag Klagenfurt 1993) wie auch *Tagelanger Schneefall* (Zsolnay Verlag 1997). Albahari ist auch der einzige in den letzten Jahren in Kroatien veröffentlichte Autor der serbischen Literatur (beim Verlag "Arkzin", der aus der Antikriegsbewegung in Kroatien hervorgegangen ist).

Dragan Velikić

Der Klagenfurter Wieser Verlag hat auch einige Romane und Essays des serbischen Romanciers Dragan Velikić (geb. 1953) auf deutsch veröffentlicht: *Die Nordwand* (Roman über die Emigration junger Serben nach Wien) etwa, neben einigen weiteren, die allesamt die Geschenisse der jüngsten Zeit reflektieren: *Via Pula* (1991), *Das Astragan-Fell* (1992), *Stimme aus der Erdspalte. Essays* (1992) und *Der Zeichner des Meridian* (1994).

Eine ganze Reihe von Autoren, bekannte und kaum bekannte, wurden nicht nur ins Deutsche übersetzt, sondern auch mit diversen literarischen Preisen ausgezeichnet. So erhielt der Romancier und Freund Danilo Kišs Mirko Kovač (geb. 1938) für seinen Roman *Kristallgitter*, dessen deutsche Übersetzung kurioserweise noch aussteht, den Herder-Preis 1995, und der in Sarajevo lebende, 1966 im kroatischen Zadar geborene Journalist und Autor von Kurzprosa Miljenko Jergović ebenso 1995 in Osnabrück den Remarque-Preis für sein in Bosnien und Kroatien überaus populäres, die Kriegszeit thematisierendes Buch *Sarajevo Marlboro*, mit einem Vorwort von Claudio Magris (Folio Verlag Wien und Bozen 1996). Beim gleichen Verlag sind 1997 unter dem Titel *Karivani* Jergovićs Erzählungen auf deutsch erschienen.

Vladimir Arsenijević

Auf die Initiative der Übersetzerin Barbara Antkowiak wurde der Roman Vladimir Arsenijevićs *Cloaca maxima*. *Eine Seifenoper* bei Rowohlt Berlin 1996 veröffentlicht. Das Buch des 1965 in Pula geborenen Autors beschreibt Belgrad im Herbst des Jahres 1991: "Sarkastisch und selbstironisch, doch mit unüberhörbarer Verzweiflung beschreibt der junge serbische Autor V. A. die No-future-Stimmung in der Belgrader Szene. Sie ist dem Lebensgefühl von Jugendlichen in anderen Großstädten der Welt verwandt. Doch in der Balkanmetropole (...) hält die Gegenwelt aus Drogen, Musik und Esoterik immer weniger Stand. (...) Es herrscht die 'Paranormalität des Alltags', jenes demoralisierende und schizophrene Leben,

das sich mit dem Wahnsinn der Warlords arrangiert." (aus dem Verlagstext).

Auch im Fall des auf die jüngste Vergangenheit bezugnehmenden Romans *Logiergäste* des aus Sarajevo stammenden Nenad Velikić (erschienen bei Volk und Welt Berlin 1997) sorgte Barbara Antkowiak für die Übersetzung und verhalf zu einer deutschen Veröffentlichung.

Autorinnen: Slavenka Drakulić, Irena Vrkljan und Dubravka Ugrešić

Slavenka Drakulić (geb. 1949), kroatische Feministin und Journalistin, die sich auch als Schriftstellerin einen Namen gemacht hat, und gegenwärtig in Kroatien und im Ausland lebt, ist Autorin des Berliner Aufbau Verlags. Ihr Erzählband *Café Paradies oder die Sehnsucht nach Europa* (1997) ist dem Thema Osteuropa gewidmet. Es sind Reminiszenzen und Reiseberichte aus Sofija, Tirana, Zagreb, Prag, Budapest. Drakulićs Romane haben einen stark autobiographischen Bezug, behandeln auch tabuisierte Inhalte (Inzest etwa) und die konfliktreiche Mutter-Tochter-Beziehung: *Prinzip Sehnsucht* (1989), *Das Liebesopfer* (1997) und *Marmorhaut* (1998).

Die beiden Essaybände My American Fictionary (edition Suhrkamp 1994), Die Kultur der Lüge (ed. Suhrkamp 1995), 1995 von Dubravka Ugrešić (geb. 1949), die sich bereits in den 70er Jahren als Schriftstellerin, aber auch als Literaturwissenschaftlerin einen Namen gemacht hatte, sind als unmittelbare Reaktion auf den Zerfall Jugoslawiens entstanden. Sie sind seltenes Zeugnis Beispiel Meinungsäußerung, aber auch treffende und scharfsinnige Analyse der Geschehnisse und ihrer Ursachen, vornehmlich aus kulturanthropologischer Sicht. Auf deutsch liegen auch Ugrešićs Romane vor: Des Alleinseins müde (1981), Der goldene Finger (1993), und Das Museum der bedingungslosen Kapitulation (1998).

Auf deutsch wie auch in ihrer Muttersprache schreibt und veröffentlicht die in Berlin und Zagreb lebende kroatische Autorin Irena Vrkljan (geb. 1930 in Belgrad), die vor allem die russische Dichterin Marina Cvetaeva zum Thema eigener, stark autobiographischer Prosa gemacht hat. Vrkljan zieht Parallelen zum eigenen Leben und zur Lebensgeschichte Cvetaevas, entdeckt Gemeinsames und Seelenverwandtes. Erschienen sind u.a. beim Droschl Verlag in Wien Schattenberlin. Aufzeichnungen einer Fremden (1990), Das Buch über Dora (1992), der Essayband Vor roter Wand (1994), Marina, im Gegenlicht (1998).

Die Bildung kleinerer privater Verlage in Kroatien und Serbien nach 1990 hat u.a. auch der Übersetzung südslavischer Literaturen ins Deutsche neue Impulse gegeben: So im Falle des Zagreber Verlags "Erazmus naklada", der zweisprachige kroatisch/deutsche Ausgaben kroatischer Autoren herausbringt, wie z.B. das frühe, expressionistische Drama Königlicher Jahrmarkt von dem bereits erwähnten Misroslav Krleža, einem der großen Klassiker der kroatischen Literatur.

Das Thema des Romans *Das Haar der Berenice*. *Familienfuge* von Nedjeljko Fabrio (geb. 1937), Klagenfurt 1992, ist die Geschichte Dalmatiens, seine Schauplätze sind die Städte Split, der Geburtsort des Autors, und Rijeka. Erzählt wird die Geschichte zweier Familien, einer italienischen und einer kroatischen, wodurch das nicht immer einfache, historisch wechselhafte Verhältnis der slavischen zu der italienischen Bevölkerung Dalmatiens veranschaulicht wird. Fabrio zählt gegenwärtig zu den führenden Autoren Kroatiens.

Die Liste der in den letzten Jahren ins Deutsche übertragenen Bücher aus dem ehemaligen Jugoslawien ist erstaunlich lang und heterogen, und die Darstellung soll abgeschlossen werden mit einem zur Lektüre sehr zu empfehlenden Autor, der auf Umwegen (über italienische und französische Übersetzungen) ins Deutsche übertragen worden ist. Es handelt sich um die Essayistik des 1932 in Mostar geborenen kroatischen Intellektuellen Predrag Matvejević, der der marxistischen PRAXIS-Gruppe nahestand und zeitweilig die Korčula-Sommerschule leitete. Mit einem Vorwort von Claudio Magris versehen, liegt sein Buch Der Mediteran (Zürich 1993) auf deutsch vor. Ebenfalls in Zürich ist 1997, als Übersetzung aus dem Französischen, Die Welt "ex" - Bekenntnisse erschienen. Matvejević lebt im Pariser Exil und kandidierte als parteiloser, unabhängiger Kandidat der italienischen Kommunisten für das Europa-Parlament.

Dr. Vesna Cidilko ist Lektorin für Serbisch/Kroatisch am Institut für Slavische Philologie und Balkanologie der FU Berlin.

Eurolinguistik Ein Schritt in die Zukunft

Norbert Reiter (Hrsg.)

Harrassowitz Verlag 1999 (ISBN 3-447-04072-6), 353 Seiten

Garten. Asche (1985), mit einem Nachwort von P. Urban; Enzyklopädie der Toten (1986); Sanduhr (1988); Ein Grabmal für Boris Dawidowitsch (1988); Frühe Leiden. Für Kinder und Empfindsame (1989).

Nationalismus und Demokratie in Kroatien. Skizze einer Bilanz

von Nenad Zakošek, Zagreb

uch Kroatien begeht 1999 das zehnjährige Jubiläum Ades Beginns der demokratischen Transformation. Die kroatischen Ereignisse von 1989 waren weniger spektakulär als der Fall der Berliner Mauer oder die tschechoslowakische "Samtene Revolution" und fanden seinerzeit auch weit weniger Aufmerksamkeit im Westen. Im Frühling und Sommer 1989 wurden die ersten oppositionellen Proto-Parteien gegründet. Im Dezember erklärte sich der herrschende Bund der Kommunisten Kroatiens, nach dem Sieg der Reformer auf seinem Parteitag, bereit, politischen Pluralismus zuzulassen und freie Wahlen abzuhalten. Der Mangel an Interesse bei westlichen Beobachtern für den Beginn der Demokratisierung in Kroatien (ebenso in Slowenien) ist jedoch nicht auf das Fehlen von spektakulären Ereignissen zurückzuführen, sondern darauf, daß die beginnende politische Transformation von den 1989 bereits eskalierten Konflikten zwischen den jugoslawischen Republiken, ausgelöst durch das Regime Slobodan Miloševićs und eine aggressive serbische nationalistische Bewegung, überschattet wurde. Der spätere Verlauf der Konflikte, die bekanntlich in offenem Krieg, "ethnischer Säuberung" und massenhaften Verbrechen in Kroatien und Bosnien-Herzegowina, nun auch im Kosovo, endeten, hat die Prozesse der Demokratisierung noch mehr in den Hintergrund treten lassen. Eine Folge dieser Konstellation war, daß die Ereignisse in der zerfallenden jugoslawischen Föderation und später in ihren Nachfolgestaaten von den meisten externen Betrachtern als weitgehend uniform wahrgenommen und interpretiert wurden: als Exzeß des nationalistischen "Identitätswahns" und Instrumentalisierung des Nationalismus durch kommunistische Eliten, als Ausbruch historisch verwurzelten ethnischen Hasses, der in einem Gewaltrausch endete. Es dauerte einige Zeit bis sich dieses Bild änderte und das postjugoslawische Patchwork differenzierter gesehen wurde. Inzwischen wird vor allem Slowenien aus diesem Kontext herausgelöst und immer öfter als ein Land "auf der Sonnenseite Europas" (so ein slowenischer Tourismus-Slogan) wahrgenommen.

In meinem Aufsatz möchte ich grundsätzlich für einen differenzierenden Blick plädieren, also für eine Betrachtungsweise, die die Eigenart der Entwicklung in jeder der ehemaligen jugoslawischen Republiken trotz des gemeinsamen Rahmens berücksichtigt. Konsequent ist auch die kroatische Bilanz der zehnjährigen Transformation in erster Linie durch die spezifische politische Dynamik der kroatischen Gesellschaft erklärbar. Erst aufgrund der Rekonstruktion der Eigenarten können Parallelen wie Interaktionen der Entwicklungspfade zwischen Kroatien und anderen postjugoslawischen Staaten analysiert werden.

Wie sieht nun eine – hier nur skizzenhaft mögliche – Bilanz der demokratischen Transformation in Kroatien aus?

Kroatischer Nationalismus

Das besondere Merkmal der kroatischen Entwicklung ist, daß in der Parallelität von *state-building* und *democratic transition*, der Mobilisierung des Nationalismus zum Zwecke der Schaffung eines unabhängigen Staates und der Demokratisierung, der erste Prozeß das Primat über den letzteren gewann, der auf das Instrument seiner Verwirklichung reduziert wurde. Dieser Umstand hat Konsequenzen für die Charakteristika des kroatischen Nationalismus ebenso wie für den Verlauf und die Qualität der Demokratisierung.

Die widersprüchliche Koexistenz und Wechselwirkung beider Prozesse hatte in Kroatien einen privilegierten kollektiven Akteur: die HDZ (Hrvatska Demokratska Zajednica, die Kroatische Demokratische Union), die die ersten freien Wahlen 1990 überlegen gewann und seitdem ohne Unterbrechung an der Macht ist. Anders als in allen anderen Gesellschaften Ostmitteleuropas, war es in Kroatien eine Partei und zugleich auch eine Massenbewegung, die die Ideologie und Politik nach 1990 bestimmte. Die Wechselwirkung von Nationalismus und Demokratisierung war durch das politische Programm und die politische Praxis der HDZ geprägt.

Der Nationalismus der HDZ ist keine einheitliche Ideologie, sondern ein Konglomerat unterschiedlicher Ideen, selektiver Traditionsaneignungen und normativer Präferenzen. Er ist vor allem ein Paradigma der Geschichtsdeutung, das die Bildung des kroatischen Staates durch die HDZ als die "Wiedergeburt" des mittelalterlichen kroatischen "Staates" und die Erfüllung eines in der Geschichte vorgegebenen nationalen Telos versteht. Die Bildung des kroatischen Nationalstaates besitzt somit höchste politische Priorität und ist eine durch die nationale geschichtliche Tradition der heutigen Generation aufgegebene Mission. Die kroatische Nation wird hierbei ethnisch definiert, also als eine durch gemeinsame Abstammung quasi natürlich vorgegebene Gemeinschaft.

Durch diese beiden Elemente, die Idee des absoluten Primats der Staatsbildung und den ethnischen Nationsbegriff, besitzt diese dominante Version des kroatischen Nationalismus eine unübersehbare Parallele zur Ideologie der Ustaša-Bewegung und ihres unter dem Schutz der Achsenmächte im 2. Weltkrieg errichteten Staates, auch wenn diese Verwandtschaft offiziell geleugnet wird. Zwei zentrale Hypotheken der gegenwärtigen kroatischen Politik gehen aus diesen Merkmalen der nationalistischen Ideologie hervor: die negative Einstellung gegenüber den Serben, die als ethnischer Fremdkörper in der kroatischen Gesellschaft empfunden werden, und der territoriale Expansionismus auf Kosten Bosniens und Herzegowinas, der zumindest die von Kroaten besiedelten Gebiete (in

der maximalistischen Variante sogar ganz Bosnien und Herzegowina) in Kroatien eingliedern möchte. Andere wichtige Komponenten des kroatischen Nationalismus sind seine Abneigung gegen Liberalismus und Universalismus, die als Produkte der westlichen Dekadenz oder imperialer Ambitionen verstanden werden, und die Idee der auf katholischem Traditionalismus beruhenden "geistig-moralischen Erneuerung" der kroatischen Gesellschaft.

Der kroatische Nationalismus kann jedoch nicht auf die geschilderten Komponenten eines "Identitätswahns" reduziert werden, sondern besitzt einen inneren Widerspruch, aus dem auch viele Ambivalenzen der staatlichen Politik hervorgehen: Der nationalistische "Jargon der Eigentlichkeit" wird mit der Idee einer historisch tradierten Westorientierung Kroatiens kombiniert, aus der eine Offenheit gegenüber den Einflüssen jener sonst verpönten westlichen Ideologien folgt.

Die praktische Politik der HDZ war gerade in kontroversen Kernfragen ambivalent. So hat einerseits der kroatische Staat massenhafte Verletzungen der Rechte der serbischen Minderheit (bis hin zu willkürlichen Morden, Bombenanschlägen und Plünderungen) nicht nur geduldet, sondern auch offen ihre Diskriminierung - z.B. in der Zuerkennung der Staatsbürgerschaft, Wohnungs- und Beschäftigungspolitik – betrieben. Andererseits hat die kroatische Regierung unter westlichem Druck 1991 der serbischen Minderheit sehr weitgehende Sonderrechte zuerkannt, die allerdings in wesentlichen Punkten nicht angewandt wurden. Durch den kroatischen militärischen Sieg 1995 und den anschließenden massenhaften Exodus der Serben aus Kroatien wurde die serbische Minderheit wesentlich dezimiert. Ihr künftiger Status in Kroatien, ebenso wie die Rückkehr der serbischen Flüchtlinge, bleiben eine Herausforderung für den kroatischen Nationalismus und ein Maßstab, an dem der Westen die kroatische Demokratie auch in Zukunft messen wird. In ihrem Verhalten gegenüber Bosnien und Herzegowina verkündete die HDZ-Regierung einerseits die völkerrechtliche Anerkennung, betrieb aber zugleich eine Politik, die die Möglichkeit der Sezession für die bosnischherzegowinischen Kroaten offenhielt.

Solange die HDZ regiert, bleibt der dominante kroatische Nationalismus in dem Widerspruch zwischen rücksichtsloser Durchsetzung seiner ethno-nationalistischen Ziele und dem Wunsch nach europäischer Integration Kroatiens gefangen, ohne diesen lösen zu können.

Defizite der Demokratie

Die Probleme der Demokratisierung in Kroatien hängen wesentlich mit dem Nationalismus der HDZ und ihrer politischen Praxis zusammen. Die Kontinuität der politischen Vorherrschaft der HDZ hatte in Kroatien konsequent die "Tyrannei der Mehrheit" zur Folge: In der Durchsetzung einer historisch legitimierten nationalen "Mission" gibt es kein Platz für Konsensbildung oder Kom-

promisse, weder mit politischer Opposition noch mit nationalen Minderheiten. Statt dessen überwog ein Muster populistischer Mobilisierung. Die Politik der HDZ wurde in hohem Maße personalisiert, die Entscheidungsmacht in den Händen des Parteivorsitzenden und Staatspräsidenten Franjo Tudjman konzentriert. Die neue Verfassungskonstruktion eines semipräsidentialistischen Regimes mit der herausragenden Rolle des Präsidenten und einem marginalisierten Parlament drückte folgerichtig die Präferenzen dieser populistischen Politik aus. In der Praxis beeinträchtigte die hohe Machtkonzentration auch die konstitutionell begründete Gewaltenteilung, so daß sich eine unabhängige Justiz - trotz einzelner Bemühungen – nicht etablieren konnte. Die Dynamik der inneren Fraktionierung der HDZ und der heftigen Flügelkämpfe verstärkte die Notwendigkeit der Arbitrage des übermächtigen Präsidenten. In der Wirtschaft transformierte sich das politische Monopol der HDZ über klientelistische Netzwerke in soziale und ökonomische Macht. Das Primat der Ressourcenakkumulation in einem "politischen Kapitalismus" hat jedoch die wirtschaftliche Entwicklung Kroatiens stark beeinträchtigt und die ausländischen Investoren ferngehalten. In den letzten anderthalb Jahren mehren sich Anzeichen für eine schwere wirtschaftliche Krise als Folge des eingeschlagenen Entwicklungspfades.

Die Macht der HDZ war in Kroatien nicht ohne Gegenkräfte. Es gibt mehrere Oppositionsparteien mittlerer Stärke, die in den Fragen der Achtung der Menschenrechte, der Anerkennung Bosniens und Herzegowinas, dem Bekenntnis zur liberalen Demokratie und der Kritik am klientelistischen Kapitalismus klare Position gegen die HDZ bezogen haben. Die Zivilgesellschaft ist über erste Ansätze hinausgewachsen. Es gibt mindestens einen starken unabhängigen Gewerkschaftsverband und kämpferische Einzelgewerkschaften, es gibt mehrere unabhängige Zeitungen und Rundfunksender, schließlich gibt es mehrere Dutzend engagierte Bürgergruppen, die die Übergriffe der politischen Macht bekämpfen. Alle diese Elemente reichten jedoch bisher zu einem Richtungswechsel in Kroatien nicht aus, teilweise wegen ungünstiger, durch Krieg geprägte Rahmenbedingunen, teilweise wegen mangelhafter Kooperation der oppositionellen Kräfte, die nicht in der Lage waren, eine überzeugende Wahlalternative zu HDZ zu organisieren.

Zusammenfassung

Wägt man die positiven Errungenschaften gegen Defizite des kroatischen Nationalismus und der ersten Dekade der demokratischen Transformation ab, so fällt die Bilanz negativ aus.

Die HDZ kann zwar die Verwirklichung ihres Hauptzieles, die Errichtung und militärische Verteidigung des kroatischen Staates gegen den großserbischen Nationalismus, reklamieren. Es ist allerdings fraglich, ob dieses Resultat der herrschenden Variante des kroatischen Nationalismus gutzuschreiben ist. Es ist durchaus denkbar, daß eine patriotische demokratische Koalition nach slowenischem Vorbild, unter größtmöglicher Einbindung auch der serbischen Minderheit, diese Leistung mindestens genauso erfolgreich erbracht hätte, ohne die negativen Folgen der nationalistischen Mobilisierung. Die negative Seite der Bilanz umfaßt dagegen eine fatale Ethnisierung der Politik und Gesellschaft, Blockade der Demokratisierung, autoritäre Machtausübung durch die HDZ als dem politischen Monopolisten, ernsthafte Beeinträchtigung der Menschenrechte, Distribution wirtschaftlicher Ressourcen durch politische Patronage und Klientelismus, ökonomische Entwicklungsblockade und eine sich verschärfende Wirtschaftskrise.

Angesichts dieser negativen Bilanz und der Häufung von Funktionsschwierigkeiten des HDZ-Regimes in Kroatien zeichnet sich zum ersten Mal seit Beginn der demokratischen Transformation die Chance einer politischen Wende ab: Eine Koalition von größten Oppositionsparteien könnte die HDZ bei den Ende des Jahres anstehenden Wahlen zur ersten Kammer des kroatischen Parlaments besiegen. Damit wäre allerdings nur die allererste Voraussetzung zur Überwindung der negativen Hypothek des kroatischen Nationalismus geschaffen.

Nenad Zakošek ist außerordentlicher Professor an der Fakultät der politischen Wissenschaften der Universität Zagreb/Kroatien.

"Rumäniens vollkommener Geschichtswandel"?¹

Bemerkungen zu neueren Tendenzen in der rumänischen Historiographie

von Dietmar Müller, Berlin

in aus der Entwicklungsländerforschung bekanntes →Phänomen scheint auch in den Ländern der ehemaligen Zweiten Welt Gültigkeit zu besitzen: Je größer der Rückstand in kultureller, wirtschaftlicher oder politischer Hinsicht in einer Gesellschaft zu einer anderen Bezugsgesellschaft ist oder empfunden wird, desto größer ist die Versuchung, diesen durch "große Sprünge" aufzuholen. Mehrere solcher beschleunigter Modernisierungsprozesse können in der rumänischen Geschichte studiert werden: der Versuch, einen Nationalstaat nach französischem Muster nach 1859 aufzubauen, der Versuch nach 1918, eine parlamentarische Demokratie zum Funktionieren zu bringen und das Land zu industrialisieren, der Modernisierungsversuch unter sozialistischen Vorzeichen nach 1947 sowie der Systemwechsel nach 1989. All diese Versuche geschahen unter Bedingungen, die im rumänischen Diskurs mit dem Schlagwort "formă fără fond" (Form ohne Inhalt) beschrieben worden sind. Damit wurde der Umstand charakterisiert, daß die aus der Bezugsgesellschaft importierten Institutionen in einer sozioökonomisch und kulturell anders strukturierten Gesellschaft nur in sehr bedingtem Ausmaß die gewünschten Modernisierungseffekte erzielten. Die verschiedenen Etappen der "formă fără fond"-Debatte lassen sich auf zwei Argumentationspole verdichten: Um sich zu modernisieren, hat Rumänien keine andere Wahl, als Institutionen zu importieren, die mehr oder weniger schnell den "Inhalt" ändern werden. Die dazu extrem entgegengesetzte Position plädiert für die Beibehaltung der "rumänischen Werte", die genügend Potential zu generieren in der Lage seien, alle Modernisierungserfordernisse zu erfüllen.

Diese Debatte ist in ihrem Kern kultureller Natur und findet in der heutigen rumänischen Historiographie ihre Fortsetzung. Die Zunft der rumänischen Historiker läßt sich heute – sicherlich nicht mit völlig ausreichender Trennschärfe – in das Lager der Traditionalisten und das der Reformer scheiden. Dabei sind sowohl in methodischer Hinsicht als auch im Selbstverständnis und, in geringerem Maß, auch in politischer Hinsicht wesentliche Unterschiede zu beobachten. Während die Reformer um eine Rezeption und Anwendung neuerer Ansätze der Geschichtswissenschaft, also um eine Professionalisierung und Internationalisierung der rumänischen Historiographie bemüht sind, beharren die Traditionalisten auf der uneingeschränkten Relevanz einer Nationalgeschichte, die ihren Höhepunkt in der xten "Geschichte der Rumänen von den Anfängen bis in die Gegenwart" findet. In gesellschaftspolitischer Hinsicht ist umstritten, ob die Historiograhie bestimmte "Wahrheiten" als Mythen dekonstruieren darf, oder ob sie nicht vielmehr die Aufgabe hat, diese zu bewahren und weiter an ihnen zu stricken.

Seit Mitte der 90er Jahre² sind in Rumänien einige historische Arbeiten erschienen, die einen scharfen Bruch mit der Vorstellung vollziehen, man könne und solle Geschichte per Geschichtsschreibung rekonstruieren "so wie es gewesen". Insbesondere in den Arbeiten des Bukarester Historikers Lucian Boia³ sowie in den von ihm herausgegebenen Sammelwerken⁴ wird die Scheidung zwischen historischer Realebene und oft interessengeleiteter Diskursebene betont. Dabei geht es nicht darum, wahre Geschichte von unwahren Geschichtsmythen zu unterscheiden, sondern die Indienstnahme historischer Mythen zu verschiedenen Zwecken zu analysieren. Boia versteht historische und politische Mythen als Mittel einer Gesellschaft, die Umweltkomplexität zu reduzieren und die verwirrende Vielfalt der Daten und Fakten um eine

bevorzugte Interpretationsachse zu gruppieren. Somit kommt den Mythen eine wichtige Integrationsfunktion zu, die eine Gesellschaft (bzw. deren Eliten) nach ihren Bedürfnissen und Idealen schafft.5 "Der Geschichtsdiskurs ist seinem Wesen nach einer über die Gegenwart"6 und bestimmt die Entwicklungswege, die eine Gesellschaft in der Zukunft einschlägt, wie Boia weiter ausführt. In seinem 1997 erschienenen Hauptwerk dieses Ansatzes unternimmt Boia den gelungenen Versuch zu analysieren, wie die rumänischen Historiker seit etwa Mitte des 19. Jhs. bis kurz nach der rumänischen "Revolution" von 1989 historische Mythen geschaffen haben und welche politisch motivierten Deutungsänderungen diese im untersuchten Zeitraum erfuhren. Selbst wenn sein Anliegen nicht die Zerstörung der Geschichtsmythen durch eine Gegenüberstellung mit dem Forschungsstand zu bestimmten Teilproblemen zu sein scheint, so geschieht doch eine radikale Dekonstruktion vieler, bisher sakrosankter rumänischer "Wahrheiten".

Die Boia-Schule⁷ hat in zweierlei Hinsicht befreiende und belebende Wirkung auf die rumänische Historiographie: Der "Wahrheitenkanon" der Geschichte ist nun offen für eine gründliche Durchleuchtung, was bei den wissenschaftlichen und studentischen Mitarbeitern Boias einen erfrischenden kritischen und ironischen Geist freigesetzt hat. Als Beispiel dafür möchte ich ein studentisches multidisziplinäres Colloquium der historischen Fakultät der Universität Bukarest anführen, das im Mai 1999 stattfand, und auf dem eine Reihe von lange Zeit heiklen Themen ohne ideologische und ethnische Scheuklappen kompetent und kritisch behandelt wurden. Die ideologische Entrümpelung erlaubt andererseits einen frischen Zugriff auf bisher vernachlässigte oder verzerrt dargestellte Felder der rumänischen Geschichte. Zu den derart dekonstruierten Geschichtsmythen und der Forschung geöffneten Geschichtsfeldern gehört der dako-romanische Ursprungsmythos, wonach die heutigen Rumänen unmittelbare Nachkommen römischer Siedler und dakischer Einwohner sowie das Rumänische eine Fortsetzung des Vulgärlatein seien. Eng damit verknüpft ist der Kontinuitätsmythos, wonach es seit dem dakischen König Burebista bis zum heutigen Tag eine Aufeinanderfolge von rumänischen Staaten auf dem Territorium des antiken Dakien gegeben habe. Einer Dekonstruktion wird weiterhin die rumänische Variante des südosteuropäischen Opfermythos unterzogen, der die eigene, als rückständig empfundene wirtschaftlich und zivilisatorische Lage mit dem "jahrhundertelangen Kampf gegen das Osmanische Reich" erklärt, der den westeuropäischen Staaten erst die Möglichkeit eingeräumt habe, "ihre Kathedralen zu errichten". Damit im Zusammenhang steht der Kult des strengen, oft grausamen, aber gerechten Autokraten, der gegen die adlige Eigensucht und gegen die demokratische Anarchie mit allen Mitteln vorgehen darf, da er ja für die rumänische Einheit einsteht und das kleine Land gegen seine machtlüsternen Nachbarn beschützt. Diese großen, von Boia aufgerissenen und vorstrukturierten

Arbeitsfelder wurden in den von ihm herausgegebenen Sammelbänden durch zahlreiche Detailstudien ergänzt.

Vereinzelt erscheinen nun auch Studien, die die erste Stufe der Boia-Schule, die der bloßen Dekonstruktion der Mythen, hinter sich lassen. Als herausragende Beispiele seien Mirela-Luminița Murgescus Arbeit "Zwischen 'dem guten Christen' und 'dem tapferen Rumänen'. Die Rolle der Grundschulen bei der Konstruktion der rumänischen Nationalidentität (1831–1878)"8 und Sorin Mitus "Die Entwicklung der nationalen Identität der siebenbürgischen Rumänen"9 genannt. In seiner umfangreichen und der Stereotypenforschung verpflichteten Studie gelingt es Mitu, das oft beschworene Nationalgefühl der Rumänen Siebenbürgens mit Inhalt zu füllen, indem er das umfangreiche Quellenmaterial nicht nur nach Antworten auf die Frage, "Wer sind wir?", sondern auch nach Fragen wie, "Wie sind wir?", "Weshalb sind wir, wie wir sind?" sowie "Weshalb sind wir nicht anders, und wer ist schuld daran?" untersucht. Er analysiert also die Bücher, die politischen Schriften und Memoranden, Volkskalender, die private Korrespondenz etc. von siebenbürgisch-rumänischen Intellektuellen zweier Epochen - die der Aufklärung verpflichteten "Siebenbürgischen Schule" und die von der politischen und kulturellen Romantik inspirierten nachmaligen 1848er Revolutionäre – auf ihre Aussagen zu diesen Fragen. Den eindrucksvoll herausgearbeiteten defensiven, polemischen und kämpferischen auf die Perzeption anderer antwortenden Grundzug im rumänischsiebenbürgischen Selbstbild begründet Mitu mit der sehr langen Zeit der politischen Machtlosigkeit und dem daraus resultierenden Frustrationgefühl über den kulturellen und zivilisatorischen Rückstand. Die vielfältigen Autostereotypen hätten je nach politischen Umständen verschiedene Funktionen gehabt: Die negativen sollten die beklagenswerte Lage der Rumänen mit den übelmeinenden Taten der Nachbarn und der "fremden Feinde im Lande" (Ungarn, Siebenbürger Sachsen) begründen und die positiven sollten den nationalen Zusammenhalt der Rumänen konsolidieren. Ebenso ging es um die Legitimierung der eigenen Position als "Volkslehrer" und der geplanten politischen Aktionen. Dieses Buch sagt mehr über die reale Befindlichkeit der rumänischen Intellektuellen in Siebenbürgen Ende des 18. bis Mitte/Ende des 19. Jhs. sowie dessen Folgen für die Entwicklung des rumänischen Nationalgefühls als ganze Regalmeter v.a. in kommunistischer Zeit verfaßter affirmativer Literatur.

Ebenso wie Mitu ist die Historikerin an der Universität Bukarest Mirela-Luminiţa Murgescu an der Konstruktion der rumänischen Nation interessiert. Ihr Zugriff auf dieses Thema geschieht über die Schulbücher und bezieht sich auf die Moldau und die Walachei. Ihre Dissertation ist meines Wissens der erste rumänische Beitrag zu der so wichtigen Schulbuchforschung, der auf dem letzten Stand der Nationalismusdiskussion ist und sich nicht mit dem Nachweis der positiven Rolle der Schulen bei der Nationenbildung begnügt, sondern wiederum nach den damit transportierten Wertvorstellungen, Idealen und Ido-

len fragt. Bis 1864 dominierten in den Schulbüchern noch eindeutig moralische und christliche Werte, die die Schüler zu guten Staatsbürgern formen sollten. Erst in der Amtszeit des in Personalunion zum Fürsten der Moldau und der Walachei gewählten Alexandru Ioan Cuza fand die Vorstellung in den Schulbüchern verstärkten Niederschlag, daß Schule und Erziehung bei der Erzeugung und Verstärkung eines gemeinsamen rumänischen Nationalgefühls eine wichtige Rolle zu spielen haben. Im untersuchten Zeitraum 1831-1878 kann eine stetige Zunahme nationaler Erziehungsinhalte beobachtet werden, allerdings ohne daß es zu einer Säkularisiereung des Schulwesens oder gar zu einem Kulturkampf gekommen wäre. Insbesondere von seiten des an Einfluß verlierenden hohen orthodoxen Klerus wurde die Identität zwischen Orthodoxie und Rumänentum propagiert, mit der Absicht, Juden, Moslems, Katholiken und Lutheraner dauerhaft aus der rumänischen Staatsbürgerschaft auszuschließen. Im Laufe der 70er Jahre beginnt sich das Bild in den Schulbüchern darüber zu klären, wer als "Sohn des Vaterlandes" bzw. "Angehöriger der Mutter Nation" anerkannt werde: "In unserem Vaterland leben 5 Millionen Rumänen. (...) Aber außer den Rumänen leben im freien Rumänien auch viele Fremde wie z.B. Juden, Griechen, Lipowener, Russen, Bulgaren, Deutsche. Rumänien gehört aber ausschließlich den Rumänen und nur sie haben das Recht es zu besitzen (...)."10

Die besprochenen Arbeiten von Boia, Mitu und Murgescu zeigen, daß ein Teil der rumänischen Historiographie in methodologischer Hinsicht sowie in ihrem unvoreingenommenen Zugriff auf heikle Themen Anschluß an international gängige Praktiken gefunden hat. Es wäre jedoch naiv zu glauben, daß diese wenigen "Schwalben" am rumänischen Historikerhimmel bereits den Sommer ausmachen würden. Die Ausstattung der Provinzuniversitäten wie der in Iaşi oder Cluj mit westeuropäischer oder USamerikanischer Literatur ist, anders als im etwas privilegierteren Bukarest, äußerst bescheiden; um so wichtiger ist es einzuschätzen, daß nun innovative Bücher auch im Rumänischen vorliegen. Die Entlohnung im rumänischen Bildungswesen – von der Grundschule bis zur Universität – ist so katastrophal niedrig, daß ein brain-drain gerade aus diesem gesellschaftlich so wichtigen Bereich in lukrativere Tätigkeiten wie Übersetzungen, Werbung, consulting etc. zu beobachten ist, so daß insbesondere im Schulwesen die traditionelle, affirmative Sicht der Nation vorherrscht. Aber auch am anderen Ende der Kulturpyramide, bspw. in der Akademie der Wissenschaften, ist der alte Geist noch dominant: Auf der Auftaktveranstaltung der "Nationalstiftung für Wissenschaft und Kunst" im Mai 1999 wurde von führenden Akademiemitgliedern einseitig die Notwendigkeit nationaler Mythen betont oder gar die ganze, von Boia angestoßene Entmythologisierung der rumänischen Geschichte als generationenspezifische Bilderstürmerei verniedlicht. Hinter diesen Aussagen steht die Befürchtung, eine radikale Dekonstruktion der Nationalmythen würde die Krise der "rumänischen Werte" vertiefen; wobei sich niemand die Mühe macht, diesen Begriff zu definieren – offenbar in den Annahme, dies sei überflüssig, da jeder wisse, was gemeint sei.

Die wenigen "Schwalben" am Historikerhimmel, so wie es sie übrigens auch in der Politologie und in anderen Bereichen gibt, stellen in der gesellschaftlichen Debatte über den Ort Rumäniens in Europa interessante, aber in ihrer Unaufgeregtheit marginale Stimmen dar. Als eher charakteristisch können die 70-80% der rumänischen Bevölkerung gelten, die sich gleichzeitig für einen Beitritt Rumäniens in die NATO und gegen deren konkrete Politik im Kosovo-Konflikt aussprechen. Daraus spricht die ungebrochene Hoffnung auf die "großen Sprünge", die das Land ins irdische Paradies katapultieren werden. Signifikant für die politische Klasse Rumäniens ist auch die Hoffnung, der Kosovo-Konflikt könne Rumänien durch die Hintertür doch schneller in die NATO führen, während man gleichzeitig unreflektiert pro-serbische Positionen vertritt und das Leiden der Kosovaren schlicht unterschlägt. Deutliche Zeichen der Unproffesionalität und des Gefangenseins in nationalstaatlichem Denken konnten auch in der Argumentation der rumänischen Diplomatie ausgemacht werden, als der rumänische Beitrittswunsch in die NATO mit der Sicherung der europäischen Südostgrenze der atlantischen Organisation vor einem tendenziell imperialistischen und instabil demokratischen Rußland durch die stabile Demokratie Rumäniens begründet wurde. Als diese Argumentation nicht verfing, beschwerte sich der Präsident Emil Constantinescu in einer Interviewserie um die Jahreswende 1998/ 1999¹¹ in österreichischen und deutschen Zeitungen über die Vernachlässigung Rumäniens durch Europa und die USA, obwohl sein Land doch so wichtige Vorleistungen wie die Aufnahme gutnachbarlicher Beziehungen zu Ungarn und die Anerkennung der Grenzen mit der Ukraine (Verzicht auf die Bukowina!) gebracht hatte. Daß solche Verträge nicht als Vorleistungen, sondern als Selbstverständlichkeiten gelten, wollte Constantinescu offenbar nicht einleuchten.

Dietmar Müller ist M.A. der Osteuropastudien sowie der Ost- und Südosteuropäischen Geschichte.

¹ Freie Übersetzung eines Buchtitels von Emil Cioran: Schimbarea la față a României, București 1936. Dieses Buch kann als Musterbeispiel für das Verlangen vieler rumänischer Intellektueller nach "großen Sprüngen" gelesen werden.

Als Vorläufer bzw. Wegbereiter der zu beschreibenden neuen Tendenzen in der rumänischen Historiographie kann sicherlich Alexandru Duţu genannt werden, der die Mentalitätsgeschichte in Rumänien seit Ende der 60er Jahre etabliert hat. Die Historikerin Zoe Petre veröffentlichte Mitte der 80er Jahre, allerdings in Französich und somit schwer zugänglich, Aufsätze, die den dakischen Mythos in der rumänischen Historiographie unterminierten. Siehe Zoe Petre: Les Gétes chez Hérodote, in Analele Universităţi Bucureşti. Istorie, 33 (1984), S. 17–23; dies.: Á propos des sources de Jordanes Getica, in: Lucian Boia

- (Hrsg.): Études d'historiographie, Bucarest 1985, S. 39–41 und S. 67–72.
- ³ Lucian Boia: Istorie şi mit în conştiinţa românească, Bucureşti 1997, ders.: Mitologia ştiinţifică a comunismului, Bucureşti 1999, zuerst in französich: Caen 1993.
- ⁴ Lucian Boia (Hrsg.): Mituri istorice româneşti, Bucureşti 1995, ders. (Hrsg.): Miturile comunismului românesc, Bucureşti 1995 u. ders. (Hrsg.): Miturile comunismului românesc II, Bucureşti 1997.
- ⁵ Vgl. Boia, Istorie și mit, S. 8.
- Oers.: Elemente de mitologie istorică românească (secolele XIX–XX), in ders, Mituri istorice româneşti, S. 30.
- ⁷ 1993 wurde an der Geschichtsfakultät der Universität Bukarest unter der Leitung von Lucian Boia das "Centru de istorie a

- imaginarului", ein Studienkreis, der sich mit Stereotypen-, Autostereotypen und historischen Mythen beschäftigt, gegründet. Gut die Hälfte der von Boia herausgegebenen Sammelbände bestehen aus studentischen Beiträgen.
- Mirela-Luminiţa Murgescu: Între "bunul creştin" şi "bravul romăn". Rolul şcolii primare în construirea identităţii naţionale româneşti (1831–1878), Iaşi 1999.
- 9 Sorin Mitu: Geneza identității nationale la românii ardeleni, București 1997.
- ¹⁰ Învățătorul copiilor, 1875, zitiert nach Murgescu, Între "bunul creştin", S. 161f.
- Vgl. die Wiener Zeitung "Die Presse" am 23. November 1998 sowie die "Frankfurter Rundschau" am 6. Februar und den "Tagesspiegel" am 8. Februar 1999.

Politische Eliten und parlamentarische Demokratie in Rumänien – ein Oxymoron

von Peter Ulrich Weiß, Potsdam

Die Ursachen für die derzeitige umfassende Gesellschaftskrise in Rumänien sind in großem Maß hausgemacht. Einen wesentlichen Anteil daran haben die neuen politischen Eliten und ihr (Fehl-) Verhalten. Sie verkennen oder mißachten ihre herausragende Bedeutung für den Erfolg der ökonomischen und sozio-politischen Neugestaltung in einem traditionellen Agrarland, in dem alle vorangegangenen Modernisierungsschübe unter der Führung einer urbanen politischen Elite "von oben nach unten" realisiert wurden.

Die entstandene Situation soll im folgenden nicht nur kurz beschrieben, sondern auch durch konkrete Beispiele illustriert werden.

Das Vielparteiensystem

Der Prozeß der Auflösung der organisatorisch-ideologischen Strukturen der Ceausescu-Diktatur hatte zwei grundsätzliche Folgen für die neu entstandene Parteienlandschaft:

- 1. eine quantitative Parteienexplosion,
- 2. eine ideologische Identitätskrise.

Ein exzessives Vielparteiensystem und ein formaler politischer Pluralismus bestimmten das Niveau der neuen Ordnung. Die große Anzahl der Parteibildungen war ein Phänomen der ersten nachrevolutionären Stunde und wurde durch das viel kritisierte Wahlgesetz vom März 1990 eher bestätigt als gefördert. Diese Entwicklung, trotz Klausel-Einführung und verschärfter Gründungsbestimmungen, hat sich in den folgenden Jahren nur geringfügig verändert. An den ersten Wahlen 1990 nahmen 80, den zweiten 1992 144 und den letzten 1996 noch 48 Parteien teil. Aus den Wahlergebnissen kann man erkennen, daß mit sinkender Zahl der parlamentarischen Parteien und

Bündnisse eine ausgeglichenere Sitz- und damit Machtverteilung stattgefunden hat (1990: von 27 Fraktionen hatten 9 mehr als 1%, 1992: von 20 hatten 7 Fraktionen mehr als 3%, 1996: von 21 Fraktionen hatten 6 mehr als 3%). Während 1990 die "alte Einheitspartei von einer Hegemonialpartei" (A.U. Gabanyi) abgelöst wurde, erzwang erst 1992 die fehlende absolute Mehrheit der KP-Nachfolgepartei Demokratische Front der Nationalen Rettung FDSN (später Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens PDSR) die Bildung einer Koalition und damit die Praktizierung parlamentarischer Demokratie. Der eigentliche politisch-ideologische Paradigmenwechsel fand aber erst durch die Novemberwahlen 1996 statt, als die Demokratische Konvention Rumäniens CDR im Bündnis mit anderen Parteien gegen die regierende PDSR die Parlamentsmehrheit erringen konnte. Damit wurde eine Tradition seit dem Ersten Weltkrieg gebrochen, wonach bei den Wahlen immer die Regierungspartei als Sieger hervorging (die einzige Ausnahme im Dezember 1937 blieb mit der Errichtung der Königsdiktatur Carols II. wirkungslos).

Diese scheinbare parlamentarische Demokratisierung und generelle Verdichtung auf sechs politische Parteien und Bündnisse blieb in der Realität nur relativ. Allein die CDR setzte sich 1996 aus sechs Parteien und Organisationen zusammen (1992 waren es 19). Der zweite Partner, die Sozialdemokratische Union USD, aus der Demokratischen Partei PD und der Sozialdemokratischen Partei PSDR bestehend, und der verbündete Ungarnverband UDMR ließen die Regierungskoalition des neuen Premiers Ciorbea auf neun politische Formationen anwachsen. Die Vorgängerregierung Văcăroiu setzte sich dagegen aus dem losen Zusammenschluß von vier Parteien zusammen. Ciorbea verteilte die 25 Minister- und Staatssekretärposten auf sechs Parteien, Văcăroiu nur auf zwei,

wobei er eine große Anzahl "unabhängiger" Minister benannte. Die Parteienausdünnung im Parlament ging mit einer Verdichtung im Regierungskabinett einher.

Programmatische Leere, fehlende Profile

Die erste Phase der Wiedererrichtung der Demokratie wurde dominiert von einer ideologischen "Desintoxination" und einem politisch determinierten Merkantilismus der Parteien. Auf der einen Seite gab es die erklärte Intention, regieren zu wollen, auf der anderen verzichtete man auf theoretisch-doktrinäre Ausrichtungen. Die Parteiprogramme waren ein Konglomerat aus Populismus, konfuser Theorie, heterogenen und sogar widersprüchlichen Werten und Prinzipien, angereichert mit gegensätzlichen Aussagen über zentrale und sektorielle Politik. Durch eine erklärte Angst vor Extremen entstand ein ideologischer Stau im Zentrum – fast alle Parteien definierten sich als solche der Mitte.

Nach den ersten Maiwahlen 1990 änderte sich das Bild nicht wesentlich. Die Struktur des politischen Systems ergab sich nicht aus Doktrinen, Programmen oder Ideologien, sondern aus der Beziehung der Parteien zur Regierung(steilnahme), also nur der Achse Macht – Opposition. Charakteristisch für Parteiprogramme blieb, daß sie in ersten Linie an den vermeintlichen, momentanen Wünschen der Wähler und nicht an Parteileitsätzen ausgerichtet waren, so daß sie in der Folge fast identisch waren. Ein Vergleich der Programme der im Parlament vertretenen Parteien zeigte bis 1996 folgende gemeinsame Punkte: Wandel zur Marktwirtschaft, politische Demokratie, Integration in Europa und in die NATO, Stimulierung westlicher Investoren, Kampf gegen Korruption, Aufbau einer neuen Administration, Kredite und Subventionen für die Bauern, Steuerermäßigungen für Unternehmer, Indexierung der Gehälter für die Arbeiter, Arbeitsplätze und Baukredite für die Jugend, Pensionen und Unterstützungen für Frauen, Alte und Kranke.

In der Gesellschaft haben diese Programme jedoch weder eine große praktisch-politische Bedeutung, noch übt ihre theoretische (In-) Kohärenz einen großen Einfluß auf die Optionen der Wählerschaft aus. Eine erklärte Identität einer Partei ist für den Wähler kaum ein Argument, denn sowohl der Wahlkampf als auch die Strukturen einer Partei sind in Rumänien auf einzelne Persönlichkeiten bzw. Führer ausgerichtet. Hieraus erklärt sich auch die vielbesprochene "Führungsmanie" mit der zusammengehenden "Spaltkrankheit" - Faktoren, die politische Instabilität nach sich ziehen. Die inner- und zwischenparteilichen Entscheidungen hängen stark von den interpersonellen Beziehungen der Parteichefs ab. Beispiele dafür sind die Spaltung der regierenden Front der Nationalen Rettung FSN 1991, der Austritt der Nationalliberalen Partei PNL aus der CDR 1992, die Auflösung der Regierungskoalition unter Premier Văcăroiu 1996, der Sturz seines Nachfolgers Victor Ciorbeas 1998.

Aber nicht nur Parteien haben Schwierigkeiten, ihre Zugehörigkeit zu formulieren und sich ein politisches Profil zu geben, auch in Regierungskabinetten können die politischen Bindungen unklar bleiben, besonders wenn ihnen viele sogenannte Parteilose angehören. Die Premiers Stolojan und Văcăroiu (beide waren im ehemaligen KP-Mittelbau) galten in ihrer Amtszeit von 1991-1996 als politisch unabhängig, obwohl sie im wesentlichen von der Gunst der PDSR abhingen. Im Sommer 1994 "entlarvte" man zwei unabhängige Minister als Mitglieder der nationalistischen Rumänenpartei PUNR. 1996 rangen sich erst kurz vor den Parlamentswahlen wichtige, langjährige Funktionträger ihr Zugehörigkeitsbekenntnis ab und traten einer Partei bei: Außenminister Meleşcanu und Premier Văcăroiu der PDSR, der Bukarester Bürgermeister Ciorbea und der Präsident der CDR, Constantinescu der Christlich-Demokratischen Bauernpartei.

Machtverhalten und Wahlmandat

Rumänische Abgeordnete betrachten sich selten als Vertreter eines Wählerauftrages oder einer bestimmten Doktrin, sondern höchstens einer Partei als Organisation. So stellen anvertraute Wahlmandate kein Problem für häufige Partei- oder Koalitionstrennungen bzw. -überläufe dar. Im Juni 1998 trafen sich in aller Öffentlichkeit die Delegationen der PD, zweitstärkster Koalitionspartner in der Regierung, und der PDSR, derzeitige stärkste Oppositionspartei, um die Bildung eines "zukünftigen sozialdemokratischen Pols" zu erörtern. Tage später stimmte die PD zusammen mit anderen Oppositionsparteien (gegen den Willen der Regierung) für ein Gesetz, das die Rückgabe von Staatsbetrieben an ihre ursprünglichen Eigentümer verhindert. Ein anderes Beispiel gibt der Minister für Jugend und Sport, Crin Antonescu. Er war bis 1993 Abgeordneter der Bürgerallianzpartei PAC, bevor er als Gründungsmitglied in den Vorstand der Liberalenpartei PL'93 wechselte, um sich 1994 zum unabhängigen Abgeordneten zu erklären, 1995 die neue Liberalenformation PLD zu gründen und dann 1998 als Minister der Fraktion der Nationalliberalen Partei PNL in die Regierung von Premier Radu Vasile einzutreten.

Zur Durchsetzung persönlicher oder überparteilicher Ambitionen werden politische Druckmittel (öffentliche Drohungen, Rücktrittsforderungen oder -erklärungen etc.) inflationär eingesetzt. Dabei wird deutlich, daß es in Rumänien kaum verbindliche Regeln politischer Kultur gibt und provozierte Staatskrisen von den politischen Akteuren in Kauf genommen werden. Der Machthunger und Geltungsanspruch einzelner macht die politische Bühne zur "Spielwiese" persönlicher Interessen. Dabei stellt sich heraus, daß es keine übergreifende parlamentarische oder gesellschaftliche Moralinstanz (Zivilgesellschaft) gibt, die eine gewisse Kontrolle ausüben bzw. Grenzen setzen kann. So konnten politische Odysseen und "Verirrungen" wie die des bekannten Geschäftsmanns und Senators der PNL, Viorel Cataramă, stattfinden. 1991 war

dieser zunächst Mitglied der Parteiabsplitterung PNL-AT, dann trat er in die Führung der neu gegründeten Liberalenpartei NPL ein und wurde nach der Fusion mit der PLN im April 1993 deren Vizepräsident. Schon im September trat er wegen innerparteilicher Klagen zurück, eine Handlung, die er jedoch kurz danach wieder rückgängig machte, um dann im Oktober 1995 seine Demission einzureichen und sie wenig später erneut zu annullieren. Ende 1995 kündigte er an, nicht für die Novemberwahlen 1996 zu kandidieren. Dennoch war er nach einer kurzen "Bedenkpause" auf der Wahlliste der PNL nominiert. Im April 1998, nachdem die Parteileitung für das neue Kabinett von Radu Vasile D. Dăianu den Vorzug für den Posten des Transportministers gegeben hatte, gab Cataramă in der Presse den Rücktritt von seinen Parteiämtern bekannt.

Die monatelange Regierungsblockade im Frühjahr 1998, initiiert vom Koalitionspartner PD, war dezidiert gegen die Person und den Führungsstil des damaligen Premiers Victor Ciorbea und nicht gegen die Regierungspolitik oder gegen Ciorbeas Partei, die PNTCD, gerichtet. Der äußere Stein des Anstoßes, das Haushaltsbudget, wurde nach seinem Sturz fast unverändert, aber mit sechsmonatiger Verspätung verabschiedet. Die Staatsanwaltschaft gab im Juni 1998 bekannt, daß "Stapel" von Prozeßakten gegen hohe und höchste Repräsentanten wegen Beleidigungen, Verleumdungen, Unterminierung der Wirtschaft u.a. vorlägen, darunter gegen: R. Berceanu (Industrie- und Kommerzminister der PD), I. Iliescu (ehemaliger Staatspräsident und Vorsitzender der PDSR), A. Nästase (Vizepräsident des Parlaments, PDSR-Mitglied), P. Roman (PD-Vorsitzender und Senatspräsident), T. Băsescu (Transportminister der PD), C. V. Tudor (Vorsitzende der Partei Großrumäniens PMR).

Wenn man die Häufigkeit parteiinterner und -externer Konflikte, Spaltungen und Regierungsumbildungen bedenkt, wird man wiederum über das "Beharrungsvermögen" und die machtbewußte Kontinuität einiger Politikerkarrieren erstaunt sein. Traian Băsescu (PD) war bzw. ist bereits unter vier verschiedenen Regierungen an der Spitze des Transportministeriums, wobei dieser Umstand angesichts einiger Skandale nicht unbedingt auf eine erfolgreiche Politik zurückzuführen ist. Er löste im Frühjahr 1998 die Regierungskrise und damit den Sturz Ciorbeas aus. Victor Babiuc war unter Premier Roman als Justizminister, unter Stolojan als Innenminister und unter Ciorbea und Vasile als Verteidigungsminister tätig.

Das Regierungsdefizit

Die Zeit der "Ära Iliescu" (1989–1996) war von einem beständigen Kampf um die Vergabe oder Bewahrung des sozialistischen Erbes charakterisiert. Ein Kampf, der schließlich zugunsten der alten Administration, die die Kontrolle über die Hauptressourcen der Macht und ihre Verteilung beibehalten konnte, entschieden wurde. Die

falimentäre sozialistische Industrieproduktion wurde unter gewaltigen Verlusten aufrechterhalten. Die drastische, kontinuierliche Verschlechterung des Lebensniveaus der Bevölkerung ist in erster Linie aber nicht auf die Folgen der ökonomischen Umstrukturierung, sondern auf die jahrelang verweigerten Erneuerungen zurückzuführen, die schließlich zu einem enormen Reformstau führten.

Spätestens ab 1991 wurde schon deutlich, daß die vielversprechend klingenden Wechsel, Modifikationen, Maßnahmen und Reformansätze der Regierung nur Oberflächenaktionismus darstellten. Sowohl die Regierungen Roman und Stolojan als auch Văcăroiu, die lauthals die Last des kommunistischen Erbes beklagten, verbrauchten kostbare Zeit mit "Umstrukturierungen", Verwaltungsreformen oder legislativen Änderungen und Zusätzen. Allein zwischen 1990-1994 wurden das Industrie-, Transport-, Gesundheits-, Arbeits- und Sozialministerium jeweils dreimal, das Landwirtschafts- und Ernährungsministerium zweimal re- oder umorganisiert. Zusätzlich wird die Regierungsarbeit durch eine "feudale Mentalität" beeinträchtigt. Die Minister verfügen über volle Souveränität und unterstehen kaum einer Kontrolle. Auch die bisherigen sechs Regierungs- und häufigen Ministerwechsel bremsen nachhaltig das Funktionieren der Institutionen (allein Premier Văcăroiu änderte dreimal sein Kabinett). Das Haushaltsbudget für 1998 konnte infolge der Regierungskrise erst am 26. Mai 1998 verabschiedet werden. Viele Jahresprojekte, Reformmaßnahmen und Institutionen waren gar nicht erst angelaufen bzw. gestoppt oder arbeitsunfähig gemacht worden. Die Folge ist ein seit 1990 anhaltendes Regierungsdefizit im Sinn von wirkungsloser oder sogar fehlender Tätigkeit. So verwundert es nicht, wenn in den jährlich ermittelten Meinungsbarometern die befragten Rumänen konstant die Arbeit der Institutionen Armee und Kirche mit über 90% als sehr gut bzw. gut, die der Regierung und des Parlaments dagegen mit etwa 70% als schlecht bzw. sehr schlecht einschätzen.

Fazit

Den politischen Eliten in Rumänien ist es nach 1989 nicht gelungen, ihren Zustand der Spaltung und Konsensunfähigkeit zu überwinden. Eine sichtbar vorherrschende Perspektive der Modernisierung, der Institutionen (Funktionieren stabilitätssichernder Institutionen) und auf der Ebene des Bewußtseins, ausgedrückt in einem demokratieangepaßten Verhaltenskodex der politischen Akteure, ist kaum erkennbar. Statt dessen hat sich eine oligarche Führungsschicht etabliert, die den Prozeß der begonnenen Demokratisierung auf der formalen Ebene erstarren und so den neuen Parlamentarismus und seine Institutionen in der Bevölkerung unpopulär werden läßt. Der bereits begonnene Vertrauensentzug wiegt nach der sogenannten "Zweiten Wende" im November 1996 besonders schwer. Man kann die politische Gegenwart mit der der italienischen Nachkriegszeit vergleichen oder behaupten,

sie knüpfe etwa dort an, wo sie 1938 aufgehört hat, gewiß ist: Wenn sich die politischen Eliten weiterhin als unfähig oder desinteressiert erweisen sollten, sich in eine konsensuelle Führungskraft des Landes zu verwandeln, weiterhin in der Öffentlichkeit nach den Regeln der Konfrontation handeln und ihre Rolle als ein Spiel ohne Kosten betrachten, wird sich Rumänien nicht mehr mit Mitteln der Demokratie aus dem Circulus vitiosus von po-

litischer Instabilität und wirtschaftlicher Armut befreien können

Der vorliegende Beitrag entstand aus Auszügen eines zeithistorischen Projektes, das im Rahmen eines DAAD-Forschungsstipendium in Bukarest 1997/98 durchgeführt wurde

Peter Ulrich Weiß ist Magistrand im Fach Geschichte an der Universität Potsdam.

Das neue Eigentumsverständnis in Ungarn nach dem Systemwechsel

von Kinga Hiller, Berlin

Thema dieses Beitrages ist die Entwicklung des Eigentumsverständnisses des Ungarischen Verfassungsgerichts (UngVerfG) seit dem Systemwechsel. Zunächst werden die verfassungsrechtlichen Grundlagen der neuen ungarischen Eigentumsordnung und die Ergebnisse der Privatisierung als deren tatsächliche Umsetzung und zugleich Voraussetzung skizziert (1). Danach folgt die Definition der zwei Eigentumsbegriffe, auf die nach Ansicht der Verfasserin das Eigentumsverständnis zurückgeführt werden kann (2). Anschließend wird die verfassungsgerichtliche Rechtsprechung im Hinblick auf die beschriebenen Merkmale dieser Eigentumsbegriffe dargestellt und ausgewertet (3) sowie zusammenfassend bewertet (4).

1. Verfassungsrechtliche Grundlagen der ungarischen Eigentumsordnung

Der (eigentums-)rechtliche Systemwechsel in Ungarn kann auf den 23. Oktober 1989 datiert werden. An diesem Tag wurde die Verfassung der Volksrepublik Ungarn grundlegend geändert. Die neue Republik Ungarn wurde als demokratischer Rechtsstaat konstituiert (§ 2 UngVerf), die Wirtschaft Ungarns zur Marktwirtschaft und öffentliches und privates Eigentum für gleichberechtigt erklärt (§ 9 UngVerf) und den Bürgern das Grundrecht auf Eigentum garantiert:

- § 13. UngVerf (1) Die ungarische Republik gewährleistet das Recht auf Eigentum.
- (2) Das Eigentum darf nur ausnahmsweise und im öffentlichen Interesse in den im Gesetz geregelten Fällen und auf gesetzlich geregelte Weise und bei voller, bedingungsloser und sofortiger Entschädigung enteignet werden.

Auch das Privatrecht zur Regelung der Wirtschaftstätigkeit der Bürger und privaten Unternehmen untereinander wurde – orientiert am Gemeinschaftsrecht der Europäischen Union¹ – im Sinne einer Privateigentumsordnung reformiert bzw. neu geschaffen. In einer Privateigentumsordnung sind die "Regeln, die Zugang und Kontrolle über die materiellen Ressourcen bestimmen, organisiert um die Idee, daß Ressourcen im wesentlichen separate Güter sind, welche jeweils einem Individuum zugeordnet sind und diesem daher gehören, in dem Sinne, daß seine Entscheidung über das Gut gegenüber der Gesellschaft abschließend gilt."2 Neben der rechtlichen Gestaltung ist eine weitere Voraussetzung für eine Privateigentumsordnung, daß die Individuen (Bürger und juristische Personen) überhaupt die Möglichkeit haben, Güter (Eigentum) zu erlangen. Damit ist eine weitere unausgesprochene Forderung der EU und der kreditgebenden internationalen Organisationen angesprochen: Die Umverteilung des sozialistischen Volkseigentums auf die Bürger, d.h. die Privatisierung.³ Nach zehn – für viele ungarischen Bürger sehr harten – Jahren der Umstrukturierung des ungarischen Gemeinwesens, ist die Privatisierung des Staatseigentums weitgehend abgeschlossen. Nur noch einige Anteilspakete an wenigen Großbetrieben stehen zur Privatisierung an. Über 80% des Bruttoinlandsprodukts4 (BIP) werden durch die Privatwirtschaft erwirtschaftet.⁵ Auch die Struktur der ungarischen Wirtschaft gibt das Bild eines modernen und zukunftsfähigen Dienstleistungsstaates ab: Im Jahre 1997 wurden nur noch 7% des BIP durch den Agrarsektor erwirtschaftet (mit 6% der Beschäftigten), 27,5% durch die zum Teil hochmoderne Industrie, 4,9% durch den Bau- und 60,6% durch den Dienstleistungssektor.⁶ Die insgesamt positive wirtschaftliche Entwicklung kann wesentlich auf die seit dem Systemwechsel durchgehend als stabil bewertete politische und rechtliche Lage - insbesondere die Klärung der Eigentumsverhältnisse und der Schutz des Privateigentums – zurückgeführt werden, die sowohl für ausländische als auch für inländische Investitionsentscheidungen von großer Bedeutung ist.7

2. Naturrechtlich – liberaler und sozialstaatlicher Eigentumsbegriff

Politisch-philosophisch können – grob polarisiert – in einer Privateigentumsordnung (nicht in einem sozialistischen Staat) zwei Eigentumsbegriffe einander gegenübergestellt werden. Nach naturrechtlich – liberalem Eigentumsverständnis ist das Eigentum ein "vorstaatliches" Recht, welches von der Gesetzgeberin⁸ bereits vorgefunden wird und diese bindet: Die Eigentümerrechte sind "an sich" unbeschränkt und werden herkömmlich zusammengefaßt als das Recht zum Besitz (mit der Möglichkeit, andere davon auszuschließen), das Recht zur Nutzung und das Recht zur Verfügung. Das Recht, über die Sache oder das Recht nach eigenem Willen zu verfügen, wird als grundlegend für die persönliche Freiheit bezeichnet.⁹ In den Schutzbereich der Eigentumsgarantie fallen nur (Besitz-, Nutzungs- und Verfügungs-)Rechte an Eigentumsgegenständen und vermögenswerte Rechte, die im privatwirtschaftlichen Rechtsverkehr entstanden sind. Bei der Regelung des Gemeinwesens darf die Gesetzgeberin diese Rechte der Eigentümerin¹⁰ nicht verletzen. Dies soll dadurch garantiert werden, daß ein Verfassungsgericht die Gesetze überprüft und gegebenenfalls aufhebt.

Demgegenüber ist das Privateigentum nach dem sozialstaatlichen Eigentumsbegriff nicht "über" dem Gemeinwesen stehend zu verstehen, sondern zusammen mit seiner Funktion für die Lebensgestaltung der Eigentümerin und mit den Auswirkungen der Ausübung von Besitz, Nutzung und Verfügung auf die Gemeinschaft. Aus diesem Sozialbezug des Eigentums begründet sich die Kompetenz der Gesetzgeberin, die Eigentümerrechte zu regeln. Die Sozialbindung des Eigentums und die soziale Verpflichtung der Eigentümerin wird daher mit der sog. Legaltheorie verbunden, wonach die Gesetzgeberin das Privateigentum überhaupt erst schafft, so daß Inhalt und Umfang allein durch das Gesetz definiert werden. Durch Gesetz können auch ohne weiteres Besitz-, Nutzungsoder Verfügungsrechte der Eigentümerin entzogen oder geschmälert werden, weil das Eigentum keinen absoluten Inhalt hat, sondern schon begrifflich nur soweit existiert, als es die Gesetzgeberin vorsieht.11 Die verfassungsgerichtliche Prüfung darf sich nur auf die formale Rechtmäßigkeit eines Gesetzes beziehen.

Diese Vorstellungen können eingebettet werden in die grundsätzliche Diskussion zum Verhältnis von Demokratie und Rechtsstaat, die besonders in den USA geführt wird, 12 dort unter den Begriffspaaren republicanism oder communitarianism gegenüber liberalism oder auch democracy gegenüber constitutionalism. Unter constitutionalism/liberalism wird die Verankerung von individuellen Grundrechten verstanden, die von der Gesetzgeberin nicht übergangen oder relativiert werden dürfen. Dagegen wird eingewandt, daß dadurch das Demokratieprinzip verletzt wird, weil diese Beschränkung der Gesetzgeberin den mehrheitlichen Willen des Volkes mißachtet. 13 Damit hängt auch die Frage zusammen, ob, und wenn ja, wie weit die Kontrolle der Gesetz-

geberin durch ein Verfassungsgericht und dessen Verfassungsinterpretation gehen darf. Sogar das konkrete Prüfungsschema bei der verfassungsgerichtlichen Grundrechtsprüfung wird durch das jeweilige politisch-philosophische (Eigentums-)Verständnis beeinflußt.¹⁴

3. Das Eigentumsverständnis des Ungarischen Verfassungsgerichts

In den ersten zwei Jahren nach dem Systemwechsel definierte das UngVerfG den Inhalt des Eigentums entsprechend dem liberalen Eigentumsbegriff, wonach die Eigentümerberechtigungen sich nach dem Zivilrecht bestimmen. Nach einem Rechtsvergleich mit der Verfassungsrechtsprechung ausländischer Gerichte zum Eigentumsschutz bezog das UngVerfG im Jahre 1992 auch sonstige – allerdings noch nur dingliche – vermögenswerte Rechte ein, die nach dem Zivilrecht nicht Eigentum sind. 15 Zentral war bis 1993 der Begriff der Marktwirtschaft, der etwa nach dem Idealbild einer klassischen liberalen Wirtschaft des 19. Jahrhunderts verstanden wurde. Über den Begriff der Marktwirtschaft wurde die Notwendigkeit der Schaffung und Stärkung des Privateigentums begründet. In der Entscheidung ABH 59/1991¹⁶ stellte das UngVerfG grundsätzlich fest, daß die Marktwirtschaft entscheidend auf dem Privateigentum gründe und für die Privilegierung staatlichen Eigentums im Wirtschaftsleben nach der Verfassungsreform kein Grund mehr bestehe. 17 Der – nach Ansicht des Verfassungsrichters Sólyom in dieser Zeit geradezu übertriebene Schutz des Privateigentums ist angesichts der großen Aufgabe, wieder eine Privateigentumsordnung einzurichten und auch abzusichern, nachvollziehbar.

Im Jahre 1993 vollzog das UngVerfG einen grundlegenden Wandel in seiner Eigentumsrechtsprechung. Zunächst definierte es das Prinzip der Marktwirtschaft als ein Staatsziel, welches von den Grundrechten zu trennen sei und betonte, daß die Verfassungsmäßigkeit einer Eigentumsbeschränkung nicht davon abhinge, ob sie dem Aufbau der Marktwirtschaft diene. Die Ungarische Verfassung sei wirtschaftspolitisch neutral. In seinem bis heute gültigen Grundsatzurteil ABH 64/1993 begründete das UngVerfG dann in ausdrücklicher Abkehr von seiner bisherigen Rechtsprechung ein neues Eigentumsverständnis.

"Der Umfang des verfassungsmäßigen Eigentumsschutzes entspricht nicht dem Schutz des 'abstrakten zivilrechtlichen Eigentums'; insbesondere sind weder die Teilbefugnisse Besitz, Nutzung, Verfügung (…) prinzipiell verfassungsrechtlich geschützt. (a) (…) Statt dessen bestimmt sich der Schutzbereich jeweils konkret abhängig vom Eigentümer, vom Eigentumsgegenstand, von dessen Funktion und auch von der Art der Einschränkung. (b) (…) Der Schutzbereich der Eigentumsgarantie bestimmt sich nach den Gesetzen. (c) (…) Zwar gewährt die Verfassung den grundrechtlichen Schutz des Eigentums als der traditionellen materiellen Grundlage der individuellen Handlungsfreiheit. Der verfassungsmäßige Schutz muß jedoch

dem Wandel der gesellschaftlichen Rolle des Eigentums folgen. Die persönliche Handlungsfreiheit wird heute durch an die Stelle des Eigentums getretene Vermögensrechte – auch sozialversicherungsrechtliche Ansprüche – gesichert, daher erstreckt sich die Eigentumsgarantie auch auf solche Positionen. (d) Neben dieser Erweiterung des Schutzbereiches stehen weitgehende Beschränkungen der Handlungsfreiheit durch die Sozialbindung des Eigentums. (e) (...) In einer demokratischen Gesellschaft ist es selbstverständlich, daß das Wohl der Allgemeinheit in den das Eigentum betreffenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen sehr unterschiedlich beurteilt wird (f)."¹⁹

46

Wandel zu einem sozialstaatlich-liberalen Eigentumsbegriff

Das UngVerfG übernimmt damit auf den ersten Blick ganz den sozialstaatlichen Eigentumsbegriff: Es verweigert dem Privateigentum den absoluten Schutz (a), und erklärt statt dessen das Recht der Gesetzgeberin, den Inhalt des Eigentums zu bestimmen (c). Leitbild für die Auslegung des Schutzbereiches der Eigentumsgarantie gegen Maßnahmen der öffentlichen Gewalt ist nicht das Zivilrecht, sondern die Funktion des Eigentums, so daß auch solche Rechtspositionen zu Eigentum erklärt (und daher verfassungsrechtlich geschützt) werden, welche ihrer Funktion nach materielle Sicherheit bieten (d).20 Auch erklärt das UngVerfG entgegen dem Wortlaut der Verfassung die Sozialbindung des Eigentums (e).²¹ Im Zusammenhang mit der verfassungsgerichtlichen Beurteilung der gesetzgeberischen Maßnahmen gesteht es der Gesetzgeberin als Volksvertreterin auch den Vorrang bei der Definition dessen zu, was das Wohl der Allgemeinheit sei (f).

Jedweder Absolutheit des Eigentumsinhalts und insoweit naturrechtlicher "Vorstaatlichkeit" ist damit eine Absage erteilt. Wird durch diese Entwicklung das Eigentum als Freiheitsrecht im Sinne des liberalen Eigentumsbegriffs faktisch aufgegeben? Gibt es keine Schranke für die Gesetzgeberin, die diese nicht überschreiten darf? Oder bleiben daneben Merkmale des liberalen Eigentumsbegriffs übrig?

Das UngVerfG betont wiederholt, daß das Recht auf Eigentum nach § 13 Abs. 1 UngVerfG nicht das Recht der Eigentümerin, unbeschränkt zu verfügen, beinhalte; nur der Wesensgehalt des Rechts auf Eigentum²² sei unbeschränkbar.²³ Das Verfügungsrecht (ebenso wie das Besitz- und das Nutzungsrecht) sei eine Teilberechtigung der Eigentümerin und beinhalte die Entscheidungsfreiheit über das Recht auf Eigentum. Jedoch sei die Beschränkung der Verfügungsbefugnis nur dann eine Verletzung des Wesensgehaltes des Rechts auf Eigentum und nur dann verfassungswidrig, wenn die Schwere der Beschränkung angesichts des angestrebten Zweckes unverhältnismäßig ist.²⁴ Damit nimmt das UngVerfG einen Grundsatz auf, der auch eine politisch-philosophische Aussage hat: Der Eigentumsschutz ist immer konkret (b).

Praktisch bedeutet dies: Ist das verfolgte Ziel sehr wichtig für die Allgemeinheit, kann das Eigentum auch stark beschränkt werden. Auch die Wesensgehaltsgarantie führt also nicht zu einem absolut geltenden "Wesenskern" des jeweiligen Privateigentums. Deswegen ist sie aber nicht relativiert: Vielmehr erlaubt die im Namen der Wesensgehaltsgarantie durch das UngVerfG vorzunehmende Überprüfung des Einzelfalles – nach der Auslegung des UngVerfG selber - die konkrete Kontrolle der Gesetzgeberin. Damit hat das UngVerfG ein liberales – und politisch sehr wirksames - Merkmal seinem sonst eher sozialstaatlichen Eigentumsverständnis hinzugefügt. Auch wenn das UngVerfG nebenbei erklärt, daß auch sozialversicherungsrechtliche Ansprüche Eigentum seien (d) und daher den Schutz gegenüber staatlichen Eingriffen genössen, nimmt es sich heraus, an Stelle der Gesetzgeberin das Eigentum zu definieren.

4. Zusammenfassende Bewertung

Im Ergebnis hat das UngVerfG im "Zeitraffer" einen Wandel in seinem Eigentumsverständnis vollzogen vom naturrechtlich-liberalen zu einem "gemischt sozialstaatlichliberalen Eigentumsbegriff". Die klassische Funktion des Eigentums als Freiheitsrecht ist in Ungarn nicht aufgegeben, sondern nur "verschoben": Die Gesetzgeberin kann zwar in verstärktem Maße die klassischen Eigentümerrechte, insbesondere das Grundstückseigentum, zum Wohl der Allgemeinheit beschränken, andererseits "schafft" das UngVerfG durch die Einbeziehung bestimmter sozialer Ansprüche der Bürger gegenüber dem Staat in den Schutzbereich der Eigentumsgarantie auch neue Eigentümer. Für eine Überhöhung des Verfügungsrechts als Ausdruck des individuellen Willens und damit der persönlichen Freiheit bleibt bei dieser Rechtsprechung aber kein Raum. Vielmehr geht es um die soziale Sicherung der Bürger.

Diese Rechtsprechung birgt Gefahren, die von den Liberalen gerne beschworen werden und auch nicht unterschätzt werden sollten: Denn der sozialstaatliche Eigentumsbegriff beruht zwar auf der Organisationsidee der Zuordnung der Güter zu den Individuen. Hier kann die Gesetzgeberin allerdings theoretisch den Sozialbezug so stark bewerten, daß die grundsätzliche Zuordnung zu den Individuen nur noch formal besteht. Faktisch wäre damit eine Kollektiveigentumsordnung (wie im Sozialismus) etabliert. In einem Staat, in welchem der sozialstaatliche Eigentumsbegriff das Eigentumsverständnis prägt, muß die Gesetzgeberin nach Ansicht der Verfasserin daher sehr genau darauf achten, diese Schwelle nicht zu überschreiten, sie muß sich gewissermaßen selber einem legislative self-restraint unterwerfen. Für Ungarn gilt: Wo die Gesetzgeberin es an dieser Zurückhaltung fehlen läßt, kann und wird das UngVerfG aufgrund seiner weitgehenden Kompetenzen seine Kontrollfunktion wahrnehmen. Deshalb, und aufgrund der inzwischen festen Einbindung Ungarns in die Werteordnung der Europäischen Union nach dem Modell westlicher Verfassungsstaaten, bietet

das Eigentumsverständnis des UngVerfG nach gute Voraussetzungen für die auch weiterhin positive Entwicklung der ungarischen Gesellschaft und ihrer Wirtschaft.

Assessorin Kinga Hiller ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arbeitsbereich Recht und Wirtschaft des Osteuropa-Instituts der FU Berlin.

- Das Gemeinschaftsrecht der EG wurde schon seit 1988 für die Wirtschaftsgesetzgebung zum Maßstab genommen. Mit dem Beitritt zur EU ist die Übernahme des gesamten Rechtsbestandes der EU – acquis communautaire – verbunden. Bis dahin befleißigt sich Ungarn der Rechtsangleichung, um die Voraussetzung für den Beitritt zu schaffen, vgl. Hiller, Kinga: Rechtsangleichung und EU-Assoziierung in Ungarn, in: Wirtschaft und Recht in Osteuropa (WiRO) (1997) 8, S. 281ff.
- Waldron, Jeremy: What is private property?, in: Oxford Journal of Legal Studies (1985) 3, S. 313ff., hier 327.
- ³ Zwar lautet Art. 295 EG-Vertrag (i.d. Fassung des am 1.5.1999 in Kraft getretenen Amsterdamer Vertrages): "Dieser Vertrag läßt die Eigentumsordnung in den verschiedenen Mitgliedsstaaten unberührt." Jedoch wird Art. 86 (ehemals 90) EG-Vertrag zunehmend (wirtschafts-)politisch zwingend ausgelegt, wie die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes und nunmehr des Energiemarktes zeigen. Damit einher geht ein faktischer Privatisierungszwang, der zu einer Verbreiterung des privaten Sektors führt und nach der Einschätzung der Verfasserin im Sinne einer klaren Entscheidung für eine Privateigentumsordnung auch führen soll.
- ⁴ Wachstum im Jahre 1998: 5,1%.
- ⁵ F.A.Z. vom 25.5.1999, S. 26.
- ⁶ Wachstumsträger im Jahre 1998 waren Industrie und Bau, F.A.Z.-Länderanalyse Ungarn (Januar 1999), S. 6.
- ⁷ Zur Rolle des Eigentums im Systemwechsel vgl. Roggemann, Herwig: Funktionswandel des Eigentums in Ost und West – vergleichende Anmerkungen zur postsozialistischen Transformation in Ost- und Westeuropa, in: Recht in Ost und West (1997) 6, S. 189–194 und ROW (1997) 7, S. 225–236.
- ⁸ Da in den meisten Parlamenten inzwischen auch weibliche Abgeordnete sitzen, erlaubt sich die Verfasserin, der deutschen Sprache dieses Wort hinzuzufügen.
- Dies beruht auf der historischen Funktion des neuen bürgerlichen Eigentums des 19. Jahrhunderts gegenüber dem feudalen Polizeistaat: Es schuf materielle Unabhängigkeit und diente deswegen der Sicherung der anderen politischen Freiheitsrechte, vgl. Kukorelli István (Hrsg.): Alkotmánytan (Verfassungslehre), 4. Aufl., Budapest (Osiris) 1998, S. 171.
- ¹⁰ Der Eigentümer ist selbstverständlich stets mitgemeint.
- Ggf. sorgen andere verfassungsrechtlich verankerte Rechtsstaatsprinzipien, wie der allgemeine Gleichheitssatz und der Vertrauensschutz dafür, daß die Eigentümerin nicht rechtlos dasteht.
- Aber auch in Ungarn, vgl. nur Pokol Béla: Aktivista alapjogász vagy parlamenti törvénybarát? A magyar alkotmánybírás-kodásról (Aktiver Grundrechtsjurist oder parlamentarischer Gesetzesfreund? Zur Rechtsprechung des ungarischen Verfassungsgerichts), in: Társadalmi Szemle (1992) 5, S. 67ff.; Kende Péter: Erős, republikánus állam nélkül ki fogja egyben tartani a magyar társadalmat? (Wer wird ohne einen starken republikanischen Staat die Einheit der ungarischen Gesellschaft bewahren?), in: Mozgó Világ (1997) 7, S. 3ff.

- Vgl. stellvertretend für diese Diskussion Dworkin, Ronald: Constitutionalism and Democracy, in: Symposium: Law and Morality 3, European Journal of Philosophy (1995) 1, S. 2–11.
- Siehe hierzu das Dissertationsprojekt der Verfasserin "Eigentums-verständnis und Eigentumsgarantie in Ungarn. Der verfassungsrechtliche Eigentumsschutz in Ungarn unter vergleichender Berücksichtigung der USA und Deutschland, (voraussichtlich) Berlin 2000.
- Urteil des UngVerfG = ABH 17/1992 (III.30. "Operatives Recht"), in: Ungarischer Anzeiger = MK 1992 Nr. 32. Gemeint war das vom Operativen Recht übriggebliebene Nießbrauchsrecht an in Staatseigentum befindlichem Grund und Boden.
- ¹⁶ ABH 59/1991 (XI. 19., "Diskriminierungsverbot"), in: MK 1991, Nr. 142.
- Dem stand die verfassungsgerichtliche Absage an eine Reprivatisierung nicht entgegen: Die Rückgabe zu Unrecht enteigneten Eigentums an die Alteigentümer erfolgt nicht aufgrund einer staatlichen Verpflichtung aus der verfassungsrechtlichen Eigentumsgarantie (weil diese zum Enteignungszeitpunkt noch nicht existierte) sondern wenn aus dem rechtsstaatlichen Wiedergutmachungsgedanken. Auch daraus ergibt sich jedoch übrigens sowohl nach der ungarischen als auch nach der deutschen Verfassungsrechtsprechung per se keine Pflicht der Gesetzgeberin.
- ¹⁸ Siehe ABH 33/1993 (V. 28. "Marktwirtschaft 1"); ABH 21/ 1994 (IV.16. "Marktwirtschaft 2"), in: MK 1994, Nr. 40; ABH 35/1994 (VI. 24. "Bodengesetz"), in: MK 1994, Nr. 68.
- ABH 64/1993 (XII. 22. "Grundsatzurteil"), in: MK 1993, Nr. 184, eigene Übersetzung der Verfasserin. Vollständig in deutscher Übersetzung bei Brunner, Georg/Sólyom, László: Verfassungsgerichtsbarkeit in Ungarn. Analysen und Entscheidungssammlung 1990–993, Baden-Baden 1995, S. 539 ff.
- Das sind heute für viele Menschen nicht das Wohnungs- oder Grundstückseigentum, sondern z.B. Rentenansprüche.
- Die Sozialbindung wurde in den folgenden Jahren in die Entwürfe für eine neue ungarische Verfassung mit aufgenommen. Die Arbeiten an der neuen Verfassung sind allerdings inzwischen aus politischen Gründen niedergelegt worden.
- Welches neben dem Verfügungsrecht weitere Eigentümerberechtigungen umfaßt, die ggf. "übrigbleiben".
- § 8 Abs. 2 UngVerfG normiert die allgemeine, auch für die Eigentumsgarantie geltende Wesensgehaltsgarantie: "In der Ungarischen Republik statuiert das Gesetz die die Grundrechte und pflichten betreffenden Regelungen; darin darf jedoch der wesentliche Gehalt eines Grundrechts nicht beschränkt werden."
- ²⁴ ABH 41/1995 (VI.17. "Winzergemeinschaften"), in: MK, Nr. 51 unter Verweis auf ABH 18/1992 (IV.30.).

Die Verfassungen Mittel- und Osteuropas

Einführung und Verfassungstexte mit Übersichten und Schaubilder

Herwig Roggemann (Hrsg.)

BERLIN VERLAG Amo Spitz GmbH ISBN 3-87061-557-5, 1999, 1129 S., 148,- DM

The Role of "Myths" in History and Development in Albania

Bericht von der internationalen Tagung an der School of Slavonic and East European Studies in London, 11.–13. Juni 1999

von Stephanie Schwandner-Sievers, London

om 11. bis zum 13. Juni fand an der School of Slavonic and East European Studies eine Tagung über "The Role of Myths in History and Development in Albania" statt. Sie begann zufällig zeitgleich mit dem Einmarsch der ersten UN-Truppen in das Kosovo. Die Funktion, Bildung und Instrumentalisierung von Mythen in Albanien im historischen und sozialpolitischen Kontext zu betrachten, erwies sich damit als zeitpolitisch hochaktuell. Die gewaltlegitimierende Wirkung der Kosovomythen im sich gegenseitig ausschließenden Territorialanspruch (die mittelalterliche Schlacht auf dem Amselfeld für die serbische Seite und der "Gegenmythos" der Urabstammung von illyrisch-dardanischen Siedlern auf albanischer Seite) wird der internationalen Gemeinschaft derzeit täglich mit dem Bekanntwerden gewalttätiger Übergriffe im Kosovo der letzten Monate vor Augen geführt.

Mit der Unterstützung zum Aufbau eines funktionierenden Bildungssystems im Kosovo wird sich bald die Frage stellen, wie Geschichte weiterhin unterrichtet werden soll, und dies könnte direkte Auswirkungen auf den Geschichtsunterricht in Albanien haben. Wird es nötig sein, wie vordem gemeinschaftsstiftende Mythen, wie sie Noel Malcolm in einem großen Bogen als albanische "Schlüsselmythen" (von Illyrianismus über Skanderbeg bis zu heutigen Freund- und Feindbildern) identifizierte, im Unterricht zu reproduzieren, um kompensatorischen Nationalstolz zu schaffen, Verteidigungsbereitschaft mobilisieren und ideologische Gleichschaltungsprozesse vorbereiten zu lassen? Ideologiegeborener Zwang zur Konformität wird z.B. der UČK angelastet, die bereits in der frühen Krise vor Ausbruch von Kriegshandlungen interethnische Kommunikationsträger als "Verräter" umgebracht haben soll. Ein Tagungsvortrag von Denisa Kostovicova näherte sich kritisch ähnlichen Ideologiebildungsprozessen im Kosovo, indem sie die fortschreitende ethnische Segregation in den Schulen des Kosovo in den frühen neunziger Jahren analysierte. James Pettifer betrachtete dagegen eher vorsichtig und hypothetisch die "Ursprungsmythen der UČK". Kimeta Bytyci, die Führerkulte unter Kosovaren für Schattenregierungspersönlichkeiten der LDK-Partei anhand von neu entstandenen Heldenliedern darstellen wollte, mußte sich mit schweren Vorwürfen aus Reihen kosovarischer Tagungsbesucher auseinandersetzen. Die Aktualität warf ihre ideologischen Schatten und forderte umsomehr die empirische Grundlage als Legitimation für die vorgetragenen Thesen ein.

Mythos und differenziertes Geschichtsbild – ein Widerspruch?

Auch in Albanien reproduziert das gültige, 1996 herausgegebene Geschichtsbuch für die Mittelstufe noch aus totalitärkommunistischer Zeit bekannte martialistische und heroistische Rhetorik. Freund- und Feindbilder, Heroen und Verräter tragen jedoch mittlerweile oft umgekehrte Vorzeichen (der vormalige Staatspräsident Sali Berisha wird am Buchende glorifiziert – der Herausgabetermin des Buches fiel offensichtlich gerade vor die Zeit seiner politischen Entmachtung). Daher lag die Londoner Tagung besonders Vertretern der kritischen albanischen kulturellen Eliten am Herzen, die für ein differenzierteres Geschichtsbild in der albanischen Gesellschaft plädieren – ohne jedoch unbedingt auf liebgewonnene oder bedeutsame Selbstbilder verzichten zu wollen oder zu können.

So zeigten z.B. Debatten in den Diskussionen über den Mythos "Die Religion des Albaners ist das Albanertum" (Arben Puto), der mit empirischen Feldforschungsergebnissen (Gilles de Rapper, Ger Duijzings) oder Archivforschungen (Nathalie Clayer) über Identitätskonstruktionen entlang neuer (post-"atheistischer") Glaubensabgrenzungen konfrontiert wurden, Empfindsamkeiten einer albanischen Generation auf, die als urbane Elite die kommunistische Moderne u.a. damit erfuhr, daß sie durchweg von gemischtkonfessionellen Eltern abstammen. Fatos Lubonja mahnte gezielt die sozialpsychologische Komponente fortgesetzter Mythenreferenz in Albanien an: Das Trauma der Transition und ihres wiederholten Scheiterns in Albanien, die persönlichen Erfahrungen von Armut oder Minderwertigkeit (z.B. in Migrationssituationen) führten vielfach zum Bedürfnis, wenigstens die Vergangenheit zu glorifizieren, um dadurch Anrecht auf eine bessere Zukunft zu gewinnen.

Viele der "westlichen" Referenten unternahmen es akribisch, Geschichtsbilder zurechtzurücken (Bernd Fischer z.B. zum in der Zwischenkriegszeit, in der Auseinandersetzung mit den Italienern entstandenen und von Enver Hoxha bewußt initiierten überhöhten Selbstbild militärischer Effizienz; Elias Skoulidas zum Albanerbild in der griechischen Presse des frühen 19. Jhs; Roderick Bailey zum Einfluß der *Special Operation Executives* auf die albanischen Machtverhältnisse der Nachkriegszeit; Alex Standish zur Geschichtsklitterung kommunistischer Zeit, als Mehmet Shehu aus den Geschichtsbüchern langsam zugunsten Enver Hoxhas verdrängt wurde, der dessen Rolle als "Befreier Tiranas" im Partisanenkampf ein-

nahm). Einige der albanischen Gäste verlegten sich auf eher komplexe Analysen der historischen und gesellschaftlichen Gründe für die fortgesetzte Bedeutung von Mythen des romantischen 19. Jahrhunderts in der albanischen Gesellschaft. Isa Blumi z.B. setzte Mythenbildung, Konfessions- und Bildungsfragen in Zusammenhang mit der Einbindung Albaniens in globale Machtkonstellationen (Konstantinopel, Wien, Vatikan...) zu osmanischer Zeit. Piro Misha betonte den späten und defensiven Charakter der albanischen Nationalbewegung bei gleichzeitigem Mangel an effektiven Kommunikationsstrukturen, und setzte diese Gründe in Zusammenhang mit fragmentaristischem Lokalismus und Xenophobie in Albanien.

"Ehre kann tödlich sein" – Mythos, Ideologie und Wirklichkeit

Der Mythos des nordalbanischen Gewohnheitsrechts "kanun des Lek Dukagjin" war mehrfach Zielobjekt allgemeiner Dekonstruktion, obwohl Mark Tirta vom Institut für Volkskultur in Tirana die gemeinschaftsstiftende Bedeutung von in lokale Rituale übersetzten Mythen des kanun betonte. Sowohl er als auch Antonia Young oder Susan Prittchet Post – letztere beide setzten sich mit den Wirkungen patriarchaler Mythen in Geschlechterverhältnissen auseinander, die auf kanun-Traditionen zurückgeführt werden können - mußten sich mit Vorwürfen akademischer Mythenbildung und des Orientalismus auseinandersetzen. So wurde einerseits eingefordert, daß die Analysen zeitlich und räumlich nachvollziehbar eingeordnet werden müßten, da ja gerade die ahistorische Zeit charakteristisch für Mythen selbst sei (Malcolm). Andererseits verdeutlichten diese Debatten erneut den inneralbanischen Graben zwischen ruralen Wirklichkeiten und Wunschvorstellungen der urbanen albanischen Elite. Die Vorträge von Robert Pichler und Mark Clark setzten dazu den Kontrapunkt. Die Debatten über den kanun wurden in den nationalideologischen Kontext kommunistischer Zeit einbezogen, als die rückständige Region aufgrund des Isolationismus als Hort des ursprünglichen "reinen Rassencharakters" der albanischen Nation definiert werden konnte, und Ethnologie wie Archäologie der Aufgabe, die Abstammungskontinuität zu beweisen, untergeordnet wurden. Diese Weltbilder wurden auch in literarischen Werken verfestigt, wie Galia Valchinovas Analyse über Ismail Kadares Einfluß auf die Ideologiebildung, in der die Albaner als älter und authentischer als die antiken Hellenen erscheinen, verdeutlicht. Die offizielle Ideologie umfaßte gleichzeitig, daß patriarchale Traditionen unabhängig von tatsächlichen Gegebenheiten in der kommunistischen Moderne überwunden seien.

Die Kluft zwischen ideologischem Idealbild und differenzierten Wirklichkeiten scheint weniger notwendiges Charakteristikum eines Mythos, als Ergebnis seiner politischen Instrumentalisierung zu sein. Artan Fuga zeigte anhand der mythischen Legende von der Burg Rozafa, die das balkantypische Bauopfer beinhaltet, daß gesellschaftliche Krisen in mythischer Form thematisiert werden:

Derjenige Bruder, der sein gegebenes Wort hält, verliert seine Frau (das Bauopfer). Ehre kann tödlich sein, und ist daher nicht immer ratsam. *Kanun*-Ideologie und kommunistische Folkloreforschung dagegen preisen *besa* (Treue, Loyalität, Ehre) als Bestandteil des albanischen indigenen Volkscharakters. Fuga problematisierte auch deutlich das Definitionsproblem "Mythos" – das er nach politischen und archetypischen Mythen unterschieden sehen will. Dieses ontologische Problem bleibt trotz der durch George Schöpflin eingangs vorgestellten Definition ("myth is a particular set of ideas with a moral content told as a narrative by a community about itself") noch zu lösen. Denkbar wäre, daß vergleichbare archetypische Strukturen auch aus modernen, politischen Mythen gefiltert werden könnten.

Transformation: hin zu einer mythenfreien Gesellschaft?

Die Untersuchung der Rolle von identitätsstiftenden Mythen im albanischen Transitionsprozess zeigte, wie aktuell und politisch eingebettet Mythen weiterhin sind. Annie Lafontaine stellte gegensätzliche Identitätskonstruktionen und ideologische Anpassungsstrategien kosovarischer und albanischer Albaner in der amerikanischen Diaspora dar. Mariella Pandolfi, Nicola Mai, und Eno Njela untersuchten wechselseitige Mythen (Albaner, "Westler") im Spannungsfeld der Entwicklungszusammenarbeit. Dem Orientalismus und kolonialistischen Attitüden westlicher Politiker oder Projektarbeiter wurden teils idealistische oder transformierte albanische Vorstellungen von Demokratie, Marktwirtschaft, Zivilgesellschaft und Staatssouveränität entgegengesetzt, die im Zusammenhang mit den Erfahrungen der letzten Jahre gesehen werden müssen. Arianit Koči rückte am Beispiel der albanischen Polizei und des Zolls Vorwürfe der Korruption in den internationalen Kontext, und entlarvte den Mythos der Korruption neben der tatsächlich stattfinden Korruption. Fabian Schmidt schließlich untersuchte die Rolle von Verschwörungstheorien in der albanischen Politik der Transitionszeit, in der Mythen sowohl der Verschleierungstaktik für politische Fehlleistungen, als auch als Anzeiger politischer Gruppenzugehörigkeit dienen, unabhängig von allerseits bekannten Wahrheiten. Eindrucksvolles Beispiel hierfür sind die gegensätzlichen Interpretationen des Mordes an Azem Hajdari, der von der einen Seite (PD) als politischer Märtyrer, von der anderen (PS) dagegen als Racheopfer in kriminellen Auseinandersetzungen um Waffenschmuggel gesehen wird.

Die Tagung räumte auch mit Illusionen auf, daß es jemals eine Entwicklung zu einer mythenfreien Gesellschaft geben könne. Mythen haben ihre eigene Rationalität. Sie können auf eine breite Resonanz bauen, wenn sie Gruppenbildungsprozesse unterstützen, die im politischen und emotionalen Kontext gewollt werden. Die Veranstalterin (und Berichterstatterin) betonte daher im Abschlußvortrag, daß Mythen nur dann gefährlich werden, wenn sie

politisch monopolisiert oder totalisiert werden. In einer pluralistischen Gesellschaft, in der unterschiedliche Informationen - sowohl Mythen, verschiedene Geschichtsinterpretationen, als auch Informationen über Mechanismen politischer Prozesse – konkurrieren und dem Einzelnen als Referenzmittel zur Auswahl stehen, scheint diese Gefahr gering. In Albanien haben eine Reihe von Subgruppen seit der Transitionszeit ihre eigenen Mythen (wieder)erfunden, ohne daß bisher Institutionen und Verfahren als rationalisiert verstanden und ihnen vertraut werden könnte. Lokale Machtpolitik in Albanien monopolisiert heute einerseits neue/alte Mythen in einer Vielzahl geschlossener Kontexte, andererseits gewinnt die homogene (nationalistische) Ideologie mit den Krisen wieder an Bedeutung. In den Alltagsstrategien der Albaner spiegelt sich jedoch die Erkenntnis des Gegensatzes von ideologischen Fassaden und differenzierten Realitäten. Die Tagung, die auf eine Idee Piro Mishas zurückgeht, hat hoffentlich dazu beigetragen, Ideologiepolitik in Albanien transparenter und alternative zeitgeschichtliche Interpretationen von Gegenwart und Geschichte allgemein zugänglich zu machen. Die geschilderten Beiträge sollen sowohl (in Auswahl) in einem akademischen Band bei Hurst (Hg.: Schwandner-Sievers, Schöpflin, Fischer, Misha) möglichst noch 1999 erscheinen, auf albanisch wie vorgetragen im Rahmen der Reihe *Perpjekja* (Hg.: Lubonja), und in Kürze im Internet unter der web site der School of Slavonic and East European Studies: http://www.ssees.ac.uk/.

Stephanie Schwandner-Sievers leitet seit 1997 als "Nash Fellow" das Albanian Studies Programme der School of Slavonic and East European Studies der Universität London (http://www.ssees.ac.uk/albstud).

Potentials of (Dis-)Order – Former Yugoslavia and Caucasus in Comparison

Bericht von der Konferenz in Berlin, 11.–13. Juni 1999

von Christoph Moeskes, Berlin

Abchasien, Bosnien, Karabach. Es ist nicht nur das Kosovo allein. Seit der Auflösung der sozialistischen Staatenwelt haben insgesamt neun Kriege dazu geführt, daß das ehemalige Jugoslawien und der Kaukasus als notorisch unsicher und instabil gelten. Ein Vergleich drängt sich automatisch auf. Beide Regionen sind gekennzeichnet von einer komplexen ethnischen Geographie, einer imperialen Vergangenheit und von verspäteter nationalstaalicher Formierung. Um so erstaunlicher, daß vergleichende Zugänge bislang fehlten. Auf Initiative des Osteuropa-Instituts wurde dieser Versuch nun zum ersten Mal unternommen.

Vom 11.–13. Juni 1999 luden das Osteuropa-Institut und das Ethnologische Institut der FU Berlin 26 Experten aus acht Ländern ein, sich auf eine interdisziplinäre Erkundung nach dauerhafter politischer Ordnung und den Wurzeln der Gewalt zu begeben. Unterstützt wurde die Konferenz von der Heinrich-Böll- und der Körber-Stiftung sowie von der FU Berlin.

Erkenntnisleitende Fragen des Vergleichs

Der Kollaps der sozialistischen Systeme in der Sowjetunion und in Jugoslawien hat zweifelsohne ein institutionelles Erbe hinterlassen – die Trümmer werfen Schatten bis in die Gegenwart – welches für beide Räume heute nach wie vor wirkungsmächtig ist. Müssen ähnliche Rahmenbedingungen aber nun auch zwangsläufig in offene Konflikte münden? Was sind die internen und externen Faktoren, die den Ausbruch oder die Eindämmung von Gewalt befördern? Und auf welchem Weg kann präventiv oder "konflikt-heilend" ein stabiler Zustand erreicht werden? Dies waren die erkenntnisleitenden Fragen des Expertentreffens in Berlin.

Wie Holm Sundhaussen (Osteuropa-Institut) in seinem eröffnenden Beitrag feststellte, ist trotz aller Aktualität das Konzept der "ethnischen Säuberung" keine Erfindung der Gegenwart oder gar Miloševićs allein. Es wird seit Jahrzehnten gedacht und praktiziert. Der Anspruch auf ethno-territoriale Homogenität mache dabei jeden Akteur zum Autisten. Der gesamte Balkan ist in dieser Hinsicht "ideologisch kontaminiert". Doch es seien keineswegs Territorien, die frei oder unfrei seien, sondern die Menschen, die auf ihnen siedelten.

Christian Giordano (Freiburg, Schweiz) zeigte, wie – im wahrsten Sinne des Wortes doppelbödig – dies im Kosovo umgesetzt worden war. Nach dem Abzug der Osmanen setzte Belgrad darauf, das Land mittels einer Agrarreform neu zu strukturieren und zu modernisieren. Dabei wurden slawische Kolonisten bevorzugt. Den Bewohnern des Kosovos blieb nichts anderes übrig, als sich definitiv entscheiden zu müssen, welcher Ethnie sie nun angehörten. Lokales Bewußtsein zählte nicht mehr, wenn man die wenigen fruchtbaren Täler bestellen wollte. Man muß nicht unbedingt Anhänger des *longue durée* sein, um

nachzuvollziehen, wie stark sich diese Agrarreform ins kollektive Gedächtnis der Albaner eingegraben hat.

Doch während Jugoslawien sein Staatsgebiet noch einigermaßen übersichtlich in einer zweistufigen Föderation ordnete, installierte die Sowjetunion einen ethno-administrativen Teilchenzoo. Hier gab es nicht nur Republiken und Autonomien, sondern Sozialistische Sowjetrepubliken, Autonome Sozialistische Sowjetrepubliken und Autonome Gebiete. Die Grenzen dieser ungleichen Einheiten waren fast nie deckungsgleich mit dem Siedlungsgebiet der jeweiligen Titularnation.

Die Künstlichkeit dieser Grenzen fiel solange nicht ins Gewicht, wie die Zentralmacht in der Lage war, die gesellschaftlichen Prozesse weitgehend zu kontrollieren. Ende der 80er Jahre aber begannen die verschiedenen Ethno-Territorien, eine reale Unabhängigkeit vom Zentrum zu fordern. In den Worten der Organisatoren der Konferenz, Christoph Zürcher und Jan Koehler: "Wie Zombies erwachten nun die scheintoten Institutionen der nationalen Grenzen, Sowjets und Parlamente zum Leben."

Zur Triebfeder ethnischer Gewalt sei ein ethisches Sicherheitsdilemma geworden. Jede ethnische Gruppe habe die andere als möglichen Profiteur des Machtvakuums des Zentrums angesehen. Um sich vor dieser realen oder als real wahrgenommenem Bedrohung zu schützen, organisierten und mobilisierten sich Gruppen, was von der andern Gruppe wiederum als Bedrohung angesehen wurde. Wenn eine Gruppe zum Schluß gelangt, daß die Nutzen eines gewalttätigen Konfliktes dessen Kosten überwiegen, dann ist der Weg zur Eskalation vorgegeben.

Das Austrocknen der "Märkte der Gewalt"

Georg Elwert (Ethnologisches Institut der FU Berlin) betonte in seinem Beitrag zu Gewaltmärkten die marktorientierte Rationalität, welche Schlüsselakteure in Konflikten auszeichne: Was uns allzuoft als Chaos und Barbarei vorkommt, sei in Wirklichkeit hauptsächlich Ergebnis nüchterner Kalkulation. Gewalt müsse sich lohnen, sonst würde sie nicht ausgeübt. "Kriege brauchen Waffen. Waffen müssen transportiert, LKWs getankt werden. Die Kriege, über die wir sprechen, brauchen eine Logistik. Logistik bedingt Rationalität." Um diese "Märkte der Gewalt" von außen auszutrocknen, bliebe nur das Mittel einer Wirtschaftsblockade oder, besser noch, die Unterbrechung der Geldtransfers in sichere Drittländer.

Beides konnte oder wollte die Staatengemeinschaft bislang nicht durchsetzen. Im Kaukasus könnte die multinationale Erschließung der Ölfelder im Kaspischen Meer möglicherweise sogar einen zukünftigen Gewaltausbruch forcieren. Das "Great Game" um Konzessionen und Transportwege werde wohl nicht nach einem neoliberalistischen Drehbuch gespielt. Oksan Bayulgen (Austin, USA): "Eine Öl-Pipeline hat noch nie direkten Frieden gebracht." Eher befürchtet die Ölspezialistin, daß die relevanten Akteure dieses große Spiel als Null-Summen-Spiel spielen, was potentiell Spannungen in der Region fördert.

Wenigstens dieses Eskalationsmoment fehlt im ehemaligen Jugoslawien. Nened Zakošek (Zagreb) betonte, daß sich beide Regionen überhaupt nur schwerlich miteinander vergleichen lassen. Spezifisch post-sowjetische Faktoren seien etwas anderes als post-sozialistische. Es sei zuerst die "Arroganz der lokalen Eliten" gewesen, welche einen demokratischen Föderalismus auf dem Balkan verhindert habe, und erst danach die Mobilisierung ethnopolitischer Gewalt.

Freilich verwischen in beiden Regionen paramilitärische Gruppen den Unterschied zwischen Zivilisten und Militärs. Dabei läßt sich Gewalt nach Hannes Grandits (Graz) und Carolin Leutloff (Berlin) jeweils leichter in ländlichen Gebieten organisieren als in der Stadt, weil dort gezielte Desinformation besser betrieben werden könne. Ghia Tarkhan-Mouravi (Tiflis) machte klar, daß im offiziellen Diskurs der gesamten Sowjetunion für Wahrheit kein Platz gewesen sei. Daher habe man auf inoffizielle Sprach- und Handlungspraktiken zurückgegriffen.

Gerade im Kaukasus, so Barbara Christophe (Frankfurt a.M.), habe sich derjenige als tatsächlich mächtig erwiesen, der über die Fähigkeit verfügte, informelle Netzwerke aufzubauen. Dies habe das Auftreten lokaler *war lords* begünstigt, welche ausschließlich aus privatem, und nicht aus nationalem Interessen heraus handelten.

Olga Vasileva thematisierte in ihrem Beitrag die Versuche, im russischen Nordkaukasus einen überregionalen, die administrativen, ethnischen Grenzen überschreitenden integrativen politischen Zusammenhang herzustellen, zum Beispiel das "Kaukasische Haus" oder die "Konföderation der Bergvölker." Insgesamt beurteilte sie diese Bemühungen eher skeptisch – allzu oft stellten die Rivalität alter und neuer Eliten mögliche Erfolge in Frage.

Manuela Leonhard (London) sprach von einer Doppel-kodierung intellektueller Identitätsdiskurse in Dagestan. In Dagestan existierten zwei parallele Diskurse, der erste "ethnisiere", der zweite "nationalisiere". Während der erste Diskurs die Besonderheiten einer Volksgruppe betone (und dabei viele Bücher mit dem Titel "Die Geschichte der X von frühster Zeit bis heute" produziere), fasse der zweite eher die Gemeinsamkeiten aller Ethnien Dagestans zusammen. Diese Mehrfachkodierung verhindere die Bildung ethnischer Konflikt-Linien – bislang.

Öffentlichmachung von Recht und Unrecht

John Borneman (Harvard und Cornell) widmete sich dem Thema "Reconcilation after ethnic cleansing". Das Trauma der Überlebenden (Opfer) und die "Schuld", überlebt zu haben, sei ein dauerhaftes Problem für die Normalisierung und Befriedung von Gesellschaften nach ethnischen Säuberungen und Gewalt. Diese Trauma tendiere dazu, auf Dauer gestellt zu werden – durch Rache, oder

durch die "Weitergabe" an nachfolgende Generationen. Beides setze Leid und Gewalt fort (durch konkrete Gewalt und durch Ausdehnung des Traumas auf die nächste Generation). Um den Kreis von Trauma und Gewalt zu durchbrechen, müsse die Zeitebene auf die Gegenwart fixiert werden. Ein weiteres zentrales Verfahren seien institutionalisierte "retributive justice" – Mechanismen, die dazu dienen, auch immaterielles Unrecht "gut" zu machen. Auch wenn Strafe oft nur symbolisch seien – Recht und Unrecht müßten aber öffentlich zugeordnet werden.

Giovanni Scotto vom Berghofzentrum diskutierte die Rolle von NGO's in Bosnien-Hercegovina; NGO's seien besonders gut geeignet für *grass-root*-Arbeit und Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen auf mittlerer Ebene. Dabei sei das Finden von Partnern vor Ort entscheidend.

J. Kolerjan, Magister für Ur- und Frühgeschichte, stellte die "Schule der Straße" Georgiens vor. Dabei handelt es sich um einen sozialen Übergangsraum, den die überwiegende Mehrheit von Jugendlichen in Georgien ungeachtet ihrer ethnischen, religiösen und sozialen Zugehörigkeit zu passieren hatte und der auch heute ein zentraler Bezugspunkt für die Prestigeökonomie von Jungen und Männern ist. Zentrale Institution sind die regelmäßigen öffentlichen Treffpunkte junger Männer einer Nachbarschaft, die "Börse". Während der Bürgerkriege büßte die "Schule der Straße" ihre positive, als didaktisch wertvoll anerkannte Bedeutung im emischen Diskurs weitgehend ein. Neue Gewaltmittel und dramatische Änderungen in der relevanten Umwelt des Subsystems führten zu einer positiven Rückkoppelung zwischen Gewaltanwendung, Prestige und Ressourcenzugängen und unterminierten die kritischen Regeln des "Gewaltspiels" der "Schule der Straße". Die Straße wurde zu einem entscheidenden Feld, auf dem Kriegsherren menschliche Ressourcen für den entstehenden Gewaltmarkt mobilisierten. Trotz dieses Verfalls der Funktionalität haben die alten, auf den Straßen des sowjetischen Georgien geübten Vertrauensnetzwerke nach wie vor große, informelle Bedeutung. Das gilt insbesondere für die Gesellschaftsbereiche, in denen die Organisation von Vertrauen und sozialer Mobilität jenseits der familienbezogenen Netzwerke nötig, aber defizitär ist.

Was können internationale Friedensinitiativen überhaupt leisten? Wann gibt es einen richtigen Zeitpunkt zur Intervention? Als ehemaliger Leiter der OSZE-Mission in Tschetschenien und momentaner Leiter der OSZE-Mission in Kroatien gab Tim Guldimann seine Erfahrungen aus der Praxis wieder. Man benötige nicht nur einen klar umrissenen Auftrag, sondern auch eine verbindliche Prioritätenliste, was zuerst zu tun sei. Am wirksamsten sei es, wenn es gelänge, die "internationale Gemeinschaft" mit einer einzigen Stimme sprechen zu lassen. Für den Kosovo sei es besonders wichtig, daß sich eine einzige

Kommandostruktur etabliere, welche sowohl militärische wie zivile Angelegenheiten koordiniere.

Doch leider "verlaufen die internationalen Lernprozesse langsamer als die Bedürfnisse vor Ort." Dennoch sieht Guldimann Grund zu verhaltenem Optimismus: Aufgrund der zunehmenden Interdependenz einerseits, der zunehmenden Verregelung internationaler Politik durch internationale Regime andererseits, seien heute die Erfolgsaussichten externer Interventionen in Konfliktgebieten besser denn je.

Auch Stefan Troebsts (Leipzig) Beitrag widmete sich der Leistung der OSZE im Kosovo. Nach Ansicht des Referenten muß eine Beurteilung zwiespältig ausfallen: Die Stärke der Organisation liege im Präventionsbereich und im "Heilen". Mit dem Management von größeren Konflikten sei die Organisation überfordert. Für die Zukunft erwartet der Referent zunehmend auch regionale Sicherheitskooperationen – eine Entwicklung, die auch Gia Nodia (Tbilissi) für den Kaukasus für wünschenswert erachtet.

Die OSZE ist im ehemaligen Jugoslawien mit fünf, im Kaukasus mit vier Missionen vertreten. Mehr als Informationen zu sammeln und zuzuhören, können die Beobachter selten. Nach Herwig Roggemann (Osteuropa-Institut) ist diese "Friedenressource Wahrheit" mit dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag um die "Friedensressource Gerechtigkeit" entscheidend erweitert worden. Trotz lediglich zweier vollstreckter Urteile stelle der Gerichtshof ein wirkungsvolles Präventionsinstrument zur Eindämmung von Gewalt dar.

Ob dem tatsächlich so ist, blieb ungeklärt. Die Durchsetzung rein westlicher Werte- und Rechtsstandards könne aber zu weiterem Konfliktpotential führen, so die einhellige Meinung der Konferenzteilnehmer. Aus westlicher Perspektive, sagte Ghia Nodia (Tiflis), ist der Balkan die "nahe", der Kaukasus die "ferne Peripherie". Während der Westen seit kurzem mit einer Stimme spreche, verfolge Rußland keine konsistente Linie. Im Kaukasus seien beide Outsider: "Der Westen ist mächtig, aber wenig interessiert. Rußland ist weniger mächtig, aber mehr interessiert."

Beim Umzug nach Europa müssen Pulverfässer und Krisenherde draußen bleiben. Fraglich nur, welches Speditionsunternehmen sie in die Aservatenkammer der Geschichte transportieren kann.

Im November 1999 werden Christoph Zürcher und Jan Koehler die Konferenzbeiträge publizieren. Weitere Information zur Konferenz stellen die Organisatoren gern zur Verfügung: zuercher@zedat.fu-berlin.de.

Christoph Moeskes studiert Osteuropastudien am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

Biographien im Horizont der Teilung Europas

Bericht von der Tagung an der Technischen Universität Berlin, 17.–20. Februar 1999

von Roswitha Breckner, Berlin

Infolge des Zweiten Weltkrieges ist eine historisch neue Teilung zwischen dem "Osten" und dem "Westen" Europas entstanden, deren Grenze erstmals staatlich klar definiert und während des Kalten Krieges zunehmend undurchlässig wurde. In diesem Prozeß fand eine Umstrukturierung der Gesellschaften auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs statt, in der sich zentrale gesellschaftliche Institutionen, lebensweltliche Milieus, Biographien und öffentliche Diskurse unterschiedlich entwickelten. In der Rhetorik der "Systemkonfrontation" wurden sie gar jeweils polar gegeneinander abgegrenzt. Nach 1989 begann eine neue Periode der Restrukturierung europäischer Gesellschaften mit Auswirkungen auf biographische Orientierungen, Familienzusammenhänge, Milieus sowie generationelle Beziehungen und Geschlechterverhältnisse. Welche Bedeutung gewann die Teilung Europas in alltagsweltlichen und biographischen Zusammenhängen? Wie veränderte sie sich? Welche Bilder und Wahrnehmungsmuster der jeweils "anderen" Seite entwickelten sich unter der Bedingung der Teilung? Mit welchen Folgen sind die gesellschaftlichen Umbrüche nach 1989 für die soziale Konstruktion von Biographien verbunden? Wie wird in diesen Prozessen mit der bisherigen Lebensgeschichte sowie mit den historischen Hintergründen, die zur Teilung Europas führten, umgegangen?

Zu diesen Fragen fand im Februar dieses Jahres (17.–20.2.99) eine Tagung im Ernst-Reuter-Haus der Technischen Universität Berlin statt. Sie wurde vom Institut für Sozialwissenschaften der TU Berlin in Kooperation mit der Sektion Biographieforschung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie veranstaltet und von der Bundeszentrale für Politische Bildung, der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Robert-Bosch-Stiftung, der Deutschen Gesellschaft für Soziologie sowie dem Institut für Sozialwissenschaften der TU Berlin gefördert. Die Konzeption und Durchführung lag in den Händen von Roswitha Breckner (Martin Luther Universität Halle-Wittenberg), Prof. Dr. Wolfram Fischer-Rosenthal (TU Berlin), Bettina Völter (TU Berlin) und Ingrid Miethe (FU Berlin).

Zielsetzung der Tagung

Ziel der Tagung war es, die europäische Perspektive unter Einbeziehung Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas in der sozialwissenschaftlichen Forschung wie auch in der öffentlichen Diskussion weiterzuentwickeln. Von besonderem Interesse waren die biographischen Folgen historischer und gegenwärtiger gesellschaftlicher Umbrüche. Der Blick sollte vornehmlich auf die Alltagswirklichkeit, die Wahrnehmungs- und Deutungsmuster von Gesellschaftsmitgliedern, ihre Vorstellungen von der eigenen

wie der gesellschaftlichen Vergangenheit, die Bewältigung ihres Alltags sowie die Entwicklung von Zukunftshorizonten gerichtet werden. Es wurde davon ausgegangen, daß in der Rekonstruktion von Biographien nicht nur individuelle Handlungsentscheidungen und Orientierungen sichtbar werden, sondern ebenso die jeweiligen politischen, ökonomischen und historischen Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume. Zehn Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs schien es an der Zeit, verschiedene Ansätze sowie eine inzwischen bemerkenswerte Anzahl qualitativer empirischer Untersuchungen in unterschiedlichen Ländern zusammenzuführen, eine vorläufige Bilanz zu ziehen und weiterreichende Fragestellungen zu formulieren.

Die gesellschaftlichen Umbrüche und biographischen Neuorientierungsprozesse verlaufen in den ost-, mittelund südosteuropäischen Gesellschaften gegenwärtig weitaus dramatischer als in den westlichen. Der inhaltliche Schwerpunkt und die Auswahl von Themen konzentrierte sich daher auf die Länder Bulgarien, DDR, Jugoslawien, Polen, Rumänien, Slowakei, Rußland, Ukraine,
Ungarn und Tschechien, die überwiegend auch von dortigen Referenten und Referentinnen vorgestellt wurden. Ergänzt und erweitert wurde die Perspektive mit Bezügen
und Vergleichen zur Bundesrepublik Deutschland vor und
nach 1989, den Niederlanden und Israel. Die Vorträge wurden im Programm jedoch nicht länderspezifisch gruppiert;
vielmehr machte eine thematische Zusammenstellung
Vergleiche zwischen den verschiedenen Ländern möglich.

Thematische Schwerpunkte der Tagung

Zwei einleitende Plenarvorträge spannten den Rahmen in zwei Richtungen auf: Zum einen wurde die historische Entstehung des sozialen Konstruktes "Biographie" im Prozeß der Europäischen Moderne sowie seine sozialen Funktionen dargelegt (Wolfram Fischer-Rosenthal). Damit war zugleich der theoretisch-methodologische Rahmen der Tagung formuliert. Zum zweiten wurde der historischen Entstehung und jeweiligen Funktion der Teilung Europas in einen "Osten" und einen "Westen" und den damit korrespondierenden normativen Bewertungen der jeweils "anderen" Seite, ebenfalls in der europäischen Aufklärung beginnend, nachgegangen (Erhard Stölting). Dieses bildete einen zentralen inhaltlichen Bezugspunkt für die nachfolgenden empirischen Studien, die in sechs Arbeitsgruppen mit den folgenden Themenschwerpunkten gegliedert waren:

 Leben in staatskommunistischen Gesellschaften und deren Grenzen. Biographien in der Spannung zwischen Person-Milieu-Staat;

- Leben mit "Anderen": Grenzziehungen, Grenzüberschreitungen und Grenzauflösungen in und zwischen ethnischen und kulturellen Milieus;
- Historische und gegenwärtige Horizonte der Teilung: Folgen von Krieg, Verfolgung und Vernichtung in Osteuropa;
- Leben zwischen den Systemen: Flucht, Exil, Migration;
- Prozesse biographischer Re-Orientierung im Zuge der Auflösung staatssozialistischer Gesellschaften;
- · Geschlechterverhältnisse im Wandel.

Zwei weitere Plenarvorträge am zweiten und dritten Tag stellten konzeptionelle Überlegungen zu den gesellschaftshistorischen Zäsuren 1939/45 und 1989, den damit verbundenen biographischen und generationsspezifischen Auswirkungen im Kontext von Familienbeziehungen (Gabriele Rosenthal) sowie in der individuellen und kollektiven Erinnerungspraxis und deren Schwierigkeiten in Osteuropa (Zdzisłav Krasnodębski) vor.

Ein abschließender Plenarvortrag (Devorah Kalekin-Fishman) reflektierte in kritischer Perspektive die in der Themenzusammenstellung der Tagung implizierte geographisch-politische Definition von Europa und weitete den "mentalen Raum Europa" aus, indem biographisch relevante gesellschaftliche Teilungsprozesse mit Bezug zu "Ost" und "West" am Beispiel Israels dargestellt wurden.

Ost - West - Fokussierungen

Bereits im Anschluß an die einführenden Vorträge setzte eine die Tagung durchziehende kritische Diskussion bezüglich der Kontexte und Perspektivik ein, in der die Unterscheidung in einen "Osten" und einen "Westen" Bedeutung gewinnen kann. So wurde z.B. festgestellt, daß diese Unterscheidung in nahezu jedem Land (ebenso auch in vielen Städten) zu finden und mit entsprechenden Konnotationen (z.B. zivilisiert – unzivilisiert, gebildet – ungebildet, reich – arm, modern – traditional, mythologisch: das "Paradies" – das "Böse" u.v.m.) versehen sei. Darüber hinaus wurde kritisch angemerkt, daß mit einer Fokussierung auf die Ost-West-Unterscheidung, zudem vornehmlich aus westlicher Perspektive betrieben, diese immer wieder reproduziert würde und andere Trennlinien (etwa Nord - Süd) aus dem Blick gerieten. In welcher Weise die Ost-West-Trennung alltagsweltliche und biographische Spuren hinterlassen hat, mit welchen Schwierigkeiten die Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung von (familien)biographischen Bezügen zur jeweils "anderen" Seite auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs verbunden war, wurde dann allerdings in der Darstellung empirischer Forschungsergebnisse in vielfältiger Weise vorgeführt: Beispielsweise anhand der Analyse von Briefen, die zwischen Ost- und Westdeutschland nach dem Mauerbau geschrieben wurden, und unterschiedlicher Geschichten der Migration in den "Westen" mit familienbiographischen Bezügen zu Osteuropa, u.v.m. Daß die Herstellung von Kommunikation zwischen "Ost" und "West" bis heute ein kompliziertes Feld sozialer Beziehungen geblieben ist, wurde auch in den Diskussionsbeiträgen sichtbar, die zum Teil recht emotional vorgetragen wurden. Gleichzeitig wurde jedoch auch deutlich, daß mit der Thematisierung der Unterschiede zwischen "Ost" und "West", insbesondere der jeweils unterschiedlich erlebten historischen Brüche, auch eine Verständigung in Gang kam, in der Differenzen zunächst nebeneinander stehen gelassen werden konnten, ohne sie durch falsche Harmonien wegzudefinieren oder aber unüberbrückbare Kontroversen entstehen zu lassen.

Biographische Wandlungsprozesse und gesellschaftliche Transformation

So bewegte sich die Diskussion in einer – trotz Spannungen - sich gut entwickelnden Athmosphäre auf einen Dialog hin, der in forschungspraktisch und methodologisch interessanten Fragen nach dem jeweiligen Standort von Wissenschaftlern gegenüber ihrem Gegenstand mündete. Die Ost- oder West-Perspektive stand hier ebenso zur Debatte wie die "vor" oder "nach 1989". Insbesondere letztere war mit der Frage verbunden, inwieweit Veränderungen von Gegenstandsdefinitionen, Methoden und Beobachtungsperspektiven Bestandteil von gesellschaftlichen Veränderungen sind oder aber als kurzfristige Anpassungsleistungen an ein neues System zu betrachten seien. Der Zusammenhang zwischen biographischen Wandlungsprozessen im Zuge gesellschaftlicher Umbrüche und veränderten Fragen sowie Blickwinkeln im jeweiligen Forschungsfeld entwickelte sich somit zu einem einzelne Vorträge und Arbeitsgruppen übergreifenden Diskussionsstrang, der schließlich auch zur Idee einer weiteren Tagung zum Thema "Re-Writing Biographies in Eastern Europe" anregte. In diesem Zusammenhang wurde deutlich, wie sehr die übergreifenden gesellschaftlichen Veränderungen auf sehr verschiedenen Ebenen (im professionellen Bereich, in der Familien-, Geschlechter- und Generationenordnung, in der Konstitution von Milieus und Freundschaftsbeziehungen, in politischen Aktionsformen, u.v.m.) mit biographischen Wandlungsprozessen und Umbrüchen verbunden sind. Zugleich wurde sichtbar, wie im Rahmen von Biographien auch Kontinuität immer wieder neu geschaffen wird, indem Alltagsschwierigkeiten fortlaufend aufs neue bewältigt und lebenszeitliche Perspektiven und Ziele trotz Veränderungen weiterverfolgt werden. Dies mag zum Teil auch erklären, wieso in den ehemals staatssozialistischen Gesellschaften in den letzten zehn Jahren biographische bzw. ethnographisch-lebensgeschichtliche Forschungsansätze und Methoden hohes, auch methodologisch-theoretisch orientiertes Interesse genießen, zunehmend aufgegriffen werden und zur Entwicklung eines regen und innovativen Forschungsfeldes beigetragen haben.

Ausblick auf neue Forschungsfragen

Neben diesem Strang kristallisierten sich weitere Themenbereiche mit hoher Relevanz für weitere Forschungen heraus. Zum einen erwies sich, daß die Thematik der bis in die Gegenwart reichenden Folgen der gewaltsamen Geschichte Europas – die Russische Revolution, der Zweite Weltkrieg mit der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspraxis sowie die Durchsetzung des Sowjetsystems mit den begleitenden stalinistischen Verfolgungen in den verschiedenen Ländern Ostmittelund Südosteuropas nach 1945 - ihre Brisanz durch (familien-)biographische Verknüpfungen und Verflechtungen von zeitlich dicht aufeinanderfolgenden Gewalterfahrungen erhält; sei es auf der Täter- oder Opferseite, sei es auf beiden. Diesen ist bisher noch wenig systematisch nachgegangen worden, und zwar weder in der Öffentlichkeit noch in der sozialwissenschaftlichen Forschung. In diesem Zusammenhang werden Fragen wichtig wie die nach den transgenerationellen Folgen von Traumatisierungen und Familiengeheimnissen (Gabriele Rosenthal), nach den sozialen Folgen öffentlich nicht anerkannter Leiderfahrungen infolge stalinistischer Verfolgungen (Zdzisław Krasnodębski) sowie nach dem Zusammenhang von sozialen Strategien in der gegenwärtigen Umbruchsituation in den postsozialistischen Gesellschaften mit Leiderfahrungen in früheren Generationen, etwa während der Russischen Revolution (Victoria Semjonova), um hier nur einige zu nennen. Die Beiträge zu diesen Fragen während der Tagung machten deutlich, daß dies ein wichtiges Forschungsfeld ist, in dem bezüglich der einzelnen Länder in Ostmittel- und Südosteuropa noch viel getan werden kann. Mit Blick auf die europäische Integration wird eine durch empirische Forschung gestützte öffentliche Bearbeitung dieser Themenkomplexe gar notwendig werden in der Entwicklung einer politischen Kultur, die nicht auf Verdrängung von Gewalterfahrungen, sondern auf deren Bearbeitung Wert legt.

Daran schließt auch ein weiterer Themenstrang an, der in der bisherigen Forschung und auch während der Tagung erst tentativ entwickelt worden ist, und dennoch von ebenso hoher Bedeutung oder gar Brisanz wie die zuvor besprochenen erscheint. Dies betrifft die Beziehungen der Länder des ehemaligen "Ostblocks" untereinander und insbesondere ihre unterschiedlichen Beziehungen zur Sowjetunion bzw. zum heutigen Rußland. Durch die Zusammensetzung der Referierenden und Teilnehmenden während der Tagung - es wurde darauf geachtet, aus möglichst vielen der ostmitteleuropäischen Länder Vortragende einzuladen - wurde diese Frage immer wieder virulent, erschien aber nur in sehr wenigen Beiträgen als explizites Thema. Durch den reflektierten Umgang insbesondere der Kolleginnen und Kollegen aus Rußland mit dieser potentiell spannungsgeladenen Konstellation, die implizierte, auch ungewollt in die Situation einer Vertreterin/eines Vertreters dieses Landes zu geraten, mit dem andere viel Leid verbinden, konnte auch diesbezüglich ein

Dialog beginnen, der deutlich machte, daß hier noch viel Forschungsarbeit geleistet werden muß, deren Ergebnisse zu einer öffentlichen Debatte und Bearbeitung dieser Geschichte viel beitragen könnten. Dabei könnte auch den zuweilen etwas undifferenzierten westlichen Blicken begegnet werden, denen der "Ostblock" nach wie vor als ein mehr oder weniger amorphes Gebilde erscheint. Die Konturen milieu- und länderspezifischer Differenzen, aber auch die Gemeinsamkeit, unter ein "System" mit ähnlichen gesellschaftlichen Strukturmustern, jedoch mit unterschiedlichen Ausprägungen, eingeordnet gewesen zu sein, könnten hierbei deutlicher werden.

Schlußbemerkung

Neben diesen, die einzelnen Vorträge übergreifenden Themen und Diskussionen, von denen zu hoffen bleibt, daß sie zu weiteren Forschungen anregen, wurden vielfältige Informationen und Wissensbestände über die jeweils vorgestellten Biographien, Milieus und Gesellschaften ausgetauscht, was abschließend als große Bereicherung insbesondere von westlichen Teilnehmern positiv kommentiert wurde. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die lebhaften Diskussionen bezüglich der verschiedenen Aspekte der Reorganisation von Geschlechterverhältnissen in den postsozialistischen Gesellschaften, an denen deutlich wurde, daß hier bereits eine reichhaltige Forschungslandschaft entstanden ist.

Insgesamt bleibt festzuhalten, daß die Beschäftigung mit ostmitteleuropäischen Biographien und Gesellschaften gegenüber den westlichen dominierten. Dies hängt u.a. damit zusammen, daß es im Westen noch kaum Forschungen zu den Folgen der Ost-West-Teilung für westliche Biographien und Gesellschaften gibt, und die Teilung nach 1945 augenscheinlich vor allem im "Osten" als Problem erlebt, wahrgenommen und bearbeitet worden ist. Dennoch kann gesagt werden, daß die Zielsetzung der Tagung (einen Austausch zwischen WissenschaftlerInnen in Ost und West, die sich mit gesellschaftlichen Phänomenen auch aus biographischer Perspektive beschäftigen, herzustellen, die Thematisierung schwieriger Fragen zwischen Ost-West und Ost-Ost zu ermöglichen), sich aus der Sicht der OrganisatorInnen erfüllt hat.

Positiv anzumerken bleibt noch die internationale Zusammensetzung der Teilnehmenden (ca. 130 insgesamt) aus dem östlichen wie westlichen Ausland, von denen – neben den Referierenden – ca. ein Drittel u.a. aus Prag, Cluj, Utrecht, Oslo, Göteborg, Dublin, London, Sussex, Newhamshire, Paris anreisten. Es wurde auch mehrfach erwähnt, daß Berlin, mit allem was es historisch repräsentiert, ein sehr geeigneter Ort für diese Tagung war.

Roswitha Breckner ist Lehrbeauftragte an der TU Berlin und promoviert dort zu Ost-West-Migrationsbiographien in der Zeit von 1969 bis 1989.

Insolvenz- und Vollstreckungsrecht in Kroatien

3. Deutsch-Kroatisches Juristensymposium vom 29.–30. April 1999 in Split

von Stefan Pürner, Nürnberg

"Das neue Insolvenz- und Vollstreckungsrecht in Kroatien im Vergleich zum deutschen Recht" lautete das Thema des 3. Deutsch-Kroatischen Juristensymposiums, das vom 29. bis zum 30. April 1999 in Split stattfand. Obwohl verschiedene deutsche Teilnehmer und Referenten ihre Teilnahme wegen des Kriegs im Kosovo kurzfristig abgesagt hatten, fanden mehr als 100 Teilnehmer aus Deutschland und Kroatien den Weg zu der Veranstaltung, die gemeinsam von der Deutsch-Kroatischen Juristenvereinigung, der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Juristischen Fakultät der Universität Split organisiert wurde und deren Schirmherrschaft der deutsche Botschafter in Kroatien, Dr. Volker Haak sowie der Spliter Oberbürgermeister, Prof. Ivica Škarić, übernommen hatten.

Das neue Vollstreckungsgesetz von 1996

Für die deutschen Teilnehmer (Rechtsanwälte und Vertreter deutscher Unternehmen sowie verschiedener Fachzeitschriften) waren die Beiträge zum kroatischen Vollstreckungs- und Konkursrecht von besonderem Interesse. Zum kroatischen Vollstreckungsrecht führte Prof. Dr. Mihajlo Dika von der Juristischen Fakultät der Universität Zagreb aus, daß sich dieses am österreichischen Modell orientiert. Dies wird insbesondere daran deutlich, daß die Vollstreckung nicht in der Zivilprozeßordnung, sondern in einem eigenen Gesetz, nämlich dem Vollstreckungsgesetz aus dem Jahr 1996, geregelt ist. Letzteres brachte eine grundlegende Reform des kroatischen Vollstreckungsrechts, die insbesondere die Stellung des Gläubigers wesentlich verbesserte und allgemein zu einer Beschleunigung des Vollstreckungsverfahrens führte. Dies u.a. dadurch, daß Möglichkeiten des Schuldners, im Vollstreckungsverfahren eine neuerliche Überprüfung des Urteils zu verlangen, abgeschafft wurden. Darüber hinaus wurde der Kreis der von der Vollstreckung ausgenommenen Gegenstände verringert. Anfang 1999 erfolgte eine erste Novellierung des Gesetzes, durch die u.a. die Möglichkeit der sofortigen Unterwerfung unter die Zwangsvollstreckung durch notarielle Urkunde in das kroatische Recht eingeführt wurde. Wegen der Dringlichkeit dieser ersten Novelle wurden weitere Gesetzesvorschläge zumindest vorübergehend nicht umgesetzt. Sie werden möglicherweise in einer zweiten Novelle realisiert. Ob dann auch die von Dika vehement geforderte Einführung von Rechtspflegern und selbständigen Gerichtsvollziehern erfolgt, wird sich wohl erst zeigen müssen. Instruktiv für die deutschen Teilnehmer waren auch die Ausführungen der Präsidentin des Handelsgerichts Zagreb, Vesna Buljan, über die Praxis des Gesellschaftsrechts allgemein und des Konkursverfahrens in Kroatien, in der zahlreiche Mißstände bestehen. U. a. würden die Geschäftsführungen und Vorstände mancher maroder Gesellschaften vorschnell entlastet und so die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegen diese unmöglich gemacht. Darüber hinaus käme es in der Unternehmenskrise häufig auch zu strafrechtlich relevanten Vermögensverschiebungen, die von der Staatsanwaltschaft, ebenso wie Fälle von Konkursverschleppungen, kaum geahndet würden. Ein großes Manko sei darüber hinaus das Fehlen geeigneter Konkursverwalter. RA Boris Problja, Zagreb, ging in seinem Referat insbesondere auf die Reorganisation in der Insolvenz ein. Diese sei in Kroatien ebenso möglich wie in Deutschland, würde aber dort in der Praxis bislang kaum eine Rolle spielen. Heftige Diskussionen löste der Vortrag des Dekans der Juristischen Fakultät Split, Prof. Dr. Ivan Bulić, aus. Dieser vertrat die These, daß das gegenwärtige kroatische Konkursrecht (wenn nicht der Konkurs überhaupt) dem kroatischen Wirtschaftssystem nicht entsprechen würde, da dieses nicht mit dem deutschen vergleichbar sei.

Das deutsche Interesse an Kroatien

Die Beiträge der deutschen Referenten (RA Dr. Sven-Holger Undritz, Hamburg, RiAG Dr. Klaus Busch, Detmold, RAin Dipl.-Kff. Renate Müller, Leipzig und WP und StB Thomas Illy, Frankfurt/Main) befaßten sich insbesondere mit praktischen Aspekten des Konkursverfahrens in Deutschland. Diese Ausführungen fanden das besondere Interesse der kroatischen Teilnehmer. Obwohl man in Kroatien derzeit von ca. 20.000 überschuldeten und/oder illiquiden Unternehmen (darunter auch einige Banken) ausgeht, hat der Konkurs (anders als die Zwangsvollstreckung) in Kroatien nämlich bislang kaum praktische Bedeutung. Die eigentliche praktische Umsetzung der diesbezüglichen gesetzlichen Vorschriften steht deshalb noch aus.

Wie in den Vorjahren wurde auch beim 3. Deutsch-Kroatischen Juristensymposium der Diskussion und dem Erfahrungsaustausch zwischen kroatischen und deutschen Juristen breiter Raum eingeräumt. Ebenso wie bei den bisherigen Veranstaltungen sollen die Referate des Symposiums, zusammen mit einem Teil der Diskussionsbeiträge, in einem Sonderband der Veröffentlichungen der Juristischen Fakultät Split publiziert werden.

Für das Jahr 2000 plant die Deutsch-Kroatische Juristenvereinigung ein weiteres Symposium in Split (27./28. April 2000). Dieses soll sich insbesondere mit der Situation der Anwaltschaft in Kroatien und Deutschland auseinandersetzen, aber auch – insbesondere für Unternehmen aus beiden Länder interessante – praktisch relevante Fragen der Rechtsverfolgung in beiden Ländern zum Gegenstand haben.

Dr. Stefan Pürner ist Rechtsanwalt und Vorsitzender der Deutsch-Kroatischen Juristenvereinigung.

Deutsch-russische Beziehungen in der Medizin des 18. und 19. Jahrhunderts

Bericht vom Symposium am Karl-Sudhoff-Institut in Leipzig, 28.–29. März 1999

von Aloys Henning, Berlin

m 28. und 29. März 1999 fand in Leipzig am Karl-ASudhoff-Institut im Rahmen eines seit dem 1. Januar 1999 laufenden DFG-Projekts ein Symposium Deutsch-russische Beziehungen in der Medizin des 18. und 19. Jahrhunderts statt in Anwesenheit der Direktorin des Instituts, Prof. Ortrun Riha, organisiert und geleitet von Univ.-Dozentin Dr. med. habil. Ingrid Kästner und finanziell unterstützt vom Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst. Die Veranstalter hatten das Symposium dem Andenken des im Juni 1998 verstorbenen Prof. Dr. med. Heinz E. Müller-Dietz gewidmet, der die frühere Abteilung Medizin am Osteuropa-Institut der FU Berlin ab 1953 mit aufgebaut und bis zu Ihrer Auflösung 1987 geleitet hat (siehe BOI Nr. 11/1998, S. 102). Insgesamt 15 Vorträge zum Thema galten methodischen Problemen, der Quellenerschließung und speziellen Fragestellungen.

Prof. Dietrich v. Engelhardt (Lübeck) umriß das Projekt mit "Deutsch-russische Wissenschaftsbeziehungen im 18. und 19. Jahrhundert - Dimensionen und Aspekte". Er hat u.a. zu deutsch-italienischen Wissenschaftsbeziehungen geforscht und publiziert und machte die multinationalen Aspekte aller Wissenschaftsbeziehungen deutlich. Sabine Dumschat (Hamburg) gab diesem für das 18. und 19. Jahrhundert aufgegebenen Thema als Historikerin mit "Deutsche Mediziner im russischen Staatsdienst im 16. und 17. Jahrhundert" einen Vorspann, dessen Quellendichte Medizinhistorikern überwiegend unbekannt ist: Die Moskauer Gesandtschaftsbehörde (Posol'skij prikaz) als Außenamt und das Apotheker-Amt (Aptekarskij prikaz) als Gesundheitsbehörde im Dienste des Zarenhofs haben aus Gründen der Staatssicherheit vergleichsweise dichtes Aktenmaterial zur Anstellung ausländischer Ärzte am Moskauer Hof hinterlassen einschließlich russischer Übersetzungen von ihnen ausgestellter ärztlicher Rezepte.

Juris Salaks "Neue Beiträge zur Loder-Forschung – Justus Christian von Loders (1753–1832) Herkunft und Jugend in Riga" galten der Weiterführung unvollendeter umfangreicher Forschungen von H. Müller-Dietz, der Salaks Doktorvater war, zur Biographie Loders als medizinischer Hochschullehrer in Halle, Jena und Moskau zur Zeit Johann Wolfgang von Goethes. Loders pietistischer Vater wurde 1721 nach Riga als Lehrer verpflichtet und als Diakon an der Jakobikirche, dem Mittelpunkt des livländischen Pietismus. Johann Loder übernahm ab 1740 den Vertrieb der Arzneimittel der Franckeschen Stiftungen in Livland. J. Salaks ist als neuer Leiter des Medizinhistorischen Museums Paul Stradyns in Riga ist der Nachfolger Karl Aarons.

Wirkungen russischer Politik auf Bildungseinrichtungen in Polen nach seiner Teilung 1795 schilderte Bożena Płonka-Syroka (Wrocław) in "Russische Bildungspolitk in Polen von 1795 bis 1918". Der Militärmedizinhistoriker Franz Lemmens (Leipzig) und Rolf Rehe (Dresden) erweiterten das Thema Medizinische Beziehungen mit "Bemerkungen zu den Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland auf dem Gebiet der Militärmedizin". Prof. Vladimir S. Sobolev (St. Petersburg) umriß als Direktor des Archivs der Rußländischen Akademie der Wissenschaften mit "Russische Archive – Bestände und Arbeitsmöglichkeiten" unabdingbare Voraussetzungen für das Symposium-Objekt und stellte als neues Arbeitsmittel die russische Ausgabe von Archives of Russia, Moscow and St. Petersburg, Directory and Bibliographic Guide, ed. by Vladimir P. Kozlov and Patricia Kennedy Grimsted (Harvard-University), Moscow 1997 (englische Ausgabe: New York 1997) vor.

Natalia Decker (Leipzig) präsentierte "Die Idee des deutschen Tollhauses in Rußland" im Kontext einer in orthodoxer Tradition von Westeuropa abweichenden Wertung von Geistes-kranken. Ol'ga Iodko (St. Petersburg) referierte über "Deutsche Einflüsse auf die Entwicklung der russischen Balneologie". Der Beitrag von Anna M. Ivachnova und Arkadij A. Ivachnov (St. Petersburg) "Zur Entstehung der russischen medizinischen Terminologie" war speziell deutschen medizinsprachlichen Einflüssen gewidmet bei der Ausbildung wundärztlicher Betreuungsstrukturen in der russischen Armee und Flotte zur Zeit der Reformen Peters I., die noch keine moderne russische klinische Sprache kannte. Sie sind komplementär zu seinerzeit gleichzeitigen Bemühungen zur Schaffung einer russischen Medizinalsprache, die Forschungsgegenstand des Referenten sind. Sabine Fahrenbach (Leipzig) Beitrag galt "Russische[n] Augenärzte[n] in Deutschland 1850 bis 1870".

Das Symposium bot Doktorandinnen und Doktoranden des Karl-Sudhoff-Instituts, die in das DFG-Projekt einbezogen sind, Gelegenheit, Ergebnisse ihrer Forschungen vorzustellen. Sie gelten russischen medizinischen Aktivitäten im 19. Jahrhundert, die sich in medizinischen Zeitschriften widerspiegeln, bei Cathrin Langner (Leipzig) "Russische Psychiatrie in deutschen Fachzeitschriften des 19. Jahrhunderts", bei Alexander Neumann (Leipzig) "Die medizinische Topographie St. Petersburgs in Hartenkeils medizinisch-chirurgischer Zeitung". Ebenso wurden von I. Kästner betreute Dissertationsvorhaben zu deutschen medizinischen Aktivitäten des 19. Jahrhun-

derts in Rußland präsentiert: Kristin Zieger (Leipzig) "Der St. Petersburger Verein deutscher Ärzte und seine philanthropischen Bemühungen" und Doreen Jaeschke (Leipzig) "Die St. Petersburger Medizinische Wochenschrift". Zum Abschluß des Leipziger Symposiums sprach Ingrid Kästners zur "Homöopathie in Rußland". Ihr und Ihren Mitarbeiterinnen wurde für die gelungene Zusammenkunft herzlich gedankt. Alle Beiträge sollen in einem Sammelband veröffentlicht werden. Am 27. September 1999 kommen bei der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft

für Geschichte der Medizin, Naturwissenschaften und Technik in Leipzig die Teilnehmer am Symposium zum DFG-Projekt des Karl Sudhoff-Instituts zu einem Arbeitstreffen zusammen.

Dr. med. Aloys Henning war bis zu seiner Emeritierung im Wintersemester 1998/99 Akademischer Mitarbeiter der Abteilung Geschichte und Kultur am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

Der Spätstalinismus und die "jüdische Frage" – neue Forschungsansätze und offene Fragen

von Leonid Luks, Eichstätt

Warum verwandelte sich der Bolschewismus im letzten Stalinschen Jahrzehnt aus einer politischen Kraft, die den Antisemitismus verurteilte und sogar unter Strafe stellte, in einen der wichtigsten Wortführer des Kampfes gegen den sogenannten Kosmopolitismus und Zionismus, d.h. gegen die Juden? Mit diesem Paradigmenwechsel im Kommunismus befaßt sich ein Forschungsprojekt am Lehrstuhl für Mittel- und Osteuropäische Zeitgeschichte an der Katholischen Universität Eichstätt, das sich zur Zeit in der Vorbereitungsphase befindet. Die Stalinsche Politik gegenüber den Juden zeichnete sich durch eine ausgesprochene Ambivalenz aus, die ungeachtet der partiellen Öffnung der Archive für die Forschung viele Rätsel aufgibt. Diese Ambivalenz kam insbesondere nach dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges deutlich zum Ausdruck. Einerseits versuchte Moskau die jüdische Karte zu spielen und gründete für diesen Zweck im April 1942 das Jüdische Antifaschistische Komitee. Das Komitee appellierte an die jüdische Öffentlichkeit im Westen, die Sowjetunion in ihrem Überlebenskampf zu unterstützen. Zur gleichen Zeit begann aber die Kremlführung Säuberungen nach rassischem Prinzip, um manch sowjetische Institution von der sogenannten "jüdischen Dominanz" zu befreien. Der Antisemitismus, der bis dahin im kommunistischen Vokabular als "bürgerliches Vorurteil" gegolten hatte und immer wieder angeprangert worden war, begann nun immer stärker die sowjetische Politik zu bestimmen. Vor der partiellen Öffnung der sowjetischen Archive war die Mehrheit der Forscher davon überzeugt, daß die antisemitische Wende des stalinistischen Regimes erst nach der Bezwingung des Dritten Reiches stattgefunden hatte. Die nun zugänglichen Dokumente zeigen jedoch, daß diese Wende um einige Jahre vorverlegt werden muß. Bereits im Jahre 1942, als die deutschen Truppen sich Stalingrad näherten, wurde in der Abteilung für Propaganda des bolschewistischen ZK eine Reihe von Denkschriften und Dokumenten verfaßt, die einen eindeutig antisemitischen

Charakter trugen. Die Grundzüge der "antikosmopolitischen" Kampagne, die etwa sechs Jahre später beginnen sollte, waren hier bereits antizipiert. Schon 1942 wurden die Juden als "nationale Nihilisten" und "Verderber der russischen Kulturwerte" bezeichnet, die das Wesen des Russentums nicht begreifen könnten. Der Appell an den russischen Patriotismus, der dem stalinistischen Regime in seinem Überlebenskampf so gute Dienste zu erweisen vermochte, begann sich bereits 1942/43 mit antisemitischen Tönen zu vermischen.

Ambivalenz der sowjetischen Politik

Auch nach der Bezwingung des Dritten Reiches blieb die sowjetische Judenpolitik ausgesprochen ambivalent. So läßt z.B. die von Stalin befohlene Ermordung des Vorsitzenden des Jüdischen Antifaschistischen Komitees und Schauspielers Solomon Michoels (Januar 1948) viele Fragen offen. Denn der Mord an dieser Symbolfigur des sowjetischen Judentums geschah ausgerechnet in der Zeit, in der Moskau dabei behilflich war, den uralten jüdischen Traum von der Errichtung eines eigenen Staates zu verwirklichen. Der sowjetische UNO-Botschafter Andrej Gromyko verkündete im Mai 1947: "Es wäre ungerechtfertigt, dem jüdischen Volk das Recht [auf die Gründung eines eigenen Staates] abzusprechen, insbesondere angesichts all dessen, was es während des II. Weltkrieges erlitten hat."

Ein Satellitenstaat Moskaus – die Tschechoslowakei – lieferte 1948 die dringend benötigten Waffen nach Israel. Die Juden aus den von der Sowjetunion abhängigen Staaten Osteuropas durften relativ ungehindert nach Israel auswandern. Etwa 300.000 von ihnen gelangten in den Jahren 1948–52 in den jüdischen Staat. Zugleich bekämpfte aber Moskau brutal die zionistischen Bestrebungen in der Sowjetunion selbst und ließ bis auf wenige Ausnahmen keine sowjetischen Juden nach Israel auswandern. Alle diese Widersprüche bedürfen einer Erklärung.

Auch die "antikosmopolitische" Kampagne, die seit 1948/1949 eine eindeutig antisemitische Ausrichtung bekam, enthielt mehrere Widersprüche.

Offene Forschungsfragen

Trotz der weitgehenden Stalinisierung des Ostblocks wurde die antikosmopolitische Kampagne in einzelnen kommunistischen Ländern mit unterschiedlicher Intensität geführt. Deshalb ist eine vergleichende Analyse der jeweiligen Rahmenbedingungen erforderlich, um die Frage nach den Ursachen für die antijüdische Wendung des Stalinismus zu beantworten. Auch ein anderes Problem bedarf einer Klärung: Warum wurde die "antikosmopolitische" Kampagne von 1948/49 vorübergehend eingestellt, um dann, nach zwei Jahren, in einer noch schärferen Form wiederaufzuleben? Abgesehen davon wird das Projekt auch auf das Spannungsverhältnis zwischen dem internationalistischen Erbe der bolschewistischen Ideologie und der antijüdischen Ausrichtung des Spätstalinismus eingehen. Trotz der physischen Vernichtung eines großen Teils der "alten bolschewistischen Garde" konnte sich Stalin von der bolschewistischen Tradition, die auch kosmopolitische Komponenten enthielt, nicht gänzlich lossagen. Dies hätte die Legitimität seines Regimes in Frage stellen können. Deshalb war der offene und hemmungslose Antisemitismus, wie ihn rechte Gruppierungen praktizieren, für die Stalinisten nicht möglich. Ihre antijüdische Politik mußte zwangsläufig viele Widersprüche und Brüche enthalten, mit denen sich das Projekt befassen wird. Die antisemitische Wende des spätstalinistischen Regimes spiegelte bestimmte ideologische und politische Konflikte innerhalb der sowjetischen Machtelite wider. Auch auf diese Frage wird das Projekt eingehen.

In den letzten Jahren der Stalinschen Herrschaft (etwa ab 1951) begann die sowjetische Judenpolitik ihre Ambivalenz zu verlieren und wurde beinahe offen antisemitisch. Auch diese politische Wende gibt der Forschung Rätsel auf. Unklar ist auch die Tatsache, warum der Prozeß gegen führende Vertreter des Jüdischen Antifaschistischen Komitees (Mai-Juli 1952), der mit 13 Todesurteilen endete, geheim blieb, der Slánský-Prozeß hingegen (November 1952), der eine neue Terrorwelle gegen die Juden einleiten sollte, öffentlich verlief. Bei der Analyse der Antisemitismus-Kampagne der Jahre 1948-53 fällt auf, daß sie Ähnlichkeiten mit den Kampagnen gegen andere Gruppen von "Volksfeinden" aufweist, so gegen den "Trotzkismus" oder gegen den "Titoismus". Das Projekt wird auf diese Parallelen eingehen, um dadurch zum Verständnis eines der zentralen Mechanismen der Stalinschen Herrschaftstechnik beizutragen. Zugleich wird sich aber die Arbeit mit den grundlegenden Unterschieden zwischen der "antititoistischen" und der "antikosmopolitischen" Kampagne befassen, die in der bisherigen Forschung in der Regel vernachlässigt wurden.

Leonid Luks ist Univ.-Professor für Mittel- und Osteuropäische Zeitgeschichte an der Geschichts- und Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Katholischen Universität Eichstätt.

Für die Berliner Gerichte und Notare allgemein beeidigte Dolmetscherin/Übersetzerin Deutsch/Russisch, Russisch-Muttersprachlererin mit langjähriger Erfahrung, übernimmt **Übersetzungs- und Dolmetscheraufträge**, speziell im wissenschaftlichen Bereich.

Auch beglaubigte Übersetzungen von Urkunden, Verträgen, etc.

Jelena Fischer, Französische Str. 17, 10117 Berlin Tel./Fax: 20816 86

E-mail: jelena.fischer@t-online.de

Leben nach dem IWF – Rußland und Brasilien im Vergleich

Ein Forschungsprogramm

von Kathrin Pingel und Silvio Andrae, Berlin

Im März 1999 wurde durch die Autoren unter Leitung von Prof. Dr. Manfred Nitsch vom Lateinamerika-Institut der FU Berlin im Schwerpunkt der Volkswagenstiftung "Transformation von wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Systemen" ein Forschungsantrag gestellt, der sich zum Ziel setzt, Entwicklungs- und Transformationsländerforschung am Beispiel eines Vergleiches von Brasilien und Rußland füreinander fruchtbar zu machen. Die aktuellen Entwicklungen wie die zeitlich unmittelbar hintereinander stattgefundenen Währungskrisen mit ähnlichen Verläufen weisen zumindest auf einige paradigmatische Ähnlichkeiten in den Versuchen der Länder hin, den Pfad einer nachholenden Entwicklung einzuschlagen. Die Antragsteller verfügen sowohl über Forschungserfahrung in Brasilien als auch in Rußland und sind derzeitig Mitarbeiter am Lateinamerika-Institut.

Transformationsökonomien und Schwellenökonomien

Ausgangspunkt und Spezifikum des beantragten Forschungsprojektes sind Gemeinsamkeit und Differenz zwischen einer osteuropäischen Transformationsökonomie wie Rußland einerseits und einer lateinamerikanischen Entwicklungs- oder Schwellenökonomie wie Brasilien andererseits. Unmittelbar bieten sich folgende Anhaltspunkte für einen fruchtbaren Vergleich: Rußland und Brasilien sind große Rohstoffökonomien, hoch verschuldet und fast zeitgleich von einer tiefen Währungs- und Wirtschaftskrise betroffen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) als "Feuerwehr" folgt mit seinen Strategien zur Überwindung dieser Krisen einem universellen Konzept und nimmt keine Unterscheidung zwischen Transformations- und eher "klassischen" Entwicklungs- bzw. Schwellenländern vor.

Der vergleichende Blick erscheint schon unter diesem Gesichtspunkt ebenso faszinierend wie notwendig. Auf der einen Seite ist darauf zu achten, die hier untersuchten Länder Rußland und Brasilien nicht umstandslos über denselben methodisch-theoretischen Kamm zu scheren, sondern deren sehr unterschiedliche Traditionen und Problemkonfigurationen historisch hinreichend tiefenscharf wahrzunehmen. Deshalb sind am Besonderen ansetzende konfigurative Analysen notwendig. Auf der anderen Seite sehen sich beide Länder nahezu identischen Herausforderungen für eine nachholende Entwicklung ausgesetzt: Sie bedeutet die erfolgreiche Integration in den Weltmarkt zuvorderst über die Etablierung einer funktionsfähigen Geldwirtschaft.

Thematisiert werden als Forschungsfelder der Zusammenhang von Währungs- und Wirtschaftskrisen und die spezifische Verflechtung von Produktionsweisen im Konnex von Globalisierung und einer weit verstandenen Informalisierung, die sowohl unterschiedliche Produktionsweisen wie die Familienwirtschaft, aber auch die Barterökonomie oder die sogenannte "Piratenwirtschaft" umfaßt.

Was passiert, wenn nichts passiert?

Das Forschungsziel lautet auf den Punkt gebracht: "Was passiert, wenn nichts passiert?" Wie reproduzieren sich Ökonomie und Gesellschaft unter makroökonomischen Krisenbedingungen in einer Weltwirtschaft, im Kontext von hoher inländischer und ausländischer Verschuldung, einem ausufernden und massiv kreditfinanzierten Budget und oftmals einer zersetzten Geldverfassung, in der Hyperinflation die letzte Stufe ist?

Methodologisch basiert das Projekt auf der monetären Theorie der Produktion von Keynes, die in einer Geldökonomie für die nationale Wirtschaftspolitik durch das Postulat der Dominanz der Geldsphäre Restriktionen für die Wirtschaftspolitik ableitet, wobei eine Hierarchiebeziehung zwischen den Märkten existiert mit dem Vermögensmarkt als dem beherrschenden, übergeordneten Markt, während der Gütermarkt und der Arbeitsmarkt als dominiert, d.h. nachgelagert, anzusehen sind. Sowohl der Fiskus als auch die Parafiski wie zum Beispiel Entwicklungsbanken unterliegen insofern ebenfalls dem Diktat des Vermögensmarktes, als sie nicht mehr ausgeben können als sie einnehmen, weil jedes Aufweichen dieser "harten Budgetrestriktion" durch inflatorische Geldschöpfung von den Vermögenseigentümern durch eine Flucht aus der Währung – wahlweise Rubel oder Real – beantwortet wird, welche kumulative Inflationsprozesse in Gang setzt.

Würde man getreu dem paradigmatischen Grundmuster der Geldwirtschaft *a priori* von einer institutionellen und personellen Trennung der Unternehmer, Vermögensbesitzer, Vermögenseigentümer, Arbeitnehmer und staatlicher Instanzen der Regulierung ausgehen und sie für Entwicklungsökonomien wie Brasilien oder Transformations- (und Entwicklungs-)ökonomien wie die Rußländische Föderation zum allgemeinen Kennzeichen erklären, würde man den Blickwinkel zur Erfassung akuter gesellschaftlicher Transformationsprozesse versperren.

Das im Projekt empirisch fundierte und theoretisch fortentwickelte Paradigma eines heterogenen Geldwesens wird geprägt durch ein Nebeneinander von Geld-, Staatsund Familienwirtschaft. Die Geldwirtschaft zeichnet sich durch eine "harte Budgetrestriktion" auf den Vermögensmärkten aus, die die anderen Märkte dominieren. Die Restriktion der Staatswirtschaft liegt im Bestreben nach Erhaltung der politischen Macht. Sie kann die ökonomische Restriktion der Geldwirtschaft partiell durch Transferzahlungen und Renten "aufweichen". Gesamtwirtschaftlich und fiskalisch muß sie jedoch die geldwirtschaftliche Restriktion akzeptieren, da sonst die Geldfunktionen erodieren und die Kohärenz der Ökonomie verloren geht. Die Restriktion der Familienwirtschaft wird durch Reproduktion menschlicher Ressourcen determiniert. Geld ist für die Familienwirtschaft in erster Linie Tauschmittel und kein Zahlungsmittel zur Erfüllung von Kreditkontrakten; Geldwertstabilität und Nationalität der Währung sind sekundär.

Auf dem Weg zu einem dritten Gesellschaftstyp

Es ist wiederholt festgestellt worden, daß sich hinter den Formeln "Transformation" oder "Übergangsgesellschaft" oft ein simpler Evolutions- oder Modernisierungsgedanke verbirgt. Wohin Rußland, aber auch Brasilien "übergehen" oder sich entwickeln, welche politisch-ökonomischen Produktionsformen die Länder annehmen, ist nicht nur ungewiß. Das voraussetzungsvolle westlich-moderne Modell ist nicht ohne weiteres in andere Kontexte transplantierbar. Viel wahrscheinlicher erscheint, daß sich ein Tertium von Gesellschaft herausbildet, wie dies besonders für Rußland vermutet wird. Eine vorläufige Bestätigung dieser Annahme ist die empirische Evidenz, daß sich die ökonomische Transformation zu Geldwirtschaften als unerwartet schwierig und als mit unerwartet hohen sozialen Kosten verbunden herausstellt. Der institutionelle Modelltransfer ist eher durch Richtungsambivalenz, Varianzbildung und/oder krisenhafte Regression gekennzeichnet.1

Die Interaktion zwischen den Versuchen zur Sicherung der Funktionsfähigkeit einer Geldwirtschaft in Brasilien und Rußland und den konkreten lokalen Existenz- und Rahmenbedingungen der Wirtschaftssubjekte der verschiedenen Produktionsweisen, die den Rahmen für die ökonomischen und politischen Strukturbildungen, Handlungsmöglichkeiten und Strategien der Akteure bestimmen, ist bisher national und international kein Forschungsgegenstand. Diese Analyseperspektive stellt den genuinen Forschungsbeitrag der beantragten Untersuchung dar.

Bei der Transformation Rußlands handelt es sich um eine besondere Form des gesellschaftlichen Wandels – die Umgestaltung einer Ordnung im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich. Die Entstehung und Akkumulationsstrategie der rußländischen Unternehmen folgt keineswegs einem ursprünglichen Pfad der Herausbildung von Marktökonomien und den sie tragenden geldwirtschaftlichen Unternehmen, sondern ist vielmehr zu einem großen Teil verwurzelt mit sowjetischen, aber auch prä-sowjetischen Mustern, die sich über einen langen

Zeitraum in verschiedenen Institutionen gehalten haben und im Zuge des Transformationsprozesses neue Kombinationen mit von außen induzierten und eingeführten Elementen und Akteuren eingehen.

Brasilien, das spätestens seit Anfang des Jahrhunderts durch ein ausdifferenziertes, wenn auch heterogenes Geldwesen geprägt ist, erfährt durch die Rückwirkungen der Globalisierung, unter anderem in Form einer gewissen "Ansteckung" durch fremde Währungskrisen wie die asiatische und dann die russische, Neuformungen und weitere Ausdifferenzierungen seiner strukturellen Heterogenität. Die Untersuchungen zeigen, daß selbst eine relativ lange Stabilisierungsphase wie die von Mitte 1994 bis Anfang 1999 nicht ausreicht, um Vertrauen in die einheimische Währung herzustellen und die Liquiditätsprämie zu senken, so daß dementsprechend die Marktkonstellation einer Entwicklungsökonomie nicht überwunden werden kann.

Das Projekt analysiert daher in einem ersten Schritt, wie monetäre Interdependenzen in der globalen Ökonomie die realwirtschaftlichen Interdependenzen vorbestimmen und warum Politiken zur Steuerung der jeweiligen Transformationsprozesse ohne ein genaueres Verständnis der monetären Interdependenzen sowie der Dominanzverhältnisse auf dem Weltfinanzmarkt und auf dem Binnenmarkt zum Scheitern verurteilt sind. In einem zweiten Schritt und als Kern des Projektes wird die strukturelle Heterogenität verschiedener Wirtschaftsformen unter der Annahme eines krisenanfälligen Weichwährungslandes untersucht, dem wesentliche Beschränkungen zur ökonomisch nachhaltigen Entwicklung gerade durch die Konstitution als Weichwährungsland gesetzt werden, und in dem die strukturelle Heterogenität verschiedener Produktionsweisen sowohl auf der einen Seite eine Reproduktion der Okonomie auch in extremen Krisensituationen ermöglicht als auch auf der anderen Seite dauerhaft zur Beschränkung der Durchsetzung der Funktionsbedingungen einer Geldwirtschaft beiträgt.

Modellierung von persistenter Unterentwicklung und Aufstiegspfaden

Aus der Entwicklungsländerforschung lernen heißt im Kontext dieses Projektes, nicht allein nach phänomenologischen Gleichnissen zu suchen und Konzepte zu empfehlen, die aufgrund bereits gemachter Erfahrungen in Lateinamerika als transferierbar erscheinen. Vielmehr soll die Chance genutzt werden, durch eine empirisch fundierte Komparatistik vor der theoretischen Folie eines heterogenen Geldwesens zu einer Weiterentwicklung in der Kategorienbildung zu gelangen sowie Szenarien der Persistenz von Unterentwicklung oder aber auch der Aufstiegspfade zu modellieren.

Methodisch basiert das Projekt auf theoriegeleiteter empirischer Forschung und einer Mehrebenenanalyse. Die Mikrofundierung bilden die Analysen von Pingel in Nižnij Novgorod (Rußland) und von Andrae im Norden

Brasiliens, die nach zwei Drittel der Projektdauer einer Revisited-Betrachtung unterzogen werden. Entsprechend den bestehenden empirischen Lücken konzentriert sich die Forschung in Rußland in Bezug auf die Identifikation von Unternehmenstypen und Ausformungen von Produktionsweisen auf den ländlichen Raum im Gebiet Nižnij Novgorod sowie auf Metropolen wie Moskau und Sankt Petersburg. Die empirische Arbeit in Brasilien bezieht die weiter entwickelten Regionen des Südens ein und berücksichtigt vor allem die geldwirtschaftlich dominierten Zentrums-Regionen wie Săo Paulo, in denen am stärksten die Forderungen nach Durchsetzung einer Geldwirtschaft gestellt werden. Die jeweilige Umsetzung im Zusammenspiel der Großunternehmen, des Finanzsektors, der Zentralbank und der Regierung bildet die Verbindung zur Weltwirtschaft und zum Gegenstand, der den unmittelbaren Anstoß für die Projektausarbeitung gab: die internationalen Währungs- und Wirtschaftskrisen, die Mitte 1998 fast gleichzeitig zuerst Rußland und dann Brasilien erfaßten. Sowohl Entwicklungs- als auch Transformationsökonomien sind den gleichen weltwirtschaftlichen Spielregeln ausgesetzt, die für beide Gruppen ähnliche

Entwicklungschancen, aber auch Entwicklungshemmnisse setzen, die es fruchtbar erscheinen lassen, über einen Vergleich zu einer Differenz der Spezifika zu gelangen.

Kathrin Pingel ist Lehrbeauftragte am Lateinamerika-Institut der FU Berlin.

Silvio Andrae ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lateinamerika-Institut der FU Berlin.

Deutsch-tschechische Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart

Ein studentisches Lehrprojekt

von Christian Domnitz, Berlin und Daniel Masař, Prag

Das Verhältnis von Deutschen und Tschechen zuein ander ist seit jeher von Schwierigkeiten geprägt. Nach dem Ende des von Jan Křen (tschechischer Historiker) als "Konfliktgemeinschaft" charakterisierten Zusammenlebens von Tschechen und Deutschen in Böhmen verstummte der deutsch-tschechische Dialog weitgehend, sowohl auf politischer als auch auf wissenschaftlicher Ebene, und seine vorsichtige Intensivierung nach 1989 ist von Pleiten und Pannen begleitet. Fehlende Sensibilität für Probleme der jeweils anderen Seite charakterisierte zum Beispiel den unversöhnlichen Streit um die Besetzung des Koordinierungsrates des Gesprächsforums zur deutsch-tschechischen Versöhnung.

Deutsch-tschechische Beziehungen und Verständigung waren Thema eines Projekttutoriums im Sommersemester 1999 an der Berliner Humboldt-Universität. Das am Lehrstuhl für Geschichte Ostmitteleuropas beheimatete studentische Seminar hatte zum Ziel, die aktuelle Situation in politischen wie wissenschaftlichen deutsch-tschechischen Diskursen zu analysieren, sowie Chancen und Zukunftsentwürfe der deutsch-tschechischen Nachbarschaft zu skizzieren. Eine weitere Zielsetzung war, Berliner Studierende und junge Wissenschaftler, die sich mit tschechienspezifischen Themen oder dem deutsch-tschechischen Problemfeld beschäftigen, an einen Tisch zu

bringen und zu einem systematischen Austausch anzuregen. Organisiert wurde es von den Autoren dieses Beitrages.

Kultur, Nation und EU – Integration

Der erste Themenblock des Seminars widmete sich kulturellen und mentalitätsgeschichtlichen Fragen - einem Bereich, der für das Verstehen deutsch-tschechischer Verständigungsprobleme sehr wichtig ist, denn gegenseitige Stereotype und Wahrnehmungsmuster spielen trotz ihrer teilweise leicht erkennbaren Überkommenheit immer wieder eine entscheidende Rolle beim Scheitern deutsch-tschechischer Annäherung. Der "preußische Slawenfresser", der, wie ihn eine tschechische Zeitung zu Beginn dieses Jahrhunderts karikiert, zum Mittagessen eine Schüssel voller Tschechen verspeist, hat an der Vermittlung einer tschechischen Angst vor einem zu stark von Deutschland dominierten Europa gewiß seinen Anteil. Und auch der "hinterhältige, verschlagene Tscheche" bietet sich an, wenn es darum geht, eine tschechische Verweigerung des "Rechts auf Heimat" für Sudetendeutsche zu erklären. Über die Wirkungsfelder derartiger Stereotype hinaus wurden sprachwissenschaftliche Aspekte des Deutschen und des Tschechischen sowie Tendenzen in der gegenseitigen Medienberichterstattung diskutiert.

Von soziologischer Seite sind von Anfang an sowohl für Rußland als auch in der Transition Brasiliens zu einer Demokratie skeptischere Einschätzungen formuliert worden, häufig in polemischer Abgrenzung zu den im internationalen Beratungsgeschäft führenden Ökonomen. Doch auch sozialwissenschaftliche Szenarien, die mit spezifischen Hypothesen verbunden waren, sind oftmals nicht in Erfüllung gegangen. Das gilt auch für das mittlerweile berühmte "Dilemma der Gleichzeitigkeit": Obwohl die ökonomischen und sozialen Kosten zuvorderst der rußländischen Transformation, aber auch der brasilianischen Transition hoch und höher als ursprünglich erwartet sind, ist der prognostizierte backlash bis heute ausgeblieben.

Ein zweiter, vornehmlich geschichtlichen Fragen gewidmeter Schwerpunkt beschäftigte sich, ausgehend vom deutsch-tschechischen Zusammenleben in der k.u.k. Monarchie und in der Tschechoslowakei u.a. mit dem Verständnis von Begriffen wie Nation, Nationalstaat und Nationalismus, deren Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen immer wieder diskutiert wurden. Der Höhepunkt des Konflikts, die Reduktion der deutsch-tschechischen Beziehungen auf die "Tschechenfrage" durch den deutschen Nationalsozialismus und auf die "sudetendeutsche Frage" nach dem Zweiten Weltkrieg von tschechoslowakischer Seite aus, bildete dessen dunkelstes Kapitel. Im Seminar wurde für diesen Bereich anhand neuerer Thesen versucht, nationalhistorische Interpretationen und ihre teilweise bis heute andauernde Ausstrahlung zu hinterfragen.

Den dritten, abschließenden Themenblock bildete dann die Auseinandersetzung mit Fragen der europäischen Integration. Dazu gehörten die Perspektiven des deutschtschechischen Verhältnisses als "neue Nachbarschaft" in der EU sowie Fragen der Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik beider Staaten. Das Verhältnis zwischen "großer" und "kleiner Nation" wurde erörtert und die Rolle Tschechiens als Transformationsland in Ostmitteleuropa, dessen EU-Einbindungsprozeß sich nach anfänglich zu optimistischer Bewertung sowie aufgrund wirtschaftlicher und administrativer Fragen immer wieder verzögert.

Bei der Behandlung aller Themenfelder wurde immer wieder Bezug genommen auf aktuelle Forschungstendenzen besonders der tschechischen Wissenschaft, die sich seit 1989 in einer fruchtbaren Phase der Neuorientierung befindet und zum Beispiel traditionelle tschechische Geschichtsinterpretationen zunehmend hinterfragt. Neuere Forschungen zum "Nationalhelden" Jan Hus und zur "Ersten Republik", dem ersten tschechoslowakischen Staat 1918–38, greifen zum Beispiel, nicht ohne dabei Widerspruch hervorzurufen, Teilauslegungen als historische Mythen an. Auch verzeichnet die tschechische historische und politikwissenschaftliche Forschung allgemein Zugewinne durch methodische Bereicherung, außerdem werden wissenschaftliche Auslandskontakte intensiver.

Zielsetzungen des Projekttutoriums

Trotz des Übergewichts historischer und politischer Themen verfolgte das Projekttutorium prinzipiell einen interdisziplinären Anspruch und bemühte sich, Studierende aller Fachrichtungen in die gemeinsame Arbeit zu integrieren. Mit einer stärkeren Fixierung auf Begriffe, der Vermittlung eines bestimmten Maßes an Grundwissen und der Vorstellung politischer "deutsch-tschechischer" Akteure trug das Lehrprojekt diesem Anspruch Rechnung. Häufigste Arbeitsform waren gemeinsame Referate und Diskussionen, die sich thematisch aufeinander bezogen bzw. aufeinander aufbauten. Auch stellten einige Teilnehmer des Projekttutoriums eigene Abschlußarbeiten bzw. Dissertationsprojekte vor. Zu speziellen Themen wurden

auswärtige Referenten geladen. Es etablierte sich ein regelmäßiger Teilnehmerkreis des Seminars von knapp zwanzig Studierenden und jungen Wissenschaftlern, darunter auch tschechische Studenten.

Um einerseits Teilnehmern stets einen aktuellen und schnellen Überblick über den Stand des Seminars zu vermitteln und anderseits Interessenten außerhalb Berlins einen Einblick in behandelte Inhalte zu ermöglichen, wurde eine Homepage eingerichtet. Sie bietet eine ausführliche Dokumentation der Sitzungen, bibliographische Informationen und eine Zusammenstellung wichtiger spezifischer Forschungssites. Um den "sozialen Austausch" zwischen den Teilnehmern zu fördern, wurde u.a. ein Filmclub initiiert, der in Hinblick auf das Seminarthema interessante tschechische Filme in der Originalfassung zeigt.

Die Organisatoren des Projekttutoriums möchten sich an dieser Stelle für die Unterstützung bedanken, die das Vorhaben von vielen Seiten erfuhr. Zu nennen ist Prof. Günter Schödl, Inhaber des Lehrstuhls für Geschichte Ostmitteleuropas an der Humboldt Universität, der die wissenschaftliche Betreuung des Projekts übernahm. Die Humboldt Universität stellte eine Planstelle als studentische Hilfskraft zur Verfügung und das Institut für Internationale Studien der Prager Karlsuniversität übernahm eine Schirmherrschaft über das Projekt. Der deutschtschechische Zukunftsfonds stellte sachgebundene Mittel zur Verfügung.

Als Abschluß des Seminars ist eine gemeinsame Konferenz tschechischer und deutscher Studierender und junger Wissenschaftler in Prag in Kooperation mit dem Institut für Internationale Studien vorgesehen. Dort sollen Arbeitsergebnisse vorgestellt und in der Begegnung Dialoge gesucht werden, die vielleicht auch Ansätze und Ideen für weitere Projekte hervorbringen.

Christian Domnitz studiert Geschichte, Politologie und Volkswirtschaft an der Humboldt Universität.

Daniel Masař studiert Geschichte, Politologie und Internationale Studien an der Karlsuniversität Prag.

Information und Kontakt: http://www2.hu-berlin.de/de-ts-beziehungen

Osteuropa zwischen Integration und Differenz. Probleme europäischer und kultureller Differenzierung

hrsg. von Holm Sundhaussen

Peter Lang Verlag Frankfurt/M. u.a. 1999 ISBN 3-631-34981-5, ca. 65 DM

Sokrates-Osterweiterung: Überlegungen zur europäischen Integration im Hochschulbereich

Eine Reise der OEI-Beauftragten für europäische Hochschulkooperation Jutta Petersdorf und Rosalinde Sartorti

von Rosalinde Sartorti, Berlin

m 13. März diesen Jahres wurde mit der Aufnahme von Polen, Tschechien und Ungarn in die NATO der erste Schritt der Osterweiterung dieses Bündnisses vollzogen. Endlich seien sie – so die Äußerungen führender Politiker dieser Länder – dorthin zurückgekehrt, wohin sie gehörten, nämlich nach Europa. Der polnische Außenminister Mazowiecki ließ sogar verlauten, das sei es, wofür sie jahrelang gebetet hätten.

Der 13. März, an dem die Grenzen in Europa neu gezogen wurden, war auch der letzte Tag einer dreiwöchigen Reise, die uns als Beauftragte für europäische Hochschulkooperation durch Polen, Tschechien und Ungarn, aber auch nach Rumänien geführt hatte, dem diese "Rückkehr nach Europa" zumindest auf militärischer Ebene versagt worden war. Und es drängte sich die Frage auf, welche Erwartungen in diesen Ländern an die Hochschulpartnerschaften geknüpft werden, welchen Stellenwert sie dem Dozenten- und Studentenaustausch im Prozeß der europäischen Integration beimessen.

Zehn Universitäten in 20 Tagen

Im Februar und März besuchten wir Hochschulen in Warschau, Łódź, Breslau, Prag, Olomouc, Budapest, Bukarest, Iaşi und Cluj-Napoca; vier Länder, neun Städte, zehn Universitäten in 20 Tagen. Bei dieser Reise handelte es sich um ein sogenanntes *monitoring visit* im Rahmen des Brüsseler Sokrates-Programms. Es war unsere Aufgabe, die Bedingungen zu erkunden, die die Studierenden des Osteuropa-Instituts bei einem Aufenthalt an der Gasthochschule vorfinden würden und im Einzelfall auch auf deren Verbesserung hinzuwirken. Unsere Beobachtungen und Schlußfolgerungen sollten dabei zu einer Verbesserung der künftigen Zusammenarbeit beitragen. Aber auch die ausländischen Partner sollten die Möglichkeit haben, Kritik zu üben und eigene Vorschläge zur Verbesserung und Erleichterung des Austauschs einzubringen.

Dies war eine nicht immer ganz leichte Aufgabe, wenn man bedenkt, daß sich unsere östlichen Nachbarländer in ihrem Bemühen um Aufnahme in das europäische Bündnis in einer Bittstellerposition befinden, die sich auch auf die Kooperation zwischen den Hochschulen erstreckt: eine Position der Schwäche gegenüber einer Position der Stärke durch unsere Zugehörigkeit zur Europäischen Union. Nicht leicht, zumal sich dieses Verhältnis in mancherlei Hinsicht umzukehren schien und wir uns fragen mußten, wer hier von wem etwas lernen könnte. Doch zu diesen Erfahrungen später.

Noch vor Beginn der Fahrt begegnete man uns mit großer Skepsis. Nicht nur die Angestellten eines Berliner Reisebüros hatten für unser Vorhaben, die östlichen Nachbarländer mit dem Zug zu durchqueren, nur ein mitleidig unverständiges Lächeln übrig. Auch manche Kollegen hielten dieses Unternehmen für abenteuerlich und riskant und mahnten zur Vorsicht. Nicht ganz unbeeinflußt von diesen Warnungen und Bedenken machten wir uns auf den Weg. Doch die Abenteuer und Gefahren, die dort angeblich auf uns warten sollten, blieben aus, sieht man von jahreszeitlich bedingten Naturereignissen wie etwa Schneestürmen in Polen und Überschwemmungen in Rumänien und Ungarn einmal ab, die uns zwar einmal zu Umwegen zwangen, aber nicht daran gehindert haben, unsere Reise wie geplant durchzuführen. Was kann man in der Kürze der Zeit und vom Zug aus von Land und Leuten erfahren? Nicht viel. Selbst das wechselnde Panorama der Landschaft, das sich vor dem Fenster des Abteils entfaltete, konnte schon bald nicht mehr unsere volle Aufmerksamkeit erlangen. Zugfahren bringt eine Ermüdung mit sich, die selbst das Nachbereiten der Gespräche und die Vorbereitung auf die nächste Begegnung beschwerlich machte. Es blieb wenig Zeit, die einzelnen Orte zu erwandern. Im buchstäblichen Sinne "erfahren" haben wir die Weite des geographischen Raums, der gleichwohl auch in den fernsten Winkeln nichts wirklich Fremdes hatte. Also doch durch und durch europäisch und deshalb vertraut? Gehörten nicht all diese Länder schon immer zu Europa? Diese Frage mußten wir uns immer wieder stellen. Waren unsere Vorstellungen noch im alten Blockdenken befangen? Unser Augenmerk sollte sich allerdings weniger auf Landschaften, historische Stätten und Sehenswürdigkeiten richten, als vielmehr auf die Arbeit der einzelnen Universitäten und ihrer Außenämter.

Betrachten wir hier noch einmal die Ziele des 1996 von Brüssel aufgelegten Sokrates-Programms, das nicht nur Studierende (wie bisher im Rahmen von Erasmus), sondern auch Lehrende zu größerer Mobilität innerhalb Europas ermuntern soll. Langfristig soll ein Auslandssemester zum integrativen Teil eines jeden Studiengangs werden, um auf diese Weise die europäische Einigung zu fördern. Bei der gleichzeitig angestrebten Studienzeitverkürzung erfordert dies jedoch eine Angleichung der Lehrinhalte und des Studienaufbaus, so daß dem einzelnen durch den Auslandsaufenthalt kein Semester "verlorengeht". Ein Kennenlernen von Land und Leuten und die Verbesserung der Sprachkenntnisse allein reichen nicht mehr aus. Schon vor dem Aufenthalt soll geklärt werden,

welche Lehrveranstaltungen während des Auslandssemesters an der Gastuniversität besucht werden sollen, um den Erwerb der für das Studium erforderlichen *credit points* sicherzustellen. Dafür müssen die in den Lehrprogrammen zu erbringenden Leistungen einheitlich nach dem sogenannten *European Credit Transfer System* (ECTS) gestaltet werden, eine Aufgabe, die noch keineswegs abgeschlossen ist.

Für das akademische Jahr 1998/99 wurden zum ersten Mal auch mehrere mittel- und südosteuropäische Anwärter auf eine EU-Mitgliedschaft in das Hochschulprogramm miteinbezogen, so daß zwischen unserem Institut und verschiedenen Hochschulen in Mittel- und Südosteuropa Vereinbarungen zum Austausch von Studenten und Dozenten unterzeichnet werden konnten. Vor allem Studierende des Osteuropastudiengangs hatten schon lange auf diese Öffnung nach Osten gewartet. Zum Zeitpunkt unserer Reise hielten sich an den einzelnen Universitäten (mit Ausnahme von Cluj und Iași) bereits Studierende des Osteuropa-Instituts für ein Gastsemester auf. Ihre Erfahrungen als "Pioniere" des Austauschprogramms haben ganz entscheidend zum Erfolg unserer Mission beigetragen, weil sie unseren Blick auch auf Mängel und Unzulänglichkeiten gelenkt haben, die wir sonst nicht hätten wahrnehmen können. Doch was haben die Universitäten unserer östlichen Nachbarn zu bieten? Was können Studierende an der Gasthochschule erwarten?

Besser organisiert im Osten

Es war nicht unsere Aufgabe, die Qualität von Lehre und Forschung zu prüfen; was jedoch die organisatorisch-administrative Seite, die Betreuung und Unterbringung der ausländischen Studierenden an diesen Hochschulen anbetrifft, sind sie uns in vielem weit voraus. So war es für uns beschämend, feststellen zu müssen, daß zum einen das Engagement und die Professionalität des mit Kooperationsfragen befaßten Verwaltungspersonals oft ungleich höher war, als wir es von den hiesigen bürokratischen Regelungen her kennen. Zum anderen war das für die Gaststudenten angebotene Informationsmaterial wesentlich besser strukturiert und auch in seiner äußeren Erscheinungsform ansprechender als die vom Erasmus-Sokrates-Büro der Freien Universität für diesen Zweck zusammengestellte, fotokopierte Broschüre. In wirtschaftlich von schwerer Depression heimgesuchten Regionen, wie etwa in Rumänien, zeigt sich die Universität von Iaşi und ihre Verwaltung wie eine blühende Insel inmitten einer von wirtschaftlichem Niedergang geprägten Industrielandschaft.

An fast allen Hochschulen gibt es in einzelnen Fächern auch Lehrangebote in englischer Sprache. Dies gilt vor allem für die Politik- und Wirtschaftswissenschaften, aber auch für die Naturwissenschaften. Besonders erwähnenswert und vorbildlich ist, daß die Lehrveranstaltungen philologischer Fächer an einzelnen Hochschulen fast ausschließlich in der jeweiligen Fremdsprache durchgeführt werden.

Sprachkurse werden an allen Universitäten sowohl vorbereitend (kostenpflichtig), noch vor Beginn des Semesters, als auch semesterbegleitend (kostenfrei) angeboten.

Die Studentenwohnheime sind neu erbaut oder saniert worden. Allerdings können aus Platzmangel meist nur Doppelzimmer angeboten werden. Nur in Budapest müssen sich die ausländischen Studierenden private Unterkünfte besorgen, wobei sie jedoch von der Universität unterstützt werden. Die Lehrprogramme sind weitgehend auf das European Credit Transfer System umgestellt. Überhaupt kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Professionalität der Universitätsaußenämter und die Bemühungen einzelner Fachbereiche, ihr Lehrprogramm für Studierende aus der Europäischen Union attraktiv zu machen, umso höher sind, je größer die Entfernung zu Westeuropa ist. Ein besonders krasses Beispiel ist die Alexandru-Ioan-Cusa-Universität in Iaşi, an der Grenze zur neugegründeten Republik Moldova gelegen. Ein gerade erst erbautes Studentenwohnheim mit 150 Plätzen, Einzel- und Doppelzimmern, so luxuriös ausgestattet und zugleich so preiswert (50 US \$/pro Monat), daß es in Westeuropa seinesgleichen suchen müßte.

Skeptiker mögen einwenden, daß sich diese Universitäten in ihrem Wunsch "dazuzugehören" besonders anstrengen und auch anstrengen müssen, um an westeuropäische Standards heranzureichen. Doch rechtfertigt dies wohl kaum die Position der Gegenseite, die häufig meint, sich nicht mehr profilieren zu müssen und davon ausgeht, daß ihre privilegierte geographische Lage allein genüge, um Ehrerbietung und Bewunderung bei den finanziell schwächeren Nachbarn hervorzurufen.

Es erübrigt sich fast zu erwähnen, daß wir überall sehr freundschaftlich und mit großer Herzlichkeit aufgenommen wurden. Die Gastfreundschaft und Warmherzigkeit unserer osteuropäischen Nachbarn ließ deshalb selbst auf offzieller Ebene das reale Ungleichgewicht in Vergessenheit geraten und eine Atmosphäre von Nähe und Vertrautheit entstehen.

Bürokratische Hindernisse

In erster Linie sind es denn auch die Finanzierungsprobleme, die diesen Austausch behindern. Das Ost-West-Gefälle der Lebenshaltungskosten ist mit einem Stipendium von 230 ECU (ca. 460 DM) im Monat, das den Sokrates-Studenten aus Osteuropa für ihren Aufenthalt an einer westeuropäischen Universität zugeteilt wird, nicht auszugleichen. Für ein Gastsemester kommen nur Studierende in Frage, die sich noch aus anderer Ouelle eine finanzielle Unterstützung sichern können. Diese Ausgangslage, die nicht primär Leistung zum Auswahlkriterium macht, hat unter den Studierenden dieser Länder zum Teil schon eine anti-europäische Stimmung entstehen lassen. Der Aufforderung, im Rahmen von Sokrates ein Semester in Westeuropa zu verbringen, steht die mangelnde Finanzierung entgegen. Die Sokrates-Hand, die Brüssel und mit ihr die Europäische Union den Studierenden der östlichen Nachbarländer werbend entgegenstreckt, wird zurückgezogen, sobald sie Hilfe und Unterstützung suchend, nach ihr greifen.

Dies war nicht immer so. Schon kurze Zeit nach dem Zusammenbruch des Blocksystems hatte sich Brüssel nach "Osten" geöffnet. Über verschiedenste Kooperationsprogramme, wie etwa TACIS, TEMPUS oder PHARE, floß tatsächlich Geld an zahlreiche Hochschulen in Osteuropa, einschließlich der ehemaligen Sowjetunion, was u.a. für eine Umgestaltung der Lehrpläne, für die Modernisierung der technischen Ausstattung und die Bereitstellung von Lehrpersonal genutzt wurde.

Mit der Einführung von SOKRATES zur Studenten- und Dozentenmobilität scheint dieser Fluß mehr und mehr zu versiegen. Austauschprogramme, unter ihnen auch Sokrates, haben zumindest einen Vorteil. Sie befreien die Gaststudenten von den teilweise recht hohen Studiengebühren, die z.B. an der Karls-Universität in Prag je nach Fach zwischen 3.000 und 10.000 Dollar für ein akademisches Jahr betragen.

Leider gibt es noch eine weitere große Hürde bei der Normalisierung der Hochschulbeziehungen zwischen Ost und West: die Visabestimmungen der einzelnen Länder. Von deutscher Seite werden auch Studenten als potentielle Arbeitsemigranten betrachtet, vor denen der Staat sich schützen muß. Der visafreie Reiseverkehr beschränkt sich auf Touristen. Wer im Land studieren möchte, benötigt eine Aufenthaltsgenehmigung, für die eine Vielzahl von Unterlagen, Bescheinigungen und Zeugnissen beigebracht werden muß. So muß der Wunsch, in Deutschland zu studieren, schon sehr groß sein, um sich von den bürokratischen Hürden nicht abschrecken zu lassen. Gleichsam im Gegenzug haben unsere östlichen Nachbarländer in den letzten Jahren ihre Einreisebedingungen ebenfalls verschärft, allen voran Tschechien. Was in den ersten Jahren nach Öffnung der Grenzen individuell recht unbürokratisch geregelt wurde, hat mittlerweile insofern europäische bzw. Brüsseler Formen angenommen, als es in einem Papierberg zu ersticken droht.

Was zu tun bleibt

Von ähnlicher, wenn nicht sogar noch größerer Bedeutung aber sollte die Aufgabe sein, gegen die Blockaden in unserem Denken anzugehen.

Europäische Hochschulkooperation und NATO-Osterweiterung – beide tragen auf ihre Weise dazu bei, daß die Grenzen in Europa neu gezogen werden. Innerhalb Westeuropas scheint sich die neue Mobilität der Studierenden recht problemlos zu entwickeln. Der Austausch zwischen Ost und West hingegen ist von Normalität noch weit entfernt. Sollte die europäische Integration am Geldmangel und an den bürokratischen Hürden scheitern? Offensichtlich besteht ein eklatantes Mißverhältnis zwischen dem Willen und der Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf seiten der Hochschulen und der Politik der Einreisebehörden. Es wäre die Aufgabe von Brüssel, in den einzelnen Ländern, darunter auch der Bundesrepublik

Deutschland, hinsichtlich der Einreisebestimmungen auf eine Sonderregelung für Studierende hinzuwirken. Und es wäre die Aufgabe der Freien Universität, auf Brüssel und das Auswärtige Amt einzuwirken, um Sonderregelungen für Wissenschaftler und Studenten zu erreichen. Das ist die administrative Seite.

Ein ebenso großes Hindernis sind sicher die mentalen Blockaden, die den Osten noch immer als etwas fernes Fremdes sehen, das kaum einlädt zu längerem Aufenthalt; zugleich nicht fremd genug, um Abenteuerlust zu wecken, und eher mit dem Verzicht auf gewohnte Bequemlichkeiten verbunden. Reisen in diese Länder gehören noch keineswegs zur Selbstverständlichkeit. Europa endet in den Köpfen der meisten noch immer an der Oder. Diese Vorstellung wird von den Studierenden des Osteuropa-Instituts zwar nicht geteilt. Aber auch hier sind es die Hauptstädte, denen eindeutig der Vorzug gegeben wird.

Nur eine größere Bereitschaft, uns den Gastdozenten und -studenten an der Freien Universität stärker zuzuwenden, und als Mittler zwischen den Welten ein Gastsemester vielleicht auch an einer kleineren Universität zu verbringen, wird langfristig ein wichtiger Baustein für die europäische Einigung sein, wenn wir es denn wirklich ernst damit meinen.

Detaillierte Auskünfte können im Internet über die Website der jeweiligen Hochschule eingeholt werden. Broschüren unserer Sokrates-Partneruniversitäten wie auch einzelne Merkblätter sind bei Frau Dr. Petersdorf (Zi. 115) erhältlich. Allgemeine Informationen (leider nicht mehr auf dem neuesten Stand) sind u.a. folgender Publikation zu entnehmen:

Handbuch der Hochschulen. Ostmittel-, Südosteuropa und Gemeinschaft Unabhängiger Staaten. Hrsg. von der Hochschulrektorenkonferenz. Verlag Karl Heinrich Bock, Bad Honnef 1995.

Dr. phil. Rosalinde Sartorti ist Akademische Mitarbeiterin am Arbeitsbereich Geschichte und Kultur am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

Besuchen Sie die Homepage des Osteuropa-Instituts! http://userpage.fu-berlin.de/~oei

Hier erfahren Sie mehr über die Schwerpunktgebiete und Kontaktadressen unserer MitarbeiterInnen, Veranstaltungstermine, osteuronabezogene

Veranstaltungstermine, osteuropabezogene Internetquellen usw.

Außerdem erhalten Sie Einblick in das aktuelle Kommentierte Vorlesungsverzeichnis und andere Publikationen des OEI.

Nervosität vor dem Sturm

Serbien am Vorabend der Bombardierung: Eine Momentaufnahme (März 1999)

von Klaus Buchenau, Berlin

"Ich habe 18 Menschen getötet! Wie, ihr glaubt mir nicht? Ich sage: es waren 18!" Die Passagiere des Reisebusses, der im südserbischen Niš, etwa 35 Kilometer vom Kosovo entfernt, in Richtung Belgrad starten soll, wenden ihre Blicke von dem jungen Mann mit der wirren Gestik ab. Die Geschichte, die er erzählen will, möchte keiner hören. Kein Interesse an einem Verrückten, der vielleicht doch nur ein Verräter ist, oder einfach Angst? Die Fahrkartenkontrolle beginnt. Der junge Mann hat keine Fahrkarte, sondern zieht stattdessen eine ärztliche Bescheinigung aus der Jackentasche, die ihn als "labil" und "zeitweilig wehrunfähig" bezeichnet. Allem Anschein nach stimmt die Diagnose. Aber das interessiert den Kontrolleur nicht. Er schaut nicht einmal ernsthaft auf das Papier, das dem jungen Mann in Zivil die kostenlose Heimfahrt zu seinem Wohnort ermöglichen soll. Ein westlicher Ausländer bietet an, die Fahrt zu bezahlen, hält Geldscheine hin. Aber das interessiert den Kontrolleur auch nicht.

An der nächsten Polizeistation, in einem Vorort von Niš, hält der Bus, und der junge Mann wird einem Uniformierten übergeben. Wieder hält er seine ärztliche Bescheinigung hoch, und wieder ohne Erfolg – der Polizist nimmt das Papier überhaupt nicht wahr. Der schlacksige, kurzgeschorene Junge und der gedrungene Uniformierte verschwinden in der abendlichen Dunkelheit, und der Bus fährt weiter. "Was meint ihr zu dem, was gerade eben passiert ist?", fragt der westliche Ausländer die jungen Leute, die vor ihm sitzen. Sie haben die ganze Zeit geschwiegen, wie auch die anderen Leute im Bus. "Du hast kein Recht, dich mit einem Angehörigen der jugoslawischen Armee zu unterhalten", zischt ein junger Mann, dessen weiche Züge ansonsten kaum an einen Kämpfer erinnern. "Wenn ich das in deinem Land gemacht hätte, wäre ich sofort rausgeflogen! Du bist hier Gast, verstehst du?" Damit beginnt eine längere Diskussion über das Kosovo und die böse internationale Gemeinschaft, aber eine von der Sorte, die nie zu einem guten Ende kommt ...

Im jugoslawischen Staatsarchiv

Die Belgrader wirken eher müde als mobilisiert. Als die NATO im Oktober 1998 schon einmal mit Bomben drohte, war die Panik größer – obwohl auch jetzt niemand bezweifelt, daß die Lage sehr, sehr ernst ist. Aber zehn Jahre Dauerkrise stumpfen ab. Viele junge Männer verstecken sich vor der Einberufung, so gut sie können. "Seit Anfang der 90er Jahre weiß die Polizei nicht, wo ich eigentlich wohne", sagt Mischa. Er und seine Kollegen im Jugoslawischen Staatsarchiv verdienen rund 200 Mark im Monat, die auch nicht immer pünktlich ausgezahlt wer-

den. Am Mittagstisch in der Kantine wird fast nie über Politik gesprochen, im Gegenteil: Politik wird verdrängt, wo es nur geht. Die Männer machen Witze über alles mögliche, und den Frauen machen sie Komplimente.

Kommt das Gespräch dann doch auf die aktuelle Lage, kippt die Stimmung ins Düstere. Die einen meinen, daß ein Rumpfserbien ohne Kosovo "einfach lächerlich und perspektivlos" sei, was aber nicht automatisch heißt, daß sie auch freiwillig für dieses "serbische Jerusalem" kämpfen würden. Andere wieder fürchten sich vor Bürgerkrieg, vor dem totalen Krieg nicht nur zwischen Albanern und Serben, sondern auch den Serben untereinander. Die Älteren vergleichen die Aussichten öfter mit den beiden Weltkriegen, die Serbien und die Serben äußerst schwer mitnahmen. Der Theologe Živica Tucić, der ansonsten nicht viel von der Einmischung der NATO in den Konflikt hält, sieht einen totalen Zusammenbruch Serbiens voraus, eine Art "jüngstes Gericht", in dem die Serben endgültig dafür bezahlen müssen, daß sie dieses Regime so lange unterstützt haben. Und ein ehemaliger Spitzenbeamter im jugoslawischen Innenministerium (!) gewinnt der Situation sogar etwas positives ab: "Dieses Mal", glaubt er, "wird nicht nur das Volk, sondern auch das Regime leiden."

Die Kantine des Jugoslawischen Staatsarchivs ist, im Gegensatz zu den staatlichen Medien, ein pluralistischer Ort. Hier sitzen Liebhaber der Zivilgesellschaft und Verschwörungstheoretiker friedlich nebeneinander, und es vergeht einige Zeit, bis man merkt, wer wo steht. Direkte, energiefressende Zusammenstöße werden vermieden. Das Gefühl der Bedrohung von außen führt zu einem intuitiven Schulterschluß, obwohl in allem – auch in Bezug auf den Kosovo – erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen bleiben. Das drohende Chaos, so scheint es, macht politische Standpunkte sowieso irrelevant; und das praktische Leben, von den Finanzen bis zur Wohnung, war auch bisher ohne Zusammenhalt nicht zu meistern. Wenn politische Differenzen nicht öffentlich werden, kann das allerdings auch ganz handfeste Gründe haben. "Den unabhängigen Intellektuellen können Sie bei uns lange suchen. Fast alle haben hier Chefs, Vorgesetzte und sonstige wichtige Leute, die ihnen die Karriere vermasseln können, wenn sie nicht spuren." Die Historikerin Ljubinka Stefanović* bemüht sich, diese Erfahrung zu vermeiden. Sie hat eine Familie, die von ihrem Gehalt als wissenschaftliche Mitarbeiterin lebt - und einen nationalistischen Professor, ohne dessen Unterstützung sie nicht habilitieren kann. Also beißt sie in den sauren Apfel. Sie nimmt als Referentin an Veranstaltungen teil, auf der sein nicht besonders gut recherchiertes, dafür aber nationalistisches Buch zur Serbischen Orthodoxen Kirche im sozialistischen Jugoslawien über den grünen Klee gelobt wird. Daß Ljubinka vor einigen Jahren ein unendlich viel ernsthafteres Werk zu demselben Thema verfaßt hat, erfahren die Zuhörer nicht – weder von Ljubinka, die verängstigt schweigt, noch dem Professor, der blasiert auf der Tribüne sitzt und sich als nationalen Propheten feiern läßt.

Die neokommunistische Partei von Mira Marković

Die "Jugoslawische Vereinte Linke" (JUL), ein neokommunistischer Ableger der regierenden Sozialisten, den Milođeviăs Frau Mira Marković 1994 gründete, treibt das Spiel mit der Abhängigkeit zur Perfektion. Unter dem Deckmantel proletarischer Ideologie ist JUL zum politischen Instrument der serbischen Staatsmafia geworden. Die Schlüsselindustrien werden zum großen Teil von JUL-Mitgliedern kontrolliert. Mit ihrem Geld, schreibt das Magazin "Evropljanin", kauft die Organisation reihenweise Studenten, indem sie ihnen einen Arbeitsplatz in irgendeiner der staatlichen Institutionen verspricht. Die Ideologie von JUL ist bizarr: In Großveranstaltungen wird eine Mischung von realsozialistischem Kitsch, mit honigsüßen Hits für den Weltfrieden vom Kosovo bis Kongo, und christlich getarntem Nationalismus unter die Leute gebracht. Und die gekauften Studenten sitzen und applaudieren mechanisch, wie das sowjetische Zentralkomitee zu Brežnevs Zeiten.

Aber manchmal scheint die Sonne auch im Schatten. Im südserbischen Nid gibt es eine Universität mit einem Restaurant im Keller. Hierher führt der bärtige Soziologieprofessor Dragoljub Djordjević seine ausländischen Gäste, wenn er welche hat. Über der Erde, in seinem Arbeitszimmer im vierten Stock der Fakultät für Maschinenbau, ist er der kühle Intellektuelle, der Konferenzen organisiert und sich Gedanken über die Zivilgesellschaft macht. Anders im Untergeschoß, im Restaurant: Hier lebt er den rauschhaften Moment, der durch den Alkohol um mehrere Dimensionen erweitert wird. Frauen, Fiktionen, Fakten, alles durcheinander. Danach steuert Djordjević mit seinem alten Lada volltrunken den Busbahnhof an, um den Gast wieder auf den Weg in die Hauptstadt Belgrad zu bringen. Und scherzt: "Besser, wir fahren uns jetzt zu Tode, als wenn uns die NATO-Bomben treffen!"

Klaus Buchenau promoviert z.Z. im Fach Südosteuropäische Geschichte zum Thema "Kirche, Staat und Gesellschaft in Jugoslawien 1960–1991. Die serbischorthodoxe und katholische Kirche im Vergleich".

Die Flüchtlingskrise in Albanien – Katastrophe oder Chance?

Die humanitäre Flüchtlingskatastrophe könnte den Beginn einer neuen Phase in der Entwicklung Albaniens bedeuten.

von Tim Bittiger, Tirana

Bis vor kurzem war Albanien allenfalls als "Armenhaus Europas" bekannt. Lediglich zu Zeiten wirtschaftlich oder politisch motivierter Unruhen erregten Tausende "Boatpeople" internationale Aufmerksamkeit. Ansonsten blieb das Land der Skipetaren, nach jahrzehntelanger Isolierung durch die Hoxha-Diktatur, auch während der Neunziger ein weißer Fleck auf der Landkarte.

Mit der Flüchtlingskrise der vergangenen Wochen ist Albanien näher an Europa herangerückt. Heute ist das albanische Grenzstädtchen Kukës in der vergessen geglaubten nördlichen Provinz des Landes durch schockierende Bilder von Flüchtlingen so bekannt geworden, wie vor einigen Jahren Goma. Die Besuche hochrangiger politischer Delegationen aus aller Welt haben Tirana neuen Hauptstadtcharakter verliehen. Die Republik Albanien profiliert sich zur Zeit international als europäischer Staat mit einer Regierung, die sich während der Krise trotz großer Belastung bewährt hat.

Viele Beobachter sind von dieser stabilen Entwicklung Albaniens positiv überrascht. Immerhin hat die Flüchtlingswelle aus dem Kosovo Albanien fast über Nacht von einem notorischen Auswanderungsland – mit all seinen Attributen wie Armut, Instabilität und Korruption – in das Aufnahmeland mit den höchsten Zahlen aufgenommener Kosovo-Flüchtlinge verwandelt. Insgesamt strömten zwischen Ende März und Anfang Juni 470 000 Flüchtlinge aus dem Kosovo ins benachbarte Albanien, durchschnittlich mehrere tausend pro Tag.

Improvisationsfähigkeit unter Beweis

Sowohl die Regierung als auch die Bevölkerung Albaniens haben auf diesen Flüchtlingsstrom prompt und außergewöhnlich verantwortungsbewußt reagiert. Während viele internationale Organisationen teilweise Wochen benötigten, um angemessene Hilfsstrukturen in Albanien aufzubauen, verloren die Albaner keine Zeit, den kosovarischen Flüchtlingen im Rahmen der ihnen vorhandenen Möglichkeiten Hilfe und Schutz zu bieten. In vielen Städten und Gemeinden bildeten sich schon nach wenigen Tagen improvisierte Krisenstäbe, die versuchten,

^{*} Name geändert.

Flüchtlingen wenigstens das nötigste Essen und ein Dach über dem Kopf zu organisieren. Familien nahmen spontan Flüchtlinge auf. Über zwei Drittel der Flüchtlinge aus dem Kosovo sind während der Krise in Gastfamilien untergekommen.

Für die meisten Albaner schien diese Gastfreundschaft, wenigstens zu Anfang der Krise, eine Selbstverständlichkeit, ein Gebot der Stunde. Viele nannten es ihre Pflicht, den "Brüdern aus dem Kosovo" zu helfen. Dabei spielte panalbanischer Nationalismus, wie in Presse und Politik, eine verschwindend kleine Rolle. Auch die befürchteten Animositäten zwischen den gegischen (nordalbanischen, meist katholischen) Kosovaren und den toskischen (südalbanischen, muslimischen oder griechisch-orthodoxen) Albanern im Süden des Landes blieben aus. Die Aufnahmebereitschaft nahm trotz spät eintreffender materieller und finanzieller Unterstützung durch den Staat und humanitäre Organisationen für lange Zeit nicht ab.

Wie in anderen Katastrophengebieten wurde die anfängliche Hilfsbereitschaft im Laufe der Krise auf eine harte Probe gestellt. Nach und nach setzte eine klare "Gastfamilienerschöpfung" (host-family fatigue, UNHCR-Jargon) ein. Viele Kosovaren wurden von ihren Gastfamilien aus dem Haus komplimentiert, mit Bedauern oder Kalkül, jedoch meistens aus finanziellen oder Raumgründen. Es sollte auch nicht unerwähnt bleiben, daß viele Albaner von ihren "Gästen" hohe Mieten verlangten. Trotz allem überwog jedoch eine äußerst hilfsbereite Einstellung.

Insgesamt hat die albanische Bevölkerung trotz der hohen Belastung von der Krise profitiert. Zusammenhalt und ein gemeinsames Ziel, Werte, die nach der sozialistischen Diktatur von der wilden Marktwirtschaft verdrängt worden waren, sind teil- und zeitweise wieder zum Vorschein gekommen, wenn auch verzerrt durch zahlreiche Aktivitäten albanischer Kriegsgewinnler. Gleichzeitig kann man behaupten, daß die albanische Bevölkerung Teil eines größeren, regionalen Kontextes geworden ist. Kosovarische Albaner, bisher eher abstrakte "Brüder jenseits der Berge", sind nun, je nach persönlicher Erfahrung im guten oder schlechten Sinne, zu Nachbarn geworden. Auch der Kontakt mit der internationalen Gemeinschaft hat neue Perspektiven eröffnet, und das nicht allein durch die vielen neuen Arbeitsplätze für Ortskräfte.

Neues staatliches Selbstvertrauen

Auch für die albanische Regierung bedeutete die Krise nicht nur die Bewältigung einer humanitären Katastrophe, sondern auch eine Bewährungsprobe mit bedeutendem Potential für die weitere Entwicklung Albaniens. Die Mehrheit unter Albaniens Politikern steuerte die Krise von Tirana und den Präfekturen aus mit beachtenswerter Entschlossenheit und einem hohen Maß an Selbstvertrauen gegenüber internationalen Partnern. Schon Ende März beschloß Premierminister Pandeli Majko – auf Anregung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in

Europa (OSZE) – die Einrichtung eines Krisenstabes ("Emergency Management Group", oder EMG) zur Koordinierung des humanitären Hilfsprogrammes. Vertreter albanischer Ministerien sowie Entsandte internationaler Organisationen bildeten im Ministerrat ein Büro, das sich im Laufe der Krise zur zentralen Schaltstelle des humanitären Hilfsprogrammes in Albanien entwikkelte. Geleitet von Ex-Vizepremier Kastriot Islami und unter dem Management des UNHCR, koordiniert die EMG Entwicklungen in den Bereichen Unterbringung, Ernährung, Logistik und Gesundheit. Unternehmen wie die Weiterverteilung von Flüchtlingen aus dem überfüllten Kukës, die Vorbereitung auf den nächsten Winter und der derzeitige Rücktransport von Flüchtlingen in den Kosovo wurden von der EMG aus geplant und landesweit durchgeführt. Ein Zentrum für Nichtregierungsorganisationen hatte innerhalb von einigen Wochen mehrere hundert internationale und albanische NGOs registriert und informiert seitdem über Entwicklungen im Nichtregierungs-

Innerhalb der albanischen Regierung wurde die EMG anfangs nur zögerlich als zentrale Koordierungsstelle anerkannt. Nach albanischer Gesetzgebung hätte das Ministerium für Lokalverwaltung mit dem ihm unterstellten Flüchtlingsbüro die Koordinierung der Flüchlingshilfe in Alleinregie übernommen. Nach den Erfahrungen der Flüchtlingskrise des letzten Jahres jedoch bestand die internationale Gemeinschaft auf einem gemeinsamen Koordinierungsbüro, um die Verwendung von Spenden und Hilfslieferungen genauer nachvollziehen zu können. Vermittlungsarbeit, vor allem der OSZE, bewirkte schließlich eine Zusammenarbeit der gesamten Regierung mit der EMG.

Die EMG ist laut vieler Diplomaten und Flüchtlingshelfer eine in dieser Form bisher nicht dagewesene Einrichtung. Während humanitäre Hilfsaktionen meist in Ländern organisiert werden, in denen keine oder nur eine schwach ausgeprägte Autorität der Staatsorgane existiert, trafen die internationalen Organisationen in Albanien auf einen selbstbewußt agierenden Staatsapparat, der die Zügel bis heute, eben vor allem durch die EMG, weitgehend in der Hand behalten hat. Die Entscheidung der ersten Krisentage, die Kontrolle über den albanischen Luftraum aus operativen Gründen zeitweise an die NATO und UN abzugeben, wurde in einer langwierigen Prozedur und erst nach vielen Diskussionen über die Risiken einer teilweisen Aufgabe von Souveränität sowohl vom Ministerrat und dem Premierminster, als auch vom Parlament abgesegnet, während internationale Partner unruhig auf eine Entscheidung warteten, um humanitäre Hilfsflüge zu starten. Gleichzeitig führte diese absichernde Haltung der Regierung zu eklatanten Verzögerungen, so im Falle der Gesetzesänderung für Zolleinfuhrbestimmungen, die in Deutschland und anderen Geberländern schweren Unmut nach sich zog, und zeitweise die Bereitschaft zur Unterstützung Albaniens gefährdete.

Albanien im Mittelpunkt des Interesses

Albanien ist durch die Flüchtlingskrise in vorher nicht dagewesenem Maße in den Mittelpunkt des politischen Weltinteresses gerückt. Während vor der Krise lediglich einige Minister für Entwicklungszusammenarbeit sowie traditionell nach Albanien orientierte italienische Politiker ihren Weg nach Tirana fanden, ziehen nun ganze Defilees hochrangiger Politiker vom Büro des Premierministers zum Präsidentenpalast. Besuche von Politikern wie dem britischen Premier Tony Blair verleihen Albanien einen neuen Rang in der Staatengemeinschaft. Gespräche finden eher zwischen Gleichberechtigten als zwischen Bittsteller und Gönner statt. Die Besucher haben in Tirana nicht nur Schecks für humanitäre Direkthilfe übergeben. Viele unter ihnen werden das kleine, fremdartige Land mit der Entscheidung verlassen haben, hier etwas zu verändern. Es liegt nun aber auch an der albanischen Regierung, ob sich internationale Beziehungen vertiefen lassen, oder ob diese neuen Kontakte ungenutzt bleiben. Die Krise hat der Regierung unverhofft Gelegenheit geboten, bei internationalen Partnern Respekt und Sympathie zu erwerben. Diese neue Position muß nun mit Entschiedenheit konsolidiert werden. Und das bedeutet, die schon früher international angeprangerten Übel Kriminalität und Korruption aktiv zu bekämpfen - ein Unterfangen, das bis jetzt weitgehend erfolglos blieb.

Die humanitäre Hilfsaktion in Albanien schien ein Unternehmen der Superlative zu sein, was in erster Linie den Flüchtlingen zugute kam. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen rühmte sich, in Albanien die umfangreichste Lebensmittelverteilung seit seinem Bestehen aufgebaut zu haben. Die Armee der Vereinigten Arabischen Emirate hatte im Rahmen ihrer ersten humanitären Mission in Kukës ein "Fünfsterne-Camp" errichtet, welches mit einem hochmodernen Feldlazarett, klimatisierten Krankenwagen und eigenem Hubschrauber ausgestattet war, und seine Gäste mit Datteln und Kaffee verwöhnte. Hunderte von NGOs aus aller Welt, darunter "God Loves Albania" und "Institute for Total Encouragement", drängelten sich auf dem Flughafen Tirana, um mit viel gutem Willen doch noch per UNHCR-Hubschrauber nach Kukës zu gelangen.

Viele erfahrene humanitäre Helfer, kurzfristig aus Angola oder Kambodscha eingeflogen, waren fassungslos beim Anblick der großen Zeltstädte, die in Kukës aus dem Boden gestampft wurden. "White man's war" oder "Rich man's war" – diese beiden Schlagworte wurden oft gehört. Kritische Stimmen verweisen darauf, daß kosovarische Flüchtlinge nur aufgrund von Medienwirksamkeit und der Nähe des Konfliktes zu Westeuropa soviel Unterstützung erhielten. Einige Ernährungsspezialisten haben darauf aufmerksam gemacht, daß sich in Albanien zeitweise zuviel Lebensmittel pro Kopf in Umlauf befanden. Selbst in den ersten Wochen der Katastrophe, als Massen von ausgezehrten Flüchtlingen die Grenze passier-

ten, konnte das Welternährungprogramm – glücklicherweise – von einer "gesunden Flüchtlingsbevölkerung" sprechen, ein UN-Standard, der an der Sterberate der Flüchtlinge bemessen wird.

Auftakt für eine nachhaltige Entwicklung?

Die humanitäre Hilfsaktion kommt nicht nur den Flüchtlingen zugute, sondern könnte auch einen nachhaltigen Entwicklungsprozeß für Albanien mit sich bringen. Entwicklungszusammenarbeit hat in Albanien schon vor der Krise eine bescheidene Rolle gespielt. Europäische Union, Vereinte Nationen, Weltbank und Internationaler Währungsfonds unterhalten seit Jahren Projekte in Albanien. Ihr Erfolg ist in erster Linie von der Stabilität des Landes abhängig. Korruption, Kriminalität und Unruhen wie 1997 oder im September 1998, haben viele Investoren und Entwicklungshelfer von weiteren Projekten abgeschreckt. Andererseits ist die Entwicklungszusammenarbeit aber auch stark vom Willen der internationalen Partner abhängig. Albanien wurde zu oft als Land an der europäischen Peripherie angesehen und nicht in Entwicklungsbudgets miteinbezogen.

Inzwischen baut die AFOR (Albanian Force) der NATO landesweit Straßen und Flughäfen aus. Die Vermutung, daß die NATO Albanien lediglich zu einem Hinterland für einen Militärschlag gegen Jugoslawien ausbauen wollte, ist inzwischen widerlegt. Zur Zeit der Unterzeichnung des Friedensabkommens hatte die AFOR öffentlich erklärt, nicht an der militärischen Unternehmung im Kosovo teilzunehmen, sondern, wie ursprünglich geplant, weiter Unterstützung im humanitären Hilfsprogramm für Albanien zu leisten. So reihen sich auf dem Flughafen Rinas, dem logistischen Zentrum der AFOR, auf beiden Seiten der Landebahn ganze Zeltstädte alliierter Kontingente. Die gewundene Flughafenzubringerstraße hat sich inzwischen mit Hilfe der NATO in eine breite Piste verwandelt, die nur noch auf die abschließende Schicht Teer wartet. Im gleichen Zuge gibt es plötzlich Geld für den Ausbau der Küstenstraße von Durrës in den Süden. Der Abschnitt vor dem NATO-Hauptquartier steht kurz vor der Fertigstellung. Inzwischen redet man selbst über den Bau eines zweiten zivilen Flughafens, um das bisherige Areal ganz für den militärischen und humanitären Flugverkehr zwischen Westeuropa und der Krisenregion zu nutzen.

Ein weiterer potentieller Entwicklungsfaktor ist der Plan von UNHCR und NATO, Flüchtlingsunterkünfte winterfest zu machen. Dabei wurden bewußt öffentliche Gebäude ausgewählt, die nach der Rückkehr der kosovarischen "Gäste" in renoviertem Zustand ihrem ursprünglichen Zweck wiederzugeführt werden, und so der albanischen Bevölkerung zugute kommen sollen. Der Winterisierungsplan bietet Albanien vor allem eine Gelegenheit, die Zerstörungen fast aller öffentlicher Gebäude während der Unruhen 1997 wieder wettzumachen.

Ende des Geldsegens

Allerdings werden nur längerfristig angesetzte Projekte Spuren im Land hinterlassen. Das bedeutet für Albanien jedoch einen Wettlauf mit der Zeit. Seit dem Friedensabkommen strömen täglich zehntausende Rückkehrer über die albanische Grenze in den Kosovo. Während die humanitäre Hilfsaktion für die verbleibenden Flüchtlinge selbstverständlich weitergeht, droht das mittelfristige Entwicklungsprogramm zu stagnieren. Viele Organisationen schielen in Richtung Kosovo oder haben ihre Quartiere schon dorthin verlegt. Zur Zeit ist es fraglich, wieviele Organisationen nach dem Abzug der Flüchtlinge in Albanien bleiben werden. Hier spielen nicht nur Prestigegründe eine Rolle, mit mehr Medienwirksamkeit im jetzt zugänglichen Krisengebiet Kosovo tätig zu sein. Oft reicht auch das Budget vor allem kleinerer NGOs nicht aus, eine Präsenz in zwei Regionen gleichzeitig aufrechtzuerhalten.

Viele Albaner haben sich inzwischen spontan dazu entschieden, zu retten was zu retten ist. In Kukës werden die gähnend leeren Flüchtlingscamps sowohl von den internationalen Verwaltern als auch von der albanischen Bevölkerung im Wettlauf abgebaut. Für viele junge Leute bedeutet der Abzug der Flüchtlinge und mit ihnen der Organisationen das Ende eines unverhofften aber kurzen Geldsegens. Einige von ihnen, vor allem in Kukes, fordern nun Bezahlung mit vorgehaltener Waffe oder nehmen am letzten Arbeitstag das ihnen anvertraute Auto einfach mit.

Bedeutet die Flüchtlingskrise für Albanien eine Katastrophe oder eine Chance? Sie war sicherlich eine Bewährungsprobe, der sich sowohl die albanische Bevölkerung als auch die Regierung erfolgreich gestellt haben. International gesehen hat Albanien einen neuen Stellenwert erhalten und Respekt und Sympathie erlangt. Was wie ein unverhoffter Segen erschien, muß nun konsolidiert werden. Das Augenmerk der internationalen Gebergemeinschaft wird sich in nächster Zeit auf das Kosovo richten. Dennoch hat Albanien wichtige Schritte unternommen, als Bestandteil einer Region anerkannt zu werden, deren Entwicklung in Zukunft das wohl wichtigste außenpolitische Ziel der Europäischen Union sein wird. Gleichzeitig wird Albanien nun aber eine weitere Herausforderung annehmen müssen: Das Land hat sich als selbstbewußter Partner in der Krise erwiesen. Nun muß konsequent demonstriert werden, daß Initiative und Eigenverantwortung in Albanien aufrechterhalten werden können.

Der vorliegende Artikel spiegelt nicht den offiziellen Standpunkt der OSZE wieder.

Tim Bittiger (M. St. Oxon) arbeitet für die OSZE-Präsenz in Albanien als Experte für Kommunalverwaltung. Während der Krise wurde er von der OSZE in den Krisenstab des Premierministers, Bereich Informationsund Öffentlichkeitsarbeit, entsandt.

Die albanischen Krisen und die OSZE

von Harald Schenker, Kukës

Der Zusammenbruch staatlicher Strukturen in Albanien im Frühjahr 1997 bedeutete den Anfang des Engagements der OSZE im abgelegensten Land Europas. Seitdem stolpert das Balkanland von Krise zu Krise. Es mag erstaunen, aber trotz dieser Krisen ist der Annäherungsprozeß Albaniens an Europa eine nicht mehr aufhaltbare Tatsache.

Der Zusammenbruch der Pyramidengesellschaften und der darauf folgende Kollaps Albaniens brachten die Einrichtung einer OSZE-Präsenz mit sich. Der aus den unter schwierigen Bedingungen abgehaltenen Wahlen hervorgegangene Regierungswechsel ließ 1997 die Möglichkeit eines Neuanfangs nahe erscheinen. Die internationale Gemeinschaft hatte begonnen zu verstehen, daß sie es sich nicht länger leisten konnte, eine derart instabile Lage in Europa zu dulden. Die Lehren aus dem Bosnienkrieg begannen ihre Wirkung zu zeigen.

Trotzdem war die Entschlossenheit nicht groß genug, um eine Intervention größeren Ausmaßes zu organisieren. Die OSZE richtete eine Präsenz ein, bestehend aus einer Handvoll Vertretern in der Hauptstadt Tirana und einer langsam zunehmenden Anzahl von Field Offices in den größeren Städten. Die Troika – bestehend aus OSZE, der amerikanischen Botschaft und der Vertretung des Europarates – begann einen gemeinsamen Versuch, dem zerstörten Staat wieder auf die Beine zu helfen. Was nach 1997 übriggeblieben war, das war ein Staat ohne Staatsbewußtsein, eine politische Klasse, die von kriminellen Machenschaften, Korruption oder bestenfalls Unfähigkeit gekennzeichnet war, sowie eine Bevölkerung unter Waffen, von denen sie regen Gebrauch machte. Die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung blieb ein Projekt, die Tatsache, daß die WEU-Polizei sich kaum außerhalb Tiranas bewegt, spricht für sich.

Die Zentralperspektive

Aufgabe der OSZE-Präsenz war es dabei hauptsächlich, die Schaffung demokratischer Institutionen zu fördern und zu sichern. Andere klassische Aufgabenfelder der Organisation, wie etwa die Beobachtung der Menschenrechtssituation wurden ebenfalls wahrgenommen. Der erste Schritt auf dem Weg zu einem demokratischen Staat war die Verfassung. Während der Regierungszeit Berishas waren mehrere Versuche gescheitert, Entwürfe der Demokratischen Partei durchzubringen. Ein nationaler Konsens über die Form des Staates war genauso wenig zu erreichen gewesen, wie in allen anderen wichtigen Bereichen staatlichen Lebens.

Die Verfassung sollte auch zur ersten großen Bewährungsprobe für die Präsenz werden. Während die Verfassungskommission unter Zuhilfenahme angesehener Berater, mit Hilfe von OSZE-Experten und unter der strengen Beobachtung der Venedig-Kommission die Ausarbeitung einer der modernsten Verfassungen Europas vorbereitete, gingen die ermüdenden Parteiquerelen in eine neue Runde. Durch den wiederholten Auszug der Opposition aus dem Parlament unter Führung der Demokratischen Partei im August 1998 sowie mit geradezu unsinnigen prozeduralen Forderungen in bezug auf die Arbeit der Verfassungskommission sollte versucht werden, auch diesen Verfassungsentwurf zu Fall zu bringen; mit dem absurden Argument, es sei eine kommunistische Verfassung. Die Entscheidung der OSZE, die Arbeit an der Verfassung trotz des Boykotts weiterhin zu unterstützen, stieß auf Zustimmung von seiten der internationalen Gemeinschaft, wurde allerdings von einer Kampagne in der oppositionellen Presse begleitet, die sehr persönlich gegen Daan Everts, den Leiter der Präsenz, geführt wurde.

Verfassungsreferendum und "Septemberkrise"

Der Weg zum Referendum, durch das der Verfassungsentwurf legitimiert werden sollte, war steinig. Die Unentschlossenheit der Opposition über ihren eigenen Kurs behinderte die Arbeit der Verfassungskommission immer wieder. Als die Demokratische Partei letzten Endes im Spätherbst 1998 zum Boykott des Referendums aufrief, verlor sie in den Augen vieler am Prozeß Beteiligter entscheidend an politischer Glaubwürdigkeit. Eine NEIN-Kampagne wäre der demokratische Weg gewesen, statt dessen entschied sich die Partei, in der bei weitem nicht alle die Meinung Sali Berishas teilen, dessen Konfrontationskurs beizubehalten, ungeachtet des politischen Schadens für das Land und die eigene Partei. Entsprechend war das Ergebnis des Referendums im November. Die Verfassung wurde mit einer äußerst knappen Mehrheit bei einer sehr geringen Wahlbeteiligung angenommen. Es war sicherlich kein Meilenstein der albanischen Demokratie gesetzt worden, aber immerhin wurde dem gebeutelten Land eine demokratische Grundlage gegeben, auf der künftige Reformen aufbauen können. Die OSZE stellte für die Durchführung des Referendums Beobachter zur Verfügung, die zumindest keine großangelegte Manipulation feststellen konnten. Mit der Verabschiedung der Verfassung war für die OSZE-Präsenz ein Kapitel abgeschlossen, das erhebliche Mühe und Aufwand gekostet hatte.

Die Septemberkrise stellte eine weitere harte Prüfung für Albanien dar. Eine der Grundlagen dafür war die Verhaftung und Anklage von sechs ehemaligen Würdenträgern der Berisha-Regierung. Diese bewegte sich hart an der Grenze der Legalität, und trug zumindest den Anstrich einer politischen Rachekampagne, da einige der Angeklagten an der Verurteilung des Ministerpräsidenten Fatos Nano¹ beteiligt gewesen waren. Der Auslöser allerdings war die Ermordung – unter bislang immer noch ungeklärten Umständen – Azem Hajdaris, eines engen Vertrauten von Sali Berisha und ein führender (Hitz-)Kopf der Demokratischen Partei. Hajdari wurde auf der Treppe des Parteisitzes der Demokraten erschossen, als er das Gebäude verließ. Der Mörder blieb unerkannt. Die heftigen Proteste der Opposition, die den Mord der Regierung Nano anlastet, gipfelten in einem Ereignis, das bisher schwer zu interpretieren ist.

Die Regierung stellt es als versuchten Staatsstreich dar. Tatsache ist, daß am 14. September Massen von Menschen Regierungsgebäude angriffen und plünderten, daß die Opposition für einige Stunden den Fernseh- und Radiosender unter ihre Kontrolle bringen konnte und für kurze Zeit zwei Panzer von den Demonstranten "gekapert" wurden. Allerdings gab es schon am Vortag Anzeichen für heftige Proteste. Die Sicherheitsvorkehrungen in der Hauptstadt Tirana wurden dennoch nicht wesentlich verschärft. Es gibt zumindest Anzeichen dafür, daß die Regierung Nano die Zerstörungen billigend in Kauf genommen haben könnte, um die Opposition politisch noch mehr zu diskreditieren und um einen Grund zu haben, Berisha direkt unter Anklage zu stellen. Dies geschah auch zunächst, die Anklage wurde allerdings später verwässert. Nach einigen Stunden der Krise gab die Opposition auf, der halbherzige "Staatsstreich" war zu Ende. Während dieser Ereignisse und der darauffolgenden Tage tauchte Ministerpräsident Nano unter. Die gesamte Krise, in der es vor allem um Rache ging, ist meines Erachtens ein deutlicher Indikator für das politische Niveau beider Seiten und gleichzeitig dafür, daß Albanien von einem wahrhaft demokratischen Staatsbewußtsein noch weit entfernt ist.

Folgen des "Staatsstreichs"

Als Ergebnis der Krise, während der die OSZE zusammen mit dem Europarat und der amerikanischen Botschaft unzählige Gespräche führte und teilweise gezwungen war, Mittel der Geheimdiplomatie anzuwenden, trat Ministerpräsident Nano von seinen Staats- und Parteiämtern zurück. Die Sozialistische Partei ernannte ihren Generalsekretär, den damals 31jährigen Pandeli Majko zum neuen Ministerpräsidenten. Damit entsprach sie dem ausdrücklichen Wunsch der "Troika", die sich einen im Gegensatz zum Hardliner Nano eher westlich orientierten Regierungschef vorstellte. Die Änderungen in der Regierung entsprachen weitgehend auch der neuen Linie, junge Politiker besetzten wichtige Ämter, allerdings ver-

blieben einige Getreue und Weggefährten Nanos, die über eine mächtige politische und wirtschaftliche Basis verfügen, in entscheidenden Positionen. Zu ihnen zählt beispielsweise der Parlamentspräsident Skendár Gjinushi, eine der schillernden Figuren in der Geschichte der Verstrickungen von politischer und wirtschaftlicher Macht in Albanien.

Die Opposition hatte sich bereiterklärt, Majko zu akzeptieren, unter der Bedingung, daß der Tod Hajdaris rückhaltlos aufgeklärt würde. Die anfängliche Hoffnung der OSZE, genährt durch einige Treffen zwischen Berisha und Majko, daß die Demokratische Partei nun ihr Wählermandat als Opposition ernstnehmen und die parlamentarische Arbeit wiederaufnehmen würde, wurde allerdings enttäuscht. Zu groß ist Sali Berishas Wille zur Selbstdarstellung und Alleinherrschaft, gegen inzwischen große Teile seiner eigenen Parteispitze. Was die Aufklärung des Falles Hajdari betrifft, so vermittelte die OSZE-Präsenz die Entsendung eines norwegischen Sonderermittlers, der ausschließlich für diesen Fall den albanischen Behörden beratend zur Seite stehen sollte. Die Arbeit dauert zur Zeit an. Natürlich war die Einsicht relativ schnell da, daß die sowieso angestrebte Reform des Justizsystems dringend notwendig sei.

Reformansätze

Einer der ersten Schritte dazu wurde neulich erst getan, als über 200 auf Zeit ernannte Richter sich einer in Zusammenarbeit mit der OSZE erarbeiteten und von ihr überwachten Prüfung unterziehen mußten, um ihren endgültigen Status zu erhalten. Die Opposition sah darin einen Anschlag auf die Unabhängigkeit der Justiz. Die Tatsache jedoch, daß sich lediglich 14 Richter zum Boykott der Prüfung entschlossen, spricht für sich. Sie verloren damit ihr Amt.

Der nächste Schritt in der Reform des Staatsapparates ist die Ausarbeitung eines neuen Beamtengesetzes. Auch hier ist die OSZE beratend tätig. Eine weitere dringend notwendige Reform ist die der Lokalverwaltung. Albanien ist nach wie vor überzentralisiert. Die Kompetenzen der Kreistage und der Gemeinden sind minimal, was nur noch von ihrem Budget unterschritten wird. Die Stärkung der Macht dieser gewählten Organe im Gegensatz zu den von der Regierung ernannten Präfekten, ist eine *conditio sine qua non* der Demokratisierung des Landes. Natürlich waren die Regierungen jeglicher Couleur bis heute sehr zögerlich bei der Festschreibung ihres eigenen Machtverlustes vorgegangen. Unterschriebene Verträge – in diesem Fall die Europäische Konvention über Lokalautonomie – zwingen Albanien jedoch, diesen Weg zu gehen.

Die Flüchtlingskrise², wenn auch von außen hereingetragen, hatte innenpolitische Implikationen. Während die Regierung äußerst pragmatisch handelte, versuchte Sali Berisha, der nicht erst seit Ausbruch der Kämpfe im Kosovo eine sehr nationalistische Linie vertrat, anfäng-

lich aus der Situation politisches Kapital zu schlagen. Glücklicherweise gelangte er angesichts der Dimension der Krise zu der Einsicht, daß es zumindest in der ersten, schwierigen Phase eine gemeinsame albanische Position geben mußte. Dadurch konnte sich das politische und humanitäre Krisenmanagement auf einen nationalen Konsens stützen, der allerdings binnen Wochen zu bröckeln begann, als es konkret darum ging, wer langfristig von der Aufbauhilfe profitieren sollte. Beide Seiten bezichtigten sich der Profitsucht, und wahrscheinlich hatten beide zumindest teilweise recht.

Die Feldperspektive

Neben der Arbeit im Hauptquartier in Tirana unterhält die OSZE-Präsenz in Albanien noch eine steigende Anzahl von *Field Offices*. Hier soll einerseits die Politik des Hauptquartiers umgesetzt werden, andererseits sollen Impulse für diese gegeben werden. Bis dato gab es zwei Arten von Regionalbüros: Stadtbüros und Grenzbeobachtungsbüros. Einige erfüllten beide Aufgaben.

Die relative Abgeschiedenheit einiger Orte sowie teilweise erhebliche regionale Unterschiede erlauben eine gewisse Unabhängigkeit im Umgang mit den Problemen vor Ort. Im folgenden will ich versuchen, an zwei Beispielen und der eigenen Erfahrung die Arbeit in diesen Büros darzustellen.

Kukës

Kukës wurde im Mai 1998 eröffnet, als reines Grenzbeobachtungsbüro. Diese Arbeit hatte weniger mit den internen Problemen Albaniens zu tun als vielmehr das Ziel, soviel Informationen wie möglich über die Geschehnisse im Kosovo zu erhalten. Dies geschah zu einer Zeit, als keine internationale Präsenz innerhalb des Kosovo vorhanden war – wenn man von einem Team der Beobachtungsmission der EU (ECMM) absieht, deren Bewegungsfreiheit sich allerdings auf Priština beschränkte. Insofern waren die spärlichen Informationen von der Grenze das maximal Erreichbare.

Kurz nach der Eröffnung des Büros wurde allerdings klar, daß sowohl die Bevölkerung im extrem armen Nordosten als auch die Lokalverwaltung große Hoffnungen in die Anwesenheit der OSZE vor Ort setzten. Die logische Folge durfte nur sein, daß kleinere Projekte angeschoben wurden, die langfristige Folgen haben würden. Es ging und geht dabei hauptsächlich um Wiederaufforstung, um Unterstützung der Lokalverwaltung, um Stärkung der lokalen Autonomie, um Menschenrechte und deren Verletzungen, u.ä. Die Zusammenarbeit mit den gewählten Organen der Lokalverwaltung gestaltete sich problemlos, während von seiten der Präfektur große Skepsis herrschte.

Und dann geschah das Vorhersehbare. Nach dem Vorspiel im Sommer 1998, als über 15.000 Flüchtlinge aus dem Kosovo die ehemals grüne (heute kahlgeschlagene) und damals noch unverminte Grenze überschritten, kamen diesmal Hunderttausende. Die Kleinstadt an der menta-

len Peripherie Albaniens fand sich im Zentrum der Weltöffentlichkeit wieder. Der Zusammenprall von erschöpften und teilweise mißhandelten Flüchtlingsmassen mit
einer verarmten Bevölkerung, kriminellen Banden, der
UČK, nicht existierender Infrastruktur, Massen von informationshungrigen Journalisten und der sehr langsam anrollenden humanitären Hilfsmaschinerie ergab ein Chaos, das sich erst nach und nach organisierte. Der massiv
einsetzende Polittourismus fügte dem ganzen eine weitere Dimension hinzu.

Das Büro der OSZE fand sich aufgerieben zwischen der eigentlichen Aufgabe der Grenzbeobachtung und der Notwendigkeit, zumindest anfangs, bis das eigentlich dafür zuständige UNHCR seine Konvois in Bewegung setzen würde, das Chaos zu koordinieren, in Zusammenarbeit mit dem Krisenstab der Regierung und den wenigen vor Ort präsenten Hilfsorganisationen. Die Eifersüchteleien zwischen den einzelnen Organisationen waren dabei nicht gerade hilfreich, aber letzten Endes hätte alles viel schlimmer kommen können, angesichts der im wörtlichen Sinn überwältigenden Anzahl von Flüchtlingen.

Über die Zukunft des Büros wird binnen weniger Wochen entschieden werden. Die Grenzbeobachtung ist heute obsolet, während die Entwicklungsarbeit von neuem beginnen kann. Das wenige, das vorher erreicht wurde, liegt jetzt in Trümmern, da der Aufenthalt der Flüchtlinge mit – einigen notwendigen, aber auch vielen vermeidbaren – Zerstörungen verbunden war. Dazu kommt eine relativ große Menge an Geld, die in die Region geflossen ist, welche zumindest einigen Menschen ein trügerisches Gefühl des Wohlstands vermittelt. Nachhaltigkeit ist allerdings ein Konzept, das den Weg ins nordalbanische Vokabular noch nicht gefunden hat. Davon zeugen auch einige zumindest teilweise gescheiterte Infrastrukturprojekte der Bundesregierung.

Es wird auch sehr stark an der Personalpolitik der OSZE-Präsenz liegen, ob der albanische Norden sich selbst überlassen bleiben wird oder nicht. Das ist vor allem nach der Schließung des nördlichsten Büros in Bajram Curri wahr, welche nach dem noch ungeklärten Mord an zwei albanischen OSZE-Mitarbeitern erfolgte. Kukës könnte für den Nordosten der Startpunkt für eine konstruktive Politik sein. Allerdings wäre es Aufgabe des Hauptquartiers, die albanische Regierung davon zu überzeugen, daß ihr Zuständigkeitsbereich sich nicht auf den Flughafen in Tirana und die Häfen Durrës und Vlora beschränkt. Regionalund Lokalpolitik müssen das Larvenstadium verlassen dürfen.

Shkodra

Einer der Schlüssel für die Zukunft Albaniens ist Shkodra, die Hauptstadt des Nordens und Hochburg der oppositionellen Demokratischen Partei. Das dortige Büro hat naturgemäß ein sehr politisches und politisiertes Mandat, da jede Entscheidung im Lichte der Parteienpolitik bewertet wird. Die politische Vermittlung steht folglich

im Zentrum der Arbeit des Büros. Es geht dabei einerseits um das Einbringen von DP-Standpunkten, die sich unter Umständen von der Parteilinie in Tirana unterscheiden, da ein Teil der Parteielite aus Shkodra kommt. Andererseits geht es um den – bislang erfolglosen – Versuch, die Demokraten auf dieser Ebene zur Teilnahme an der Parlamentsarbeit zu bewegen.

Shkodra, das im Laufe der letzten Jahre einige Unruhen und vor allem seit 1997 erhebliche Zerstörungen erleiden mußte, wird von einem recht explosiven Gemisch von Kräften in Atem gehalten. Unterschiedliche Gruppen halten sich gegenseitig in Schach, ein Gleichgewicht, das manchmal auseinanderbricht und dann meistens in Gewalt ausartet. Es sind dies einerseits kriminelle Banden, welche von der notorischen Abwesenheit staatlicher Kontrolle profitieren und sich relativ ungehindert entfalten können. Andererseits sind es politische Hitzköpfe, die unter dem Dachverband der "Liga der Antikommunisten Albaniens"3 agieren, und deren Widersacher in der kleinen, aber radikalen lokalen Organisation der Sozialistischen Partei. Der albanische Geheimdienst SHIK erfreut sich in Shkodra ebenfalls eines vollen Terminplans.

Die verschiedenen albanischen Krisen haben immer eine spezifische Shkodraner Ausprägung. Entweder ist die Stadt der Startpunkt oder sie hat unter den Folgen zu leiden. Während der Septemberkrise waren vermutlich einige Shkodraner Radikale an der Planung und Durchführung der "Ereignisse" beteiligt. Nach dem Mord an Azem Hajdari, dessen Anhängerschaft in der Stadt nicht gering ist, war es wieder einmal so weit. Aufgabe des OSZE-Büros war es, alle Seiten von dem Unsinn bewaffneter Konflikte in der Stadt zu überzeugen. Durch mühselige Vermittlungsgespräche, an welchen der damalige (und heute durch einen Hardliner ersetzte) Präfekt maßgeblich beteiligt war, gelang es, zumindest Shkodra auszusparen. Gemeinsame Patrouillen von Polizei und Antikommunisten stellten sicher, daß keinerlei Gewalt angewandt wurde. Leider war dieses Konzept auf Tirana nicht anwendbar. Das mögliche Ausmaß dessen, was verhindert wurde, sollte uns durch den Rücktritt des Premiers Nano vor Augen geführt werden, der mittels einer stundenlangen Schießorgie in der gesamten Stadt gefeiert wurde, die ein deutsches Silvesterfeuerwerk leise und langweilig erscheinen lassen würde und bei der erstaunlicherweise niemand verletzt wurde.

Im Gefolge der Septemberunruhen begann die Polizei, Beteiligte zu verhaften. Als einer der Leibwächter Hajdaris im Oktober 1998 in einer spektakulären Polizeiaktion festgenommen wurde, standen wenige Stunden später mehrere hundert Schwer-bewaffnete bereit, um die Gebäude der Verwaltung zu stürmen. Die Polizei war verschwunden. Einem weiteren Vermittlungsmarathon des OSZE-Büros in Zusammenarbeit mit der schon erwähnten ECMM gelang es abermals, das Schlimmste abzuwen-

den, indem die Regierung auf Druck auch der damaligen österreichischen EU-Präsidentschaft die Haftaussetzung verfügte.

"Man weiß ja nie, was die darauf schreiben" Erfolge und Probleme der OSZE-Arbeit

Einer der Erfolge der politischen Arbeit war, die radikalen Kräfte zu einem informellen Gewaltverzicht zu bewegen und ihren Status von dem von Terroristen zu einem politischen Faktor zu ändern. Einer der damit zusammenhängenden Pläne, der allerdings noch nicht realisiert wurde, war die Errichtung eines Dokumentationszentrums für politische Verfolgung in der kommunistischen Diktatur, einer Einrichtung, die es in Albanien genausowenig gibt, wie den Zugang zu Akten des ehemaligen Geheimdienstes Sigurimi.

Daß die Arbeit des OSZE-Büros nicht auf uneingeschränkten Beifall stößt, zeigt ein Ereignis vom Oktober 1998, an dem ich das zweifelhafte Privileg der Teilnahme hatte. Damals wurde das Büro von sechs maskierten Personen mit vorgehaltener "Kalasch" überfallen, die Einrichtung wurde ziellos zerstört und einige der Anwesenden mißhandelt (d.h. verprügelt), nachdem sowohl die persönliche Habe als auch die Bürokasse den Besitzer gewechselt hatte. Einer der Beteiligten zerstörte einen der Computer mit dem Kommentar: "Man weiß ja nie, was die darauf schreiben". Die Tatsache daß eines der Autos gestohlen wurde, ist fast schon eine Selbstverständlichkeit. Es war damals das sechste, das allein der OSZE in Albanien gestohlen wurde, weitere sollten folgen. Es ist bis heute nicht geklärt, wer die Täter sind, ein politischer Hintergrund kann aber nicht ausgeschlossen werden.

Neben der politischen Arbeit gab es allerdings auch andere Betätigungsfelder für das OSZE-Büro. Um nur einige aufzuzählen waren dies die Unterstützung der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen (NGOs); die Beurteilung der wirtschaftlichen Situation und das Knüpfen von Kontakten im Hinblick auf mögliche Investitionen, die Unterstützung der Universität, usw.

Letztere war wesentlicher Faktor in einer anderen albanischen Krise. Ein Studentenstreik im Dezember 1998, der in Shkodra begonnen hatte und bei dem es neben politischen Forderungen streitbaren Inhalts hauptsächlich um die Verbesserung der desolaten Studien- und Lebensbedingungen der Studenten ging, weitete sich schnell auf die meisten Universitäten des Landes aus. Die stetige Eskalation, begleitet von provozierenden gewaltsamen Übergriffen durch die Polizei und einer Schmutzkampagne in der linken Presse, führte schließlich zu einem Hungerstreik. Durch Vermittlung der OSZE wurde dieser beendet, die Regierung verpflichtete sich schriftlich zur Verbesserung der Situation. Seitdem sind einige Schritte unternommen worden, wichtigster dabei ist das Gesetz zur Universitätsautonomie, welches die Abhaltung von Wahlen der Rektoren und der anderen Organe der Universitäten in diesem Sommer vorsieht.

Gefordert: konstruktive Regionalpolitik

Shkodra wurde wie jede andere albanische Stadt von der Flüchtlingskrise dieses Jahres überrollt, der zeitweilige Aufenthalt neuer Flüchtlinge, zu denen einige tausend seit 1998 dazuzuzählen sind, stellte die Stadt vor schier unlösbare Probleme. Nun, da dieses Problem seinem Ende zusteuert, gilt auch für Shkodra, daß die Zentralregierung ihr Desinteresse an dieser Region beenden und endlich eine konstruktive Regionalpolitik nicht nur aber vor allem im Norden Albaniens führen müßte. Voraussetzung dafür ist allerdings die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols und die Entwaffnung der Bevölkerung. Das OSZE-Büro, das vermutlich um die Grenzbeobachter abgespeckt werden wird, braucht jedenfalls nicht einen Mangel an Arbeit zu befürchten, genausowenig wie die Präsenz als Ganzes. Da der noch amtierende Leiter der Mission, Daan Everts, zum Leiter der Kosovo-Mission der OSZE ernannt wurde, wird es seinem Nachfolger obliegen, neue Akzente zu setzen und die Arbeit fortzuführen. Die Situation hat sich insofern verändert, als Albanien ebenfalls in den Stabilitätspakt für Südosteuropa einbezogen wird und die alte, wenn auch teilweise berechtigte Klage über die Vernachlässigung durch die internationale Gemeinschaft nunmehr substanzlos geworden sein dürfte. Allerdings obliegt es der albanischen Seite, guten Willen zu Veränderungen zu beweisen. Die meisten politischen Krisen der letzten Jahre wären vermeidbar gewesen, jetzt heißt es weitere, die Aufbauarbeit störende, erst gar nicht mehr aufkommen zu lassen.

Harald Schenker ist M.A. der Ost- und Südosteuropäischen Geschichte, Balkanalogie und Ethnologie. 1998 und 1999 arbeitete er in verschiedenen Büros der OSZE-Präsenz in Albanien. Während der Flüchtlingskrise wurde er nach Kukës abgestellt, um die humanitäre Hilfsaktion zu koordinieren. Ab Juli wird er im Auftrag des Hochkommissars für Nationale Minderheiten der OSZE in Skopje tätig sein.

Nano, bis Ende 1998 Vorsitzender der Sozialistischen Partei und Innenminister in der ersten Übergangsregierung 1991, wurde Anfang der neunziger Jahre wegen Korruption zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Das Verfahren wurde von den Sozialisten als Schauprozeß gegeißelt. 1997 kam Nano frei und wurde nach den Parlamentswahlen Ministerpräsident. Das Akzeptieren seiner Kandidatur stellte von seiten des Westens einen Fehler dar, da klar sein mußte, daß er immer umstritten bleiben würde.

² Vgl. dazu den Artikel von Tim Bittiger.

Shkodra und seine Bevölkerung haben eine spezielle Leidensgeschichte innerhalb der kommunistischen Diktatur. Nach Schätzungen wurde etwa ein Drittel der Bevölkerung (d.i. fast jede eingesessene Familie) auf die eine oder andere Art vom Regime verfolgt. Auf die Gründe soll hier nicht eingegangen werden, die Information genügt um zu erklären, daß die Linke keine besonderen Sympathien bei der Bevölkerung genießt.

"Mit Kohl wäre das nicht passiert" – russische Reaktionen auf den Krieg im Kosovo

von Ricarda Vulpius, Berlin

Jenn es den Kosovo-Krieg nicht gegeben hätte, so könnte man meinen, hätte ihn Rußland erfinden müssen. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion fühlte sich das auseinanderbrechende Land noch nie so geeint wie zu dem Zeitpunkt, als die NATO ihre ersten Bomben über Serbien abwarf. Ob Kommunisten, Nationalisten oder Demokraten - sie alle verurteilten die Nato-Bombardierungen Serbiens auf das schärfste. Jugendliche und Studenten, deren politische Apathie seit Jahren Gegenstand von Problemsendungen in Radio und Fernsehen war, schienen wie aus dem Tiefschlaf erwacht. Vor dem deutschen Konsulat in St. Petersburg fanden Massendemonstrationen statt, amerikanische Gebäude wurden mit Eiern und Farbbeuteln beworfen, in Moskau fielen sogar Schüsse auf die amerikanische Botschaft. Daß die Russen selbst die Leidtragenden dieser "Überfällen" waren, weil der Visaverkehr vorübergehend geschlossen werden mußte, wurde kaum mehr wahrgenommen. Erst als der Rektor der Baltischen Technischen Universität von St. Petersburg drei amerikanische Professoren von seiner Hochschule verwies, die dort Management unterrichteten, griff El'cin persönlich ein und erklärte die Entscheidung des Rektors für ungültig.

Die Motive der russischen Reaktionen

Das Ausmaß, in dem sich die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung (rund 90 Prozent) kollektiv und sogar individuell durch das Eingreifen der Nato herausgefordert fühlte, kann dem Westen nur schwer verständlich gemacht werden. Es erklärt sich weniger aus dem Bedürfnis, ein Ventil für angestauten Ärger über eigene Probleme zu suchen - wie es zuweilen hierzulande ausgelegt wurde. Das grundlegende Motiv ist vielmehr Angst. Diese Angst ist vielschichtig, hat jedoch einen Kern. Er liegt in der fragilen Existenz des heutigen Rußlands – in einer Föderation, die auch nach Abtrennung der ehemaligen Sowjetrepubliken hunderte von Ethnien und Völkerschaften beheimatet. Der Ursprung des Kosovo-Konflikts hat daher für die meisten Russen nur ein Gesicht: Eine ethnische Minderheit will sich vom übrigen Staatsgebiet abtrennen. Jede ausländische Macht, die einen solchen Abtrennungsprozeß unterstützt, richtet sich potentiell gegen den Bestand der Russischen Föderation. Daß der Westen sich in Rambouillet noch klar gegen ein unabhängiges Kosovo ausgesprochen hatte, wurde nicht zur Kenntnis genommen oder nicht geglaubt. Spätestens mit den Angriffen gegen Serbien und der Hilfe für die Albaner sahen sich die Russen in ihrem Verdacht bestätigt, der Westen habe von Anfang an die Abtrennung des Kosovo geplant.

Der zweite, indirekt damit verbundene Grund für die Ängste liegt aus russischer Sicht in der sich zementierenden Einpolarität der Welt. Die Vereinigten Staaten – so die Deutung – wollten im Kosovo in erster Linie ihren Anspruch auf Weltherrschaft demonstrieren. Moralische Ansprüche seien bloß vorgeschoben, denn wenn es ihnen darum ernst sei, hätten sie auch im Falle Kurdistans oder Tschetscheniens einschreiten müssen. Zu diesem Vorwurf der angeblichen Verlogenheit gesellt sich die Frustration über den Bedeutungsverlust der russischen Großmacht, der bis dahin immer noch nicht ganz realisiert worden war. Beherrschend ist der Eindruck, man habe nach der NATO-Erweiterung den einstigen Riesen ein zweites Mal zu demütigen versucht, dem heute aus ökonomischen Gründen die Hände gebunden sind.

Diese Demütigung wird auf mehreren Ebenen empfunden. Zum einen ist es das Wagnis des Westens, am Sicherheitsrat vorbei und damit gegen das Völkerrecht Waffen außerhalb des NATO-Gebietes einzusetzen. Die Russen sahen nunmehr der Willkür Tür und Tor geöffnet: Premierminister Primakov fragte den Westen, ob er demnächst wegen Problemen mit dem Baskenland, Nordirland oder Korsika auch Raketen regnen lassen werde. Die ethnischen Säuberungen im Kosovo wurden bei diesen Vergleichen nicht registriert, weil sie entweder nicht ins Bild paßten oder als bloßes Folgeproblem des westlichen Eingreifens gesehen wurden.

Zum anderen erhitzte die Gemüter, daß die Bomben auf ein Land niedergingen, mit dem man sich seit Jahrhunderten eng verbunden fühlt und das man - wenn auch nicht zum "nahen Ausland" – so doch zur eigenen Einflußsphäre zählt. Gleichwohl kam der offizielle Beitrittsgesuch Serbiens zur russisch-weißrussischen Union für die meisten Russen überraschend. Während die Demokraten sich verzweifelt die Haare rauften und in der Staatsduma, dem russischen Parlament, sarkastisch forderten, daß man doch gleich die Hauptstadt dieser geplanten Union illustrer Tyrannen (Lukašenko und Milošević) nach Bagdad verlagern sollte, rieb sich der rechtsradikale Vorsitzende der sogenannten Liberaldemokraten, Žirinovskij, die Hände: Endlich sei die Sternstunde Rußlands gekommen, jetzt gelte es, mit aller Entschiedenheit zuzugreifen. Dann würden auch die anderen wiederkommen – die Ukraine, Azerbajdžan, Zentralasien und so weiter.

Doch den Vogel in der anti-westlichen Kriegshysterie schossen die kommunistischen Parlamentarier ab. Sie hatten nicht nur seit dem ersten Tag der Nato-Angriffe dazu aufgerufen, Freiwilligenverbände zur Verteidigung Serbiens aufzustellen und hatten angeblich solche zum Teil bereits in den Balkan entsandt. Der kommunistische

Parlamentsvorsitzende Seleznov reiste nach Belgrad, um Milošović dazu zu überreden, offiziell einen Antrag auf russische Militärhilfe zu stellen. Der serbische Präsident nahm gnädig an.

Demokraten als innenpolitische Verlierer

Kurz zuvor hatte er den Vermittlungsversuch der russischen Demokraten Nemcov und Gajdar abblitzen lassen, indem er sich weigerte, "derartige Verräter" in Belgrad zu empfangen. Die Demokraten versuchten es daraufhin bei den Kirchen, doch mißlang ihnen auch hier ihr Anliegen. Anstatt einer gemeinsamen Ansprache und Verurteilung der NATO-Bombardements durch den russisch-orthodoxen Patriarchen und den römisch-katholischen Papst traten die beiden Kirchenoberhäupter jeweils getrennt vor die Kameras und hielten recht unterschiedliche Aufrufe für den Frieden auf der Welt.

Frustriert kehrten die Demokraten zurück nach Moskau. Für sie hatte der Kosovo-Krieg die verheerendsten Auswirkungen. Nicht nur erhielten die Kommunisten durch ihre nationalistische Propaganda deutlichen Auftrieb. Darüber hinaus hat die Vorbild- und Orientierungsfunktion der westlichen Demokratien erheblich gelitten. Viele der russischen Demokraten lehnen aufgrund der Tschetschenien- und Afghanistan-Erfahrung jede Form von gewaltsamer Einmischung in die inneren Angelegenheiten einer Teilrepublik oder eines souveränen Staates ab – aus welchen Idealen auch immer. Daß eine solche Einmischung in gravierender Form nun ausgerechnet durch die Länder vollzogen wurde, von denen man sich weiterhin viel Unterstützung für den eigenen Demokratisierungsprozeß versprach, bedrückte tief. Angebliche Politikexperten und Analysten werden immer wieder in den Medien befragt, wie der Westen moralisch so tief fallen konnte. Eine von vielen geteilte Einschätzung lautet: Mit Kohl wäre das nicht passiert, zumindest hätte sich Deutschland nicht beteiligt. Es falle schließlich auf, daß alle kriegsführenden Länder Europas von "Sozialisten" beherrscht werden. Hier mache sich wieder einmal die ideologische Anfälligkeit der "Sozialisten" bemerkbar.

Daß in Deutschland das gesamte Parlament mit Ausnahme der PDS für den Kampfeinsatz gestimmt hatte, ist den Experten entgangen. Verwundern kann das allerdings nicht. Bis auf Sendungen der Deutschen Welle, die auch auf Russisch übertragen wurden, erschienen die Medien in Rußland in den ersten Wochen nach Rambouillet wie gleichgeschaltet. Der regierungstreue Fernsehkanal ORT verschwieg die ethnischen Säuberungen im Kosovo solange vollständig, bis die NATO-Operationen bereits in vollem Gange waren. Danach wurden immer mal wieder Übergriffe serbischer Militäreinheiten erwähnt, die angeblich nur auf Angriffe der UÇK reagierten. Erst in jüngster Zeit kamen Albaner zu Wort, die über Massaker berichteten. Das entsetzliche Flüchtlingsdrama legte man ausschließlich der NATO und ihren Bombardements zur Last. Über die anlaufenden Hilfskonvois der Europäer berichtete man mit Hohn: "Erst greifen sie wegen einer angeblichen human catastrophe ein, dann führen sie eine solche herbei, und zum Schluß kommen sie mit Zelten und Decken, um die selbst verursachte Not zu lindern." Pro-albanische Stimmen aus dem moslemisch geprägten Tatarstan der Russischen Föderation hatten bei einer solchen Nachrichtenpolitik keinen Platz. Nur ganz wenige Persönlichkeiten hielten dagegen. Unter ihnen ist der Reformpolitiker Javlinskij, der immerhin Milošević als "schwierigen Partner" bezeichnete. Und unter ihnen sind die einstigen Lagerhäftlinge und deren Nachfahren um die Menschenrechtsorganisation "Memorial". Sie sahen bei aller Verurteilung der NATO-Angriffe die Hauptschuld für die Kosovo-Eskalation bei Rußland: Moskau habe versagt, seinen Einfluß auf Milošević frühzeitig geltend zu machen; daraufhin habe der serbische Präsident diktiert, und sowohl die russische Regierung als auch die Öffentlichkeit hätten sich zum Handlanger eines Verbrechers gemacht.

Ricarda Vulpius ist Akademische Mitarbeiterin am Arbeitsbereich Geschichte und Kultur am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

Irrungen und Wirrungen

von Annette Gilbert, Berlin

Rußlands Provinz ist unter Studenten kein großer Renner. Das merkt der DAAD an konkreten Zahlen. Seit mehreren Jahren schreibt er Semesterstipendien an der Staatlichen Universität Kazan' für Slavisten im Hauptstudium aus. Die Bewerberzahl hält sich in Grenzen. Aber ich wollte gerade nicht nach Moskau oder Petersburg, die mir schon fast zu westeuropäisch sind, sondern ins "richtige" weite Rußland. Ich wollte die Größe dieses Landes in seiner Provinz erfahren. Und was heißt Provinz: Kazan' ist eine Millionenstadt und die Hauptstadt

Tatarstans – ein spannender Brennpunkt in der Nationalitäten-, Religions- und Unabhängigkeitspolitik. Doch schon allein bei den Motiven schieden sich in unserer Stipendiatengruppe die Geister. Jeder Bericht über Kazan' würde deswegen anders aussehen. Dieser hier bietet nur eine Lesart und dazu eine vorläufige. Denn zu nah noch und widersprüchlich sind meine Erinnerungen. Zu sehr spüre ich noch immer meine innere Zerrissenheit, wenn ich an Rußland denke. Genauso oft wie interessante Begegnungen, Gespräche oder schöne Erlebnisse mit Freun-

den fallen mir Stunden der Desillusionierung, Ratlosigkeit und unerklärlichen Trauer ein.

Probleme des Alltags

Ich glaubte mich durch bisherige Reisen nach Rußland, natürlich durch die Medien und die vielen Berichte anderer gut vorbereitet für das Abenteuer Rußland. Und so erschreckte es mich nicht sonderlich, daß ich zeitweise der Butter und dem Zucker hinterherrennen mußte, daß die Uni und ihre Bibliothek oft ungeheizt waren (bei bis zu 30 Grad Frost), daß die Wasserversorgung immer mal wieder ausfiel, daß der beliebteste Satz immer noch: "končilis" lautete, daß ich zum Geldwechseln aufgrund der Zahlungsunfähigkeit der russischen Banken auf die dunkelsten Mafiositypen angewiesen war, daß ich wegen angeblicher Visamängel an der russisch-ukrainischen Grenze nachts um drei aus dem Zug geworfen und erst einmal in Gewahrsam genommen wurde. All diese Schattenseiten suchte ich zu erklären als traurige, aber nur äu-Berliche Erscheinungen, von der Zeit diktiert, die jedoch das Wesentliche nur überdeckten: die sprichwörtliche russische Seele, die mythenumwobene "intelligencija", deren Kraft und Entwürfe, und all das, was ich aus den Büchern kannte. Doch die Suche danach wurde mir schwer.

Zum ersten Mal erlebte ich, was ich früher nicht wahrhaben wollte: Wie sehr die materielle Lage den Geistesund Kulturzustand eines Menschen und eines Landes beeinflussen kann und wie sehr unter diesen Umständen Werte und Ideale an Boden verlieren. Ich kam in der irrigen Vorstellung nach Rußland, dort über Literatur, Kultur und jüngste Geschichte diskutieren zu können, und mußte erfahren, daß dies unter den gegebenen Umständen wirklich kaum jemanden interessiert. Von entscheidend größerer Bedeutung ist es, wieviel die Butter auf welchem Markt kostet und wie man an ein bißchen Geld kommt, nachdem einem seit dem "Schwarzen August" 1998 keine Bank mehr auch nur einen Rubel auszahlte. Das alles beherrschende Thema ist, über die Runden zu kommen. Wer es kann, sucht sein Heil im Westen. Ständig erkundigte man sich, ob ich schon verheiratet sei oder trat mit obskuren Geschäftsideen an mich heran. An Rußland glauben nur noch wenige. Selbst die Vertreter der "intelligencija", die ich kennenlernte, sahen keine Perspektive mehr in Rußland für sich, für ihre Kunst, für Rußland überhaupt. Ich wollte nicht glauben, daß ich mich auf einem sinkenden Schiff befand, dessen Geschichte, Traditionen und Kultur größtenteils schon längst dem Untergang geweiht waren. Schon allein aus schlichten Überlebensgründen rangierte all das, was mir bisher wichtig war und einen Teil meines Selbstverständnisses darstellte, unter "ferner liefen". All diese Erfahrungen zerstörten nicht nur mein allzu rosarotes Bild, sondern brachten auch mich selbst ins Schwanken. Was nützt Literatur, wenn es ums Überleben geht? Und was dann erst die Literaturwissenschaft, die ich als meine mögliche Berufung ansah? Was können all die schönen Worte und die Worte über die Worte? All das, was man sonst den weltfremden Geisteswissenschaften vorwirft, schien hier seine Bestätigung zu finden und wurde auch bei mir zu berechtigten Zweifeln. Diese sitzen tief und endeten nicht mit der Rückkehr nach Deutschland.

Der kleine Platz für die Kultur

Dabei habe ich letztendlich meine so ersehnten Gespräche über Geschichte und Kultur doch noch führen können. Ich fand Menschen, die auch unter den jetzigen Bedingungen immer noch ihr letztes Geld für Bücher ausgeben, die noch immer an etwas glauben, die sich dem Diktat des Materiellen nicht beugen wollen. Saša zum Beispiel, der Starmusiker von Kazan' und Gitarrenlehrer an einer Kindermusikschule, hielt sich nur dank meiner paar Dollar für den Privatunterricht über Wasser. Was es für ihn als Musiker bedeutet, sich keine Saiten kaufen zu können und nicht an wichtige Noten heranzukommen, kann man sich denken. Und trotzdem steckt er all seine Energie in die Kinder, damit sie in dieser sonst so ernüchternden Gegenwart ein klein wenig Menschlichkeit und Glück bei ihm und in der Musik finden. Auch an der Uni stieß ich auf hochmotivierte Menschen. Die unzähligen Gespräche mit ihnen brachten nicht nur meinen erschütterten Glauben wieder etwas ins Lot, sondern stellten oftmals die einzige Alternative zur Universität dar, wenn man auch Gewinn für das Studium suchte. Denn die Kurse für Ausländer und die Veranstaltungen für die russischen Studenten lohnten vom wissenschaftlichen Ertrag her kaum. Das meiste waren Einführungen, Überblicke oder Lebenslaufpräsentationen, und die wenigen speckursy in meinem Fachbereich waren auch nicht gerade mit deutschen Hauptseminaren vergleichbar. Es bedeutete mir sehr viel, als mich eine Dozentin (Spezialgebiet: russkij postmodernizm), die immer Zeit für ein Gespräch fand, an einen Professor und Doktoranden weiter vermittelte, die zu ähnlichen Themen wie ich arbeiteten. Eine andere Literaturdozentin besorgte – gleich einer unerschöpflichen Quelle - Bücher aus den entlegensten Bibliotheken oder von Freunden.

Es gab wenige solcher Menschen, noch weniger in meiner Generation, und ich mußte nach ihnen suchen. Aber es gab sie, und sie haben mich wieder aufgebaut. Es ist viel zu wenig, was ich ihnen geben konnte. Wenn ich heute an sie denke, so voller Dankbarkeit, aber auch Unruhe und Sorge um ihr Schicksal. Jetzt bin ich wieder hier. Hier, wo solche Menschen vielleicht noch eine Chance hätten, hier, wo man sich den Luxus von Literatur und Geisteswissenschaft noch leisten kann. Doch Rußland läßt mich nicht los. Es hat viel in mir in Bewegung gebracht. Und nicht immer folgten den Fragen Antworten.

Annette Gilbert studiert Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft, Osteuropastudien und Publizistik an der FU Berlin. Im Rahmen des DAAD-Semesterstipendienprogramms von September 1998 bis Februar 1999 war sie in Kazan'.

"Challenge and Response: Sowjetische Osteuropapolitik 1939–1949 und die Reaktion des Westens" (Habilitation)

von Donal O'Sullivan, Eichstätt

Fragestellung

Zahlreiche jüngste Veröffentlichungen von Originalquellen erlauben es, die sowjetische Politik um die Phase des Zweiten Weltkrieges umfassender als jemals zuvor zu untersuchen. Innerhalb des Jahrzehnts von 1939 bis 1949 entwickelte sich die UdSSR von einem in Europa isolierten Land, welches noch nicht einmal zur Münchner Konferenz 1938 eingeladen wurde, zur zweiten Supermacht der Erde, gegen deren Willen nur sehr wenig durchgesetzt werden konnte. Während 1939 im östlichen Teil des Kontinents zahlreiche kleine Staaten einen "cordon sanitaire" gegen eine befürchtete kommunistische Expansion bildeten, herrschte im Jahr 1949 in dieser Zone allein die Sowjetunion. Wie es zu dieser völligen Umkehrung der Kräfteverhältnisse kam, ist das zentrale Thema dieser Arbeit. Sie behandelt die Frage, in welcher Weise die sowjetische Führung ihre Positionen in Osteuropa ausbaute, welche Kompromisse sie machte und welche Fehler sie beging. Daneben gilt es zu untersuchen, wie der "Westen", gemeint sind hier im wesentlichen Großbritannien und die Vereinigten Staaten, auf die Herausforderung der sowjetischen Machterweiterung reagierte. Gab es auf beiden Seiten klare Vorstellungen über die politische und soziale Ordnung in Osteuropa? Welche Interessen und Überzeugungen wurden formuliert? Wann und in welcher Form wurde über Grenzen und Einflußbereiche in Ost- und Mitteleuropa verhandelt? Hat das Verhalten der Westmächte die Expansion der Sowjetunion erleichtert oder erschwert? Welche Rolle spielte Deutschland in diesem Beziehungsgeflecht? Dies sind einige der Fragen, die beantwortet werden sollen. Anhand der osteuropapolitischen Debatten auf den alliierten Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam soll beleuchtet werden, wie die sowjetische Verhandlungsstrategie aufgebaut war und welche Erfolge und Niederlagen zu verzeichnen waren. Mehrere in der Forschung kontrovers debattierte Probleme werden von dieser Fragestellung berührt, so beispielsweise die Debatte, ob die sowjetische Außenpolitik "weltrevolutionär-marxistische" oder "etatistisch-russische" Züge aufwies (Deutscher-Kontroverse). Dabei geht es um das Verhältnis von Tradition und Ideologie, um die Traditionen russischer und sowjetischer Außenpolitik, ihre ideologische Begründung sowie den Einfluß dieser Faktoren auf die Entscheidungsmechanismen in Moskau von 1939 bis 1949. Handelte es sich bei der sowjetischen Osteuropapolitik seit dem Einmarsch in Ostpolen im September 1939 um den Beginn einer weltrevolutionären Phase oder um die Umsetzung langgehegter Pläne, die eher mit imperialrussischen Kategorien als mit kommunistischen Prinzipien zu erklären sind? Mit anderen Worten: Gab es für die Aktionen der Sowjetunion eine ideologische oder eine vorrevolutionäre Begründung? Zweitens wird die Kontroverse um den Ursprung des Kalten Krieges und der "Teilung der Welt" (Loth, Gaddis, Rittersporn u.a.) im Anschluß an das Ende des Zweiten Weltkrieges berührt. Orthodoxe, revisionistische und postrevisionistische Erklärungsansätze werden herangezogen, um sie im Lichte der neuesten Dokumente zu diskutieren. War die sowjetische Politik durchgängig offensiv oder von defensiven Motiven geprägt? Hier gilt es, Fragen der Initiative, der Konfliktursachen und der inter-alliierten Meinungsbildungsprozesse zu beleuchten. In den alliierten Gesprächen spielte die Perzeption des jeweiligen Gegenüber eine eminent wichtige Rolle. In der Forschung ist die Perzeptionsanalyse aber nur wenig berücksichtigt worden. Drittens behandelt die Habilitation die Problematik der "Sowjetisierung" Ost- und Mitteleuropas. Dabei spielt die Frage nach dem Verständnis des Begriffes eine wichtige Rolle. Hinzu kommt die Analyse der verschiedenen Akteure in den ostmittel- und osteuropäischen Ländern, das Verhältnis zur Sowjetunion sowie ihre strategisch-politische Bedeutung in den Augen der westlichen Mächte. Dabei sollen zwei Sowjetisierungsphasen unterschieden werden: von 1939 bis 1941 und von 1944 bis 1949. Die beiden Phasen wurden durch den Angriff des Dritten Reiches unterbrochen. Zu untersuchen ist in diesem Zusammenhang, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede die beiden Phasen aufwiesen. Anhand ausgewählter Fallbeispiele soll ermittelt werden, ob die Arbeitshypothese, wonach die besetzten Gebiete eine Keimzelle für die späteren Volksdemokratien waren, erhärtet werden kann. Viertens entsteht aus den oben erwähnten Problemkomplexen naturgemäß die Frage nach der inneren Struktur des sowjetischen Staates, also ob es sich bei der UdSSR der späten dreißiger und vierziger Jahre um ein durchstrukturiertes, monolithisches System oder um ein durch Organkonkurrenz geprägtes "organisiertes Chaos" einer großen Bürokratie gehandelt hat.

Methodische Grundlagen

Es wird ein komparativer Ansatz verfolgt, der einen Vergleich in zeitlicher und regionaler Hinsicht ermöglicht. In diesem Rahmen wird versucht, die Ereignisse im Rahmen einer "challenge and response"-Analyse einzuordnen, wobei die sowjetische territoriale Expansion seit 1939 als grundlegende Herausforderung gesehen wird.

Besonders wichtig ist der länderübergreifende Ansatz, der eine abgewogene Einschätzung paralleler Vorgänge ermöglichen soll. Mit der Wahl der Zeitperiode 1939–1949 soll eine Durchbrechung der gewohnten Periodisierung, die im Ende des Zweiten Weltkrieges einen Einschnitt sieht, versucht werden. Viel Wert wird auf die Untersuchung der politischen Interaktion der UdSSR mit "Partnern", Untergebenen, Aliierten sowie Gegnern gelegt, da nur durch eine solche ineinandergreifende Analyse die Vorgänge präziser eingeordnet werden können. Daher gehören Kategorien wie Information und Perzeption zum

methodischen Instrumentarium. Ungefähres Abschlußdatum: Oktober 2000.

Dr. Donal O'Sullivan ist Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Mittel- und Osteuropäische Zeitgeschichte an der Katholischen Universität Eichstätt.

Kontaktadresse:

Dr. Donal O'Sullivan, Katholische Universität Eichstätt, Ostenstraße 27, 85072 Eichstätt

Tel.: 08421/931718, Fax: 08421/93178 e-mail: GGA046@ku-eichstaett.de oder donal.sullivan@ku-eichstaett.de

Arbeitspapiere des Arbeitsbereichs Recht und Wirtschaft des Osteuropa-Instituts

Herwig ROGGEMANN Internationales Strafrecht, 94 Seiten, Heft 1, 1999

Herwig Roggemann Rechtsentwicklung in Mittel- und Osteuropa,

91 Seiten, Heft 2, 1999

Herwig Roggemann (Hrsg.) Kroatiens langer Weg, 210 Seiten, Heft 3, 1999

Herwig Roggemann Verfassungsrecht in Mittel- und Osteuropa,

80 Seiten, Heft 4, 1999

László Csaba Second Generation Tasks of Transformation,

Enterprise Restructuring in Hungary,

60 Seiten, Heft 5, 1999

Die Hefte können gegen eine Schutzgebühr von 5,- DM (Umfang ca. 50 Seiten) bzw. 10,- DM (Umfang ca. 100 Seiten und mehr) über das Osteuropa-Institut erworben werden.

Das Internet: Möglichkeiten für Forschung und Lehre

von Marion Feldmann, Berlin

Bereits in den 60er Jahren in den USA vorbereitet, hatte das Internet Anfang der 90er Jahre seinen Durchbruch durch die Entwicklung des world wide web (www). Die Grundidee dieses Netzwerkes stammte jedoch noch aus der Zeit des "Kalten Krieges".¹

Ziel war gewesen, ein militärisches Computernetzwerk zu entwickeln, in welchem die Weiterleitung von Daten nicht durch den Ausfall einzelner Computer (z.B. durch feindliche Angriffe) behindert oder gar verhindert werden konnte. Zeitgleich entstanden die ersten Netze in der Sowjetunion² und in anderen Teilen der Welt. Über die sowjetischen Netze gab es bald Verbindungen mit westeuropäischen Netzen. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde die weitere Vernetzung der Staaten Ostmittel-, Ostund Südosteuropas durch verschiedene Förderprogramme z.B. seitens der EU und der Soros-Foundation unterstützt. Inzwischen präsentieren sich die meisten Regierungen dieser Länder im Web. So stehen beispielsweise Informationen zur Geschichte, dem politischen System, Verfassungen und Gesetzestexte (häufig auch in englischer Übersetzung) des betreffenden Landes zum Herunterladen bereit.³ Aber auch oppositionelle Stimmen finden ihren Platz im www.

Das Beispiel Kosovo – Kommunikation in Kriegszeiten

Am Anfang standen E-mails, gesendet von einer Kosovo-Albanerin an einen Studenten der Universität Berkeley/ USA, die zu einer Veröffentlichung der detaillierten Schilderung ihrer letzten Tage in Priština führten. Diese Verbindungen rissen jedoch ab, nachdem das serbische Telefonnetz stärker kontrolliert wurde. Als Konsequenz wurden www-Angebote von Kosovo-Albanern aus anderen Ländern in das Netz eingespeist. Da eine weltweite Zensur kaum möglich ist, fungiert das www als Plattform für Propaganda aller Seiten. So werden politische Konflikte auch im virtuellen Bereich ausgetragen, z.B., indem Ende März die Homepage der Nato durch eine E-Mail-Attacke vorübergehend außer Gefecht gesetzt wurde. Im Gegenzug konnten anti-serbisch gesinnte Hacker ein Hakenkreuz auf einer Homepage der jugoslawischen Regierung installieren. Zugleich "trafen" sich vertriebene und geflüchtete Kosovo-Albaner in elektronischen Suchforen, um nach Freunden oder Verwandten zu suchen und Informationen über Zerstörungen von Ortschaften, Häusern usw. auszutauschen.4

Das Beispiel zeigt, daß staatliche Zensur auch im Internet zwar möglich ist, jedoch durch die horizontale Struktur und die Internationalität des Netzwerkes erschwert wird. Zudem machen es die ständige technische Weiterentwicklung der Datenübertragung und die Entwicklung neuer Verschlüsselungssysteme staatlichen Bürokratien schwer, mit dieser technischen Entwicklung Schritt zu halten, so daß staatliche Internet-Politik eher reaktiv denn aktiv erscheint.

Das Internet in der Osteuropaforschung

Inzwischen ist das Internet auch und gerade für mit Osteuropa befaßte Wissenschaftler zu einer wichtigen und ernstzunehmenden Informationsquelle geworden. Besonders bei der derzeitigen Lage der Bibliotheken, in denen aktuelle Quellen in osteuropäischen Sprachen aufgrund fehlender Finanzmittel häufig nur bedingt erhältlich sind und der Buchhandel in den Zielländern noch im Aufbau ist, stellt das Internet neben Zeitungen mitunter die einzige Informationsquelle für aktuelle und (überwiegend) unzensierte Quellen und Analysen dar. Außerdem bieten viele Zeitungen und Zeitschriften online-Abonnements an, die häufig billiger und schneller sind als herkömmliche Abonnements.

Gleichzeitig besteht im Internet das Problem einer fehlenden Qualitätskontrolle, da für den Zugang ein Computer und ein Modem reichen und jeder auf diese Weise selbst seine Texte publizieren kann. Dies entspricht zwar auch der Grundphilosophie des *www*, doch bringt es einige Probleme mit sich, wenn Texte ohne jegliche Qualitätskontrolle publiziert werden können.

Diese Situation erfordert im Gegensatz zu gedruckten Publikationen stärkere Anforderungen an die Urteilsfähigkeit der Leser, um die Qualität und eventuell die Parteilichkeit eines Beitrages zu erkennen. Wissensmanagement das Wissen um die Informationsquellen und besonders die Fähigkeit, schnell eine Fülle von Informationen aussieben und auswerten zu können, werden in Zeiten von Informationsüberflutung eine immer wichtigere Rolle spielen. Bei der Recherche im Internet sind Suchmaschinen ein wichtiges Hilfsmittel. Leider können diese häufig keine Kontexte auswerten, so daß auf ein Stichwort mitunter eine unglaubliche Bandbreite an thematisch sehr unterschiedlichen Homepages erscheinen kann. Je nach Arbeitsweise der Suchmaschine können die Ergebnisse stark voneinander abweichen. Außerdem müssen sich die Informationsanbieter in der Regel bei den Suchmaschinen anmelden, um aufgenommen zu werden, so daß es sich in jedem Fall empfiehlt, mehrere unterschiedliche Suchmaschinen einzusetzen. Diese Arbeit wird durch Meta-Suchmaschinen erleichtert, welche mehrere Suchmaschinen gleichzeitig auswerten.5

Ein Problem speziell für Osteuropa stellt die Dekodierung der unterschiedlichen Schriften und Sonderzeichen dar. Häufig lassen sich Zeichensätze kostenlos aus dem Internet herunterladen, die dann installiert werden müssen.⁶ Allerdings bieten die meisten Homepages aus den Staaten Osteuropas auch eine Auswahl an Informationen in englischer Sprache an.

Internet in der Lehre

Da Internet-Kenntnisse für Hochschulabsolventen immer mehr zur Allgemeinbildung zählen, ist eine stärkere Einbindung dieses Mediums auch in der Lehre vonnöten. So läßt sich das www als Quelle für aktuelle Informationen, Grafiken etc. nutzen, die in Thesenpapiere, Folien und Powerpoint-Präsentationen einfließen können. Auch kann z.B. die Erstellung einer thematisch orientierten Homepage als Alternative zur herkömmlichen Hausarbeit angeregt werden, wie dies immer häufiger geschieht. Ein schönes Beispiel ist die aus einem Seminar entstandene Postmoderne-Seite "(p)ostmoderne"7, auf der auch Hausarbeiten zum Herunterladen angeboten werden. Zur Präsentation von Projekten wie z.B. dem studentischen Projekttutorium "Sustainable Eastern Europe "8 bietet das www ein breites und vor allem ein kostenlos nutzbares Forum. Auch andere Internet-Dienste wie E-mail sind ein wichtiges Hilfsmittel z.B. für die Koordination von Gruppenarbeiten und das gemeinsame Erstellen von Texten.

In der Bibliothek des Osteuropa-Instituts stehen den Nutzerinnen und Nutzern kostenlos mehrere Computer mit Internet-Anschluß zur Verfügung.

Marion Feldmann studiert Osteuropastudien am Osteuropa-Institut der FU Berlin und betreut die Homepage des Osteuropa-Instituts.

- ¹ Zur Entwicklung des Internets vgl. Castells, Manuel (1996–1998), The Information Age: Economy, Society and Culture. Malden, MA., Vol. I (1996), The Rise of the Network Society, S. 345–358.
- ² Zum Internet in der Sowjetunion vgl. Dyson, Esther: Toward a more mature internet, in: Transition, 18 October 1996, 6–10.
- ³ Auf unserer Homepage (http://userpage.fu-berlin.de/~oei) finden Sie eine nach Ländern geordnete Linkliste.
- ⁴ Vgl. Hoffmann, Andrea Claudia: Nur ein Mausklick trennt Serben und die Nato, in: Frankfurter Rundschau, 7. Juni 1999, S. 5.
- ⁵ Zum Beispiel die Deutsche Meta-Suchmaschine "MetaGer" (http://meta.rrzn.uni-hannover.de) oder der internationale "Metacrawler" (http://www.go2net.com/search.html).
- ⁶ Eine Anleitung zur Russifizierung Ihres Windows-Computers ist als Arbeitspapier mit Disketten am Osteuropa-Institut für einen Kostenbeitrag von 10,- DM erhältlich. Titel: Jochimsen, Lars: Russifizierung von Windows 95, erschienen als Arbeitspapier des Bereichs Politik und Gesellschaft, 9/1997. Updates zu dem Arbeitspapier finden Sie auf unserer Homepage (http://userpage.fu-berlin.de/~oei) unter Publikationen/Arbeitspapiere des Bereichs Politik und Gesellschaft. Weitere Hinweise (auch für Macintosh-Benutzer) finden Sie in der Linkliste unserer Homepage.
- ⁷ http://userpage.fu-berlin.de/~omo.
- 8 http://userpage.fu-berlin.de/~seeu.

Die Praktikumsbörse am Osteuropa-Institut der FU Berlin

- · vermittelt Praktika mit Osteuropabezug
- aus allen Bereichen vom Wirtschaftspraktikum bis zum Praktikum im sozialen Bereich
- in den osteuropäischen Ländern wie in Deutschland

Praktika suchen

Die Praktikumsbörse bietet Studierenden Hilfe zur Selbsthilfe für die Praktikumssuche. Wir unterstützen mit Adressen, Tips und konkreten Kontakten.

Praktika anbieten

Die Praktikumsbörse hilft Organisationen, Firmen und anderen Praktikums-Anbietern, qualifizierte PraktikantInnen mit Osteuropa-Kompetenz zu finden.

Veröffentlichen Sie Ihr Praktikumsangebot auf unserer Homepage im Internet:

Http://userpage.fu-berlin.de/~oeprakt/anbieten

Kontakt

Praktikumsbörse Osteuropa am OEI

— Hanno Gundert —
Garystr. 55, 14195 Berlin

2 (030) 838-2074 Fax: (030) 838-3788

eMail:oeprakt@zedat.fu-berlin.de

im Internet

http://userpage.fu-berlin.de/~oeprakt

Sprechstunde

im WS 1999/2000 (voraussichtlich): **Donnerstags, 13–15 Uhr**im Studienbüro des OEI
(Raum 017, EG)

Lehrprogramm Osteuropastudien Wintersemester 1999/2000

	Pflichtw	vahlveranstaltungen im Grundstudium für Haupt- und Nebenfac	ch
Тур		Titel der Lehrveranstaltung	Zeit
V	31 001	Werner: Geographie Osteuropas	Mo 10 – 12
V/Ü	31 034	SARTORTI: Russische Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts	Do 14 – 16
RV	31 002	MÄNICKE-Gyöngyösi: Zehn Jahre demokratischer Wende und Perspektiven ins 21. Jahrhundert in Osteuropa	Mi 18 – 20

			Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft			
(Schwerpunktbereich Gesellschaftswissenschaften)						
			Disziplin Politik			
	Тур		Titel der Lehrveranstaltung		Zeit	
	GK	31 035	ZÜRCHER: Einführung in die Politik Osteuropas	Mi	12 – 14	
Grundstudium	PS	31 003	Imbusch: EU-Osterweiterung: Die Beitrittspolitik der Europäischen Union	Do	12 – 14	
	PS	31 004	SCHMID: Auf der Lauer in Osteuropa. Einführung in die Methoden der qualitativen Sozialforschung u. besonderer Berücksichtigung der Feldforschung in Osteuropa	Mo	14 – 16	
	PS	31 036	ZÜRCHER: Baustelle Ostseeraum	Mi	14 – 16	
ndium	HS	31 005	ESCHMENT: Die neuen Staaten in Zentralasien: Innere Konsolidierung und externe Selbstbehauptung	29.10	0.99 10 – 18	
Hauptstudium	HS	31 006	HARTER: Politische Ökonomie der Transformation: Soziale Dimensionen des russischen Systemwandels (Blockseminar)		.99, 9–1 23.2.200	
			Disziplin Soziologie / Philosophie			
dium	PS	31 007	GEORGIEV/DE NÉVE: Bürger und Institutionenwandel in Südosteuropa nach 1989	Di	16 – 18	
Grundstudium	PS	31 008	HEUER: Russen und Russischsprachige als neue Minderheiten in den postsowjetischen Staaten	Di	10 – 12	
Hauptstudium	HS	(15 729)	MÄNICKE-GYÖNGYÖSI: Modernisierung, Transformation und Globalisierung	Do	11 - 13	
	HS	(16 067)	PRUCHA/JUBARA: Marxistische Philosophie in ihrer geschichtlichen Entwicklung	Di	14 – 1	
	HS	(16 081)	PRUCHA/SCHAUB: G. Deleuze "Differenz und Wiederholung"	Di	17 – 20	
	HS	(16 082)	Prucha: Seins- und Menschenbegriff in Heideggers "Sein und Zeit"	Mi	11 – 1	
	V	(16 007)	Prucha: Seins- und Menschenbegriff in Heideggers "Sein und Zeit"	Mi	10 – 1	
	Inter	disz. C	Mänicke-Gyöngyösi/Wohlgemuth: Individualistische und kollektivistische Normen und Lebensentwürfe in der Sowjetunion	Mi	12 – 1	

Lehrprogramm Osteuropastudien Wintersemester 1999/2000

Arbeitsbereich Recht und Wirtschaft

			Disziplin Recht	
	Тур		Titel der Lehrveranstaltung	Zeit
Grund- studium	GK	(09 127)	ROGGEMANN/WOHLGEMUTH: Einführung in die Rechtsordnung ausgewählter osteuropäischer Staaten	Do 10 – 12
Grustud	PS	(09 128)	HILLER/v. KLIMó: Staat und Verfassung: Ungarn seit 1918. Historische und juristische Aspekte (Blockseminar)	s. Aushang
Haupt- studium	HS	(09 241)	ROGGEMANN: Rechtsvergleichung und Rechtsentwicklung in Osteuropa	Do 16-1
Han	Interdis	sz. C 31 010	Wohlgemuth/Mänicke-Gyöngyösi: Individualistische und kollektivistische Normen und Lebensentwürfe in der Sowjetunion	Mi 12 – 14
بار	C	31 011	ROGGEMANN: Doktoranden- und Magistrandencolloquium	Di 18 – 20
Grund- u./o.Haupt- studium	V/Ü	(09 125)	ROGGEMANN: Einführung in das Internationale Strafrecht	Di 16 – 18
			Disziplin Wirtschaft	
	GK	31 013	MESSENGIESSER: Einführung in die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands	Mo 10 – 1
Grundstudium	PS	31 014	Messengiesser: Wirtschaftspolitische Probleme der Transformation der Wirtschaftssysteme	Mo 16-1
Grund	PS	31 015	SABOV: Die aktuelle wirtschaftliche Lage in Rußland unter besonderer Berücksichtigung währungs- und finanzpolitischer Fragen	s. Aushang
ium	HS	(10 320)	Kıgyõssy-Schмidt: Modelle der sozialökonomischen Transformation in Mittel- und Osteuropa	Mi 14 – 10
Hauptstudium	HS	31 017	WERNER: Die Kultur- und Wirtschaftsräume Osteuropas; Beispiele regionaler Differenzierung	Mo 16 – 18
	C	31 018	WERNER: Betreuung von Magister- und Diplomarbeiten	n.V.
	Ex	31 019	WERNER: Geographische Exkursionen Osteuropa	n.V.
и	GK/HS	31 012	CSABA: Wirtschaftstheoretische und -politische Fragen der Transformation in den MOEL	Mo 14 – 1
Grund- u.o. Hauptstudium	PS/HS	31 016	CSABA: Wirtschaftspolitische Probleme und Perspektiven einer Osterweiterung der EU	Mi 12 – 1
Gı Hau	V	31 001	Werner: Geographie Osteuropas	Mo 10 – 12
	Ü	(10 321)	Kıgyōssy-Schmidt: Übungen zur Analyse des sozialökonomischen Wandels in Mittel- und Osteuropa sowie Anleitung zum wissenschaftlichen Arbeiten	Mi 16-1

Lehrprogramm Osteuropastudien Wintersemester 1999/2000

			(Schwerpunktbereich Kulturwissenschaften)		
Disziplin Geschichte					
	Тур		Titel der Lehrveranstaltung	Zei	it
	GK	31 020	Mesenhöller: Einführung in die Geschichte des Adels Rußlands (17.–19. Jh.)	Fr 12-	- 1
udium	GK	(13 454)	Petersdorf/Sundhaussen: Einführung in die Geschichte Ost- u. Südosteuropas	Di 16-	_ 1
	GK	31 021	Spiliotis: Probleme der europäischen Migration im 20. Jahrhundert. Südosteuropa im Vergleich	Mo 12 -	
Grundstudium	GK/P	S 31 022	VULPIUS: Byzanz, Moskau und Rom im Kampf um die Ukraine: Europäische Politik im Spiegel der ukrainischen Kirchengeschichte (988–1988)	Mo 16	i −1
_	PS	31 023	Buchenau: Kirche, Nation und Gesellschaft bei den Serben (19.–20. Jh.)	Mo 16-	_ 1
	PS	31 024	HADLER: Die Erste Tschechoslowakische Republik 1918–1938	Mo 14 -	
	PS	(09 128)	v. Klimó/Hiller: Staat und Verfassung: Ungarn seit 1918. Historische und juristische Aspekte (Blockseminar)	s. Ausha	
	PS	(13 437)	Sundhaussen: Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit: Der "Geiselmordprozeß" gegen die deutschen Generäle in Südosteuropa von 1947/48 ("Fall 7")	Di 14 -	- 1
	Ü	31 025	GEPPERT/VULPIUS: "Warum sind wir anders?" Deutsche und russische Debatten zu nationalen Selbstbildern im 19. und 20. Jh. im Vergleich	Di 12 - Kosersti	
E E	HS	31 026	Petersdorf: Strukturen der politischen Macht in der SU in den 30er Jahren	Do 16	— <u>]</u>
Hauptstudium	HS	(13 481)	SUNDHAUSSEN: Ein Vielvölkerstaat zerbricht: Die letzten Monate Österreich-Ungarns im Jahre 1918	Mi 14-	- 1
Нап	C	31 027	Petersdorf/Sartorti: Coll. f. Examenskand. i.d. Disz. Geschichte oder Kultur	Di 18-	-2
	C	(13 496)	SUNDHAUSSEN: Colloquium für Magisterkandidaten und Doktoranden	n.V	
G. u./o. H studium	HS/PS	S 31 028	RIEDEL: Der Stellenwert von Bildung in den Staaten Ost- und Südosteuropas	Di 12	. — 1
			Disziplin Kultur		
В	GK	(16 501)	Tornow: Die Sprachen und Schriften der Völker Osteuropas	Di 16-	- 13
studium	PS	(16524)	Стылко: Die Erzählungen von Mihajlo Pantić: Zur serbischen Prosa d. Gegenwart	Di 12 -	
lstu	PS	(16570)	FINGER: Kulturraum Südosteuropa	Do 16-	
Grundstu	PS	(16 523)	MENZEL: Literaturtheorien u. ihre Anwendung auf d. Interpretation eines Prosatextes	Fr 10 -	
Ű	Ü	31 029	DAHLMANNS: Logisch-methodologisches Propädeutikum für Kulturwissenschaftler	Fr 14-	
	Ü	31 030	SARTORTI: Textlektüre zur Vorlesung "Russische Kulturgeschichte"	Mi 16-	– 1
	HS	(16 532)	GELHARD: Erinnern und Vergessen in der Literatur	Fr 12-	_ 1
	HS	31 031	GOESCHEN/OLSZÓWKA: Eine vergleich. Kulturbilanz zw. d. DDR u. d. Volksrep. Polen	Di 14 -	
	HS	(16 531)	MENZEL: Novellen der russischen Romantik	Di 10 -	
un	HS	(16 530)	MENZEL: J. Brodskij und Cz. Miłosz: Dichterbild, Werk und Biographie	Do 10 -	
Hauptstudium	HS	31 032	Olszówka: Kulturgrenze Polen/Weißruthenien	Mi 14 –	
ptsı	HS	(16 510)	OTTEN: Moskau – das dritte Rom	Mo 10-	
Hau	HS	(16 511)	OTTEN: Das Čechische und Slovakische	Mo 14-	
_	HS	31 033	SARTORTI/JUBARA: Kulturwissenschaften: Gegenstand. Theorie. Methoden	Di 16-	- 13
	HS	(16 533)	Schmidt: Bulgarisches Theater und Drama	Fr 10-	- 1
	V/C	(16 520)	MENZEL: Russische und polnische Lyrik im 20. Jahrhundert	Do 16-	- 1
	C	31 027	SARTORTI/PETERSDORF: Coll. f. Examenskandid. i.d. Disz. Geschichte u. Kultur	Di 18-	- 2
	C	(16 534)	SEEMANN: Literaturwissenschaftliches Colloquium für Examenskandidaten	Di 16-	- 1
G. u./o. H studium	С	(16 512)	Tornow: Sprachwissenschaftliches Colloquium für Examenskandidaten	Do 16-	- 1